

Empirismus und Rationalismus in der Ökonomie

Zur Grundlagenproblematik einer empirischen Ökonomie

von

Rudolf Kötter

aus

Hersbruck

1980 # 155

Empirismus und Rationalismus in der Ökonomie
Dr. Gert von Fintelmann, Prof. für Volkswirtschaftslehre
an der Universität zu Köln



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Empirismus und Rationalismus in der Ökonomie

Zur Grundlagenproblematik einer empirischen Ökonomie

Inauguraldissertation

im Fachbereich Philosophie, Geschichte

und Sozialwissenschaften

der Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Rudolf Kötter

aus

Hersbruck



Tag der mündlichen Prüfung: 28. 1. 1980

Dekan:	Universitätsprofessor Dr. H. Winterstein
Referent:	Universitätsprofessor Dr. P. Lorenzen
Korreferent:	Universitätsprofessor Dr. O. Schwemmer

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Anmerkungen	7
Kapitel I: EMPIRISMUS UND RATIONALISMUS IN DER ÖKONOMIE - ENTWICKLUNG UND STAND DER DISKUSSION	9
I. Die empiristische Tradition in der ökonomischen Methodenlehre	9
1. Die Anfänge bei J.St. Mill und die Weiterentwicklung der Diskussion durch T.W. Hutchison	9
2. Die neuere Methodendiskussion	15
II. Die rationalistische Tradition in der ökonomischen Methodenlehre	26
1. Der "naive Rationalismus": Senior und Robbins	26
2. Das "praxeologische" Fundament der Ökonomie: L.v. Mises	32
3. Abschließende Bemerkungen	37
Anmerkungen	39
Kapitel II: EMPIRISMUS UND RATIONALISMUS - EINE SYSTEMATISCHE BETRACHTUNG	48
I. Die Standard-Darstellung wissenschaftlicher Theorien im modernen Empirismus	48
1. Die ursprüngliche Fassung	48
2. Einige Modifikationen der frühen Fassung	50
3. Die Kritik der Standard-Darstellung aus Kreisen der analytischen Wissenschaftstheorie: Das Scheitern des empiristischen Programms	58
II. Ein konstruktivistischer Gegenvorschlag	62
1. Beobachtungssprache und elementare Prädikation	62
2. Prädikatorenregel und Abstraktion	65
3. Ideation	67
4. Die rationalistische Fundierung der Physik und ihre Konsequenzen für den methodischen Aufbau der Ökonomie	72
Anmerkungen	75

Kapitel III: PROTOTHEORIE DER EMPIRISCHEN ÖKONOMIE I: ZUR AUFGABENSTELLUNG EINER EMPIRISCHEN ÖKONOMIE	87
I. Die lebensweltliche Problemlage	87
II. Einige Grundelemente einer Deutungs- und Beurtei- lungssprache	92
III. Die spezifische Aufgabenstellung der Ökonomie . . .	97
1. Das ökonomische Grundproblem	97
2. Ökonomie als wissenschaftliche Konfliktbewälti- gung?	106
3. Die Aufgabenstellung einer empirischen Ökonomie	110
Anmerkungen	121
Kapitel IV: PROTOTHEORIE DER EMPIRISCHEN ÖKONOMIE II: DIE DIE HANDLUNGSTHEORETISCHEN GRUNDLAGEN . . .	133
A. Der Handlungsbegriff	133
I. Definition des Handlungsbegriffs	133
II. Abgrenzung und Diskussion	137
B. Deutungstheorie	140
I. Die Deutung von Handlungen durch Zwecke: Zweckra- tionalität und technisches Handeln	140
1. Deutung als rationale Rekonstruktion	140
2. Die Überprüfung von Deutungsbehauptungen bei technischem Handeln	144
II. Die Deutung sozialer Handlungen	150
1. Soziale Handlungen im Unterschied zu techni- schen	150
2. Die Überprüfung von Deutungsbehauptungen für soziale Handlungen	161
a. Der Kenntniserwerb von Regelungen	161
b. Die Überprüfung von Deutungsbehauptungen .	165
C. Das Prognoseproblem und der Institutionenbegriff . .	169
Anmerkungen	180
Kapitel V: PROTOÖKONOMIE III: DAS PROBLEM DER QUANTITA- TIVEN BEGRIFFE IN DER ÖKONOMIE	188
I. Quantitative Begriffe und ihre Behandlung in der empiristischen Wissenschaftstheorie	188
II. Die fundamentale Metrisierung der Ökonomie durch die Nutzentheorie	193

III. Der Terminus "Präferenz" im System einer deutenden Ökonomie	198
1. Die Einführung des noologischen Terminus "Präferenz"	198
2. Die Deutung von Wahlhandlungen als Manifestierung von Präferenzen	201
IV. Exkurs zur Revealed Preference Theory und zum Preissystem	205
1. Die Revealed Preference Theory	205
2. Das Preissystem	208
V. Prototheorie der empirischen Ökonomie und Praxeologie: Ein Facit	210
Anmerkungen	214
Literaturverzeichnis	218

EINLEITUNG

Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften nahm in der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen recht stürmischen Verlauf. Durch den Einsatz moderner mathematischer Verfahren wurden traditionelle Bereiche wie die neoklassische Mikroökonomie und die Wachstumstheorie zu großer formaler Geschlossenheit gebracht. Ganz neue Zweige wie etwa die Aktivitätsanalyse, Warteschlangentheorie, Netzplantechnik und andere Verfahren des Operations Research wurden überhaupt erst geschaffen. Durch den Einsatz von Großrechenanlagen schien es, als könnte die Ökonometrie das Fundament einer exakten quantitativen Ökonomie bilden.

Die Euphorie der fünfziger und sechziger Jahre hat sich inzwischen gelegt. Ernüchtert mußte man feststellen, daß die Erwartungen in die prognostische Leistungsfähigkeit ökonometrischer Verfahren zu hoch geschraubt waren. Das wirtschaftspolitische Instrumentarium, das auf den traditionellen theoretischen Konzeptionen beruht, seien sie nun neoklassischer oder keynesianischer Art, hat sich abgenutzt und angesichts neuer und weltweiter Probleme und Konflikte an Bedeutung verloren. In der Theorie sind auch kaum neue Ansätze zu erkennen, die zu einer Ablösung oder entscheidenden Weiterentwicklung traditioneller Konzeptionen führen könnten¹⁾*, vielmehr ist eine starke Rückbesinnung auf die Quellen der modernen Theorie festzustellen, wobei häufig das hermeneutische Interesse das systematische überwiegt²⁾.

Dies sind deutliche Anzeichen dafür, daß sich die Ökonomie zur Zeit wieder einmal in einer Phase der Stagnation befindet. Bezüglich dieser Diagnose stimmen wohl die meisten Ökonomen über-

*) Anmerkungen befinden sich jeweils am Ende eines Kapitels.

ein³⁾, bei der Frage der Therapie zur Überwindung dieser Phase gehen jedoch die Meinungen weit auseinander. Fordern die einen eine stärkere empirische Ausrichtung und den verstärkten Einsatz ökonometrischer Verfahren, so sehen die anderen gerade darin ein Abgleiten in blinde Faktenklauberei; und wo manche sich von einer stärkeren Mathematisierung der Theorie die bislang vermißte Präzision und Klarheit erhoffen, befürchten andere Sterilität und formale Spielerei.

Für den Wissenschaftstheoretiker ist erstaunlich, daß methodologische Überlegungen in dieser Diskussion kaum eine Rolle spielen. "Economics is difficult enough without borrowing additional trouble by constantly questioning its conceptual foundations" schreibt R. Clower⁴⁾ und hat damit wohl der schweigenden Mehrheit der Ökonomen aus dem Herzen gesprochen.

Man pflegt sich in der Ökonomie auf einen methodologischen "Standpunkt" zu stellen und bedient sich solcher Positionen meist nur, um eigene argumentative Schwachstellen zu verdecken. Insbesondere soll die Wissenschaftstheorie helfen, Fragen nach der Relevanz von Theorien oder nach der kritischen Begründung der Aufgabenstellung der Ökonomie als unzulässig abzuwehren. Nicht zuletzt deshalb erfreuen sich der moderne Empirismus und der kritische Rationalismus großer Beliebtheit von Seiten der Ökonomen. Allerdings rezipiert man diese Theorien auch nur auszugsweise; Teile, die zu einer Revision des eigenen Theoretreibens führen müßten, werden nicht zur Kenntnis genommen. Dies läßt sich besonders gut an H. Alberts Kritik der traditionellen ökonomischen Theorie erkennen⁵⁾. Obwohl sich in Deutschland viele Ökonomen als geradezu glühende Verfechter des kritischen Rationalismus bekennen, blieb seine Kritik am Modellplatonismus weitgehend ohne Folgen. Gerade die Halbherzigkeit, mit der die Methodendiskussion in der Ökonomie geführt wird, scheint mir bezeichnend zu sein für die affirmative Funktion, die die Wissenschaftstheorie von Ökonomen häufig zugesprochen bekommt.

Ich möchte im ersten Kapitel Entwicklung und Stand der Methoden-

diskussion an zwei Positionen, der empiristischen und der rationalistischen erläutern. Daß ich von den zahlreichen methodologischen Richtungen den Empirismus gewählt habe, bedarf wohl keiner langen Rechtfertigung, da er besonders in den angelsächsischen Ländern weitgehend das Wissenschaftsverständnis der Ökonomen prägt. Daß ich mich für den Rationalismus als zweite Position entschieden habe, obwohl nur eine Minderheit diese methodologischen Vorstellungen teilt, liegt zunächst daran, daß an starken Gegensätzen viele Probleme klarer in das Blickfeld kommen, ist zum anderen aber auch darin begründet, daß der Streit Empirismus - Rationalismus der älteste Methodenstreit in der Ökonomie ist.

Die Diskussion um Methodenfragen wurde nämlich schon vor etwa 150 Jahren von John St. Mill und Nassau W. Senior eröffnet und knüpfte an die Frage an, ob die Ökonomie "science" oder "art" zu sein habe⁶⁾. Für Adam Smith stellte sich diese Frage noch nicht, jedenfalls nicht in voller Schärfe. Er hielt es in selbstverständlicher Weise für gerechtfertigt, daß eine Gesellschaft das Ziel, Reichtum (wealth) zu schaffen, - d.h. in effizienter Weise Güter und Dienstleistungen zu produzieren - anstreben sollte. So waren für ihn nicht nur deskriptive, sondern auch normative Sätze zu Fragen der Wirtschaftsordnung, die sich unter dieses Thema subsumieren ließen, einer vernünftigen Erörterung zugänglich.

Die Erfahrungen, die man mit der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems machte, ließen die Selbstverständlichkeit, mit der Smith das Ziel der Vermehrung von Reichtum für gerechtfertigt hielt, schwinden. Not und Elend der unteren Bevölkerungsschichten machten unübersehbar deutlich, wie fragwürdig es um die Rechtfertigung dieses Zieles bestellt war. Damit wurde aber auch die normative Ausrichtung der Ökonomie in Zweifel gezogen. Die Lösung dieser Rechtfertigungsproblematik sah man in einer Reduzierung der Aufgaben der Ökonomie. Man griff dazu die Unterscheidung zwischen "science" als einem System deskriptiver Sätze und "art" als einem System von Handlungsanwei-

sungen auf und wies der Ökonomie als Aufgabe zu, sich als "science" zu etablieren und normative Fragen in Zukunft aus der Betrachtung auszuschließen. Soweit waren sich Mill und Senior einig.

Die Meinungen der beiden gingen auseinander bei der Frage, welchen methodischen Prinzipien im einzelnen die Ökonomie zu folgen habe, um als "science" gelten zu können. Senior wollte das axiomatische Fundament aus einer Reihe von unmittelbar einsichtigen Prinzipien aufbauen, Mill bezog dem gegenüber eine modifizierte induktionistische und damit empiristische Position. Der Streit zwischen den beiden Richtungen schwelt, immer wieder heftig aufflackernd, bis auf den heutigen Tag, wobei in beiden Lagern die wissenschaftstheoretischen Auffassungen mich in Einzelheiten wiederholt geändert haben.

Während man sich bei den Rationalisten um eine eigenständige und - jedenfalls in ihren Augen - auf die speziellen Probleme der Ökonomie zugeschnittene Methodologie bemüht und ein wechselseitiger Austausch mit der etablierten Wissenschaftstheorie kaum stattfindet, begnügt man sich bei den empiristisch ausgerichteten Ökonomen mit einer Rezeption der Gedanken des modernen Empirismus, wobei sich allerdings einige kräftige Verzerrungen und recht eigenwillige Interpretationen feststellen lassen. Gerade dieser Umstand macht es erforderlich, die Frage der methodischen Fundierung empirischer Wissenschaften durch den modernen Empirismus unter systematischen Gesichtspunkten anzugehen, was im zweiten Kapitel geschehen soll.

Es geht mir dabei darum, zunächst zu zeigen, daß das empiristische Programm schon bei der Fundierung der Physik scheitern muß, und darüber hinaus eine konstruktivistische Alternative des Aufbaus der Physik zu skizzieren. Das Wesentliche dieser Alternative besteht darin, daß, anknüpfend an eine vorwissenschaftliche technische Praxis, eine technische Terminologie entwickelt wird, die selbst wieder das Fundament bildet zum Aufbau der der Physik zugrunde liegenden Meßtheorien Geometrie und Chronometrie. Beide Meßtheorien gehören zur Prototheorie der

Physik. Der Physik als einer empirischen Wissenschaft geht also ein lebensweltliches und ein meßtheoretisches Apriori voraus. Wenn man in Beziehung auf die Naturwissenschaften unter einer rationalistischen Position die Bejahung der Möglichkeit synthetischer Sätze apriori versteht, so kann man mit einigem Vorbehalt sagen, daß mit dem Aufbau der konstruktivistischen Protophysik der Streit Empirismus - Rationalismus in der Physik zugunsten des Rationalismus zu entscheiden ist.

Von diesen Überlegungen ausgehend soll die Frage nach der rationalistischen Fundierung der Ökonomie verstanden werden als die Frage nach der Prototheorie einer empirischen Ökonomie. Die Antwort wird durch den Entwurf einer handlungstheoretisch fundierten Ökonomie gegeben. Genauer heißt das, daß als Prototheorie der Ökonomie sich eine an den speziellen Aufgabenstellungen der Ökonomie orientierte Handlungstheorie formulieren läßt, die im Gegensatz zu den m.E. mißglückten handlungstheoretischen Ansätzen der rationalistischen Ökonomen auf einer sprachkritischen Basis, insbesondere der sorgfältigen Unterscheidung von Umgangs-, Deutungs- und Beobachtungssprache, beruht.

Mein hauptsächliches Ziel war dabei, die handlungstheoretischen Vorschläge, die in den letzten Jahren von konstruktivistischer Seite gemacht worden sind, unter einer bestimmten Problemstellung zu systematisieren, auszuarbeiten und an einigen Stellen zu erweitern, wobei mir als zentraler Ausgangs- und Beziehungspunkt für meine Überlegungen O. Schwemmers "Theorie der rationalen Erklärung" diene. Deshalb habe ich auch auf eine Auseinandersetzung mit den "Klassikern" der verstehenden Ökonomie, Weber und Sombart, oder den handlungstheoretischen Ansätzen im Rahmen der analytischen Philosophie verzichtet. Dieser Verzicht fiel mir umso leichter, als aus konstruktivistischer Sicht einschlägige Interpretationsleistungen vorliegen, denen ich nur wenig hinzuzufügen wüßte⁷⁾.

Neben dem Problem, wie Handlungen zu deuten und derartige Behauptungen zu überprüfen sind, habe ich schließlich noch die Frage

nach einer für die Ökonomie spezifischen Meßtheorie aufgeworfen. Es läßt sich dabei zeigen, daß die von Empiristen als theoretische Begriffe der Ökonomie behandelten Termini "Präferenz", "Nutzen", "Wert", "Preis" keine Begriffe sind, die im Rahmen einer der Ökonomie zugrunde liegenden prototheoretischen Meßtheorie konstruiert werden können, etwa analog zu den metrischen Begriffen der Physik. Bei diesen Termini handelt es sich teils um noologische Termini (Präferenz), für die sich keine prototheoretischen Begründungen angeben lassen, welche auf eine Quasiordnung führen, teils um institutionalisierte Bewertungsschemata (Preis), die in einer empirischen Ökonomie lediglich deutend erfaßt und wiedergegeben werden können.

Anmerkungen

- 1) Eine Ausnahme bildet vielleicht die sich verstärkende Diskussion um Ungleichgewichtsphänomene, wie sie hauptsächlich von französischen Ökonomen in Gang gebracht worden ist, s. z.B. J.-P. Benassy, Neo-Keynesian Disequilibrium Theory in a Monetary Economy, Rev. Econ. Stud. 42 (1975), S. 503 - 523; ders., The Disequilibrium Approach to Monopolistic Price Setting and General Monopolistic Equilibrium, Rev. Econ. Stud. 43 (1976), S. 69 - 81; E. Malinvaud, The Theory of Unemployment Reconsidered, Oxford 1977; ders./Y. Younès, Some New Concepts for the Microeconomic Foundations of Macroeconomic, in: G.H. Harcourt (Hrsg.), The Microeconomic Foundations of Macroeconomics, London 1977, S. 62 - 85.
- 2) Dies kann man z.B. an der Reanimation der österreichischen Kapitaltheorie in den letzten Jahren oder an der nicht enden wollenden Diskussion um die "wahren" Lehren von Keynes sehen.
- 3) Vgl. z.B. E.H. Phelps Brown, The Underdevelopment of Economics, Econ. J. 82 (1972), S. 9 - 20; N. Kaldor, The Irrelevance of Equilibrium Economics, Econ. J. 82 (1972), S. 1237 - 1255; J. Robinson, The Second Crisis of Economic Theory, AER 62 (1972), Pap. & Proc., S. 1 - 10; W. Vogt, Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie, in: ders. (Hrsg.), Politische Ökonomie, Ffm 1973, S. 179 - 204.
- 4) R. Clower, Reflections on the Keynesian Perplex, Z. f. Natök. 35 (1975), S. 11.
- 5) H. Albert, Modell-Platonismus: Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Betrachtung, in: ders., Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied u.a. 1967, S. 331 - 367.
- 6) N.W. Senior, An Outline of the Science of Political Economy, London 1836 (Nachdruck N.Y. 1965), S. 2; ders., Four Introductory Lectures on Political Economy, London 1852, Lec. III; J.St. Mill, Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy (1844), in: Coll. Works, hrsg. v. F.E.L. Priestley

& J.M. Robson, Bd. IV, London 1967, Essay V "On the Definition of Political Economy"; ders., Principles of Political Economy (1848), in: Coll. Works, Bd. II, London 1965, Preliminary Remarks.

- 7) Vgl. z.B. O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, München 1976; ders., Verstehen als Methode, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm, 1979, S. 13 - 45; G. Keil, Praktische Philosophie und Kulturwissenschaften, Diss. Erlangen 1976.

Kapitel I: EMPIRISMUS UND RATIONALISMUS IN DER ÖKONOMIE - ENTWICKLUNG UND STAND DER DISKUSSION

I Die empiristische Tradition in der ökonomischen Methodenlehre

1 Die Anfänge bei J.St. Mill und die Weiterentwicklung der Diskussion durch T.W. Hutchison

Als Ausgangspunkt für diesen historisch - methodologischen Streifzug¹⁾ dienen die Überlegungen von J.St. Mill. Bekanntlich sah Mill grundsätzlich zwei Möglichkeiten, um in den empirischen Wissenschaften zu generellen Sätzen zu kommen. Entweder werden sie direkt durch Induktion gewonnen oder sie werden aus induktiv gewonnenen Sätzen deduziert. Bei dem induktiven Verfahren (auch aposteriori-Methode genannt) sollen die notwendigen Bedingungen, unter denen sich ein bestimmter Effekt einstellt, dadurch ermittelt werden, daß man entweder die Ausgangssituation experimentell variiert oder aber, falls es sich bei dem Effekt um einen Naturvorgang handelt, die verschiedenen natürlichen Umstände seines Eintretens beobachtet. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, daß man über intuitiv gewonnene Relevanzkriterien verfügt, um wesentliche und unwesentliche Merkmale einer Situation unterscheiden zu können.

Allerdings schränkt Mill die Allgemeingültigkeit seines methodologischen Vorschlags sofort in der für ihn charakteristischen Weise ein. Ist nämlich ein Effekt auf das Zusammenwirken mehrerer Ursachen zurückzuführen, so läßt sich aus der Kenntnis des Effekts nicht auf die Beiträge der wirkenden Kräfte zurückschließen: Aus der Kenntnis der Bahnform, die ein Körper beschreibt, lassen sich allein keine Schlüsse auf die an ihm angreifenden Kräfte ziehen²⁾. In solchen Fällen kann man nur deduktiv vorgehen, d.h. man kann aus der Kenntnis der Größe und Richtung von an einem Körper angreifenden Kräften auf seine Bahnform schließen, nicht umgekehrt.

Dies bedeutet, daß Mill neben den grundlegenden Gesetzen, die durch Induktion gefunden werden, auch Hypothesen zuläßt, wenn auch nur subsidiär dort, wo ein induktives Vorgehen eben nicht möglich ist. Von dieser Basis aus wird das deduktive Verfahren, das den eigentlichen Inhalt wissenschaftlichen Vorgehens bildet, in Gang gesetzt. Es umfaßt zunächst die "Ratiocination", d.h. die Ableitung von Einzelaussagen aus den Gesetzen und Hypothesen. Diesen Schritt bezeichnet er manchmal auch als "apriori-Methode". Sodann sollen im Rahmen der Verifikation die deduktiv gewonnenen Einzelaussagen mit den Beobachtungsbefunden verglichen werden. Dabei umfaßt die Verifikation einer Hypothese mehr als ihre bloße Bestätigung durch einen Beobachtungsbefund. Eine Hypothese gilt erst dann als verifiziert, wenn durch diese Hypothese bestätigende Beobachtungsbefunde alle konkurrierenden Alternativhypothesen ausgeschlossen worden sind³⁾.

Im Rahmen dieser so skizzierten deduktiven Methode siedelt Mill seine Überlegungen zur methodologischen Fundierung der Ökonomie an⁴⁾, wobei er allerdings von Anfang an einen wichtigen Unterschied zwischen Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften festhält: Was seiner Meinung nach in den Naturwissenschaften Ausnahme sein soll, nämlich die Verwendung von Hypothesen anstelle der induktiv gewonnenen Gesetze, muß in den Sozialwissenschaften die Regel bilden. Die Sozialwissenschaften haben keine genügend breite Basis für eine zufriedenstellende Induktion, da hier keine Experimente durchgeführt werden können.

In der Ökonomie muß also schon die Erfahrung aus einer geringen Zahl von Fällen ausreichen, um versuchsweise eine Verallgemeinerung zu einer Gesetzeshypothese zu wagen. Dabei denkt Mill an die alltäglichen Erfahrungen aus dem Wirtschaftsleben. Bezüglich dieser Erfahrungsbasis unterscheiden sich denn auch die wirtschaftlichen Praktiker und Theoretiker nicht. Sie unterscheiden sich in erster Linie durch ihr verschiedenes Interesse an einer Verallgemeinerung. Generelle Sätze in der Ökonomie können nicht durch die aposteriori-Methode gewonnen werden,

hier ist nur die apriori-Methode von Interesse. Deshalb weist die Ökonomie nach Mill's Meinung ein grundsätzliches methodisches Defizit gegenüber den Naturwissenschaften auf. Dazu kommt noch, daß die Hypothesen in der Ökonomie auch nur einen relativ geringen Grad an Verallgemeinerung besitzen, d.h. sie beziehen sich nicht auf alle Menschen, sondern immer nur auf Teilklassen (auf Produzenten, Konsumenten, Arbeiter, Kapitalisten usw.): Ökonomie ist nach Mill zwar "science", weil sie keine normativen Sätze enthält, sie ist jedoch keine "exact science", weil sie kein induktives Fundament besitzt.

Die Unsicherheiten, die sich aus den methodischen Schwierigkeiten für den Gang der Ökonomie ergeben, können nach Mill auf zwei Weisen verringert werden. Zunächst können die Hypothesen im Laufe der Zeit durch sorgfältige Beobachtung verifiziert werden, allerdings nicht in dem strengen Sinne, wie für die Naturwissenschaften gefordert. Da es wegen der Vielfalt des sozialen Lebens nicht möglich ist, alle möglichen für einen Sachverhalt relevanten Ursachen zu erfassen, lassen sich auch nicht alle zu einer Hypothese alternativen Hypothesen erfassen und ausschließen. Verifikation bedeutet also in der Ökonomie immer nur Bestätigung⁵⁾.

Zum anderen war Mill der Meinung, daß sich letztlich auch allgemeine Gesetze der menschlichen Natur auf induktivem Wege finden ließen, die die Grundlagen zur Erklärung speziell wirtschaftlichen Handelns bilden könnten. Diese "Gesetze" sollten im Rahmen einer Wissenschaft entwickelt werden, die Mill "Ethologie", d.h. die Wissenschaft von der Bildung des Charakters, genannt hat⁶⁾. Solange allerdings die Ethologie noch nicht entwickelt ist, müßten die "wahren" Ursachen des wirtschaftlichen Handelns im Dunkeln bleiben. Wenn im Rahmen der Ökonomie aufgrund vordergründig gewonnener Verallgemeinerungen Prognosen gemacht werden, dann immer im Vertrauen darauf, daß sich die "wahren" Ursachen, die den speziellen Erfahrungen zugrunde lagen, auch in den prognostizierten Fällen einstellen werden⁷⁾. Zum Aufbau der Ethologie konnte Mill außer einigen programmatischen Bemerkun-

gen eigentlich nur wenig beitragen, so daß letztlich ungeklärt bleiben muß, welcher methodische Status dieser Wissenschaft zuzuerkennen wäre.

Mill hat die spezifischen Probleme der Ökonomie im Verhältnis zu den Naturwissenschaften deutlich angesprochen. Jedenfalls hat er sie besser erkannt als viele seiner empiristischen Nachfolger. Seine Skepsis gegenüber der Möglichkeit, in der Ökonomie induktive allgemeine Gesetze aufstellen zu können und der Nachdruck, mit dem er betonte, wie wichtig spezielle Erfahrungen für die Bildung von ökonomischen Hypothesen sind, muten recht modern an. Auf der anderen Seite ist es nach seinen methodologischen Vorschlägen nicht möglich zu entscheiden, was als ökonomische Hypothese sinnvollerweise zugelassen werden soll. Der schwache Bezug zur Erfahrung, den die Hypothesen besitzen müssen, läßt eine Auszeichnung von Sätzen als "wissenschaftlich" (in seinem Sinne von "scientific") nicht zu: schließlich beruht auch das Alltagswissen irgendwie auf Erfahrung.

Da durch Experiment kontrollierbare Beobachtungen in der Ökonomie nicht möglich sind, stellt sich die Frage, wie dann eine intersubjektive Überprüfbarkeit von Aussagen gesichert werden soll. Mill weiß hierauf keine Antwort, aus seinen ökonomischen Arbeiten lassen sich übrigens zur Lösung dieser Frage keine Hinweise entnehmen. Der Methodiker Mill hatte dem Ökonomen Mill offensichtlich wenig zu sagen. Am deutlichsten wird dies in den "Essays". Neben dem Methodenaufsatz hat Mill hier vier Arbeiten veröffentlicht, die sich mit ökonomischen Themen beschäftigen. An keiner Stelle findet sich jedoch der Versuch, die vorgetragenen Argumentationen ernsthaft empirisch abzustützen, geschweige denn wird gezeigt, auf welche speziellen Erfahrungen allgemeine Behauptungen gegründet werden.

So bleibt festzuhalten, daß Mill zwar entscheidende Unterschiede zwischen Natur- und Sozialwissenschaften herausgearbeitet hat, sich aber gescheut hat, daraus methodische Konsequenzen zu ziehen. Die Vorstellung vom einheitlichen methodischen Aufbau

aller Wissenschaften war für Mill offensichtlich so faszinierend, daß er die Lösung der diagnostizierten Schwierigkeiten nicht durch ein eigenes methodisches Konzept zu bewältigen versuchte, sondern der fiktiven Ethologie aufbürdete.

Mit dieser Kritik an Mill soll im übrigen nicht schon präjudiziert werden, es gäbe eine scharfe Trennung zwischen Alltagserfahrung und wissenschaftlicher Erfahrung im politisch-ökonomischen Bereich. Hier soll lediglich der Anspruch Mill's, die Ökonomie als "science" etabliert zu haben, zurückgewiesen werden. Trotz der offensichtlichen Mängel blieb der Mill'sche Ansatz in England lange Zeit populär⁸⁾ und erst in den dreißiger Jahren erhielt die empiristische Tradition durch T.W. Hutchison einen neuen Anstoß⁹⁾.

Hutchison erkannte, daß das halbherzige induktionistische Programm von Mill und seinen Nachfolgern es nicht gestattete, einen wissenschaftlichen Satzbestand scharf von einem außerwissenschaftlichen zu trennen. Stark von Popper beeinflusst, ging es ihm in erster Linie darum, diese Demarkationslinie zwischen den wissenschaftlichen Aussagen der Ökonomie und nichtwissenschaftlichen Sätzen zu ziehen. Auf einen kurzen Nenner gebracht, sah seine Position folgendermaßen aus:

Er unterscheidet zwei Klassen von wissenschaftlichen Sätzen. Zum einen analytisch wahre Sätze, d.h. Sätze, die aus Definitionen logisch gefolgert werden¹⁰⁾. Zum anderen synthetische Sätze, die zumindest prinzipiell falsifizierbar sein müssen¹¹⁾. Hutchison ersetzte den schwach induktionistischen Ansatz durch einen radikalen Falsifikationismus. Seiner Meinung nach müssen nämlich alle nicht analytischen Sätze der Ökonomie, also auch die sog. "basic postulates" oder Axiome der Theorie unmittelbar empirisch überprüfbar und damit direkt falsifizierbar sein.

In diesem Zusammenhang kritisierte er scharf die übliche Verfahrensweise in der Ökonomie, Annahmen über rationales wirtschaftliches Handeln nach Gutdünken als Grundannahmen auszugeben, ohne sie durch "statistical investigations, questionnaires

to consumers and entrepreneurs, the examination of family budgets and the like"¹²⁾ einem empirischen Test auszusetzen¹³⁾ oder Aussagen unter ceteris-tribus-Annahmen zu machen, wodurch sie ebenfalls einer eventuellen Falsifikation entzogen sind¹⁴⁾. Außerdem lehnte er das Verfahren der Introspektion als wissenschaftlich ab¹⁵⁾, das bei Mill¹⁶⁾ noch als zulässig angesehen wurde.

Mit seiner Forderung, daß jeder Satz der Wissenschaft unmittelbar empirisch überprüfbar sein muß, ging Hutchison weit über Popper hinaus. Zwar findet sich auch bei Popper der Satz: "Insofern sich die Sätze einer Wissenschaft auf die Wirklichkeit beziehen, müssen sie falsifizierbar sein, und insofern sie nicht falsifizierbar sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit"¹⁷⁾. Dies scheint mir aber nur eine etwas unglückliche literarische Anlehnung zu sein, tatsächlich meinte Popper, daß im Rahmen empirischer Theorien Sätze ableitbar sein müssen, die dann unmittelbar empirisch überprüft werden können.

Im übrigen weiß Hutchison auf die Frage, wie denn die Intersubjektivität von Beobachtungsbefunden gesichert werden könnte, und das heißt auch, wie ein zulässiges Testverfahren von einem unzulässigen methodisch unterschieden werden könnte, auch keine zufriedenstellende Antwort. Zu der Kritik, daß die oben erwähnten üblichen Verfahren doch fragwürdig und unsicher seien, stellt er schlicht fest, daß "if, as one is perfectly free to do, one considers that the results obtainable by the only scientific method open to one are not of sufficient interest to reward the effort of the investigation, then one must give up the scientific handling of these problems altogether and leave them to others of different intellectual tastes"¹⁸⁾.

Wenn man Hutchison konsequent folgt, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Auszeichnung eines bestimmten Verfahrens als zulässiges Testverfahren nur faktisch durch Übereinkunft der Mitglieder der "scientific community" und ohne Rückgriff auf vorgängige methodische Überlegungen erfolgen kann. Im Grunde

genommen führt Hutchison trotz der Berufung auf Popper keinen Schritt weiter aus den schon bei Mill festgestellten Schwierigkeiten heraus.

2 Die neuere Methodendiskussion

Hutchisons Thesen provozierten nach dem Kriege eine lebhaftere Methodendiskussion innerhalb des empiristischen Lagers, die bis in die sechziger Jahre andauerte¹⁹⁾. Am bekanntesten wurde dabei der Beitrag von Milton Friedman²⁰⁾, den ich hier auch vorstellen möchte, wobei ich mich kurz fassen kann, da er in zahlreichen Arbeiten dargestellt und kommentiert worden ist²¹⁾.

Friedman beginnt seinen berühmten Essay mit der Feststellung, daß die Ökonomie als empirische Wissenschaft unabhängig von ethischen Positionen ist. Er hält diese Unabhängigkeit auch nicht dadurch gefährdet, daß der Wissenschaftler selbst als Konsument, Angestellter oder Beamter Bestandteil des Systems ist, das er zu untersuchen hat. Zwar begründet er diese These nicht näher²²⁾, immerhin ist ihm als einem der wenigen diese Problematik bewußt. Als Aufgabe der Ökonomie bestimmt Friedman: "The ultimate goal of a positive science is the development of a "theory" or "hypothesis" that yields valid and meaningful (i.e. non truistic) predictions about phenomena not yet observed"²³⁾. Eine Theorie besteht nach Friedman aus "assumptions" (Grundannahmen) und aus Hypothesen, die aus den Grundannahmen mit Hilfe von Logik und Mathematik abgeleitet werden. Neben dem richtigen syntaktischen Aufbau einer Theorie ergibt sich die Aufgabe, den Begriffen der Theorie "meaningful empirical counterparts" zuzuordnen, wobei diese Zuordnung schon korrekt erfolgt sein soll, wenn sie zur Analyse bestimmter konkreter Probleme nützlich ist²⁴⁾.

Damit ist der springende Punkt an Friedman's Ansatz erreicht: Über den korrekten Aufbau und die Brauchbarkeit einer Theorie entscheidet allein die Voraussagekraft der Hypothesen. Es müs-

sen also weder alle Begriffe der Theorie eine unmittelbare empirische Bedeutung haben, noch müssen die Grundannahmen, aus denen die Hypothesen abgeleitet werden, realistisch sein: "To put this point less paradoxically, the relevant question to ask about the "assumptions" of a theory is not whether they are descriptively "realistic", for they never are, but whether they are sufficiently good approximations for the purpose in hand. And this question can be answered only by seeing whether the theory works, which means whether it yields sufficiently accurate predictions"²⁵⁾. Hier wird auch der Unterschied zu Hutchison's "ultraempiricism" - wie Kritiker seine Position bezeichnen²⁶⁾ - deutlich. Für Hutchison mußte jeder ökonomische Terminus eine empirische Bedeutung haben und jeder nichtanalytische Satz empirisch überprüfbar sein, d.h. eben auch die Grundannahmen und nicht nur die daraus abgeleiteten Hypothesen. Diese strengen und für den üblichen Gang der Ökonomie recht unbequemen Anforderungen versuchte Friedman aufzulockern.

Drei Fragen stellen sich zu Friedman's Ansatz, die im übrigen an jeden Empiristen gerichtet werden können und insoweit allgemeinen Charakter tragen.

- a) Was versteht er genau unter "Grundannahmen" und wie werden sie von den "Hypothesen" unterschieden?
- b) Was ist mit einer "realistischen" bzw. "unrealistischen" Aussage gemeint?
- c) Auf Grund welcher Kriterien können "sufficiently accurate predictions" festgestellt werden?

Die erste Frage berührt ein Grundproblem der ganzen Methodendiskussion. Von Grundannahmen (basic postulates, fundamental assumptions) wird in der Regel so beiläufig gesprochen, als wüßte jeder, an welche Sätze er dabei zu denken hätte. Tatsächlich liegen jedoch nur auf den Gebieten der mikroökonomischen Gleichgewichtstheorie und der Wachstumstheorie Modelle in axiomatisierter Form vor und lediglich in diesen Bereichen ist faktisch klar, was als Grundannahme anzusehen ist. Für die mikroökonomische Gleichgewichtstheorie findet man die üblichen Grund-

annahmen (Annahmen über die Präferenzstruktur der Konsumenten, über verfügbare Produktionstechniken, über die Gewinnmaximierung der Produzenten usw.) etwa bei G. Debreu als "Axiome" seiner Werttheorie aufgeführt²⁷⁾. In anderen Bereichen ist dagegen durchaus umstritten, was als Grundannahme zu gelten hat. So ist z.B. in letzter Zeit eine lebhafte Diskussion entbrannt, ob die Annahmen der Keynes'schen Makroökonomie über die Konsum-, Spar- und Investitionsfunktion zu den Grundannahmen der Theorie zu zählen sind oder ob sie sich aus einem tieferliegenden axiomatischen Fundament ableiten lassen²⁸⁾.

Genau genommen kennt man in der Ökonomie keine Kriterien, um bestimmte Annahmen als Grundannahmen auszeichnen zu können. Es sind eben die in bestimmten deduktiven Zusammenhängen benutzten obersten Prämissen, wobei die Beziehungen zwischen solchen deduktiven Zusammenhängen untereinander weitgehend ungeklärt sind. Grundannahmen haben meist heuristische Funktion und ihr Status wird durch die Tradition und die jeweils herrschende Lehre bestimmt.

Die Beispiele, die Friedman in seiner Arbeit zur Erläuterung seiner Ansichten bringt, lassen darauf schließen, daß er unter Grundannahmen in erster Linie an die Grundannahmen der neoklassischen Mikroökonomie denkt²⁹⁾, und wir wollen deswegen seine Ausführungen nur auf diese Theorie bezogen wissen.

Das nächste Problem ergab sich aus der Feststellung Friedman's, die Grundannahmen dürften sich als "unrealistisch" erweisen. Hier öffnet sich ein weites Feld für die Auslegung, da es Friedman unterläßt, präzise Kriterien für den Realitätsgehalt einer Aussage anzugeben. Mindestens drei Interpretationen lassen sich durch Textstellen stützen. Vorab muß man feststellen, daß Friedman mit "unrealistisch" keine schlicht falschen Aussagen bezeichnen will. Wenn manche Stellen so klingen mögen³⁰⁾, so ist dies einer unglücklichen Art zu formulieren zuzuschreiben³¹⁾.

Als erste Interpretationsmöglichkeit bietet sich an, daß Fried-

man einen Satz jedenfalls dann "unrealistisch" nennt, wenn mit ihm keine vollständige Beschreibung eines Gegenstandes gegeben wird, wobei mit "vollständig" nun wiederum zweierlei gemeint sein kann. In der Umgangssprache sprechen wir z.B. von einem "vollständigen Untersuchungsbericht", wenn der Bericht auf alle gestellten Fragen erschöpfend Antwort gibt, wobei es sich dann aus dem jeweiligen Rede- und Handlungszusammenhang ergeben muß, wann eine Frage erschöpfend beantwortet ist. Die Rede von "Vollständigkeit" in dieser Weise erfordert also bestimmte Kriterien, die es zu beurteilen erlauben, ob eine Frage zufriedenstellend beantwortet ist oder nicht. Ein solcher bedingt vollständiger Bericht kann dann "realistisch" genannt werden. So sagt man z.B., daß jemand eine "realistische" Darstellung von bestimmten Vorgängen gibt.

Friedman zieht eine andere Verwendung von "realistisch" vor. Eine Beschreibung ist demnach dann "realistisch" zu nennen, wenn sie eine unbedingt vollständige Beschreibung eines Objekts ergibt³²⁾. Er gibt zwar zu, daß eine solche Forderung wenig Sinn hat, weil sich keine Kriterien für die Vollständigkeit einer Beschreibung angeben lassen, allerdings ist dann auch die Behauptung, Grundannahmen seien unrealistisch, nicht erkenntnisfördernd, insbesondere wenn man bedenkt, daß noch kein Ökonom eine derartige überzogene Realismusforderung erhoben hat. Hier liegt also eine harmlose, weil triviale Verwendung des Wortes "realistisch" vor.

Auf eine wissenschaftstheoretisch interessantere Interpretationsmöglichkeit hat erst vor kurzem L.A. Boland aufmerksam gemacht³³⁾. Er knüpft dabei an die "als-ob"-Redeweise an, deren sich Friedman im Zusammenhang mit der Erläuterung seiner Auffassung von Grundannahmen häufig bedient³⁴⁾, was sich nach Bolands Meinung gut mit einer instrumentalistischen Position vereinbaren läßt. Für den Instrumentalismus hält Boland zwei methodische Prinzipien für charakteristisch, die er auch in dem Essay von Friedman glaubt entdecken zu können. Zunächst geht es nach instrumentalistischem Verständnis bei dem Aufbau einer Theorie

nicht darum, ob ihre Grundannahmen wahr und das heißt realistisch sind, sondern lediglich darum, welche Schlüsse sich aus den als wahr unterstellten Annahmen ziehen lassen. Inwieweit eine solche Theorie dann auch sinnvoll ist, beurteilt sich allein nach pragmatischen Kriterien. Als ein solches Kriterium fungiert bei Friedman die prognostische Relevanz der abgeleiteten Sätze. Die schon erwähnte Ansicht Friedmans, daß als Grundannahmen einer Theorie auch falsche Sätze in Frage kommen können, interpretiert Boland wie folgt: "In particular, if we are trying to explain the effect of the assumed behavior of some individuals ..., so long as the effect is in fact observed and it would be the effect if they were in fact to behave as we assume, we can use our behavioral assumption even when the assumption is false. That is, we can continue to claim the observed effect of the individuals' (unknown but assumed) behavior is as if they behaved as we assume ... Failure to distinguish between the effect and the behavior itself has led many critics to misread Friedman's view."³⁵⁾

Diese Interpretation scheint mir in der Tat die Meinung Friedmans in vielen Punkten zu treffen. Ohne das Thema "Instrumentalismus" über Gebühr strapazieren zu wollen, möchte ich jedoch wenigstens zwei kritische Anmerkungen zu einer solchen Konzeption vorbringen. Zunächst soll die Übertragung eines instrumentalistischen Konzepts auf die Sozialwissenschaften im allgemeinen angesprochen werden. Ursprünglich auf die Physik bezogen, besagt die instrumentalistische These, daß Naturgesetze nichts über einen "wahren" oder "wirklichen" Zustand der Welt aussagen. Naturgesetze sind mathematische Verknüpfungen zwischen Variablen für Meßdaten, wobei dann die errechneten Werte mit den experimentell ermittelten Meßdaten verglichen werden müssen. Die Verwendung eines bestimmten mathematischen Formalismus rechtfertigt sich dann allein durch die hinreichende Übereinstimmung von prognostizierten und experimentell ermittelten Daten. Eine solche Position gewinnt ihren Sinn dadurch, daß man die Physik voll in den Bereich der technischen Handlungsplanung integriert.

Die Übertragung des instrumentalistischen Methodenverständnis-

ses auf die Ökonomie hat nun Konsequenzen für die Auffassung von den Aufgaben der Ökonomie: Mit dem Instrumentalismus ist nur ein technizistisches Verständnis von der Ökonomie vereinbar. Da es hier lediglich auf die Prognostizierbarkeit von Situationen ankommt, gleichgültig welche Handlungen und Handlungsgründe zu diesen Situationen geführt haben, kann auch eine derartig verstandene Ökonomie keine Bedeutung für eine praktische Handlungsplanung haben, bei der es gerade um Handlungsgründe und die Frage nach ihrer Beibehaltung oder Änderung geht.

Die zweite Anmerkung betrifft ein mehr immanentes Problem. Bolland berührt bei seiner Interpretation nicht die Frage, welche Konsequenzen der Übergang von "unrealistischen" Annahmen zu "realistischen", d.h. empirisch überprüfbaren Sätzen für den terminologischen Aufbau der Theorie hat. Haben die ökonomischen Termini in den Grundannahmen die gleiche Bedeutung wie in den empirisch überprüfbaren? Wie sollen Termini wie "Nutzen", "Präferenz", "Preis" usw. überhaupt in eine Theorie eingeführt werden? Die instrumentalistische These, die ich oben erwähnt habe, gibt allein keinen Hinweis zur Lösung dieser Fragen.

Das Problem des terminologischen Aufbaus einer empirischen Theorie stellt schließlich E. Nagel bei seiner Interpretation des Friedmanschen Essays in den Mittelpunkt seiner Betrachtung³⁶⁾. Er geht dabei von den Grundlagen des modernen Empirismus aus und schlägt vor, solche Sätze "unrealistisch" zu nennen, die theoretische Begriffe enthalten. Wir werden auf das Problem der theoretischen Begriffe später ausführlich zurückkommen. An dieser Stelle genügt es, theoretische Begriffe als solche Termini zu kennzeichnen, mit denen Theorien aufgebaut werden, die aber nicht zum logischen oder mathematischen Vokabular gehören und deren Verwendung jedenfalls nicht an Beispielen und Gegenbeispielen eingeführt und kontrolliert werden kann³⁷⁾. Sätze mit solchen theoretischen Begriffen lassen sich nicht unmittelbar empirisch überprüfen, sie haben insoweit auch keinen direkten Bezug zur Wirklichkeit und können deswegen "unrealistisch" genannt werden. So der Interpretationsvorschlag von Nagel. Ich

möchte noch hinzufügen, daß auch in dieser Version die Voraussagerrelevanz einer Theorie, die Friedman ja als Kriterium für die Beurteilung der Theorie nehmen will, einen einordbaren methodischen Stellenwert bekommt. Man denke etwa an Carnap's Begriff der prognostischen Relevanz, demzufolge ein theoretischer Begriff einer empirischen Theorie zulässig ist, wenn er notwendig für die Ableitung von Sätzen ist, die Voraussagen beobachtbarer künftiger Ereignisse darstellen.

Wie wohl inzwischen klar geworden ist, zeichnen sich die Vorschläge Friedmans besonders durch ihre Vagheit aus, ein Grund, der vielleicht nicht unwesentlich zu ihrer großen Popularität unter Ökonomen beigetragen hat. Ob allerdings der Interpretationsversuch von Nagel hermeneutisch gerechtfertigt ist, möchte ich bezweifeln³⁸⁾. Wenn Friedman mit dem damaligen Stand der Diskussion um die theoretischen Begriffe vertraut gewesen wäre, so hätte er diese Position wahrhaftig deutlicher zu Papier bringen können. Aber wie dem auch sei, der Interpretationsvorschlag von Nagel führt uns an die Position des modernen Empirismus heran, der heute von vielen Ökonomen und Ökonometrikern als die herrschende wissenschaftstheoretische Lehrmeinung akzeptiert wird³⁹⁾.

Als Beispiel möchte ich hier nur die schon fast klassische Arbeit des Nobelpreisträgers T.C. Koopmans "The Construction of Economic Knowledge"⁴⁰⁾ anführen. Nach Koopmans geht jede Form des Argumentierens in der Ökonomie von sicheren Prämissen aus, die er "Postulate" nennt. Die Postulate enthalten Termini wie "Konsument", "Arbeiter", "Unternehmer", "Ware", "Produktionsprozeß", "Output", "Konsumtion", "Wahrscheinlichkeit" und müssen durch Sätze über beobachtbare Phänomene verbunden werden. Solche Sätze nennt Koopmans "Interpretationen"⁴¹⁾. "Of course, the interpretations of the terms used in the postulates form the connecting link through which observation is brought to bear on the statements that represent conclusions. Verification, or absence of refutation, lends support to the set of postulates taken as a whole. Refutation indicates that at least

one of the postulates is inadequate for the purpose of "explaining" the phenomena to which the conclusions refer"⁴²⁾.

Bei Koopmans wird ganz deutlich, daß er an das moderne empiristische Programm, sowie es z.B. Carnap und Hempel u.a. geprägt haben, angeknüpft.

Die Liste derer, die methodologisch in dieser Richtung festgelegt sind, ist lang⁴³⁾. Ich glaube jedoch auf ihre Erörterung verzichten zu können, weil sie sich zwar von Friedman durch eine sorgfältigere Darstellung des empiristischen Standpunktes - soweit es die "reine Lehre" betrifft - unterscheiden, die Konsequenzen aber, die daraus für die Ökonomie zu ziehen wären, bei ihnen genauso unbestimmt bleiben wie bei Friedman. Dadurch, daß man bestimmte Termini, mit deren Einführung man seine Schwierigkeiten hat, zu theoretischen Begriffen erklärt, ist man allein noch kein Empirist. Zwar mangelt es nicht an Versuchen, die theoretischen Begriffe zu operationalisieren, d.h. Korrespondenzregeln für sie anzugeben. Im Gegenteil: etwas überspitzt kann man sagen, daß fast jeder empirischen Untersuchung ein eigenes Programm zur Operationalisierung der benutzten theoretischer Begriffe zugrunde liegt. Aber dieser grenzenlose Pluralismus führt dazu, daß nicht eine Theorie durch verschiedene Tests überprüft wird, sondern wegen der unterschiedlichen Operationalisierung der theoretischen Begriffe werden je unterschiedliche Theorien überprüft, was selbst von einem immanenten empiristischen Standpunkt aus als unbefriedigender Zustand zu werten ist.

Darüberhinaus ist die Konzeption der Beobachtungssprache in aller Regel so oberflächlich, daß das Spezifische an der Beschreibung sozialer Tatbestände überhaupt nicht ins Auge fällt. Am Beispiel der Theorie der offenbarten Präferenzen soll das kurz demonstriert werden.

Im Rahmen dieser Theorie wird der theoretische Begriff "Vorziehen" auf folgende Weise eingeführt: Gegeben sind zwei Güter-

bündel g_1 , g_2 und die dazugehörigen Preisvektoren p_1 , p_2 . Entscheidet sich eine Person P mit dem festen Einkaufsbudget b für das Güterbündel g_1 und gilt $p_1 g_1 = p_2 g_2 = b$, so wird gesagt, daß P das Güterbündel g_1 dem Güterbündel g_2 vorzieht⁴⁴⁾. Als unproblematisch und der Beobachtungssprache zugehörig werden hier die Begriffe "Preis", "Budget" angenommen. Preise sind nun zwar relativ einfach zu erheben, sie stellen trotzdem kein einfaches Beobachtungsdatum dar: Ein Preis ist eine bedingte Aufforderung, einen bestimmten Geldbetrag zu entrichten, um ein bestimmtes Gut zu erwerben. Um eine genannte Zahl als Preis interpretieren zu können, benötigt man also Kenntnisse über die Wirtschaftsverfassung eines Landes, mit schlichtem Hinsehen ist es hier nicht getan. Solche Kenntnisse sind uns nur schon so selbstverständlich geworden, daß sie in der Regel nicht mehr methodisch reflektiert werden.

Damit sind wir auch bei der letzten der durch Friedman aufgeworfenen Frage angelangt, nämlich dem Problem der empirischen Überprüfbarkeit. Dieses Problem sollte eigentlich für einen Empiristen von zentraler Bedeutung sein. Es ist deshalb erstaunlich, wie oberflächlich diese Frage innerhalb der empiristisch orientierten Ökonomie behandelt wird. Das empiristische Wissenschaftskonzept ist - wenn auch für eine Einheitswissenschaft gedacht - zunächst ja nur in Beziehung auf die Naturwissenschaften entworfen worden. Hieraus ergeben sich bei der Übertragung auf die Ökonomie einige gravierende Schwierigkeiten. So ist z.B. die Generalität und Universalität von Aussagen in den Naturwissenschaften durch die Wiederholbarkeit von Experimenten gesichert. Dessen war sich z.B. J.St. Mill noch klar bewußt. Sein Induktionismus beruhte auf der beliebigen Reproduzierbarkeit von Experimenten, und deshalb nahm er auch an, daß die Ökonomie als empirische Wissenschaft nicht den sicheren Gang der Naturwissenschaften wird gehen können. Mill's Nachfolger waren nicht in der Lage oder nicht willens, die ausgezeichnete Rolle, die das Experiment für eine empiristische Position spielt, zu erkennen. Das Problem wird entweder heruntergespielt oder gar nicht erwähnt.

Auch hier ist die Meinung Friedman's typisch: "The inability to conduct so-called "controlled experiments" does not, in my view, reflect a basic difference between the social and physical sciences both because it is not peculiar to the social sciences - witness astronomy - and because the distinction between a controlled experiment and uncontrolled experience is at best one of degree. No experiment can completely be controlled, and every experience is partly controlled, in the sense that disturbing influences are relatively constant in the course of it"⁴⁵). Wenn hier Friedman Astronomie und Physik in methodologischer Beziehung gleichsetzt, so übersieht er, daß in der Astronomie überhaupt keine generellen und universellen Gesetze aufgestellt werden. In der Astronomie werden entweder physikalische Gesetze angewendet oder aber spezielle Abläufe und Konstellationen unter der Verwendung von Eigennamen oder Kennzeichnungen beschrieben, und deshalb ist die Astronomie auch keiner Experimente bedürftig. Und was die Störungen beim Experiment betrifft, so ist natürlich deren mögliches Auftreten nicht zu leugnen. Allerdings wird man in einem solchen Falle zunächst den experimentellen Aufbau solange ändern, bis die Störungen vermieden sind. Nur dort, wo dies prinzipiell nicht oder nur mit unvertretbar hohem Aufwand möglich ist, wird man aus den "Störungen" Konsequenzen für die zu testende Hypothese ziehen, indem man sie in die Formulierung einer neuen Hypothese mit einbezieht. Kein Physiker wird sich "Störungen" aber einfach wegdenken, so wie das ein Ökonom in der Regel mit Erscheinungen macht, die ihm nicht so recht in seinen theoretischen Rahmen passen (solches "Wegdenken" wird dann höflich "Abstraktion" oder "Gedankenexperiment" genannt).

Die Ausführungen Friedmans verraten die bei Ökonomen häufig anzutreffende irrige Ansicht, daß die Physik eigentlich die Wissenschaft von ungestörten Naturvorgängen sei, die im Experiment immer nur unvollkommen beobachtet werden können. Deshalb gilt ihnen z.B. ein Fallexperiment in einem Glaszylinder mit Vakuum als "unrealistisch".

Auch bei der speziellen Frage der Metrisierbarkeit ökonomischer Theorien zeigt sich eine unkritische Bereitschaft zur Übernahme von methodologischen Positionen, die zunächst nur im Hinblick auf die Physik entworfen worden sind. So geht man in der Regel ganz selbstverständlich davon aus, daß die Ökonomie eine quantitative Wissenschaft sei, obwohl - wenn man vom Zählen absieht - es keine Meßoperationen gibt, die in irgendeinem inhaltlichen Sinne Meßoperationen aus der Physik vergleichbar sind und lediglich gezeigt werden kann, daß bestimmte Begriffe aus der ökonomischen Theorie syntaktische Eigenschaften besitzen, die formal den Aufbau eines metrischen Systems erlauben. Auf diese Problematik werden wir aber noch ausführlich zu sprechen kommen.

Und hier wird die immanente Schwäche des empiristischen Ansatzes in der Ökonomie besonders deutlich. Die beiläufige Behandlung von apparativen Meßoperationen in der Physik durch die empiristische Wissenschaftstheorie ist ja wohl nicht zuletzt dadurch erklärbar, daß diese Verfahren in aller Regel unumstritten sind: Wenn eine bestimmte Meßgenauigkeit verlangt ist, dann weiß jeder Physiker, welche Verfahren für die Messung in Frage kommen. Von dieser faktischen Sicherheit bezüglich der "Meßverfahren" ist man in der Ökonomie aber weit entfernt. Wie gesagt, besteht nicht einmal darüber, was im einzelnen als Beobachtungsmaterial für eine statistische Aufbereitung zugelassen werden soll, Einigkeit (man denke nur an die zahllosen alternativen Konzepte zur Erfassung des Kapitalstocks oder des Sozialprodukts!).

Wenn wir an dieser Stelle ein Facit ziehen, so lassen sich die folgenden drei Punkte als wesentlich festhalten:

- (1) In der Methodendiskussion überwiegt das Bekenntnis zum Empirismus die Argumentation. Zumeist geht man davon aus, daß die Ökonomie sich bereits als eine den Naturwissenschaften vergleichbare empirische Wissenschaft konstituiert hat, deren methodisches Fundament nur noch explizit gemacht werden muß. Dies zeigt sich sowohl an einer gewissen Oberflächlichkeit in der Argumentation als auch an der bezeichnenden

Uminterpretation physikalischer Methodologie.

- (2) Mit dem allgemeinen Verweis einiger Autoren auf die Theorie der theoretischen Begriffe ist das Problem des Aufbaus einer ökonomischen Terminologie bestenfalls als artikuliert, keinesfalls als gelöst anzusehen.
- (3) Die Frage schließlich, was als Beobachtung zu gelten hat und damit als Argument für oder gegen Annahmen oder Hypothesen, wird nicht einmal deutlich artikuliert. Damit hängen alle Ausführungen über Falsifikation und Bestätigung, über realistische und unrealistische Annahmen letztlich in der Luft.

Die Frage, ob das empiristische wissenschaftstheoretische Programm tatsächlich geeignet ist, um ein methodisches Fundament für die Ökonomie abzugeben bzw. um wenigstens Anstöße zur methodischen Fundierung zu geben, kann nach dem Stand der Diskussion in der Ökonomie nicht beantwortet werden: Hier wird von vorneherein unterstellt, daß die Ökonomie schon ist, was über die Kriterien, die die empiristischen Wissenschaftstheoretiker entwickelt haben, erst festgestellt werden soll, nämlich eine empirische Wissenschaft.

II Die rationalistische Tradition in der ökonomischen Methodologie

1 Der "naive Rationalismus": Senior und Robbins

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, standen sich schon zu Beginn der Methodendiskussion zwei unterschiedliche Positionen gegenüber. Mit J.St. Mill befürwortete Senior zwar auch die Loslösung der Ökonomie aus dem praktischen Verbund wirtschaftlich-politischen Handelns⁴⁷⁾. Im Unterschied zu Mill beruhten nach Seniors Meinung die Grundannahmen der Ökonomie aber nicht auf einer - wenn auch noch so schwach eingesetzten - Induktion, sie sind vielmehr a priori wahr und keiner weiteren empirischen

Überprüfung bedürftig. So schreibt Senior in der Auseinandersetzung mit Mill: "It appears to me, that if we substitute for Mr. Mill's hypothesis, that wealth and costly enjoyment are the only objects of human desire, the statement that they are universal and constant objects of desire, that they are desired by all men and all times, we shall have laid an equally firm foundation for our subsequent reasonings, and have put a truth in the place of an arbitrary assumption"⁴⁸⁾. Ihren apriorischen Charakter erhalten die Grundannahmen dadurch, daß sie "self-evident" sind. Zur besseren Erläuterung möchte ich hier die vier "selbsteinsichtigen" Grundannahmen anführen⁴⁹⁾.

- "1. That every man desires to obtain additional Wealth with as little sacrifice as possible.
2. That the Population of the world, or, in other words, the number of persons inhabiting it, is limited only by moral or physical evil, or by fear of a deficiency of those articles of wealth which the habits of the individuals of each class of its inhabitants lead them to require.
3. That the powers of Labour, and of the other instruments which produce wealth, may be indefinitely increased by using their Products as the means of further Production.
4. That, agricultural skill remaining the same, additional Labour employed on the land within a given district produces in general a less proportionate return, or, in other words, that though, with every increase of the labour bestowed, the aggregate return is increased, the increase of the return is not in proportion to the increase of the labour."

Wenn man sich diese Grundannahmen betrachtet, so muß einem die übliche Charakterisierung der Senior'schen Position als "rationalistisch" oder "aprioristisch" doch als etwas zu hochgegriffen erscheinen. Im Grunde genommen denkt Senior nicht an eine sorgfältige Trennung der apriorischen Bestandteile einer Wissenschaft von dem empirischen Satzbestand. Er meint lediglich, daß wir über das Wirtschaftsleben eine Reihe von Kenntnissen haben, die allen an dieser Praxis Beteiligten so geläufig sind, daß

eine eigene Untersuchung dieses Satzbestandes nicht erforderlich ist⁵⁰⁾. Damit berührt er also nicht die Frage, ob sich bestimmte Sätze im Rahmen der Ökonomie begründen lassen, sondern ob ihre Begründung erforderlich ist; nicht die Begründungsfähigkeit von Sätzen ist sein Thema, sondern ihre Begründungsbedürftigkeit. Die eigentliche Aufgabe für den Ökonomen sieht Senior darin, Folgerungen aus diesem als allgemein akzeptiert unterstellten Satzbestand zu ziehen.

An dieser Stelle möchte ich noch auf einen Punkt aufmerksam machen, der von einem gewissen methodischen Interesse ist. Wenn wir einmal davon ausgehen, daß mit "Wealth" in der klassischen Ökonomie in erster Linie materieller Wohlstand - und das heißt Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen - verstanden wurde, so haben die beiden ersten Grundannahmen von Senior einen universalen anthropologischen Charakter. Solche Annahmen spielen in der Ökonomie eine gewisse Rolle, wenngleich sie nur selten explizit angegeben werden und sich meist hinter Annahmen über die Knappheit von Gütern oder den Zwang zur Entscheidung zwischen Handlungsalternativen verstecken. Das wesentliche an einer anthropologischen Aussage liegt darin, daß sie sich nicht auf einen bestimmten Handlungsbereich oder eine bestimmte Form von Praxis bezieht. Anthropologische Aussagen sind vielmehr unabhängig von der historischen Ausgestaltung gesellschaftlichen Lebens⁵¹⁾. Hierin unterscheiden sich also die Annahmen 1 und 2 z.B. von der Annahme 4, in der das Gesetz des abnehmenden Grenzertrags formuliert wird, also auf eine bestimmte Praxis, die Produktion, abgestellt wird. Im Rahmen der Anthropologie werden Termini (z.B. noologische Termini wie "Begehren", "Bedürfnis", "Wille") bereitgestellt, die erforderlich sind, um über bestimmte Formen von Praxis zu reden. Die Annahmen 1 und 2 sind insoweit ökonomischen Annahmen vorgeordnet, d.h. man kann dann auch sagen, daß es sich - bezogen auf die Ökonomie - um apriorische Annahmen handelt. Damit hat man zwar dem Seniorschen Gebrauch von "apriori" einen Sinn gegeben, an dem Begründungsdefizit der Annahmen selbst ändert sich jedoch dadurch nichts.

Im Grunde genommen ist der Unterschied in den Auffassungen zwi-

schen Senior und Mill nicht so gravierend, wie sie selbst wohl glaubten. Mill betont ja ausdrücklich, daß seine induktive Methode in der Ökonomie nicht streng angewandt werden kann und die Grundannahmen letzten Endes aus der allgemeinen Lebenserfahrung genommen werden müssen. Wenn er diese Annahmen als Hypothesen bezeichnet, die der Verifikation bedürftig sind, so bedeutet dies ja nicht, daß sie vollkommen willkürlich behauptet werden, wie Senior dies unterstellt⁵²⁾. Und wenn Mill schreibt, daß man in der politischen Ökonomie aus angenommenen Prämissen Folgerungen zieht, die möglicherweise keinerlei Grundlage in der Wirklichkeit haben⁵³⁾, so meint er nur, daß diese Prämissen u.U. bezüglich ihres Geltungsbereichs eingeschränkt werden müssen, nicht jedoch, daß es sich dabei um bloße Phantasien handeln dürfte.

In unserem Jahrhundert wurde der Ansatz von Senior in erster Linie von L. Robbins und L.v. Mises weiterentwickelt. Vor allem das Buch von Robbins⁵⁴⁾ erlangte große Popularität. (So sah sich z.B. Hutchison durch Robbins zu seiner Arbeit provoziert.)

Der Grundgedanke von Robbins war, die Ökonomie als eine Theorie der Wahlhandlungen aufzubauen. Dabei geht er von drei Grundannahmen aus. Zunächst lassen sich zu jeder Situation verschiedene Ziele angeben, die angestrebt werden können. Sodann sind die Zeit und die Mittel, die benötigt werden, um diese Ziele zu erreichen, sowohl beschränkt verfügbar als auch alternativ verwendbar. Unter diesen Umständen trägt jede Handlung den Charakter einer Wahlhandlung⁵⁵⁾. Dieser Grundgedanke führte Robbins zu seiner berühmten Definition: "Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means with alternative uses"⁵⁶⁾.

Aus diesem Prinzip der Knappheit glaubt Robbins nun alle Sätze der Ökonomie ableiten zu können. Wie dies geschieht, sei an einer längeren Passage beispielhaft vorgeführt⁵⁷⁾: "The proposition that a price fixed below the equilibrium point must result in an excess of demand over supply is a simple corollary

of the general Theory of Price. According to that theory, the equilibrium price must be conceived as that price which restricts demand to the available supply. It follows quite simply that if the price is lower than this, the necessary restriction will not be effected. Demand which would have been excluded by the higher price will arise and there will be disequilibrium.

But why should we assume that there exists demand which must be excluded at a price at which demand and supply are equal? Surely this follows from the fact that a price exists at all. If there were no demand beyond the available supply, and no alternative use for the factors of production involved, there would be no price. The good would not be scarce in relation to the demand for it. It would not be an economic good at all. It would be a free good.

In the last analysis, therefore, our proposition rests upon deductions which are implicit in our initial definition of the subject-matter of Economic Science as a whole. Economics is concerned with the disposal of scarce goods with alternative uses. That is our fundamental conception. And from this conception we are enabled to derive the whole complicated structure of modern Price Theory. That goods are scarce and have alternative uses is a fact. Economics analysis consists in elucidating the manifold implications thereof."

Die "Deduktion", die Robbins hier vorlegt, funktioniert nur aufgrund eines Zirkelschlusses: Robbins setzt stillschweigend voraus, daß es sich bei den knappen Gütern und Dienstleistungen um marktfähige Güter und Dienstleistungen handelt und die Marktfähigkeit eines Gutes sich darin ausdrückt, daß es für dieses Gut einen Preis gibt. Robbins hätte korrekter Weise entweder seine Grundannahmen um den Satz "Jedes knappe Gut hat seinen Preis" erweitern müssen oder "Gut" und "Knappheit" unabhängig von der Verteilungsstruktur unseres Wirtschaftssystems definieren müssen. Im letzteren Falle würde aus einem "systemunabhängigen" Knappheitsprinzip allein allerdings nichts über Preisbe-

wegungen folgen.

Die Frage, ob die deduzierten Sätze wahr sind, ist für Robbins keine Frage der empirischen Überprüfung. Für ihn gilt ein Satz als wahr, wenn er logisch korrekt aus den Grundannahmen abgeleitet ist. Daß Robbins bezüglich der logischen Ableitbarkeit seine Probleme hatte, wurde gerade deutlich. Hier macht sich die von Koopmans attestierte "certain statesman like vagueness"⁵⁸⁾ besonders schmerzlich bemerkbar.

Das Problem des empirischen Bezugs ist für Robbins das Problem der Anwendung einer Theorie. Eine Theorie wird korrekt angewendet, wenn in einer bestimmten Situation die in der Theorie geforderten Randbedingungen gegeben sind⁵⁹⁾. Dies läßt sich folgendermaßen präzisieren. Wenn aus der Satzmenge $A_1, \dots, A_n$ sich der Satz B folgern läßt und man meint, begründen zu können, daß $A_1, \dots, A_n$ eine angemessene Beschreibung einer Situation S sind, so wird man auch das Eintreffen von B erwarten können. Läßt sich B tatsächlich nicht feststellen, so waren $A_1, \dots, A_n$ eben doch keine angemessene Beschreibung der Situation S, d.h. die Theorie wurde falsch angewendet.

Natürlich führt diese Vorstellung zu einer völligen Immunisierung der Theorie. Da eine Situation nie vollständig beschrieben werden kann, läßt sich auch nicht ausschließen, daß neben den in $A_1, \dots, A_n$ beschriebenen Umständen noch andere vorlagen, die das Eintreffen von B verhinderten. Schließlich bleibt bei Robbins völlig offen, mit welchen Argumenten die Anwendung einer Theorie begründet werden kann. Werden zwei sich gegenseitig ausschließende Behauptungen über das Vorliegen einer bestimmten Situation gemacht, so kann Robbins kein Verfahren angeben, wie dieses Problem methodisch zu lösen sei. Es wird nicht einmal diskutiert, mit welchen sprachlichen Mitteln eine korrekte Situationsbeschreibung vorzunehmen ist; das bei den empiristisch orientierten Ökonomen wenigsten artikulierteste Problem der Unterscheidung von Theorie- und Beobachtungssprache wird bei Robbins schlicht übergangen.

2 Das "praxeologische" Fundament der Ökonomie: L.v. Mises

Wir haben bis jetzt den rationalistischen Ansatz kennengelernt als den Versuch, aus einigen Definitionen und "selbsteinsichtigen" Aussagen den Satzbestand der Ökonomie abzuleiten. Ich habe Senior und Robbins "naive Rationalisten" genannt, weil sie doch in den entscheidenden Punkten stark an den "commonsense" appellieren und nähere methodische Untersuchungen meiden. Eine in manchen Punkten sorgfältiger ausgebaute Position bezieht L.v. Mises⁶⁰⁾. Er soll als letzter Vertreter der "Rationalisten" zu Wort kommen.

Mises' Grundgedanke ist, die Ökonomie auf einer apriorischen Wissenschaft vom Handeln, "Praxeologie"⁶¹⁾ genannt, aufzubauen. Die Ökonomie ergibt sich als Anwendung praxeologischer Prinzipien auf einen speziellen Handlungsbereich. Im Unterschied zu den bereits erwähnten rationalistischen Positionen ist für Mises deshalb der Handlungsbegriff von zentraler Bedeutung. "Der Ausgangspunkt unseres Denkens ist nicht die Wirtschaft, sondern das Wirtschaften, d.i. das Handeln oder wie man pleonastisch zu sagen pflegt, das rationale Handeln Den Begriff des Handeln erfassen wir als denkende und handelnde Menschen. Indem wir diesen Begriff erfassen, erfassen wir zugleich die Begriffspaare Weg und Ziel, Mittel und Zweck, Ursache und Wirkung, Anfang und Ende und damit auch die Begriffe Wert, Gut, Tausch, Preis und Kosten. Sie alle sind notwendigerweise mitgedacht im Begriff des Handelns und mit ihnen die Begriffe Werten, Rangordnung und Wichtigkeit, Knappheit und Überfluß, Vorteil und Nachteil, Erfolg, Gewinn und Verlust"⁶²⁾. Die Explikation dieser Begriffe hat im Rahmen der Praxeologie zu erfolgen, und die im Rahmen der Praxeologie gewonnenen Sätze stehen nach v. Mises Meinung logisch vor der Erfahrung, d.h. sie können empirisch weder bestätigt noch widerlegt werden⁶³⁾. Die Grundzüge der Praxeologie lassen sich in wenigen Sätzen zusammenfassen.

Zunächst wird von der Definition des Handlungsbegriffs ausge-

gangen: "Handeln ist bewußtes Verhalten. Wir können auch sagen: Handeln ist Wollen, das sich in Tat und Wirken umsetzt und damit verwirklicht, ist ziel- und zweckbewußtes Sichbenehmen"⁶⁴). Handeln kann sowohl im Tun als auch im Unterlassen bestehen. Großen Wert legt v. Mises auf die Feststellung, daß Handeln immer rational sei. Er begründet diese Behauptung damit, daß die Bezeichnung einer Handlung als "irrational" eine Wertung beinhalte, Wissenschaft aber wertfrei zu sein habe⁶⁵). Diese Argumentation ist ganz offensichtlich unrichtig: Wenn das Absprechen eines Prädikators eine Wertung enthält, dann doch auch das Zuspreehen; eine Wertung liegt nicht im Zu- und Absprechen schlechthin, sondern im Zu- und Absprechen von Wertungsprädikatoren. Im übrigen führt v. Mises selbst die Unterscheidung zweckmäßig - unzweckmäßig ein⁶⁶). Und wenn auch v. Mises sich über die Bedeutung von "rational" - "irrational" nicht näher ausläßt, so wird man doch, dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend, davon ausgehen können, daß zweckmäßiges Handeln rational ist und unzweckmäßiges Handeln irrational.

Ich sehe allerdings eine Möglichkeit, dieser etwas merkwürdigen Redeweise doch noch einen Sinn abzugewinnen. Dazu interpretiere ich die Definition "Handeln ist bewußtes Tun" als "Handeln ist sprachlich vorbereitetes Tun", d.h., dem Handeln müssen Beratungen mit sich selbst oder mit anderen vorausgegangen sein. Werden solche Reden oder Überlegungen (wie das Reden mit sich selbst genannt werden soll) allgemein als Gründe für das Handeln akzeptiert, also als Argumente angesehen, so kann man dieses Handeln rational nennen. Den Satz, alles Handeln sei rational, kann man dann als Aufforderung an den Sozialwissenschaftler umdeuten, bei der Bestimmung einer Tätigkeit als Handlung nur darauf zu achten, ob die diese Handlung begleitenden Reden und Überlegungen als Argumente gemeint sind, und nicht, ob sie tatsächlich als Argumente zu akzeptieren sind. Von einem solchen subjektivistischen Standpunkt aus hätte die Unterscheidung "rational" - "irrational" allerdings keinen Sinn mehr: Da die Charakterisierung einer Handlung als "rational" nur an die Meinung des Handelnden gebunden ist, ist alles Tun entweder Handeln

(wenn redegeleitet) oder schlichtes Verhalten (wenn nicht redegeleitet). Allerdings würde man, folgt man dieser Interpretation, ein Stück Argumentationstheorie benötigen, um den Status einer Rede als Argumentation formal und pragmatisch bestimmen zu können.

Nach der Einführung seines Handlungsbegriffs definiert v. Mises "Zweck" als den Erfolg einer Handlung und "Mittel" als das, was nach unserem Wissen zur Erreichung eines Zwecks geeignet ist⁶⁷⁾. Durch die Einführung seines Handlungsbegriffs glaubt v. Mises auch, auf ein besonderes Prinzip der Knappheit verzichten zu können. Von Handeln kann man sowieso nur sprechen, wenn man sich von der Unzulänglichkeit der Versorgung beeengt fühlt⁶⁸⁾. Handeln bedeutet außerdem, eine Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten zu treffen, und ist immer auf die Zukunft gerichtet, weil es einen weniger befriedigenden momentanen Zustand in einen befriedigenderen zukünftigen Zustand verwandeln will⁶⁹⁾.

Der entscheidende Übergang zur Ökonomie kündigt sich bei v. Mises folgendermaßen an: "Jedes Handeln ist eine durch den Menschen hervorgerufene Veränderung. Wir pflegen eine solche Veränderung Tausch oder ein Tauschen zu nennen. Ein weniger befriedigender Zustand wird mit einem mehr befriedigenderen Zustand vertauscht. Das weniger Befriedigende wird hingegeben, um ein Mehrbefriedigendes zu empfangen. Das, was hingegeben wird, ist der Preis, der für die Erreichung des Zweckes gezahlt wird. Die Bedeutung oder Wertung des gezahlten Preises nennen wir die durch die Erreichung des Zweckes aufgelaufen Kosten"⁷⁰⁾. Nimmt man zu diesen praxeologischen Bestimmungen noch einige empirische Annahmen über den institutionellen Rahmen, in dem das Handeln erfolgt, hinzu (z.B. die Annahme, daß Unternehmen das Ziel maximalen monetären Gewinns verfolgen)⁷¹⁾, so läßt sich der Satzbestand der Mikroökonomie entwickeln.

Der Gedanke, der Ökonomie mit Hilfe einer allgemeinen Handlungstheorie ein apriorisches Fundament zu geben, hat wenig Resonanz gefunden⁷²⁾, obwohl damit ein grundlegendes und traditionsbela-

denen Thema der Sozialwissenschaften berührt wurde. Dies scheint mir jedoch auch an einigen ganz charakteristischen Schwächen des Ansatzes von v. Mises und seinen Schülern zu liegen.

Im Grunde genommen gibt v. Mises keine überzeugende Bestimmung des Gebrauchs von "apriori". Er verweist lediglich darauf, daß Begriffe und Sätze apriorisch sind, wenn sie der Erfahrung vorausgehen. Wie man sich dieses "Vorausgehen" vorzustellen hat, bleibt bei ihm äußerst vage, wie aus den in Anm. 63 angegebenen Stellen wohl deutlich wird. Man könnte daran denken, daß die wissenschaftliche Begriffsbildung sich begründen läßt aufgrund einer vorwissenschaftlichen Erfahrungsbasis. Der Begriff "apriori" würde dann nur auf die spezielle, im Rahmen von Wissenschaft sich vollziehende Erfahrung bezogen werden. So unterscheidet etwa v. Wieser die "gemeine Erfahrung" unserer alltäglichen Praxis von der theoretisch beherrschten Erkenntnis: "Die Aufgabe der Wirtschaftstheorie besteht darin, den Inhalt der gemeinen wirtschaftlichen Erfahrung wissenschaftlich auszuschöpfen und zu deuten. Aus dem Sinne, wie er jedermann in seinem Kreise praktisch vertraut ist, leitet sie ihre theoretisch beherrschte Erkenntnis ab, die sie befähigt, den Sinn der Wirtschaft auch in solchen erweiterten gesellschaftlichen Zusammenhängen zu verstehen, die über die Erfahrung des einzelnen hinausgehen"⁷³).

Was aber ist dann das eigentlich "wissenschaftliche" an der Ökonomie? Sind es die im weiten Sinne statistischen Verfahren, mit denen die "gemeine Erfahrung" systematisiert wird? Oder ist es eine bestimmte Art der Reflexion, die die wissenschaftliche Beschäftigung mit wirtschaftlichen Vorgängen auszeichnet, "versteht" also der Geschäftsmann wirtschaftliche Vorgänge in anderer Weise als der Wirtschaftswissenschaftler?

Wenn wir die "gemeine Erfahrung" im Wieserschen Sinne als "lebensweltliches Apriori" bezeichnen, so können wir diese Fragen zusammenfassen: Gibt es für die Ökonomie neben dem lebenswelt-

lichen Apriori noch ein prototheoretisches Apriori, d.h. eine apriorische Theorie, die es erlaubt, bestimmte wirtschaftliche Erfahrungen als wirtschaftswissenschaftliche Erfahrungen auszuzeichnen?

Dieses Problem wird später noch ausführlich erörtert, hier soll zunächst nur der Vorschlag von v. Mises erörtert werden. V. Mises stimmt v. Wieser bezüglich des lebensweltlichen Aprioris zu⁷⁴⁾. Zumindest attestiert er ihm, sich auf dem richtigen Weg zu befinden, denn sein eigener Ansatz geht in der Tat weiter. In unserer Terminologie gesprochen, geht es ihm darum, neben das lebensweltliche Apriori mit der Praxeologie ein prototheoretisches Apriori zu stellen. Er war der Meinung, daß bislang solche prototheoretische Teile fälschlicherweise zum empirischen Bestand der Ökonomie gerechnet wurden und wollte hier die notwendige Trennung vornehmen. Allerdings verfügte v. Mises über keinerlei sprachkritische Mittel, um eine prototheoretische Terminologie sauber von der Terminologie der empirischen Theorie abgrenzen zu können. Deshalb ist er über sein Ziel hinausgeschossen und hat weite Bereiche der theoretischen Ökonomie einfach zu apriorischen Teilen der Wissenschaft erklärt, so daß als empirischer Teil gewissermaßen nur die Konkretisierung der allgemeinen Aussagen mit Eigennamen und Orts- bzw. Zeitkonstanten übrigbleibt.

Die Tendenz, ökonomische Begriffe und Sätze der Praxeologie einzuverleiben, wurde bei der Einführung des Handlungsbegriffs durch v. Mises deutlich. Er beginnt seine Untersuchung zum Handlungsbegriff ja recht allgemein mit der Definition von Handeln als - in meiner Interpretation - sprachlich vorbereitetem Tun. Dieser Handlungsbegriff umfaßt zunächst sowohl aktive Tätigkeit als auch Unterlassen⁷⁵⁾. Er wird dann im Laufe der weiteren Untersuchungen immer mehr eingeschränkt: Handeln ist zukunftsbezogen, bedeutet Veränderung, besteht immer in der Wahl knapper Mittel zu einem Zweck usw. Durch diese Einschränkungen verlieren Unterlassungen und zweckfreie Tätigkeiten wie Musizieren, Spaziergehen, Spielen ihren Handlungscharakter, obwohl sie bewußte Tätigkeiten sind. Übrig bleibt ein bestimmter Handlungs-

typ, der Handlungstyp des homo oeconomicus.

In seiner Antwort auf Gutiérrez, der ebenfalls diesen Punkt kritisch anspricht⁷⁶⁾, schreibt Block: "Action is being defined as that which effects the future, as that which cannot be instantaneously satisfied. If a thing can have instantaneous satisfaction, it cannot be subject to human action. If a good could be attained instantaneously, so that it did not have to wait until the future for satisfaction, there would be no scarcity of the means to effect it. But economics is the science of scarce means. Therefore economics can have no part to play with respect so such an occurrence"⁷⁷⁾.

Mit dieser Ansicht Block's wird allerdings das Anliegen von v. Mises nicht getroffen. Die als Einschränkungen angesprochenen weiteren Bestimmungen des Handlungsbegriffs sind nicht einfach Bestandteile einer umfassenden Definition und insoweit letztlich Konvention. Es sind nach v. Mises Meinung notwendige Explikationen des Handlungsbegriffs, Bestimmungen, die denknotwendig zum Handlungsbegriff gehören.

Block dagegen gibt Definitionen an, die sich dadurch als sinnvoll erweisen, daß sie dem in der Ökonomie üblicherweise verwendeten Handlungsbegriff entsprechen. Faktisch laufen beide Ansätze jedoch auf das Gleiche hinaus: Denn für v. Mises sind gerade solche Bestimmungen "denknotwendig", die seinen allgemeinen Handlungsbegriff auf den in der Ökonomie üblichen einschränken.

3 Abschließende Bemerkungen

In diesem Kapitel wurden zwei methodologische Positionen in verschiedenen Schattierungen vorgestellt: die herrschende empiristische Richtung und das rationalistische Minderheitsvotum. In ihrem Anspruch unterscheiden sich beide Richtungen zunächst deutlich. Nach empiristischer Ansicht entscheidet letztlich die

Erfahrung über den Bestand ökonomischer Theorien. Für die Rationalisten sind die ökonomischen Theorien Deduktion aus Grundannahmen, die apriori wahr sind. Der Erfahrungsbezug wird erst durch die Anwendung der Theorie hergestellt.

Aber so gegensätzlich die Positionen auch formuliert sind, sie zeigen doch einige Gemeinsamkeiten. In jedem Fall haben die methodischen Bemühungen affirmativen Charakter. Sie haben keine kritische Funktion der Ökonomie gegenüber, sondern dienen der Rechtfertigung liebgewonener Theorien. Dies ist bei Senior oder Robbins ganz offensichtlich, bei v. Mises nicht allzu schwer zu erkennen. Und auch die Empiristen bzw. die, die sich dafür halten, verzichten an entscheidenden Punkten auf eine konsequente Durchführung ihres Ansatzes.

Ein weiterer Berührungspunkt ergibt sich auch beim Erfahrungsbegriff. Erfahrung im naturwissenschaftlichen Sinne ist immer Erfahrung, die in einer bestimmten Terminologie ausgedrückt und durch das Experiment kontrolliert wird. Diese Erfahrungsbasis gibt es in der Ökonomie nicht. Hier spielt die vorwissenschaftliche Erfahrung, die Alltagserfahrung eine zentrale Rolle: die Empiristen beziehen sich auf eine durch statistische Verfahren und Erhebungstechniken "aufbereitete" Erfahrung zur Überprüfung von Theorien, die Rationalisten - wenigstens einige von ihnen - beziehen sich auf die Alltagserfahrung als Basis im Aufbau der ökonomischen Theorie. In jedem Fall ist jedoch die Beziehung zwischen einer Alltagserfahrung und der "wissenschaftlichen" Erfahrung systematisch ungeklärt.

Anmerkungen

- 1) Eine sorgfältige Darstellung auch methodischer Positionen findet sich bei J.H. Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen 1965; speziell für die ältere Literatur ist immer noch einschlägig J.N. Keanes, The Scope and Method of Political Economy, London 1917⁴ (Nachdruck N.Y. 1963); s. im übrigen auch R.B. Ekelund Jr./E.S. Olsen, Comte, Mill, and Cairnes: The Positivist-Empiricist Interlude in Late Classical Economics, J. Econ. Issues 7 (1973), S. 383 - 416.
- 2) Vgl. J.St. Mill, A System of Logic, Coll. Works (Ed. J.M. Robson), Bd. VII, Toronto 1973, Book III, Chap. X, §§ 7f.
- 3) Ebd., S. 461.
- 4) Vgl. J. St. Mill, A System of Logic, Coll. Works (Ed. J.M. Robson), Bd. VIII, Toronto 1973, Book VI, Chap. VI ff; ders., Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy, Coll. Works, Bd. IV, Toronto 1967, Essay V: "On the Definition of Political Economy".
- 5) So schreibt Mill: "Although, however, direct verification is impossible, there is an indirect verification, which is scarcely of less value, and which is always practicable. The conclusion drawn as to the individual case, can only be directly verified in that case; but it is verified indirectly, by the verification of other conclusions, drawn in other individual cases from the same laws. The experience which comes too late to verify the particular proposition to which it refers, is not too late to help towards verifying the general sufficiency of the theory. The test of the degree in which the science affords safe ground for prediction (and consequently for practically dealing with) what has not yet happened, is the degree in which it would have enabled us to predict what has actually occurred.", A System of Logic, Coll. Works Bd. VIII, Toronto 1973, S. 909f.
- 6) Vgl. J.St. Mill, A System of Logic, in: Coll. Works, Bd. VII, Book VI, Chap. V; weitere Andeutungen finden sich z.B. auch bei J.St. Mill, On the Definition ..., a.a.O., S. 329 und

- und bei L. Lévy-Bruhl (Hrsg.), *Lettres inédites de John Stuart Mill à Auguste Comte*, Paris 1899, S. 332.
- 7) Vgl. J.St. Mill, *A System of Logic*, Coll. Works, Bd. VIII, Toronto 1973, S. 908.
 - 8) Etwas modifiziert und popularisiert wurde der Millsche Ansatz bei J.E. Cairnes, *The Character and Logical Method of Political Economy*, London 1875; s.a. J.N. Keynes, *The Scope and Method of Political Economy*, London 1917⁴ (Nachdruck N.Y. 1963), Chap. VI, VII.
 - 9) T.W. Hutchison, *The Significance and Basic Postulates of Economic Theory*, London 1938 (Nachdruck mit einem neuen Vorwort N.Y. 1960).
 - 10) Den analytisch wahren Satzbestand nennt Hutchison "pure theory", s. Hutchison, *The Significance ...*, Kap. II 2,3.
 - 11) Hutchison schreibt: "According to our definitions of the terms ... either a proposition which has sense is conceivably falsifiable by empirical observation or it is not. If it is not thus falsifiable it does not, if true, forbid any conceivable occurrence, but only a contradiction in terms. ... Therefore a proposition with empirical content of an empirical proposition must, by definition, be conceivable falsifiable, that is, if true, exclude some conceivable possibility. ... According to our proposed definition all propositions with scientific sense, then, are either conceivable falsifiable by empirical observation or not, and none can be both." (S. 26 f.)
 - 12) A.a.O., S. 120.
 - 13) A.a.O., Chap. IV.
 - 14) T.W. Hutchison, a.a.O., Chap. II 5. In jüngerer Zeit hat H. Albert diesen Gedanken wieder aufgenommen, s. H. Albert, *Modell-Platonismus: Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Betrachtung*, in: ders., *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Neuwied/Berlin 1967, S. 331 - 367.

- 15) T.W. Hutchison, The Significance ..., Chap. V 2.
- 16) J.St. Mill, On the Definition ..., S. 329.
- 17) S. K.R. Popper, Logik der Forschung, Tübingen 1969³, S. 256.
- 18) T.W. Hutchison, The Significance ..., S. 120.
- 19) Wesentliche Beiträge waren damals: M. Friedman, The Methodology of Positive Economics, in: ders., Essays in Positive Economics, Chicago 1953; F. Machlup, The Problem of Verification in Economics, Southern Econ. J. 22 (1955), S. 1 - 21, (wieder abgedruckt in: ders., Methodology of Economics and Other Social Sciences, N.Y. u.a. 1978, S. 137 - 157); J. Mehlitz, Friedman and Machlup on the Significance of Testing Economic Assumptions, J. Pol. Ec. 73 (1965), S. 37 - 60; E. Rotwein, The Methodology of Positive Economics, Quart. J. Ec. 73 (1959), S. 554 - 575; T.C. Koopmans, Three Essays on the State of Economic Science, N.Y. 1957, Essay II; sowie Papers and Proceedings of the American Economic Association, May 1963 mit Beiträgen von A.G. Papandreou, E. Nagel, S. Krupp, G.C. Archibald, H.A. Simon und P.A. Samuelson.
- 20) M. Friedman, The Methodology of Positive Economics, s. Anm. 19. Neben den in Anm. 19 schon genannten Arbeiten wären zu erwähnen: E. Rotwein, Empiricism and Economic Method: Several Views Considered, J. Econ. Issues 7 (1973), S. 361 - 382; Ch.K. Wilber/J.D. Wisman, The Chicago School: Positivism or Ideal Type, J. Econ. Issues 9 (1975), S. 665 - 679; K. Brunner, "Assumptions" and the Cognitive Quality of Theories, Synthese 20 (1969), S. 501 - 525; J. Frank, Kritische Ökonomie, Reinbek 1976, S. 15 - 24 und 79 - 88; P.T. Sagel, Epistemology of Economics, Z. f. allg. Wissenschaftsth. 8 (1977), S. 144 - 162; L.A. Boland, A Critique of Friedman's Critics, J. Econ. Lit. 17 (1979), S. 503 - 522.
- 21) Zu dieser Frage stellt Friedman lediglich fest: "The interaction between the observer and the process observed that is so a prominent feature of the social sciences, besides its more obvious parallel in the physical sciences, has a more subtle counterpart in the indeterminacy principle arising

out of the interaction between the process of measurement and the phenomena being measured. And both have a counterpart in pure logic in Gödel's theorem, asserting the impossibility of a comprehensive self-contained logic. It is an open question whether all three can be regarded as different formulations of an even more general principle." (S. 5) Dieses Zitat mag auch als Beispiel dienen für den häufig kritisierten, etwas überspannten Stil, den Friedman pflegt, s. P.A. Samuelson, Discussion, AER, Pap. & Proc. 53 (1963), S. 233; K. Brunner, a.a.O., S. 503; P.T. Sagal, a.a.O., S. 7.

- 22) M. Friedman, a.a.O., S. 4.
- 23) M. Friedman, a.a.O., S. 7.
- 24) Ebd.
- 25) A.a.O., S. 15.
- 26) So F. Machlup in seinem Aufsatz: The Problem of Verification in Economics, Southern Econ. J. 22 (1955), S. 7.
- 27) G. Debreu, Theory of Value, N.Y. 1959.
- 28) Vgl. z.B. G.C. Harcourt (Ed.), The Microeconomic Foundation of Macroeconomics, London 1977.
- 29) So erwähnt er als Beispiel die der Theorie der vollständigen Konkurrenz und der Theorie des Monopols zugrundeliegenden Grundannahmen (a.a.O., S. 15, 21 und 27).
- 30) S. z.B. S. 14: "To be important, therefore, a hypothesis must be descriptively false in its assumptions."
- 31) T.C. Koopmans, Three Essays ..., S. 138 ff. favorisiert diese Interpretation. Eine wesentlich behutsamere Interpretation hat E. Nagel vorgelegt, s. E. Nagel, Assumptions in Economic Theory, AER, Pap. & Proc. 53 (1963), S. 211 - 219, der ich auch hier teilweise folge.
- 32) So behauptet er etwa, daß eine realistische Theorie des Weizenmarktes auch Auskunft geben müsse über die persönlichen Eigenschaften der Marktteilnehmer (Haarfarbe, Charakter, Erziehung), S. 32.

- 33) Vgl. L.A. Boland, A Critic of Friedman's Critics, J. Econ. Lit. 27 (1979), S. 503 - 522.
- 34) Vgl. a.a.O., S. 20 ff., speziell S. 21: "It is only a short step from these examples to the economic hypothesis that under a wide range of circumstances individual firms behave as if they were seeking rationally to maximize their expected returns ... and had full knowledge of the data needed to succeed in this attempt".
- 35) S. L.A. Boland, a.a.O., S. 513.
- 36) E. Nagel, Assumptions in Economic Theory, AER, Pap. & Proc. 53 (1963), S. 211 - 219.
- 37) In der Ökonomie wären dies Wörter wie "Nutzen", "Gewinn", "Kosten", "Preis".
- 38) Auch Samuelson äußert sich recht skeptisch zu diesem Rettungsversuch Nagels, s. P.A. Samuelson, Discussion, AER, Pap. & Proc. 53 (1963), S. 231.
- 39) S. z.B. T.C. Koopmans, Three Essays on the State of Economic Science, N.Y. 1957, Essay II; F. Machlup, Operationalism and Pure Theory in Economics, in: S.R. Krupp (Hrsg.), The Structure of Economic Science, Englewood Cliffs 1966, S. 53 - 67; wieder abgedruckt in: F. Machlup, Methodology of Economics and Other Social Sciences, N.Y. u.a. 1978, S. 189 - 207; K. Brunner, "Assumptions" and the Cognitive Quality of Theories Synthese 20 (1969), S. 501 - 525; R.L. Basman, Modern Logic and the Supposition Weakness of the Empirical Foundations of Economic Science, Schweiz. Z. f. Volksw. u. Statistik 111 (1975), S. 153 - 176; dieser Ansatz ist besonders bei mathematischen Ökonomen beliebt (s. z.B. G. Debreu, Theory of Value, N.Y. 1959, S. X; T. Rader, Theory of Microeconomics, N.Y./London 1972, S. 3 - 15 und 51 - 57), da ihnen die strenge Trennung von syntaktischem und semantischem Aufbau einer Theorie die Rechtfertigung dafür gibt, sich ausschließlich um die Entwicklung des mathematischen Apparats in der Ökonomie zu kümmern.
- 40) T.C. Koopmans, Three Essays ..., S. 129 - 166.

- 41) A.a.O., S. 132 f.
- 42) A.a.O., S. 134.
- 43) Neben den in Fußnote 34) genannten Autoren wären z.B. noch zu nennen: A. Papandreou, *Economics as a Science*, Chicago u.a. 1968; R.E. Emmer, *Economic Analysis and Scientific Philosophy*, London 1967; manchmal wird auch F. Machlup zum harten Kern der Empiristen gezählt, s. z.B. von E. Rotwein, *Empiricism and Economic Method: Several Views Considered*, J. Econ. Issues 7 (1973), S. 361 - 382, obwohl er eine recht differenzierte Position vertritt. Stark von M. Weber und A. Schütz beeinflusst, betont er die Wichtigkeit von Versteheleistungen in der Ökonomie. Allerdings möchte er sie dort ansiedeln, wo es um die Relevanzentscheidungen beim Aufbau der ökonomischen Terminologie bzw. bei der Auswahl von Fragestellungen geht. Die ökonomischen Theorien selbst müssen dagegen durch Beobachtungen überprüfbar sein, wobei er mit "Beobachtung" in den Sozialwissenschaften in erster Linie die Erhebung subjektiver Angaben meint, vgl. F. Machlup, *Methodology of Economics and Other Social Sciences*, N.Y. 1978, bes. Kap. 6 und 7.
- 44) Vgl. zu der auf Houthakker und Samuelson zurückgehenden Theorie z.B. J.S. Chipman e.a., *Preferences, Utility, and Demand*, New York e.a. 1971; A.Y.C. Koo, *An empirical test of revealed preference theory*, in: *Econometrica* 31 (1963), S. 646 - 664. Wir kommen auf diese Theorie weiter unten noch ausführlich zurück.
- 45) M. Friedman, *The Methodology ...*, S. 10.
- 46) T.C. Koopmans, *Three Essays ...*, Essay III; D.V.T. Bear/D. Orr, *Logic and Expediency in Economic Theorizing*, J. Pol. Ec. 75 (1967), S. 188 - 196; H.O. Wold, *Mergers of Economics and Philosophy of Science*, *Synthese* 20 (1969), S. 427 - 482.
- 47) N.W. Senior, *Four Introductory Lectures on Political Economy*, London 1852, S. 18, 52; ders., *An Outline of the Science of Political Economy*, London 1836 (Nachdruck N.Y. 1965), S. 2 f.
- 48) N.W. Senior, *Four Introductory Lectures ...*, S. 62.

- 49) N.W. Senior, An Outline ..., S. 6.
- 50) Dies wird deutlich aus den Erläuterungen zu den Grundannahmen, in denen Senior an zahlreichen Beispielen versucht, sie plausibel zu machen, N.W. Senior, An Outline ..., S. 27 - 86.
- 51) Vgl. W. Kamlah, Philosophische Anthropologie, Mannheim u.a. 1972, S. 11.
- 52) N.W. Senior, Four Introductory Lectures ..., S. 65.
- 53) J.St. Mill, On the Definition ..., S. 325.
- 54) L. Robbins, An Essay on the Nature and Significance of Economic Science, London 1932.
- 55) A.a.O., S. 12.
- 56) A.a.O., S. 15 oder in etwas anderer Formulierung: "It (Economic theory, R.K.) is the study of the formal implications of this relationship of ends and means" (S. 37).
- 57) A.a.O., S. 75 f.
- 58) T.C. Koopmans, Three Essays on the State of Economic Science, N.Y. 1957, S. 136.
- 59) Robbins führt hierzu aus: "As we have seen already the truth of a particular theory is a matter of its logical derivation from the general assumptions of the science. But its applicability to a given situation depends upon the extent to which its concepts actually reflect the forces operating in that situation" (S. 106) und einige Seiten später: "Economic laws describe inevitable implications. If the data they postulate are given, then the consequences they predict necessarily follow. ... If in a given situation, the facts are of a certain order, economic law warrants us in deducing with complete certainty that other facts which it enables us to describe are also present." (S. 110)
- 60) L.v. Mises, Grundprobleme der Nationalökonomie, Jena 1923; ders., Nationalökonomie-Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940 (eine sinngemäße englische Fassung erschien unter dem Titel "Human Action", New Haven 1949); ders., The Ultimate Foundation of Economic Science, Princeton 1962; v.

Mises hat übrigens Robbins stark beeinflusst, ihm nahe stehen auch M.N. Rothbard, Man, Economy, and State: A Treatise on Economic Principles, Princeton 1962 und I.M. Kirzner, The Economic Point of View, Princeton 1960.

- 61) Der Gebrauch des Ausdrucks "Praxeologie" bei v. Mises ist nicht zu verwechseln mit dem Gebrauch bei O. Lange. O. Lange versteht unter "Praxeologie" eine soziale Technik: Wenn gewisse wirtschaftliche Ziele und Beschränkungen vorgegeben sind, so läßt sich gemäß praxeologischer Grundsätze der Mitteleinsatz optimieren. Zur Praxeologie im Sinne von O. Lange gehören also insbesondere Operation-Research- und Optimal-Control-Verfahren, vgl. O. Lange, Politische Ökonomie, Bd. 1, Ffm. 1968, S. 277 ff.
- 62) L.v. Mises, Grundprobleme ..., S. 22.
- 63) V. Mises erläutert seinen Gebrauch von "apriorisch". Ein Satz wird "apriorisch" genannt, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: "first, that the negation of what it asserts is unthinkable for the human mind and appears to it as nonsense; secondly, that this a priori concept or proposition in necessity implied in our mental approach to all the problems concerned, i.e., in our thinking and acting concerning these problems" (v. Mises, The Ultimate Foundation ..., S. 18) und an anderer Stelle führt er aus: "Die praxeologischen Sätze stehen logisch vor der Erfahrung: sie können durch die Erfahrung, die nur durch sie möglich wurde, weder bestätigt noch widerlegt werden." (v. Mises, Nationalökonomie ..., S. 22).
- 64) V. Mises, Nationalökonomie ..., S. 11.
- 65) A.a.O., S. 14.
- 66) A.a.O., S. 74.
- 67) A.a.O., S. 65 f.
- 68) "Wären die Mittel im Hinblick auf das Unbefriedigtsein nicht knapp, so würde nicht gehandelt werden; es würde mithin keine Veranlassung bestehen, Mittel und Zweck zu unterscheiden."; a.a.O., S. 66.

- 69) A.a.O., S. 78.
- 70) A.a.O., S. 75.
- 71) Eine kurze Zusammenfassung der empirischen Annahmen findet sich bei M.N. Rothbard, In Defense of "Extreme Apriorism", Southern Econ. J. 23 (1956/57), S. 314 - 320.
- 72) Aus den letzten Jahren wäre an Sekundärliteratur zu erwähnen: C. Gutiérrez, The Extraordinary Claim of Praxeology, Theory and Decision 1 (1971), S. 327 - 336; W. Block, A Comment on "The Extraordinary Claim of Praxeology" by Professor Gutiérrez, Theory and Decision 3 (1973), S. 377 - 387; P.T. Sagal, Epistemology of Economics, Z. f. allg. Wissenschaftsth. 8 (1977), S. 144 - 162; R. Nozick, On Austrian Methodology, Synthese 36 (1977), S. 353 - 392.
- 73) F. Frh. v. Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in: Grundriß der Sozialökonomik. I. Abt. II. Teil, Tübingen 1924², S. 8. An anderer Stelle schreibt v. Wieser: "Das Bewußtsein der wirtschaftenden Menschen bietet ihr (der Ökonomie, R.K.) einen Schatz von Erfahrungen, die jedermann besitzt, der praktische Wirtschaft treibt, und die daher auch jeder Theoretiker in sich bereit findet, ohne daß er sie erst mit besonderen wissenschaftlichen Hilfsmitteln zusammenzubringen hätte. Es sind Erfahrungen über äußere Tatsachen, wie z.B. über das Dasein der Güter und ihrer Ordnungen, es sind Erfahrungen über innere Tatsachen, wie z.B. über die menschliche Bedürftigkeit und ihre Gesetze, es sind Erfahrungen über den Ursprung und den Ablauf des wirtschaftlichen Handelns der Masse der Menschen." (a.a.O., S. 9).
- 74) V. Mises, Grundprobleme ..., S. 21 f.: "Wieser's "gemeine Erfahrung", die scharf von den "durch Beobachtungen im Wege der historischen oder statistischen Arbeit" erworbenen Erfahrung zu unterscheiden ist, ist nicht Erfahrung im Sinne der Erfahrungswissenschaft, sondern gerade das Gegenteil davon, ist das, was der Erfahrung logisch vorangeht und Bedingung und Voraussetzung jeder Erfahrung ist."
- 75) V. Mises, Nationalökonomie ..., S. 13.
- 76) C. Gutiérrez, The Extraordinary Claim ..., S. 331.
- 77) W. Block, Comment ..., S. 381.

Kapitel II: EMPIRISMUS UND RATIONALISMUS - EINE SYSTEMATISCHE BETRACHTUNG

I Die Standard-Darstellung wissenschaftlicher Theorien im modernen Empirismus

1 Die ursprüngliche Fassung

Der moderne Empirismus beruht im wesentlichen auf zwei Grundthesen: (a) Jeder Begriff einer empirischen Wissenschaft bezieht sich entweder selbst auf unmittelbar beobachtbare Gegenstände oder er läßt sich mit Hilfe solcher Begriffe ausdrücken. (b) In letzter Instanz erfolgt die Begründung einer empirischen Behauptung immer unter Bezugnahme auf die Ergebnisse unmittelbarer Beobachtung.

Zur Präzisierung dieser Thesen wurde in den letzten 60 Jahren ein Forschungsprogramm entwickelt, das man als die "Standard-Darstellung wissenschaftlicher Theorien" bezeichnet¹⁾.

Die Entwicklung wurde eingeleitet durch Gruppen um Hans Reichenbach (Berliner Schule) und Moritz Schlick (Wiener Kreis). Als Ziel hatte man sich gesetzt, den empirischen Gehalt von Theorien - speziell der Physik - herauszuarbeiten, d.h. die Beziehungen aufzuklären, die zwischen den Begriffen und Sätzen, aus denen Theorien aufgebaut sind, und den Begriffen und Sätzen, mit denen Beobachtungen wiedergegeben werden, bestehen.

Zunächst konzentrierte man sich auf die Axiomatisierung der fraglichen Theorien. Die Sprache, mit der eine Theorie formuliert wurde, sollte sich aus drei Arten von Sprachelementen aufbauen: (1) logische Partikel und mathematische Begriffe, (2) sog. theoretische Begriffe und (3) Beobachtungsbegriffe. Die Axiome waren Aussagen, die mit theoretischen Begriffen gebildet wurden. Als theoretische Begriffe i.e.S. wurden solche Begriffe bezeichnet, die weder zur Gruppe (1) gehörten, noch

unmittelbar beobachtbare Gegenstände oder Vorkommnisse bezeichnen²⁾. Der These des Empirismus zu Folge, mußten sich diese Begriffe aber auf Beobachtungsbegriffe zurückführen lassen. Dazu nahm man zunächst an, daß dies mit Hilfe von expliziten Definitionen geschehen könne. Solche Definitionen wurden "Korrespondenzregeln" oder auch "Interpretationsregeln" genannt.

Als einer der ersten³⁾ legte R. Carnap im Jahre 1923 diese Vorstellungen in einer Arbeit nieder⁴⁾. Carnap dachte sich den Aufbau der Physik in drei Stufen vollzogen. Zunächst wird für eine Theorie das Axiomensystem festgesetzt. Aus diesem Axiomensystem lassen sich dann die Naturgesetze logisch ableiten. Carnap erläutert hierzu: "Die Ableitung der Naturgesetze aus diesen Axiomen geschieht, wenn auch in mancher Hinsicht veranlaßt durch die Erfahrung, doch ohne jede Begründung auf Erfahrung. Der erste Band [Carnap stellt sich den Aufbau der Physik bildlich als in drei Bänden niedergelegt vor. Der erste Band, von dem hier die Rede ist, beinhaltet das Axiomensystem, R.K.] enthält also synthetische Sätze apriori, allerdings nicht genau im Kantischen transzendental-kritischen Sinne. Denn das würde bedeuten, daß sie notwendige Bedingungen des Gegenstandes der Erfahrung ausdrückten, selbst bedingt durch die Formen der Anschauung und des Denkens. Dann aber könnte es nur eine mögliche Gestalt für den Inhalt dieses Bandes geben. In Wirklichkeit ist aber sein Aufbau vielfach unserer Wahl anheimgestellt."⁵⁾

Die Verwendung von "synthetisch apriori" entspricht nun in der Tat nicht dem Kantischen Sprachgebrauch. Für Carnap sind die Axiome ja nur apriorisch, weil willkürlich gesetzt und synthetisch, weil auf die Erfahrung beziehbar⁶⁾. Letzteres will Carnap dadurch leisten, daß er dem Axiomensystem ein "Wörterbuch" an die Seite stellt, mit dessen Hilfe die Vermittlung zwischen dem Bereich der Wahrnehmung und dem theoretischen Bereich hergestellt werden soll, d.h. das "Wörterbuch" enthält die expliziten Definitionen der theoretischen Begriffe durch Beobachtungsbegriffe⁷⁾. Schließlich wird in einem dritten Schritt noch eine Beschreibung des physikalischen Zustandes der Welt für zwei beliebige Zeitpunkte gegeben. Damit hat man dann Anfangs-

bedingungen für dynamische Untersuchungen. Um zu bestimmen, was zu einer gewissen Zeit an einem gewissen Ort geschieht, d.h. was wahrnehmbar ist, wird aus den gegebenen Zustandsbeschreibungen mit Hilfe der Sätze des Axiomensystems und der Ableitungen daraus der Zustand in der Umgebung des fraglichen Raum-Zeitpunktes berechnet und durch Rückübersetzung mit Hilfe des "Wörterbuches" in Angaben von Empfindungsqualitäten ausgedrückt⁸⁾. Die Angaben von Empfindungsqualitäten sollten in sog. Protokollsätzen wiedergegeben werden. Carnap war bis in die dreißiger Jahre der Meinung, daß Protokollsätze keiner Bewährung bedurften, da sie die unmittelbaren Erlebnisinhalte, d.h. die einfachsten erkennbaren Sachverhalte beschrieben. Mit der Protokollsprache werden Unterscheidungen ausgedrückt, die allen Menschen - dank ihrer Ausstattung mit einem gleichartigen Sinnesapparat - geläufig sind⁹⁾.

Die Korrespondenzregeln sollen also die notwendigen und hinreichenden Beobachtungsbedingungen für die Anwendung der theoretischen Begriffe liefern. Dieser Auffassung entsprach auch die frühe Fassung des empirischen Signifikanzkriteriums: Als einzig sinnvolle Aussagen sah man solche an, die entweder nur Beobachtungsbegriffe enthielten, oder Begriffe, die durch Beobachtungsbegriffe explizit definiert werden konnten. Sätze, die diesen Bedingungen nicht genügten, wurden als metaphysisch betrachtet¹⁰⁾.

2 Einige Modifikationen der frühen Fassung

Obwohl die frühe Fassung der Standard-Darstellung durch ihre konsequente Formulierung und Programmatik bestach, mußte sie schon nach kurzer Zeit revidiert werden. Man erkannte, daß weder die sog. Dispositionsbegriffe noch die metrischen Begriffe durch explizite Definitionen auf Beobachtungsbegriffe zurückgeführt werden konnten.

Diese Problematik ist allgemein bekannt, sie wird in jedem Lehr-

buch der Wissenschaftstheorie erörtert. Da sich an ihr jedoch einige ganz charakteristische Eigenheiten des modernen Empirismus erkennen lassen, möchte ich sie hier kurz und ohne auf technische Details einzugehen darlegen.

Dispositionsbegriffe sind Begriffe wie "löslich", "zerbrechlich", "magnetisch", "elastisch". Carnap zeigte als erster¹¹⁾, daß der Versuch, solche Begriffe explizit zu definieren, scheitern muß. Angenommen, wir wollen den Begriff "zerbrechlich" definieren und formulieren: "Ein Objekt x ist zerbrechlich dann und nur dann, wenn es der folgenden Bedingung genügt: Zu jedem Zeitpunkt t gilt, daß x, wird es stark angeschlagen, zerbricht." In formaler Schreibweise ausgedrückt:

$$(1) \quad \bigwedge_x. x \mathcal{E} z \leftrightarrow \bigwedge_t x \mathcal{E} (a, t) \rightarrow x \mathcal{E} (b, t).$$

(z steht für "zerbrechlich", a für "angeschlagen", b für "zerbrechen". $x \mathcal{E} (a, t)$ wird gelesen: x wird im Zeitpunkt t angeschlagen und $x \mathcal{E} (b, t)$: x zerbricht im Zeitpunkt t.)

Für Carnap ergab sich nun ein Problem aus der Formulierung der Definition mit Hilfe der klassischen Logik. Ist x ein unzerbrechlicher Gegenstand, der im Zeitpunkt t nicht angeschlagen wird, so ist natürlich $x \mathcal{E} (a, t)$ falsch. Nach klassischer Logik wird die Subjunktion so eingeführt, daß bei falscher Prämisse der ganze Satz wahr wird. D.h., daß ein unzerbrechlicher Gegenstand, der nicht den Testbedingungen ausgesetzt wurde, als "zerbrechlich" zu bezeichnen wäre.

Man sah nur zwei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Einmal bot sich an, die Definition konjunktivisch zu fassen: "x ist zerbrechlich dann und nur dann, wenn gilt: würde man x zum Zeitpunkt t stark anschlagen, so zerbricht x." Prima facie umgeht diese Definition die oben dargestellten Schwierigkeiten, eine genaue logische Analyse bringt jedoch ganz erhebliche Schwierigkeiten mit sich und führt in das literarische Dickicht um die "irrealen Konditionalsätze"¹²⁾. Einen anderen Ausweg schlug Carnap vor¹³⁾. Anstelle durch explizite Definitionen sollten theoretische Begriffe, speziell Dispositionsbegriffe,

durch sog. Reduktionssätze partiell definiert werden. Ein Reduktionssatz ist eine bedingte Definition, d.h. der Dispositionsbegriff wird nur für solche Dinge definiert, die auch den Testbedingungen unterworfen waren. Für den theoretischen Begriff "zerbrechlich" lautet der Reduktionssatz: "Wenn das Objekt x im Zeitpunkt t stark angeschlagen wird, dann ist es im Zeitpunkt t dann und nur dann zerbrechlich, wenn es zerbricht."

Formalisiert:

$$(2) \bigwedge_x \bigwedge_t. x \in (a, t) \xrightarrow{!} x \in (z) \leftrightarrow x \in (b, t).$$

Sollte nun $x \in (a, t)$ falsch sein, so ist zwar nach klassischer Logik der gesamte Satz wahr, es folgt aber nicht $x \in z$ daraus.

Hier ist eine kritische Zwischenbemerkung zu dem Vorgehen Carnaps angebracht. Die Schwierigkeiten, die Carnap bezüglich (1) glaubt feststellen zu können, haben zwei Ursachen. Einmal berücksichtigt er nicht, daß Definitionen Wortersetzungsregeln sind, und zum anderen bleibt bei der in der klassischen Logik üblichen Definition der Subjunktion $a \rightarrow b$ durch $\neg a \vee b$ der pragmatische Charakter der Subjunktion außer Acht. Durch eine Definition als Regel wird zunächst gestattet, einem Gegenstand, dem die Prädikatoren $p_1, \dots, p_m$ zugesprochen werden dürfen, den Prädikator p_n zuzusprechen und umgekehrt. Eine Bisubjunktion $\bigwedge_x s \in p \leftrightarrow x \in q$ läßt sich im Dialog verteidigen (als "wahr" behaupten), wenn man auf eine zulässige Regel $x \in p \Rightarrow x \in q$, $x \in q \Rightarrow x \in p$ zurückgreifen kann¹⁴⁾. Das Argument, das Carnap anführt, beruht nun auf einem regelwidrigen Vorgehen, und niemand ist gezwungen, unter diesen Bedingungen die Bisubjunktion (1) zu verteidigen. Insoweit läßt sich hieraus auch kein Einwand gegen die explizite Definierbarkeit von Dispositionsbegriffen gewinnen.

Ein anderes Argument ist dagegen zutreffend. Carnap spricht davon, daß durch einen Reduktionssatz ein theoretischer Begriff nur partiell definiert wird, weil sich idR eine ganze Reihe von Testbedingungen (jedoch nicht alle) angeben lassen, die dazu führen, daß der Gegenstand x zerbricht. In der Tat schließt dieser Umstand eine explizite Definierbarkeit aus, da das Defi-

niens nur noch notwendige Bedingungen enthält und nicht die erforderlichen hinreichenden.

Mit der Einführung von Reduktionssätzen wurde das ursprüngliche Konzept von einem durchgängigen linearen Aufbau der Wissenschaftssprache, ausgehend von den Beobachtungsbegriffen bis hin zu den theoretischen Begriffen, aufgegeben und an seine Stelle das Konzept vom Zwei-Sprachen-Aufbau der empirischen Wissenschaften gesetzt: Die Wissenschaftssprache L setzt sich zusammen aus den Teilsprachen L_O , welche die Beobachtungsbegriffe enthält, und L_T , die die theoretischen Begriffe enthält. Da die theoretischen Begriffe nur partiell definiert sind, läßt sich nach Ansicht Carnaps diese Zweiteilung nicht aufheben, d.h. L_T ist nicht auf L_O reduzierbar. Damit wird das Dogma fallengelassen, daß im Grunde genommen nur die explizite Definition eine "vollständige" Interpretierbarkeit oder Vollverständlichkeit von Begriffen garantiert. Wie ich später zeigen werde, lassen sich Dispositionsbegriffe einführen ohne auf einen Zwei-Sprachen-Aufbau zurückgreifen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit werden wir auch etwas den methodischen Status der Reduktionssätze aufhellen.

Aber auch die liberalisierte Fassung der Korrespondenzregeln als Reduktionssätze erwies sich als zu eng. 1952 behauptet Hempel, daß sich metrische Begriffe (Länge, Dauer, Masse, Ladung usw.) nicht durch Reduktionssätze einführen lassen¹⁵⁾. Hempel begründet dies folgendermaßen:

"Wie ... bemerkt wurde, stellt eine Menge von Reduktionssätzen für einen Term t eine notwendige und eine (gewöhnlich unterschiedliche) hinreichende Bedingung für die Anwendung von t auf. Daher hätten geeignete Reduktionssätze für den Ausdruck " $\text{Länge}(u,v) = r$ " für jeden theoretisch zulässigen Wert von r eine in Form von Observablen abgefaßte notwendige und eine hinreichende Bedingung für ein Intervall (u,v) , das die Länge von genau r cm hat, zu bestimmen. Aber es ist noch nicht einmal möglich, all die erforderlichen hinreichenden Bedingungen zu formulieren, denn dies würde die Festsetzung eines reinen Beo-

bachungskriteriums für jeden möglichen Wert von r bedeuten, dessen Erfüllung durch ein gegebenes Intervall (u,v) erforderte, daß das Intervall genau r cm lang ist."¹⁶⁾

Daß es eine vollständige Menge solcher Kriterien nicht geben kann, liegt nach Hempel daran, daß die Gesamtzahl der definierenden Ausdrücke, die aus dem verfügbaren Vokabular geformt werden können, nur abzählbar unendlich ist, während die Klasse aller theoretisch zulässigen r -Werte die Mächtigkeit des Kontinuums besitzt.

Das Problem der Messung von Werten, die aufgrund der mathematischen Berechnungen irrationalzahlig sind, hat den Empiristen erhebliches Kopfzerbrechen bereitet. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit ihren Vorstellungen findet sich bei H. Tents¹⁷⁾, auf die ich hier verweisen möchte. Das Argument von Hempel ist allerdings insoweit immanent zu widerlegen, als Suppe gezeigt hat¹⁸⁾, daß die Irrationalzahligkeit eines Wertes allein kein Hindernis für die Angabe eines Reduktionssatzes ist. Suppe bezieht in die Formulierung des Reduktionssatzes den Umstand mit ein, daß man bei jedem Meßvorgang sich eine Genauigkeitsschranke vorgeben muß¹⁹⁾.

Angenommen, man arbeitet in einer Meßsituation $S(u,v)$ mit einem Meßgerät, das auf drei Stellen hinter dem Komma genau zeigt. Es sei dann O_1 die beobachtungssprachliche Beschreibung der Situation, in der für das Intervall (u,v) der Wert r' auf der Meßskala abgelesen wird. r sei der berechnete irrationalzahlige Wert und durch O_2 wird die Subtraktion von $r-r'$ beschrieben sowie die Feststellung wiedergegeben, daß $|r-r'| \leq 0,001$. Wir erhalten dann als Reduktionssatz

$$\bigwedge_{(u,v)} \bigwedge_r \bigwedge_{r'} . S(u,v) \rightarrow O_1((u,v), r') \wedge O_2(r, r') \leftrightarrow \text{Länge}(u,v) = r.$$

Dieser Reduktionssatz ist zwar, soweit es allein das Hempelsche Argument betrifft, korrekt gebildet, er weist jedoch einen anderen Defekt auf. Als beobachtungssprachlich wird hier die Aussage: "Auf der Skala der Meßplatte ist für das Intervall (u,v)

der Wert r' abzulesen" behauptet. Diese Behauptung wäre aber nur dann korrekt, wenn "Meßlatte", oder "Skala" zur Beobachtungssprache zu zählen wären, was jedoch problematisch ist, da eine Meßlatte ja nicht irgendein Stückchen Holz mit ein paar Kerben ist, sondern ein gerader starrer Körper mit einer Skaleneinteilung, die bestimmten meßtheoretischen Kriterien folgt. Es verletzt aber die ursprüngliche Grundkonzeption des Zwei-Sprachen-Aufbaus der Wissenschaft, wenn Bezeichnung für Geräte, zu deren Herstellung bestimmte theoretische Kenntnisse notwendig sind und die von anderen Gegenständen gerade aufgrund dieser Kenntnisse unterschieden werden können, so schlicht der Beobachtungssprache zugerechnet werden. Zumindest aus diesem Grund muß eine Einführung von metrischen Begriffen durch Reduktionssätze im Rahmen des ursprünglichen empiristischen Programms scheitern²⁰⁾.

Hempel und Carnap²¹⁾ verzichten konsequenterweise darauf, jeden theoretischen Term einzeln durch Reduktionssätze einzuführen und sie liberalisierten dementsprechend das empiristische Signifikanzkriterium. Hempel geht dabei von folgender Überlegung aus:

"Die metrischen Begriffe in ihrem theoretischen Gebrauch gehören zu der größeren Klasse der theoretischen Konstrukte, d.h. der oft hoch abstrakten Terme, die in den fortgeschrittenen Stadien der wissenschaftlichen Theorieausbildung benutzt werden, wie "Masse", "Massenpunkt", "fester Körper", "Kraft" usw. in der klassischen Mechanik, "absolute Temperatur", "Druck", "Volumen", "Carnot-Prozeß" usw. in der klassischen Thermodynamik und "Elektron", "Proton", " ψ -Funktion" usw. in der Quantenmechanik. Terme dieser Art werden nicht durch Definitionen oder Reduktionsketten, die auf Observablen basieren, eingeführt. Tatsächlich geschieht die Einführung durch keinerlei Prozeß, der ihnen einzeln nach und nach Bedeutung zuordnet. Vielmehr werden die in einer Theorie benutzten Konstrukte gewissermaßen zusammen durch Aufstellung eines theoretischen Systems eingeführt, das durch sie formuliert ist und zusätzlich dadurch, daß dieses System eine erfahrungsmäßige Interpretation bekommt,

die ihrerseits wiederum den theoretischen Konstrukten empirische Bedeutung zuteilt."²²⁾

Der Gedanke des interpretativen Systems läßt sich folgendermaßen präzisieren²³⁾: Die Korrespondenzregeln C konstituieren ein interpretatives System, wenn sie den folgenden Bedingungen genügen: (a) ihre Menge muß endlich sein, (b) C muß logisch mit den Axiomen der Theorie verträglich sein, (c) C enthält neben dem logischen Vokabular nur Begriffe aus L_O oder L_T und (d) jede Korrespondenzregel muß mindestens einen theoretischen Begriff und mindestens einen Beobachtungsbegriff wesentlich²⁴⁾ enthalten. Die Beziehungen zwischen theoretischen Begriffen und Beobachtungssprache stellt sich Hempel folgendermaßen vor:

"Eine adäquate empirische Interpretation macht ein theoretisches System zu einer testbaren Theorie: die Hypothesen, deren konstituierende Terme interpretiert worden sind, werden in bezug auf beobachtbare Phänomene testbar. Häufig werden die interpretierten Hypothesen derivative Hypothesen sein, aber ihre Bestätigung oder Nichtbestätigung durch empirische Daten wird dann mittelbar auch die primitiven Hypothesen, von denen sie abgeleitet sind, stärken oder schwächen."²⁵⁾ Hempel bezieht also ein empiristisches Signifikanzkriterium nicht mehr auf die theoretischen Begriffe selbst, sondern auf ganze Theorien.

Dies gilt als die liberalste Fassung der Standard-Darstellung. Allerdings nähert sie sich in ihrer Liberalität schon gefährlich der trivialen Forderung, daß empirische Theorien irgend etwas mit Beobachtbarem zu tun haben sollen. Übrigens vermag Carnap diesen Schritt nicht mitzugehen. Er hält daran fest, daß den einzelnen theoretischen Begriffen empirische Signifikanz zukommen muß, die in der prognostischen Relevanz der theoretischen Begriffe begründet ist. Damit ist folgendes gemeint: Ein theoretischer Begriff t wird empirisch genannt, wenn (a) es einen Satz A gibt mit t als einzigem theoretischen Begriff, (b) es eine endliche Menge M von Sätzen gibt, die nur bezüglich der Theorie T empirische theoretische Begriffe enthalten, (c) es einen Beobachtungssatz B gibt, so daß (d) B aus A, M, T folgt,

nicht aber aus M, T allein²⁶⁾. Durch dieses Signifikanzkriterium wird allerdings nicht garantiert, daß der theoretische Begriff t auch zu zutreffenden Prognosen führt. Lediglich die Möglichkeit, überhaupt Prognosen erstellen zu können, wird gefordert. Auch liefert es kein Argumentationsmittel, um überflüssige oder sinnlose Begriffe auszuschließen. Es genügt letztlich, daß mit Hilfe des fraglichen theoretischen Begriffs Aussagen abgeleitet werden können, die ohne ihn nicht ableitbar wären.

Damit ist aber die kritische Funktion, die ein Signifikanzkriterium erfüllen soll, verloren gegangen. Der Anspruch, sinnvolle von sinnlosen Aussagen trennen zu können, kann nicht länger aufrecht erhalten werden.

Carnap hat sein Signifikanzkriterium vor einem von ihm unartikulierten pragmatischen Hintergrund formuliert. Nur wenn die Theorie T, die um den theoretischen Begriff erweitert werden soll, als sinnvoll anerkannt ist und wenn Einigkeit darüber besteht, wann eine Aussage sinnvollerweise als "Prognose" bezeichnet werden kann, kann man auch der Definition von Carnap selbst einen Sinn abgewinnen²⁷⁾.

Bevor ich diese Kritik unter einem etwas anderen Blickwinkel weiter vertiefe, noch eine kurze Bemerkung zur sog. Ramsey-Darstellung einer Theorie.

Ramsey hat gezeigt²⁸⁾, daß in einer Theorie T (Axiome und Korrespondenzregeln) die theoretischen Begriffe eliminiert werden können. Wenn in den Axiomen $A_1, \dots, A_m$ der Theorie n verschiedene theoretische Begriffe $a_1, \dots, a_n$ vorkommen, so wird zunächst die Konjunktion der $A_1, \dots, A_m$ gebildet, sodann die theoretischen Begriffe durch n passende Variable $x_1, \dots, x_n$ ersetzt, die durch n Existenzquantoren gebunden sind. Wir erhalten so den sog. Ramsey-Satz R

$$\forall x_1, \dots, \forall x_n \quad A_1 \wedge \dots \wedge A_m$$

Die Beobachtungsbegriffe der Theorie bleiben unverändert. Ramsey hat nun bewiesen, daß jeder Satz ohne theoretische Begriffe,

der aus T folgt auch aus R folgt. Während also in der Theorie T behauptet wird, daß z.B. ein bestimmtes Kernteilchen bestimmte beobachtbare Eigenschaften aufweist, gibt der Ramsey-Satz an, daß es "etwas" gibt, das die angegebenen Eigenschaften besitzt.

Im Grunde genommen liegt hier aber nur ein technischer Kunstgriff vor: Man spricht von Gegenständen, ohne sie beim Namen zu nennen. Hempel bemerkt treffend: "But this means that the Ramsey-sentence associated with an interpreted theory T' avoids reference to hypothetical entities only in letter - replacing Latin constants by Greek variables - rather than in spirit. For it still asserts the existence of certain entities of the kind postulated by T', without guaranteeing any more than does T' that those entities are observables or at least fully characterizable in terms of observables. Hence, Ramsey-sentences provide no satisfactory way of avoiding theoretical concepts."²⁹⁾

Um einen Ramsey-Satz überhaupt bilden zu können, muß eine Theorie mit theoretischen Begriffen vorliegen und ihre korrekte Einführung ist das ursprüngliche Thema des empiristischen Programms. Das Problem der Einführung von theoretischen Begriffen ist aber nicht durch die Angabe eines Verfahrens zu ihrer Elimination zu lösen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Bildung eines Ramsey-Satzes nicht für manche Fragen der Theoriebildung sinnvoll ist, lediglich zur Einführungsproblematik trägt Ramseys Untersuchung nichts bei³⁰⁾.

3 Die Kritik an der Standard-Darstellung aus Kreisen der analytischen Wissenschaftstheorie: Das Scheitern des empiristischen Programms

Bei der empiristischen Standard-Darstellung wissenschaftlicher Theorien wurde selbst in ihrer liberalsten Fassung daran festgehalten, daß Theorien letztlich doch allein mittels eines klar verständlichen Beobachtungsvokabulars interpretierbar

sind und beobachtungssprachliche Sätze eine theoretisch neutrale und intersubjektiv gültige Basis für die Begründung wissenschaftlicher Aussagen bilden.

Unter dem Slogan "Beobachtungssprachliche Begriffe sind theoriebeladen!" geriet dieser Grundgedanke des modernen Empirismus in letzter Zeit immer stärker unter Beschuß. Zwei Argumentationsstränge lassen sich im wesentlichen ausmachen. Der eine Argumentationsstrang geht davon aus, daß Beobachtungsberichte, auch wenn sie noch so sorgfältig aufgestellt wurden, häufig genug zurückgenommen werden, wenn sie mit ansonsten gut bestätigten Theorien in Konflikt geraten. Man ist in solchen Fällen eher bereit, die Existenz von noch nicht entdeckten Fehlern im Versuchsaufbau anzunehmen, als die Theorie zu verwerfen. Allgemeiner formuliert heißt das, daß Beobachtung und Experiment nicht allein über Akzeptierung oder Verwerfung einer Theorie entscheiden, sondern daß die Begründung von Theorien in einem breiteren kulturellen Kontext erfolgt. In zahlreichen Fallstudien versucht man, solchen weitergefaßten Begründungsmechanismen auf die Spur zu kommen³¹⁾.

Der zweite Argumentationsstrang konzentriert sich mehr auf die logische und im engeren Sinne wissenschaftstheoretischen Probleme der Unterscheidung von Beobachtungssprache und theoretischer Sprache³²⁾. Die Kritik richtet sich zum einen gegen die Fiktion des "normalen Beobachters", der die Intersubjektivität garantieren soll: Ob nämlich ein Beobachter einen Beobachtungssatz bestätigen kann oder nicht, hängt nicht nur von seinem Sinnesapparat ab, sondern auch von seiner wissenschaftlichen Ausbildung. Zum anderen wird kritisiert, daß es den Empiristen letztlich doch nicht gelungen ist, den Zusammenhang von theoretischer Sprache und Beobachtungssprache eindeutig zu klären. Für beide Argumente ist der Umstand von zentraler Bedeutung, daß der Naturwissenschaftler seine Beobachtungen idR mit Geräten macht.

Natürlich muß ein Naturwissenschaftler bei seinen Experimenten

besonders genau und sorgfältig hinsehen. Die Schulung und Schärfung seiner Sinne im Laufe seiner Ausbildung beruht allerdings nicht auf theoretischen Kenntnissen, sondern auf dem praktischen Handlungsvollzug im Rahmen seiner Tätigkeit. Hieraus läßt sich noch kein Argument gegen die Unterscheidung von Beobachtungssprache und theoretischer Sprache gewinnen. Der "normale Beobachter", der die Intersubjektivität eines Beobachtungsbefundes garantieren soll, muß allerdings mehr können, als nur genau hinzusehen. Die Intersubjektivität eines Beobachtungsberichts ist nur gewährleistet, wenn die Adressaten in der Lage sind, zu beurteilen, ob die Messungen korrekt vorgenommen wurden, d.h. ob die Meßgeräte funktionstüchtig waren und keine Bedienungsfehler unterlaufen sind. Darüber hinaus müssen Meßergebnissen, die mit verschiedenen Meßgeräten der gleichen Art gemacht worden sind, der gleiche Aussagewert zuerkannt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn man über die Bauprinzipien der Instrumente Bescheid weiß. Die Forderung nach beliebiger Reproduzierbarkeit von Experimenten beinhaltet auch, daß es egal sei, mit welchem Instrument einer bestimmten Art eine Messung vorgenommen wird, und dies läßt sich damit begründen, daß die Instrumente ja nach dem gleichen Bauprinzip hergestellt worden sind und deshalb auch in gleicher Weise arbeiten.

Carnap war sich dieser Schwierigkeiten bewußt. Er sah in seinen späteren Arbeiten die Lösung darin, nicht eine systematische Trennung von theoretischer Sprache und Beobachtungssprache vorzunehmen, sondern auf die Unterscheidung zwischen den beiden Sprachebenen, so wie sie von Physikern faktisch getroffen wird, Bezug zu nehmen. Man soll also darauf vertrauen, daß die Physiker schon wissen, was sie im Einzelfall als beobachtungssprachlich formuliert anzusehen haben³³⁾.

Auch Hempel akzeptiert in jüngerer Zeit die Kritik am Zwei-Sprachen-Aufbau. Im Gegensatz zu Carnap hat er versucht, gänzlich ohne eine Unterscheidung von theoretischer Sprache und Beobachtungssprache auszukommen³⁴⁾. Der Grundgedanke Hempels besteht darin, die theoriesprachlich formulierten Axiome und die daraus

gezogenen logischen Schlußfolgerungen (bei ihm "internal principles" genannt) durch sog. Brückensätze (bridge principles) an vorgänglich verfügbare Begriffe zu binden, wobei diese Begriffe jetzt keine beobachtungssprachlichen Begriffe sein müssen. Hempel schreibt:

"The formulation of the internal principles will typically make use of a theoretical vocabulary V_T , i.e., a set of terms not employed in the earlier descriptions of, and generalizations about, the empirical phenomena which T is to explain, but rather introduced specifically to characterize the theoretical scenario and its laws. The bridge principles will evidently contain both the terms of V_T and those of the vocabulary used in formulating the original descriptions of, and generalizations about, the phenomena for which the theory is to account. This vocabulary will thus be available and understood before the introduction of the theory, and its use will be governed by principles which, at least initially, are independent of the theory. Let us refer to it as the pre-theoretical, or antecedent, vocabulary, V_A , relative to the theory in question."³⁵⁾ Damit hat Hempel m.E. das empiristische Programm endgültig ad acta gelegt. Das Bild, das Hempel von dem methodischen Aufbau der Wissenschaften entwirft, läßt sich folgendermaßen nachzeichnen: In den empirischen Wissenschaften werden neue Begriffe mit Hilfe eines Vokabulars eingeführt, über dessen Verwendung innerhalb der scientific community große Einigkeit herrscht. Außerdem haben empirische Wissenschaften auch mit Beobachtungen zu tun, wobei die Verwendung des Vokabulars, das zur Beschreibung benutzt werden kann, ebenfalls faktisch durch Konvention bestimmt ist. Im Grunde genommen liegen Carnap und Hempel also nicht weit auseinander, wenn auch Hempel den Standpunkt konsequenter formuliert hat.

Im Empirismus, so wie er seinen Niederschlag in der Standard-Darstellung (jedenfalls in den frühen Fassungen) fand, herrschte dagegen die Vorstellung, durch logische Analyse die methodischen Regeln explizit zu machen, nach denen wissenschaftliche Theorien akzeptiert werden bzw. akzeptiert werden sollten. Der

Erfolg der modernen Physik nährte die Erwartung, daß in der Physik schon solche Regeln faktisch befolgt werden, es also nur noch gilt, sie aufzufinden und ihnen universelle Gültigkeit zu verschaffen. Der kritische Ansatz des modernen Empirismus, der am Anfang der Bewegung noch recht deutlich zu erkennen war, wich in dem Maße, wie die methodischen Vorschläge auf Schwierigkeiten stießen, einem affirmativen Nachvollzug dessen, was man faktisch in den Wissenschaften tut. Die späten Arbeiten Carnaps und Hempels machen deutlich, daß das empiristische Programm gescheitert ist.

Man könnte an dieser Stelle zu unserer Methodenkontroverse in der Ökonomie zurückkehren und argumentieren, daß, nachdem das empiristische Programm schon in den Naturwissenschaften gescheitert ist, sich die Frage erübrigt, ob es sich sinnvollerweise auf die Ökonomie übertragen läßt.

Dennoch möchte ich die Auseinandersetzung mit dem Empirismus noch etwas weiter treiben, weil sich dabei allgemeine Einsichten in den Aufbau einer wissenschaftlichen Terminologie und Methode gewinnen lassen, die wir später für die Erörterung der speziellen ökonomischen Problematik benötigen.

II Ein konstruktivistischer Gegenvorschlag

1 Beobachtungssprache und elementare Prädikation

Das Erstaunliche an den Bemühungen der Empiristen ist, wie wenig Sorgfalt eigentlich auf die Einzelheiten der Unterscheidung von theoretischer Sprache und Beobachtungssprache gelegt wurde. Die Beobachtungssprache wurde in der Regel nur recht flüchtig charakterisiert, obwohl sie ja das Fundament des ganzen methodischen Ansatzes bilden sollte³⁶⁾. So schreibt Carnap in seinem Aufsatz "Testability and Meaning":

"A predicat 'P' of a language L is called observable for an organism (e.g. a person) N, if, for suitable arguments, e.g.

'b', N is able under suitable circumstances to come to a decision with the help of few observations about a full sentence, say 'P(b)', i.e. to a confirmation of either 'P(b)' or ' $\neg$ P(b)' of such a high degree that he will either accept or reject 'P(b)'. This explanation is necessarily vague. There is no sharp line between observable and non-observable predicates because a person will be more or less able to decide a certain sentence quickly, i.e. he will be inclined after a certain period of observation to accept the sentence. For the sake of simplicity we will here draw a sharp distinction between observable and non-observable predicates. By thus drawing an arbitrary line between observable and non-observable predicates in a field of continuous degrees of observability we partly determine in advance the possible answers to questions such as whether or not a certain predicate is observable by a given person."³⁷⁾

Für Carnap ist also Erfahrung das, was wir mit den Sinnen aufnehmen und in einer allgemeinverständlichen, für jeden "Normalbeobachter" verständlichen Sprache beschreiben³⁸⁾. Wenn wir für einen Moment einmal die bereits angesprochene Problematik des Umgangs mit Meßgeräten ausklammern, dann ist die Beobachtungssprache jedenfalls Teil unserer Alltagssprache und insoweit steht Carnap in einer langen, bis auf Aristoteles zurückgehenden Tradition³⁹⁾, wenngleich weder er noch andere Empiristen die Erkenntnis dieser Tradition richtig zu nutzen wußten. Die Erfahrung im Aristotelischen Sinne ist nämlich begründet in einer Alltagspraxis, in der die Mitglieder einer Gruppe sich gemeinsam Unterscheidungen und Orientierungen erwerben; allerdings nicht, indem sie sich explizit auf Unterscheidungen einigen, so wie dies etwa in den Wissenschaften bei terminologischen Vorschlägen geschieht. Vielmehr erwerben sie sich diese Unterscheidungen in einer ununterbrochenen Folge von Lern- und Lehrsituationen, in denen an Beispielen und Gegenbeispielen der Gebrauch von Prädikatoren exemplarisch eingeübt und im aktuellen Handlungsvollzug kontrolliert wird. Wie Mittelstraß formuliert hat, liegt in dem auf diese Weise gewonnenen Beurteilungsvermögen das "eigentliche Paradigma von "Erfahrung" im nicht

schon empirisch-physikalischen Sinne"40).

Die modernen Bemühungen um eine methodische Klärung dieses Vorgangs führten zum Aufbau einer Prädikationstheorie, wie sie etwa in den Arbeiten aus der "Erlanger Schule" ihren Niederschlag gefunden haben und gehen natürlich über Aristoteles hinaus, wenngleich sie jedenfalls auch seiner Absicht noch folgen, die elementare Erfahrungsbasis von Theorie aufzuhellen⁴¹⁾.

Beim Aufbau einer Prädikationstheorie ist davon auszugehen, daß sich das Unterscheiden selbst als eine fundamentale Sprachhandlung nicht weiter erklären läßt. Eine derartige "Erklärung" wäre, da sie selbst sprachliche Unterscheidungen gebraucht, zirkulär. Möglich ist jedoch die Rekonstruktion unserer Sprachpraxis. Diese Rekonstruktion setzt bei solchen Sprachhandlungen an, die mit nichtsprachlichem Handeln verbunden sind. Diese Sprachhandlungen werden empragmatische Rede genannt. Ob eine empragmatische Rede verstanden wird, läßt sich dadurch kontrollieren, ob die damit verbundene nicht-sprachliche Handlung ausgeführt wird. Handelt jemand anders als nach bestimmten Sprachhandlungen vereinbart, sagt er z.B. "ich trinke" während er ißt, so liegt der Verdacht nahe, daß er die Wörter "essen" und "trinken" nicht verstanden hat, und man muß auf die Gebrauchssituation zurückgehen, in denen das Zu- und Absprechen der Wörter gelehrt und gelernt wird.

Durch die Einführung von Nominatoren können wir Elementarsätze bilden. Die allgemeine Form der Elementaraussage für n-stellige Prädikatoren ist

$$E_1, \dots, E_n \xi p; E_1, \dots, E_n \xi' p,$$

wobei E_i für einen Eigennamen, p für einen Prädikator und ξ , bzw. ξ' für die Kopula "ist", bzw. "ist nicht" stehen.

Die Theorie der elementaren Prädikation ist in der oben genannten Literatur so ausführlich dargestellt, daß ich auf eine weitere Ausführung zu Einzelheiten verzichten möchte. Lediglich die drei Schritte, die dem Aufbau jeder wissenschaftlichen Ter-

minologie dienen, sollen kurz skizziert werden.

2 Prädikatorennregeln und Abstraktion

(1) Um bei der Begründung von Elementarsätzen nicht immer auf die exemplarischen Bestimmungen zurückgreifen zu müssen, stabilisiert man den Gebrauch von Prädikatoren durch Regeln, die mehrere Prädikatoren zugleich betreffen. Solche Regeln werden Prädikatorennregeln genannt. Durch Prädikatorennregeln wird der Übergang von einer Behauptung $x \in p$ zu einer Behauptung $x \in q$ als zulässig erklärt. Dies wird folgendermaßen notiert:

$$x \in p \Rightarrow x \in q \quad \text{bzw.} \quad x \in p \Rightarrow x \in' q$$

Ein Regelsystem für Prädikatoren muß zwei Bedingungen genügen. Es muß widerspruchsfrei sein, und exemplarische Bestimmungen müssen in endlich vielen Schritten erreicht werden können. Durch Prädikatorennregeln in ihrer Verwendung normierte Prädikatoren werden Termini genannt.

(2) Regeln Prädikatorennregeln den zulässigen Übergang von einer Elementaraussage zu einer anderen, so wird durch eine explizite Definition ein neuer Prädikator eingeführt. Eine explizite Definition ist, wie wir weiter oben schon einmal festgestellt haben, eine Norm, die die Austauschbarkeit von Aussagen mit dem neuen Prädikator mit Aussagen ohne ihn garantiert. Wir schreiben $E_1, \dots, E_n \in p \Leftrightarrow A(E_1, \dots, E_n)$, wobei $A(E_1, \dots, E_n)$ eine logisch zusammengesetzte Aussage sein kann.

(3) Nachdem uns die Verfahren der exemplarischen Bestimmung, der Bildung terminologischer Regeln und der expliziten Definition zur Verfügung stehen, können wir für zwei Prädikatoren p, q aus einem von Prädikatorennregeln oder expliziten Definitionen gebildeten Regelsystem R eine Äquivalenz definieren. Eine Äquivalenz $\sim$ ist eine zweistellige, symmetrische, reflexive und transitive Relation. Zwei Prädikatoren p, q sind hinsichtlich eines Regelsystems R äquivalent, wenn auf Grund der

Regeln gilt $\bigwedge_x x \in p \leftrightarrow x \in q$. Anstelle der Formulierung "p, q sind hinsichtlich eines Regelsystems R äquivalent" kann man auch sagen, sie stellen denselben Begriff dar. Das Verfahren der Einführung von Wörtern wie "Begriff" über Äquivalenzrelationen wollen wir Abstraktion nennen und die so eingeführten Wörter Abstraktoren.

Zur Demonstration der Leistungsfähigkeit des Abstraktionsverfahrens möchte ich noch kurz auf die Dispositionsbegriffe zurückkommen und ihre Einführung skizzieren. Dabei beschränke ich mich auf eine bestimmte Klasse von Dispositionsbegriffen, nämlich solchen, die im Zusammenhang mit Geschehnisprädikatoren eingeführt werden können⁴²⁾. Geschehnisprädikatoren geben an, daß mit einem Gegenstand etwas vorgeht oder er sich verändert. Es kann sich dabei um einstellige Prädikatoren handeln (der Stein rollt, die Sonne scheint) oder um mehrstellige (der Magnet zieht das Eisenstück an). Die Einführung von Geschehnisprädikatoren ist an Situationen geknüpft, die wir in manchen Fällen abwarten müssen (z.B. bei Wettererscheinungen), in manchen Fällen aber auch handelnd herbeiführen können.

Für die Physik als Experimentalwissenschaft spielen besonders solche Geschehnisprädikatoren eine Rolle, die man im Zusammenhang mit bestimmten Handlungsfolgen lehrt und lernt: So haben wir etwa in einer Ausgangssituation eine gewisse Menge Salz und ein Gefäß mit Wasser vor uns, wir schütten das Salz ins Wasser und nach einiger Zeit können wir keine Salzkristalle mehr wahrnehmen. Wir sagen dann, das Salz habe sich aufgelöst. Oder wir schlagen mit einem Hammer auf einen gläsernen Gegenstand, so daß nur Scherben übrigbleiben und sagen dann, daß das Glas zerbrochen ist. Häufig kann man Geschehnisprädikatoren, die im Zusammenhang mit bestimmten Handlungen eingeführt worden sind, auch im Zusammenhang mit Vorgängen verwenden. Wir werden auch dann davon sprechen, daß sich Salz auflöst, wenn es ohne unser Zutun in Wasser gerät. Allgemein kommt es hier nur auf solche Geschehnisprädikatoren an, die eine Relation zwischen einem Gegenstand und einer Handlung bzw. einem Vorgang bilden.

In der Regel kennen wir eine ganze Reihe von Handlungen, die, an dem fraglichen Gegenstand vollzogen, die gewünschten Folgen zeigen. So kann man Salz in Wasser schütten oder Wasser zu Salz gießen, die Folgen werden die gleichen sein. Handlungen, die an einem bestimmten Gegenstand vollzogen, die gleichen Handlungsfolgen bezüglich des Gegenstandes nach sich ziehen, sollen folgengleich heißen. Entsprechend werden Vorgänge wirkungsgleich genannt, wenn sie bezüglich eines bestimmten Gegenstandes die gleichen Wirkungen hervorrufen. Kann man in einer Aussage mit einem Geschehnisprädikator, der eine Relation zwischen einem bestimmten Gegenstand G und einer bestimmten Handlung H bzw. einem Vorgang V herstellt, die Handlung H durch eine folgenreiche Handlung H' ersetzen (bzw. den Vorgang V durch einen wirkungsgleichen Vorgang V'), ohne daß sich der Wahrheitsgehalt der Aussage ändert, so spricht man über die Disposition des Gegenstandes G⁴³⁾.

Wenn wir jetzt auf die fehlgeschlagenen Versuche zurückblicken, Dispositionsbegriffe über Reduktionssätze zu definieren, so können wir die für einen Dispositionsbegriff angegebenen Reduktionssätze als Auflistung von folgengleichen Handlungen oder wirkungsgleichen Vorgängen auffassen. Um die Abstraktion vollziehen zu können, ist es natürlich nicht erforderlich, daß diese Auflistung abgeschlossen ist, was für die explizite Definition erforderlich wäre.

Zusammenfassend können wir sagen: Wenn wir von abstrakten Objekten sprechen, wie z.B. von Begriffen oder Dispositionen, so geschieht dies durch eine Beschränkung der Aussagen über Objekte, für die die Äquivalenzrelation definiert ist, auf die Aussagen, die bezüglich der Äquivalenzrelation invariant sind.

3 Ideation

Als den "gesunden Kern" einer Beobachtungssprache haben wir die elementare Prädikation rekonstruiert. Von dieser Basis ausge-

hend konnte man Termini über Prädikatorenregeln und Definitionen und Abstraktoren durch Abstraktion einführen. Termini und Abstraktoren kann man in Anlehnung an die Tradition "theoretische Begriffe" nennen. Allerdings reichen sprachliche Unterscheidungen allein nicht aus, um Meßgeräte herstellen zu können. Tatsächlich verfügen wir aber neben einer elementaren Unterscheidungspraxis auch über eine elementare Herstellungspraxis. Diese Praxis beruht auf einem Wissen um die Folgen bestimmter Handlungen, wobei es sich allerdings nicht um ein theoretisches Wissen handelt, sondern um ein Wissen, das durch Vor- und Nachmachen und durch die sprachliche Darstellung solcher Einführungssituationen gebildet wird. In der Arbeitswelt spielt bis heute solche tätige Vermittlung von Kausalwissen eine entscheidende Rolle; unter dem Stichwort "Tradition der Werkstätten" gelangte sie sogar in der Wissenschaftsgeschichtsschreibung zu akademischen Ehren⁴⁴⁾.

Auf dieser alltagsweltlichen Herstellungspraxis beruht auch eine technische Praxis mit apparativem Charakter, sie stellt die Basis dar, von der aus sich die den fundamentalen Meßgrößen der Physik zugehörigen Meßtheorien aufbauen lassen. Die der messenden Physik vorgeordneten Teile werden "Protophysik" genannt. Ich möchte hier nicht das protophysikalische Programm vorstellen⁴⁵⁾, sondern lediglich einige Grundgedanken zum Aufbau der Kinematik skizzieren. Die Kinematik beruht auf Längen- und Zeitmessung mit den zugrundeliegenden Meßtheorien Geometrie und Chronometrie.

Im Rahmen einer vorwissenschaftlichen Technik geht es um die Herstellung von Brettern, Ziegelsteinen, Rädern, Werkzeugen usw., wobei die geometrischen Formen durch bestimmte Verfahren wie Schleifen, Schneiden, Hobeln, Gießen usw. realisiert werden. Dabei wird im Zusammenhang mit solchen Fertigungstechniken ein vorgeometrisches Vokabular eingeführt. Es umfaßt Wörter wie Körper, Stelle, Gebiet, hart, berühren, passen, glatt, Fläche usw. Das Vokabular besteht also im wesentlichen aus Prädikatoren, die realen Körpern bzw. Teilen davon zu- oder abgesprochen

werden⁴⁶⁾. So bezeichnen wir etwa eine auf einen Körper aufge-
malte Punktmarke als Stelle, eine einfach geschlossene Strich-
marke als Gebiet. Legt man zwei Körper aneinander, so stoßen
sie in ihren Berührstellen zusammen. Zwei Körper K_1 , K_2 passen
in den Gebieten G_1 , G_2 , wenn jede Stelle aus G_1 eine Berühr-
stelle einer Stelle aus G_2 ist und umgekehrt. Einen zu einem
Körper K_1 passenden Körper K_2 kann man z.B. durch einen Abdruck
erzeugen. Wie gut im technischen Sinne diese Passung ist, läßt
sich dadurch überprüfen, indem man das Gebiet G_1 von K_1 ein-
färbt, auf K_2 drückt und nachsieht, ob sich alle Stellen in G_2
gefärbt haben. Zwei Gebiete heißen gestaltgleich, wenn es einen
Körper mit einem Gebiet gibt, das auf beide Gebiete paßt.

Die Normen, denen die Herstellungsverfahren gehorchen, sind Un-
unterscheidbarkeitsforderungen: Zwei gestaltgleiche Gebiete
sollen ununterscheidbar bezüglich eines dritten Paßstückes sein.
Solche Normen, die ein Herstellungsziel formulieren, werden
Homogenitätsprinzipien genannt. Wenn wir nun von den technischen
Verfahren der Realisierung geometrischer Formen absehen und von
Körpern und Gebieten so reden, als ob sie die Homogenitätsprin-
zipien erfüllen würden, dann reden wir über Fiktionen, über
ideale Körper und Gebiete. Der Übergang von der Rede über die
räumlichen Formen realer Körper zu einer Rede, die von der in-
dividuellen Realisierung solcher Formen absieht und sich allein
auf die Herstellungsziele bezieht, wird Ideation genannt.
Sprachlich machen wir diesen Übergang deutlich, indem wir bezüg-
lich eines bestimmten Herstellungsverfahrens von Flächen, Kan-
ten und Ecken sprechen, bezüglich der Homogenitätsprinzipien
von Ebenen, Linien, Punkten⁴⁷⁾. Durch die Ideation kommen wir
also von einem vor-geometrischen Vokabular zu den Grundtermini
der Geometrie. Die Geometrie baut sich auf Aussagen auf, die
wir als logische Implikationen aus den Homogenitätsprinzipien
erhalten.

Von entscheidender Wichtigkeit für diesen Aufbau der Geometrie
ist der Beweis der Eindeutigkeit der Homogenitätsprinzipien,
der garantiert, daß Herstellungsverfahren auch reproduzierbare

Formen liefern⁴⁸⁾. Die Eindeutigkeitsbeweise für die Geometrie sind etwas umfangreich, der Grundgedanke eines solchen Beweises läßt sich für die Chronometrie, die zweite Meßtheorie, die hier angesprochen werden soll, besonders einfach darlegen.

Das Grundproblem der Zeitmessung, ist die Realisierung gleichförmiger Bewegung. Früher vertrauten die Menschen darauf, daß die rotierende Erde, d.h. der scheinbare Gang der Sonne und der Gestirne eine solche gleichförmige Bewegungsform realisierte⁴⁹⁾. Später konstruierte man Geräte, die gleichförmige Bewegungsformen realisieren sollten, die Uhren. Das Homogenitätsprinzip für Uhren lautet, daß eine Uhr ganggleich mit einer Kopie von beliebigen Stellungen des Zählwerks aus ist, d.h. läßt man eine Uhr und ihre Kopie gemeinsam bei beliebiger Zeigerstellung laufen und hält sie gleichzeitig an, so müssen beide Zeiger gleiche Strecken überstrichen haben. Sieht man von der technischen Realisierung der Ganggleichheit ab, so spricht man von gleichförmiger Bewegung. Der Eindeutigkeitsbeweis für dieses Homogenitätsprinzip sieht grob skizziert folgendermaßen aus: Angenommen U_1 , U_2 sind zwei ganggleiche Uhren der gleichen Bauart und U_3 und U_4 ganggleiche Uhren einer anderen Bauart. Lassen wir die vier Uhren gleichzeitig bei beliebiger Zeigerstellung laufen und halten sie gleichzeitig wieder an, so gilt, daß das Gangverhältnis (das Verhältnis der von den Zeigern überstrichenen Strecken) von U_1 zu U_3 gleich ist dem von U_2 zu U_4 . Die Homogenitätsprinzipien sind also bis auf Skaleninvarianz eindeutig.

Aufgrund der vorgehenden Überlegungen besitzen wir jetzt Kriterien, die es uns erlauben zu sagen, ein Körper realisiere mit hinreichender Genauigkeit die Meßgeräteeigenschaft, starr zu sein oder eine gleichförmige Bewegung auszuführen. Denn es lassen sich aus der Meßgerätedefinition und der protophysikalischen Theorie Folgerungen ableiten, die abschließbar für einen konkreten Körper überprüft werden können. Auf die Längenmessung bezogen bedeutet das z.B., daß, realisieren zwei Körper jeweils eine Strecke und sind diese Strecken gleichlang und realisieren

ihre Konfigurationen die geometrischen Formen der Parallel- und Spiegelungskongruenz, es sich um starre Körper handelt. Man kann zeigen, daß sich geometrische Formen hinreichend realisieren lassen, ohne in irgendeiner Weise eine Längeninvarianz unterstellen zu müssen⁵⁰⁾.

Drei Bemerkungen mögen abschließend den methodischen Status der Protophysik noch etwas verdeutlichen.

(1) Der entscheidende Unterschied zwischen Abstraktion und Ideation liegt darin, daß in der Ideation Handlungsnormen stecken: die ideativen Objekte sind ideale Realisierungen von Handlungsnormen.

(2) Die Herstellungsziele, die durch die protophysikalischen Normen vorgeschrieben werden, geben also keine technisch realisierbaren Richtgrößen an. Sie fungieren als Auswahlkriterien für technische Verfahren und erlauben die Unterscheidung von technisch besseren und schlechteren Verfahren⁵¹⁾.

(3) Im Rahmen des protophysikalischen Programms müssen nicht alle Meßgrößen der Physik auf einmal eingeführt werden. Es ist vielmehr möglich, daß erste fundamentale Meßgrößen ohne Bezug auf eine messende Physik eingeführt werden, weitere abgeleitete Meßgrößen aber dann aufgrund empirischer Theorien, die die schon eingeführten Meßgrößen (aber nicht mehr!) enthalten⁵²⁾.

Auch Begriffe, die durch Ideation eingeführt werden, kann man unter dem Oberbegriff "theoretische Begriffe" zusammenfassen, da sie schließlich nur in den Wissenschaften eine Rolle spielen. Allerdings sei noch einmal auf den Unterschied zwischen dem Sprachgebrauch der Empiristen und dem hier vorgeschlagenen aufmerksam gemacht. Während die Empiristen an den Anfang einer Theorie die theoretischen Begriffe als undefinierte Grundbegriffe stellen, die erst über Korrespondenzregeln oder Brückenprinzipien eine Bedeutung bekommen, gewinnt man nach konstruktiver Methode die theoretischen Begriffe, indem man sie aus Aussagen und Normen mittels Sprachregelungen konstruiert.

4 Die rationalistische Fundierung der Physik und ihre Konsequenzen für den methodischen Aufbau der Ökonomie

Wir haben die Auseinandersetzung Rationalismus vs. Empirismus beschränkt auf den Streit um das apriorische Fundament der Physik. Die vorangegangenen Überlegungen dienten dazu, den Fall entscheidungsreif zu gestalten. Insbesondere galt es zu zeigen, daß ein Scheitern des empiristischen Programms nicht die Unmöglichkeit empirischer Physik bedeutet. Die Empiristen mußten scheitern, weil sie einen Erfahrungsbegriff gebrauchten, der sie nicht zwischen Beobachtungsdaten, die mit und solchen, die ohne Meßinstrumente gewonnen wurden, unterscheiden ließ. Wir haben dagegen scharf zwischen der Erfahrung in einer alltagsweltlichen Unterscheidungs- und Herstellungspraxis und der Erfahrung im Rahmen einer messenden Physik unterschieden und kommen zunächst mit den Empiristen zu dem Ergebnis, daß es in der Tat zu einem durch elementare Prädikation und über elementares Herstellungshandeln erworbenen Wissen kein Wissen apriori gibt. Anders in der Physik. Für die Physik bilden Geometrie und Chronometrie, um lediglich die Teile aufzuführen, die hier angesprochen wurden, ein apriorisches Fundament, da zu ihrem Aufbau nicht auf die Erkenntnisse einer messenden Physik zurückgegriffen werden muß, oder wie Kambartel formuliert: "der Empirie im engeren auf erfahrungswissenschaftliche Praxis bezogenen Sinne geht im Fundierungszusammenhang ein lebensweltliches und ein darauf gegründetes prototheoretisches Apriori voraus"⁵³⁾.

Mit dieser Abstufung von lebensweltlichem und prototheoretischem Apriori ist dabei folgendes gemeint. Die im Rahmen der Protophysik formulierten idealen Normen beziehen sich auf den Umgang mit Gegenständen, sie regeln nicht nur den Sprachgebrauch (etwa durch Prädikatenregeln oder Definitionen) und sind keine Konstruktionsregeln für Symbolreihen. Einem Vorschlag von Lorenzen folgend, sollen die protophysikalisch wahren Sätze, die von diesen Normen abhängen, material-synthetische apriorische Wahrheiten heißen⁵⁴⁾.

Die Unterscheidungen und Normen, die im Rahmen der Protophysik

vorgeschlagen werden, sind aber nicht bloße Konvention. Sie lassen sich vielmehr im Rückgriff auf eine Lebenspraxis, in der nur von elementarer Prädikation und einem elementaren Herstellungshandeln Gebrauch gemacht wird, als sinnvoll ausweisen. D.h. mit anderen Worten, durch die Anbindung der Physik an eine vortheoretische Unterscheidungs- und Herstellungspraxis läßt sich nicht nur das Problem der Einführung theoretischer Begriffe auf eine logisch befriedigende Weise lösen. Man hat darüber hinaus eine Basis gefunden, von der aus sich die Frage nach dem begründeten Aufbau einer messenden Physik überhaupt erst stellen und beantworten läßt.

Die empiristische Wissenschaftstheorie nimmt das kulturelle Phänomen der Physik fraglos hin. Als Grund für die Beschäftigung mit den innertheoretischen Grundlagenproblemen genügt ihr die Tatsache, daß Physik im Wissenschaftsbetrieb institutionalisiert ist. Deshalb bleibt ihr überall dort, wo man gezwungen ist, auf pragmatische Unterscheidungen zurückzugreifen und etwa von der "erfolgreichen" Anwendung einer Theorie oder der "bewährten" Trennung von Theorie- und Beobachtungssprache redet, nur der Ausweg in einen resignativen Konventionalismus. Da die Rationalität der Empirie von einer prototheoretischen Begründung abhängt, ist der Streit Empirismus vs. Rationalismus zugunsten des Rationalismus zu entscheiden.

Welche Folgerungen ergeben sich aus diesen Überlegungen für den methodischen Aufbau der Ökonomie? Nehmen wir hierzu für einen Moment die Auffassung der meisten Ökonomen, daß ihre Wissenschaft eine empirische Wissenschaft zu sein habe, als begründet an. Dann gilt es also zunächst, das prototheoretische Fundament zu errichten oder zu rekonstruieren, auf dem sich der empirische Teil der Ökonomie aufbaut⁵⁵⁾. Hierzu müßte in einem ersten Schritt der lebensweltliche Bezug der Ökonomie hergestellt, ihr "Sitz im Leben" geortet werden. Dabei sind die Schwierigkeiten der lebensweltlichen Praxis darzulegen, die die Aufgabe einer wissenschaftlichen ökonomischen Theoriebildung als sinnvoll erscheinen lassen (Mit "Theorie" meine ich hier

ganz allgemein Satzsysteme mit einer orthosprachlichen Terminologie, deren syntaktischer und pragmatischer Status methodisch geklärt ist). Erst vor dem Hintergrund dieses lebensweltlichen Aprioris läßt sich das dann im engeren Sinne prototheoretische Problem angehen. An dieser Stelle ist auch zu klären, ob sich die Ökonomie als eine messende Wissenschaft begründen läßt, was Ökonomen normalerweise als selbstverständlich unterstellen, d.h., ob sich entsprechend zu Geometrie und Chronometrie in der Physik Meßtheorien für die Ökonomie erstellen lassen.

Anmerkungen

- 1) Die Bezeichnungen "Standard-Darstellung" (standard conception) oder "Received View" gehen zurück auf H. Putnam, What Theories are not, in: E. Nagel/P. Suppes/A. Tarski (Eds.), Logic, Methodology and Philosophy of Science-Proceedings of the 1960 Int. Congr. for Logic, Methodology and Philosophy of Science, Stanford 1962, S. 240 - 251 und C.G. Hempel, On the "Standard Conception" of Scientific Theories, in: M. Radner/St. Winokur (Eds.), Minnesota Studies in the Philosophy of Science, Bd. IV, Minneapolis 1970, S. 142 - 163.
- 2) Die Behandlung mathematischer Termini war nicht einheitlich. In der Regel werden sie zu den theoretischen Begriffen gezählt, obwohl die Arithmetik meist dem Bereich der Beobachtungssprache zugeschlagen wird, ebenso wie die Quantorenlogik. Fragen, die Logik und Mathematik im engeren Sinne betreffen, wollen wir hier nicht nachgehen, es interessieren uns theoretische Begriffe nur insoweit, als sie für die jeweilige Wissenschaft spezifische Termini sind.
- 3) Neben Carnap sind vor allem zu erwähnen N.R. Campbell, Physics: The Elements, Cambridge 1920 (repr. als Foundations of Science, N.Y. 1957) und F.P. Ramsey, Theories (1929), in: ders., The Foundations of Mathematics, London 1931.
- 4) R. Carnap, Über die Aufgabe der Physik und die Anwendung des Grundsatzes der Einfachheit, Kant-Studien 28 (1923), S. 90 - 107.
- 5) R. Carnap, a.a.O., S. 97.
- 6) Wir werden weiter unten sehen, daß sich dem "synthetisch a priori" in bezug auf die Physik ein durchaus nicht trivialer Sinn abgewinnen läßt.
- 7) Carnap gibt hierfür Beispiele an: "Einem solchen Blau (bezeichnet z.B. nach dem Ostwaldschen Farbsystem) entspricht eine gewisse periodische Elektronenbewegung (bezeichnet durch die Schwingzahl)", a.a.O., S. 99 f. oder: "Einem solchen stechenden Geruch (Chlorgeruch, Bezeichnungssystem fehlt) entspricht ein Gemenge von Elektronenkomplexen be-

stimmter Struktur (Cl-Atome)", a.a.O., S. 100. Wie simpel, gemessen an späteren Vorschlägen, auch diese Beispiele sind, das Bauprinzip der Korrespondenzregeln ist dennoch klar zu erkennen.

- 8) R. Carnap, a.a.O., S. 102.
- 9) Vgl. R. Carnap, Die physikalische Sprache als Universalsprache der Wissenschaft, Erkenntnis 2 (1931), S. 432 - 465. Carnap hat unter dem Einfluß von O. Neurath die Vorstellung von der Unwiderruflichkeit der Protokollsätze aufgegeben und bezüglich der Gültigkeit von Protokollsätzen einen konventionalistischen Standpunkt eingenommen, vgl. O. Neurath, Protokollsätze, Erkenntnis 3 (1932/33), S. 204 - 214 und R. Carnap, Über Protokollsätze, Erkenntnis 3 (1932/33), S. 215 - 228.
- 10) Vgl. R. Carnap, Überwindung der Metaphysik durch logische Analyse der Sprache, Erkenntnis 2 (1931), S. 223. Zur Geschichte des empiristischen Signifikanzkriteriums s. C.G. Hempel, Empiricist Criteria of Cognitive Significance: Problems and Changes, in: Ders., Aspects of Scientific Explanation, N.Y. 1965, S. 101 - 122. Vgl. auch W. Stegmüller, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie, Bd. II, Heidelberg u.a. 1970, Kap. V; F.v. Kutschera, Wissenschaftstheorie I, München 1972, Kap. 3.4.
- 11) R. Carnap, Testability and Meaning, Philosophy of Science 3 (1936), S. 420 - 471, 4 (1937), S. 2 - 40.
- 12) Die umfangreiche, jedoch unergiebige Diskussion nahm ihren Anfang mit den Arbeiten von N. Goodman, The Problem of Counterfactual Conditionals, J. Phil. 44 (1947), S. 113 - 128 und R. Chisholm, The Contrary to Fact Conditional, Mind 55 (1946), S. 289 - 307.
- 13) R. Carnap, Testability and Meaning, Philosophy of Science 3 (1936), S. 440 ff.
- 14) In der dialogischen Logik werden die logischen Partikel über die Angabe von Angriffs- und Verteidigungsregeln eingeführt.

Ein Dialog um einen Allsatz mit Subjunktion wird folgendermaßen geregelt:

	$\bigwedge_x x \in p \rightarrow x \in q$
a?	$a \in p \rightarrow a \in q$
$a \in p$?	?
$(a \in p)$	
	$a \in q$

Zunächst wird der Allsatz angegriffen, indem für die durch den Quantor gebundene Variable ein beliebiges a aus dem Gegenstandsbereich von x vorgegeben wird. Der Proponent muß dann $a \in p \rightarrow a \in q$ behaupten. Die Subjunktion wird in Frage gestellt, indem das Antecedens $a \in p$ behauptet wird. Kann $a \in p$ begründet werden, so muß die Behauptung $x \in q$ eingelöst werden. $a \in p \rightarrow a \in q$ ist dann zu Recht behauptet worden, wenn $a \in p$ widerlegt oder $x \in q$ gezeigt werden kann. In unserem Fall kann, falls $a \in p$ gezeigt wurde, $x \in q$ mit der Regel $x \in p \Rightarrow x \in q$ begründet werden.

- 15) C.G. Hempel, Fundamentals of Concept Formation in Empirical Science, Chicago 1952 (dt. Fassung "Grundzüge der Begriffsbildung in der empirischen Wissenschaft", Düsseldorf 1974).
- 16) C.G. Hempel, Grundzüge der Begriffsbildung in der empirischen Wissenschaft, Düsseldorf 1974, S. 37.
- 17) H. Tetens, Bewegungsformen und ihre Realisierungen, Diss. Erlangen 1977.
- 18) F. Suppe, The Search for Philosophic Understanding of Scientific Theories, in: ders. (Ed.), The Structure of Scientific Theories, Urbana u.a. 1974, S. 3 - 232.
- 19) F. Suppe, a.a.O., S. 24.
- 20) Weitere Einzelheiten zu den metrischen Begriffen finden sich bei H. Tetens, Bewegungsformen und ihre Realisierungen, Diss. Erlangen 1977, Kap. III.
- 21) C.G. Hempel, Grundzüge der Begriffsbildung in der empirischen

- Wissenschaft, Düsseldorf 1974; R. Carnap, *The Methodological Character of Theoretical Concepts*, in: H. Feigl/M. Scriven (Hrsg.), *Minnesota Studies in the Philosophy of Science*, Bd. 1, Minneapolis 1956, S. 38 - 76.
- 22) C.G. Hempel, a.a.O., S. 37.
- 23) Vgl. F. Suppe, *The Search for Philosophic Understanding of Scientific Theories*, in: ders. (Ed.), *The Structure of Scientific Theories*, Urbana u.a. 1974, S. 25.
- 24) Ein Begriff kommt in einem Satz A wesentlich vor, wenn es keinen Satz B gibt, der zu Satz A logisch äquivalent ist und den Begriff nicht enthält.
- 25) C.G. Hempel, a.a.O., S. 39. Als Beispiel führt er hierzu aus: "So sind beispielsweise die primitiven Hypothesen der kinetischen Wärmetheorie wichtig für das mechanische Verhalten der ein Gas konstituierenden Mikropartikel. Folglich sind sie nicht direkt testbar. Man kann sie aber indirekt testen, weil sie derivative Hypothesen nach sich ziehen, die in bestimmten definierten Termen formuliert werden können - in Termen, die mittels solcher "makroskopischer Observablen" wie Temperatur und dem Druck eines Gases interpretiert worden sind.", ebd.
- 26) Vgl. R. Carnap, *The Methodological Character of Theoretical Concepts*, in: H. Feigl/M. Scriven (Hrsg.), *Minnesota Studies in the Philosophy of Science*, Bd. I, Minneapolis 1956, S. 38 - 76, insbes. S. 51; zu einer ausführlichen Diskussion dieses (und anderer) Signifikanzkriterien siehe F.v. Kutschera, *Wissenschaftstheorie I*, München 1972, Kap. 3.4 und W. Stegmüller, *Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie*, Bd. II, Heidelberg u.a., 1970, Kap. V.
- 27) Diese Kritik trifft in ähnlicher Weise auch auf die Bemühungen Hempels zu.
- 28) F.P. Ramsey, "Theories", in: ders., *The Foundations of Mathematics*, London 1931, S. 212 - 236.
- 29) C.G. Hempel, *The Theoretician's Dilemma*, in: ders., *Aspects of*

Scientific Explanation, N.Y. 1965, S. 216.

- 30) Stegmüller sieht die Leistungsfähigkeit des Ramsey-Satzes darin begründet, daß er ein zusätzliches Kriterium für die empirische Trivialität einer Hypothese sowie der Immunität von Theorien gegenüber empirischer Prüfbarkeit abgibt. Ist nämlich das Ramsey-Substitut einer Theorie logisch wahr, so können sich aus der zugrunde liegenden Theorie keine beobachtbaren Konsequenzen ergeben, vgl. W. Stegmüller, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie, Heidelberg u.a. 1970, S. 424 ff. Hier ist allerdings die Frage zu stellen, ob es tatsächlich solcher relativ aufwendiger Verfahren bedarf, um die empirische Trivialität von Hypothesen festzustellen.
- 31) Der Ansatz geht auf Popper zurück, s. z.B. Logik der Forschung, Tübingen 1969³, bes. S. 71 ff.; ders., Three Views Concerning Human Knowledge, in: ders., Conjectures and Refutations, N.Y. 1965², Chap. 3; wesentlich radikalisiert wurde dieser Ansatz bei N.R. Hanson, Patterns of Discovery, Cambridge 1958; T.S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Ffm. 1967; ders., Second Thoughts on Paradigms, in: F. Suppe (Ed.), The Structure of Scientific Theories, Urbana u.a. 1974, S. 459 - 482; I. Lakatos/A. Musgrave (Eds.), Criticism and the Growth of Knowledge, Cambridge 1970, vor allem die Beiträge von Lakatos und Feyerabend; P.K. Feyerabend, Against Method: Outline of an Anarchistic Theory of Knowledge, in: M. Radner/St. Winokur (Eds.), Minnesota Studies in the Philosophy of Science, Bd. IV, Minneapolis 1970, S. 17 - 130.
- 32) Hier sind vor allem zu erwähnen: P. Achinstein, Theoretical Terms and Partial Interpretation, Br. J. Phil. Sc. 14 (1963), S. 89 - 105; ders., The Problem of Theoretical Terms, Am. Phil. Quart. 2 (1965), S. 475 - 510; H. Putnam, What Theories Are Not, in: E. Nagel/P. Suppes/A. Tarski (Eds.), Logic, Methodology, and the Philosophy of Science, Proceedings of the 1960 Int. Congr., Stanford 1962, S. 240 - 251; eine Auseinandersetzung mit dieser Kritik findet sich bei F. Suppe,

On Partial Interpretation, J. Phil. 68 (1971), S. 57 - 76,
und ders., What's wrong with the Received View on the Struc-
ture of Scientific Theories?, Phil. Sc. 39 (1972), S. 1 - 19.

- 33) Diese Einstellung wird aus einer der wenigen Stellen, an denen sich Carnap zu diesem Problem etwas ausführlicher äußert, deutlich: "Philosophers and scientists have quite different ways of using the terms "observable" and "non-observable". To a philosopher, "observable" has a very narrow meaning. It applies to such properties as "blue", "hard", "hot". These are properties directly perceived by the senses. To the physicist, the word has a much broader meaning. It includes any quantitative magnitude that can be measured in a relatively simple, direct way. A philosopher would not consider a temperature of, perhaps, 80 degrees centigrade, or a weight of 93 1/2 pounds, an observable because there is no direct sensory perception of such magnitudes. To a physicist, both are observable because they can be measured in an extremely simple way. The object to be weighed is placed on a balance scale. ... Magnitudes that can be established by relatively simple procedures - length with a ruler, time with a clock, or frequency of light waves with a spectrometer - are called observables by the physicist. The philosopher might object that the intensity of an electric current is not really observed. Only a pointer position was observed. ... Certainly the current's intensity was not observed. It was inferred from what was observed! ... There is no question here of who is using the term "observable" in a right or proper way. There is a continuum which starts with direct sensory observations and proceeds to enormously complex, indirect methods of observation. Obviously no sharp line can be drawn across this continuum; it is a matter of degree. ... In general the physicist speaks of observable in a very wide sense compared with the narrow sense of the philosopher but, in both cases, the line separating observable from non-observable is highly arbitrary. It is well to keep this in mind whenever these terms are encountered in a book by a philosopher or scientist. Individual authors

will draw the line where it is most convenient, depending on their points of view, and there is no reason why they should not have this privilege." R. Carnap, *Philosophical Foundations of Physics*, N.Y. 1966, S. 225 f.

- 34) Vgl. C.G. Hempel, On the "Standard Conception" of Scientific Theories, in: M. Radner/St. Winokur (Eds.), *Minnesota Studies in the Philosophy of Science*. Bd. IV, Minneapolis 1970, S. 142 - 163; ders., Formulation and Formalization of Scientific Theories, in: F. Suppe (Ed.), *The Structure of Science*, Urbana u.a. 1974, S. 244 - 254; ders., *Grundzüge der Begriffsbildung in der empirischen Wissenschaft*. Nachwort (1974), Düsseldorf 1974; ders., *Die Wissenschaftstheorie des analytischen Empirismus im Lichte zeitgenössischer Kritik*, in: G. Patzig/E. Scheibe/ W. Wieland (Hrsg.), *Logik, Ethik, Theorie der Geisteswissenschaften*, XI. Dt. Kongr. f. Phil. 1975, Hamburg 1977, S. 20 - 34.
- 35) C.G. Hempel, On the "Standard Conception" of Scientific Theories, a.a.O., S. 143.
- 36) Typisch ist die Bemerkung von Carnap: "The terms of V_0 [Beobachtungssprache, R.K.] are predicates designating observable properties of events or things (for example 'blue', 'hot', 'large', and so on) or observable relations between them (for example 'x is warmer than y', 'x' is contiguous to y', and so on)." R. Carnap, *The Methodological Character of Theoretical Concepts*, in: *Minnesota Studies in the Philosophy of Science*, Bd. I, Minneapolis 1956, S. 41.
- 37) R. Carnap, *Testability and Meaning*, *Philosophy of Science* 3 (1936), S. 454 f.
- 38) O. Neurath spricht hier von "Universalslang", s. O. Neurath, *Protokollsätze*, *Erkenntnis* 3 (1932/33), S. 205 f.
- 39) Aristoteles wird im allgemeinen als Begründer des Empirismus angesehen. Er hat jedenfalls als erster klar ausgesprochen, daß sich Sätze nur über die Erfahrung begründen lassen: "Denn wir sollten nur das vernünftigerweise behaupten, was wir in vielen oder allen Fällen vorkommen sehen." De

caelo 279b 18, s. auch De caelo 293 a 25, 297 b 23, 306 a 15; Phys 252 a 22, 254 a 24. Für Aristoteles bedeutet Erfahrung ein "Wissen des Besonderen", das aus der Erinnerung hervorgeht. Dieses Wissen repräsentiert eine "Wahrnehmung des Allgemeinen", d.h. daß die in Einzelfällen eingeübten begrifflichen Unterscheidungen auch auf weitere, in den Einführungssituationen nicht vorhandene Gegenstände angewendet werden können, s. z.B. Met A1981 a 15 ff., An. post. B 19. Damit legte Aristoteles das Fundament für eine Theoriebildung, die auf Systematisierung, nicht auf Erklärung abzielte.

Einzelheiten zum Aristotelischen Erfahrungsbegriff finden sich bei F. Kambartel, Erfahrung und Struktur, Ffm. 1968, Kap. 2 und J. Mittelstraß, Erfahrung und Begründung, in: ders., Die Möglichkeit von Wissenschaft, Ffm. 1974, S. 56 - 83. Die hermeneutischen Bemühungen um eine Rekonstruktion des Aristotelischen Erfahrungsbegriffs werden m.E. erheblich belastet durch die Unbekümmertheit, mit der Aristoteles in seinen naturkundlichen Arbeiten Beobachtungen, Spekulationen und "Hören und Sagen" zur Begründung von Behauptungen heranzieht (einen recht eindrucksvollen Überblick hierzu gibt H. Cherniss, Aristotle's Criticism of Presocratic Philosophy, Baltimore 1935, Chap. V). Ihn einen "radikalen Empiristen" zu nennen, wie P. Feyerabend das tut (P.K. Feyerabend, Bemerkungen zur Geschichte und Systematik des Empirismus, in: P. Weingartner (Hrsg.), Grundfragen der Wissenschaften und ihre Wurzeln in der Metaphysik, Salzburg 1967, S. 136), ist jedenfalls stark übertrieben.

- 40) J. Mittelstraß, Erfahrung und Begründung, in: ders., Die Möglichkeit von Wissenschaft, Ffm. 1974, S. 70.
- 41) Die wichtigsten Beiträge sind: W. Kamlah/P. Lorenzen, Logische Propädeutik, Mannheim 1973²; P. Lorenzen, Semantisch normierte Orthosprachen, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Ffm. 1973, S. 231 - 249; ders., Regeln vernünftigen Argumentierens, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 4 - 57; P. Lorenzen/O. Schwemmer,

Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975², bes. S. 29 - 56; J. Mittelstraß, Das normative Fundament der Sprache, in: ders., Die Möglichkeit von Wissenschaft, Ffm. 1974, S. 158 - 208; in einen weiteren philosophiegeschichtlichen Zusammenhang wird die Prädikationstheorie bei K. Lorenz, Element der Sprachkritik, Ffm. 1970 und H.J. Schneider, Historische und systematische Untersuchungen zur Abstraktion, Diss. Erlangen 1970 eingeordnet.

- 42) Was man unter "Dispositionsbegriffe" im einzelnen verstehen soll, ist weitgehend ungeklärt. Dies bestätigt ein Blick in einen erst jüngst erschienenen Aufsatzband: R. Tuomela (Hrsg.), Dispositions, Dordrecht 1978. Zur groben Orientierung kann man an deutsche Wörter denken, die auf -isch, -lich oder -bar enden. Zu den Geschehnisprädikatoren findet sich Näheres bei P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975², S. 39 ff.
- 43) Wir haben hier der Einfachheit halber nur Dispositionen in Verbindung mit Handlungen angesprochen. Der Gedanke läßt sich aber auch auf komplizierte technische Verfahren übertragen, etwa, wenn wir von "spaltbarem Material" sprechen. Einzelheiten zur Abstraktion finden sich bei: P. Lorenzen, Regeln vernünftigen Argumentierens, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 41; P. Lorenzen, Differential and Integral, Ffm. 1965, S. 20 ff; P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975², S. 194 ff.
- 44) Vgl. J. Mittelstraß, Aufklärung und Neuzeit, Berlin u.a. 1970, S. 170 ff.
- 45) Die Protophysik ist noch keine abgeschlossene Theorie. Sie wurde von H. Dingler in Gang gebracht und von P. Lorenzen und P. Janich in ihren Grundzügen ausgearbeitet. Als wichtigste Beiträge zur Protophysik sind zu nennen: P. Lorenzen, Das Begründungsproblem der Geometrie als Wissenschaft der räumlichen Ordnung, in: ders., Methodisches Denken, Ffm. 1968, S. 120 - 141; ders., Die drei mathematischen Grunddisziplinen der Physik, in: ders., Theorie der technischen und

und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 68 - 92; ders., Eine Revision der Einsteinschen Revision, ebd., S. 93 - 103; ders., Relativistische Mechanik mit klassischer Geometrie und Kinematik, in: Math. Z. 155 (1977), S. 1 - 9; ders., Zur Definition der vier fundamentalen Meßgrößen, Philosophia Naturalis 16 (1976), S. 1 - 9. P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975², Kap. III 2; P. Janich, Protophysik der Zeit, Mannheim 1969; ders., Wie empirisch ist die Physik?, Philosophia Naturalis 11 (1969), S. 291 - 303; ders., Eindeutigkeit, Konsistenz und methodische Ordnung: normative versus deskriptive Wissenschaftstheorie zur Physik, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Ffm. 1973, S. 131 - 158; ders., Zur Protophysik des Raumes, in: G. Böhme (Hrsg.), Protophysik, Ffm. 1976, S. 83 - 130; ders., Ist Masse ein "theoretischer Begriff"?, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 302 - 314; R. Inhetveen, Die Dinge des dritten Systems, in: K. Lorenz (Hrsg.), Konstruktionen versus Positionen, Bd. 1, Berlin 1979, S. 266 - 277; H. Tetens, Bewegungsformen und ihre Realisierungen, Diss. Erlangen 1977.

Zur Protophysik gehören neben den fundamentalen Meßtheorien der Physik auch Explikationen des Kausalbegriffs und des Prinzips der Reproduzierbarkeit von Experimenten.

- 46) Zur Einführung im einzelnen s. P. Janich, Zur Protophysik des Raumes, a.a.O., S. 93 ff.
- 47) Vgl. P. Janich, Zur Protophysik des Raumes, a.a.O., S. 112 f.
- 48) Derartige Eindeutigkeitsbeweise finden sich bei P. Janich, Zur Protophysik des Raumes, a.a.O., S. 115 ff. oder bei R. Inhetveen, Die Dinge des dritten Systems, a.a.O.
- 49) In diesem Zustand des Urvertrauens befinden sich auch heute noch viele Physiker und empiristische Wissenschaftstheoretiker.
- 50) S. hierzu H. Tetens, Bewegungsformen ..., a.a.O., S. 75 f.
- 51) P. Janich, Zur Protophysik des Raumes, a.a.O., S. 114.

- 52) Wie die Grenzlinie zwischen einer Protophysik im strengen Sinne und Prototheorien, die auf empirischen Ergebnissen aufbauen, zu verlaufen hat, ist z.Zt. noch nicht ganz geklärt. Dies wird etwa deutlich bei der Einführung des Massebegriffs. So haben P. Lorenzen und H. Tetens bei der Einführung des Massebegriffs empirische Kenntnisse (Beschleunigungsverfahren) benutzt, während P. Janich die Hylometrie ohne Empirie aufbaut.
- 53) Vgl. F. Kambartel, Zum Fundierungszusammenhang apriorischer und empirischer Elemente der Wissenschaft, in: R.E. Vente (Hrsg.), Erfahrung und Erfahrungswissenschaft, Stgtt. 1974, S. 161.
- 54) Vgl. W. Kamlah/P. Lorenzen, Logische Propädeutik, Mannheim u.a. 1967, S. 225 ff. Ich bin mir der hermeneutischen Problematik, die sich aus der hier vorgenommenen Verwendung von "synthetisch apriori" im Hinblick auf Kant ergibt, voll bewußt. Zumindest ist die Verwendung "belegbar", man vgl. die "klassische" Stelle in I. Kant, Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft, in: Werke (Hrsg. v. W. Weischedel), Bd. 8, Darmstadt 1968, S. 17: "Alle wahre Metaphysik ist aus dem Wesen des Denkungsvermögens selbst genommen und keinesweges darum erdichtet, weil sie nicht von der Erfahrung entlehnt ist, sondern enthält die reinen Handlungen des Denkens, mithin Begriffe und Grundsätze a priori, welche das Mannigfaltige empirischer Vorstellungen allererst in die gesetzmäßige Verbindung bringt, dadurch es empirisches Erkenntniß, d.i. Erfahrung, werden kann." Hieraus kann man die Berechtigung ableiten, die Protophysik bezüglich der Physik apriorisch zu nennen. Allerdings hatte Kant selbst keine Schritte zum Aufbau einer Protophysik unternommen.
- 55) Diese Forderung ist so von verschiedener Seite erhoben worden, vgl. F. Kambartel, Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 107 - 125; ders., Zur Überwindung des Szientismus und Modellplatonismus in der Ökonomie, Z. f. allg. Wis-

senschaftstheorie 8 (1977), S. 132 - 143; P.T. Sagal, Epistemology of Economics, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 144 - 162; J. Mittelstraß, Sozialwissenschaften im System der Wissenschaft, in: M. Timmermann (Hrsg.), Sozialwissenschaft, Konstanz 1978, S. 173 - 189.

Kapitel III: PROTOTHEORIE DER EMPIRISCHEN ÖKONOMIE I: ZUR AUFGABENSTELLUNG EINER EMPIRISCHEN ÖKONOMIE

I Die lebensweltliche Problemlage

Das konstruktivistische Programm, das ich im letzten Teil des vorigen Kapitels vorgestellt habe, siedelte die Physik im Bereich des technischen Handelns an. Von diesem lebensweltlichen Ausgangspunkt aus konnte man als ihre Aufgabe bestimmen, zur Überwindung technischer Schwierigkeiten und damit zu einer planmäßigen Gestaltung der Natur nach unseren Bedürfnissen beizutragen. Durch den konstruktiven Aufbau begreift man die Physik als Hochstilisierung lebensweltlicher Praxis.

Damit wurde deutlich gemacht, daß man den Bereich des faktischen Wissenschaftsbetriebs verlassen muß, um zu einer sinnvollen Aufgabenstellung für eine Wissenschaft zu kommen. Ansonsten würden die Begründungsversuche zirkulär oder dogmatisch geraten: Die Frage nach den Aufgaben einer Wissenschaft ergibt sich nur dann, wenn nicht schon angenommen wird, daß die faktisch gestellten Aufgaben auch diejenigen sind, die wir stellen sollten.

Wissenschaft als eigene und allgemeine Bemühung zur Vorbereitung unseres Handelns ist erst dann als sinnvoll anzusehen, wenn unser Handeln regelmäßig auf Schwierigkeiten stößt, d.h. wenn die durch unser Handeln verfolgten Zwecke regelmäßig nicht erreicht werden¹⁾. Dies bedeutet zunächst, daß die Schwierigkeiten generalisierbar sein müssen, denn würden sie nur von Fall zu Fall auftreten, so wären die Anstrengungen zu ihrer Überwindung auch immer an bestimmte Situationen gebunden und insoweit keine eigenen Bemühungen. Die Schwierigkeiten müssen auch universalisierbar sein, d.h. sie dürfen nicht ausschließlich an bestimmte Örtlichkeiten oder Personen gebunden sein. Erst dann läßt sich Wissenschaft auch als eine allgemeine Bemühung verstehen und die Forderung nach Intersubjektivität begründen²⁾.

Für die technischen Schwierigkeiten, d.h. für Schwierigkeiten, die aus einem Mangel an geeigneten Mitteln zur Erreichung bestimmter Zwecke entstehen, wollen wir die Fragen der Generalisierbarkeit und Universalisierbarkeit, die bei der Physik im Rahmen der Protophysik behandelt werden, als gelöst unterstellen und uns hier den praktischen Schwierigkeiten zuwenden.

Vor praktische Schwierigkeiten sehen wir uns gestellt, wenn wir unsere Zwecke nicht erreichen können, nicht weil wir das falsche Mittel gewählt haben oder kein geeignetes finden, sondern weil andere Personen die Erreichung unserer Zwecke vereiteln oder behindern. Wenn unsere Zwecke mit denen anderer Personen kollidieren, so sprechen wir von Konflikten. Damit ist allerdings noch keine Definition von "Konflikt" gegeben, schließlich sind Wörter wie "Zweck", "Mittel" noch gar nicht eingeführt. Es geht mir an dieser Stelle auch nur darum, eine Problemlage zu veranschaulichen, in der sich die Einführung bestimmter Unterscheidungen als sinnvoll erweist. Was praktische Schwierigkeiten sind, könnte ich auch ohne Verwendung dieser Wörter anhand von Geschichten über Tarifaueinandersetzungen, Nachbarschaftsstreitigkeiten etc. demonstrieren. Aus Platzgründen verzichte ich darauf, und vertraue lieber auf eine umgangssprachliche Verständlichkeit dieser Wörter.

Eine Bemerkung möchte ich zur Verdeutlichung allerdings noch anfügen. Es geht mir hier und im folgenden im wesentlichen um Konflikte, die "rational" in dem Sinne sind, daß die Zwecke der Kontrahenten bereits artikuliert oder unschwer artikulierbar sind. Mit letzterem meine ich, daß von manchen Zwecken allgemein bekannt ist, daß sie in bestimmten Situationen üblicherweise verfolgt werden. Man kann dann die Handlungen der am Konflikt Beteiligten in Beziehung bringen zu den Zwecken und sie so als sinnvoll verstehen. Häufig gebraucht man in der Umgangssprache das Wort "Konflikt", um praktische Schwierigkeiten in einem weiteren Sinne zu charakterisieren. Man spricht auch dann von "Konflikt", wenn jemand einen anderen in der Verfolgung seiner Zwecke behindert, ohne daß sich ein Grund ausmachen ließe; d.h., daß die Behinderung anderer nicht eigenen Zwecken

förderlich ist. Solche Handlungen lassen sich prima facie nicht als sinnvoll erkennen (als Beispiele mag man an Vandalismus, an Kindesmißhandlungen oder an bestimmte Formen von Schikanen denken). Man sollte in solchen Fällen versuchen, diese unverständlichen Handlungen als Indikatoren für das Vorhandensein von "rationalen" Konflikten, die von den Betroffenen verdrängt worden sind, zu betrachten und durch therapeutische Maßnahmen etwa im Rahmen der Psychologie die unbewußten Konflikte ins Bewußtsein zu heben, sie also artikulierbar zu machen. Bei meinen Überlegungen gehe ich von einer Problemlage aus, in der entweder solche therapeutische Bemühungen erfolgreich waren oder sie von vorneherein nicht erforderlich erscheinen, wobei sich natürlich im Verlauf der Analyse eines Konflikts herausstellen kann, daß die anfänglich angenommene "Rationalität" eben nur Schein war.

Zwei zentrale Fragen stellen sich im Zusammenhang mit den Bemühungen, praktische Schwierigkeiten zu bewältigen. (1) Sind praktische Schwierigkeiten überhaupt generalisierbar und universalisierbar und damit einer wissenschaftlichen Behandlung zugänglich? (2) Die positive Beantwortung der ersten Frage unterstellt, brauchen wir dann neben Physik und anderen Naturwissenschaften eine methodisch eigenständige Wissenschaft oder lassen sich die praktischen Schwierigkeiten auf technische reduzieren und müßte man folglich die Naturwissenschaften nur um einen Teil erweitern, der diese Reduktion in jedem Falle leistet?

Die Beantwortung dieser Fragen läßt sich nicht direkt angehen, und zwar aus folgendem Grunde. Unsere alltägliche und historische Erfahrung lehrt uns, daß die Menschen schon immer praktische Schwierigkeiten wie technische behandelt und mit Gewalt gelöst haben. Es ist also gar keine Frage, daß sich menschliche Konflikte zumindest als Anwendungsfall für naturwissenschaftliche Erkenntnisse darbieten; unsere hochentwickelte Waffentechnologie zeigt dies überdeutlich. Man kann natürlich Konflikte dadurch aus der Welt schaffen, indem man seinen Kontrahenten

beseitigt oder ihm zumindest die Lust austreibt, auf der Durchsetzung seiner Zwecke zu beharren. Die Behandlung von Konflikten unter diesem "gewalttätigen" Aspekt würde sich wohl unschwer in ein dem naturwissenschaftlichen verwandtes Denkschema bringen lassen, man hätte dann das Programm für eine Militärakademie.

Auf der anderen Seite haben wir aber auch eine Vorstellung von der gewaltlosen Bewältigung von Konflikten. Wir denken etwa an eine Beratung, in der die Konfliktpartner ihre Zwecksetzungen vortragen, Gründe für sie anführen und in der man sich auf die Verfolgung derjenigen Zwecke einigt, für die die "besten" Gründe sprechen.

In diesem Zusammenhang sucht man also nicht nach Ursachen von Handlungen, sondern man fragt nach der Begründung von Handlungen. Allerdings läßt sich eine gewaltfreie Lösung eines Konflikts nicht in der Weise durch den Verweis auf faktisches Geschehen verdeutlichen, wie es etwa im Falle der Verdeutlichung von Konflikten möglich ist. Wir können zwar durch Beispiele verdeutlichen, wie eine gewaltsame Konfliktbewältigung aussieht, indem wir eben verschiedene Formen der Anwendung physischer Gewalt schildern. Als Gegenbeispiel kann man aber nicht auf Fälle verweisen, in denen sich die Konfliktparteien in gemeinsamer Beratung geeinigt haben. Schließlich kann eine solche Einigung durch bloße Überredung oder Drohung zustande gekommen sein und in ersterem Falle wird man dann nicht von Einigung, im zweiten nicht von Gewaltverzicht sprechen wollen. Die Unterscheidungen, auf die es ankommt, um eine "gelungene" gewaltfreie Konfliktbewältigung vor einer mißlungenen auszuzeichnen, lassen sich nur veranschaulichen, indem man zu einem Fall der Androhung oder Anwendung physischer Gewalt einen fiktiven Verlauf der Konfliktbewältigung konstruiert³⁾. Man sagt dann etwa: "Wenn in diesem Fall die Person A nicht den Satz S, sondern den Satz T gesagt hätte, dann hätte sie die Person B nicht gezwungen, auf die Äußerung ihres Begehrens zu verzichten." Ein solcher Satz hat den Charakter eines fiktiven Vorschlags, er beinhaltet eine Beurteilung einer Rede- oder Handlungssituation.

Die Verdeutlichung einer Beurteilung durch die Darstellung fiktiver Handlungs- und Redeabläufe ist ein uraltes Verfahren, das sich schon in der Bibel bei den Gleichnissen und deren Kommentierung findet. Solche Versuche der Veranschaulichung müssen natürlich immer fragmentarisch bleiben. Dies ist aber unerheblich, weil durch solche Darstellungen ja keine Einführung von Beurteilungskriterien gegeben werden soll, genausowenig, wie durch die Darstellung von Streitigkeiten der Terminus "Konflikt" exemplarisch eingeführt werden soll. Vielmehr will man mit einer derartigen Darstellung auf die problematischen Bereiche unserer Lebenswelt aufmerksam machen, die eine Suche nach weiteren Unterscheidungen und Beurteilungsprinzipien sinnvoll erscheinen lassen.

Nur wer sich vor dem Hintergrund solcher Veranschaulichungen gegen eine gewaltsame oder willkürliche Bewältigung von Konflikten entschieden hat, wird in der Frage nach der Begründung und Beurteilung von Handlungen einen "Sinn" sehen. Diese "praktische Basisentscheidung", wie O. Schwemmer sie nennt⁴⁾, steht also am Anfang der Bemühungen um den methodischen Aufbau der Sozialwissenschaften als einer eigenen Disziplin. Sie ist theoretisch nicht begründbar, liefert vielmehr erst den Anlaß, nach Begründungen und Begründungsprinzipien zu fragen.

Bildet die elementare Unterscheidungs- und Herstellungspraxis das lebensweltliche Apriori der Physik und anderer Naturwissenschaften, so müssen wir für die Sozialwissenschaften dieses apriorische Fundament noch um das fragmentarische Wissen um gelungene gewaltfreie Konfliktbewältigung und der daraus herrührenden Basisentscheidung verbreitern. Als das eigentlich proto-theoretische Problem der Sozialwissenschaften stellt sich dann die Frage, wie sich Generalisierbarkeit und Universalisierbarkeit bezogen auf die Begründung von Handlungen zeigen lassen.

Die Anbindung der Wissenschaften, speziell der Sozialwissenschaften an konkrete Aufgabenstellungen stößt immer wieder auf heftige Ablehnung. Man möchte Wissenschaft als eine Tätigkeit

verstanden wissen, die einer praktischen Begründung weder bedarf noch fähig ist. Erst jüngst hat sich A. Beckermann vehement gegen eine konfliktorientierte Aufgabenstellung, wie wir sie hier formuliert haben, ausgesprochen⁵⁾ und das Idealbild eines Forschers beschworen, der, vom kognitiven Durst getrieben, zu immer neuen Ufern der Erkenntnis strebt. Nun ist ausdrücklich festzuhalten, daß mit der hier gegebenen Aufgabenstellung kein Monopolanspruch auf Begründetheit geltend gemacht wird. Konfliktterfassung und -bewältigung ist nur ein - wenn auch besonders dringliches und augenfälliges - Thema, das sich in unserer Lebenspraxis stellt. Daneben mag es noch weitere Probleme geben, die generalisierbar und universalisierbar und damit einer wissenschaftlichen Behandlung zugänglich sind. Daß die Menschen im allgemeinen mit dem dritten Lebensjahr in der Lage sind, "warum?" und "wieso?" zu fragen, reicht allerdings zur Rechtfertigung eines institutionalisierten Wissenschaftsbetriebs nicht aus. Wer Wissenschaft als Hochstilisierung kindlicher Neugierde verstehen will, kann keine Kriterien dafür finden, wann eine Warum-Frage als beantwortet gelten soll, es sei denn, man macht die faktischen Mehrheitsentscheidungen innerhalb der scientific community zum einzigen derartigen Kriterium.

II Einige Grundelemente einer Deutungs- und Beurteilungssprache

Zunächst wollen wir mit der Einführung von Tatprädikatoren beginnen. Wir gehen von Situationen aus, in denen sprachliche Handlungen mit nichtsprachlichen Handlungen verbunden sind und zwar in der Weise, daß man eine Handlung, z.B. "werfen" ausführt und dann jemand auffordert, sie nachzumachen, indem man ihm zuruft "wirf!". Führt der Betreffende die Handlung aus, so hat er ein Doppeltes verstanden: einmal die Verwendung des Prädikators "werfen", zum anderen den Status des Zurufs als einer Aufforderung. Wie schon an anderer Stelle gesagt, nennen wir die Verbindung von sprachlicher und nichtsprachlicher Rede empragmatisch kontrollierbare Rede. Wichtig ist, daß nicht nur Tatprädikatoren exemplarisch eingeführt werden, sondern auch

die syntaktische Unterscheidung "Aufforderung" - "Aussage" wird redend und handelnd eingeübt. Aufforderungen zur Ausführung von bestimmten Handlungen nennen wir, wenn wir von der grammatikalischen Form, in der sie vorgetragen werden, absehen, afinale Imperative. Von den afinalen Imperativen unterscheiden wir die finalen Imperative, mit denen zur Herbeiführung eines bestimmten Sachverhalts durch irgendeine Handlung aufgefordert wird. Durch einen finalen Imperativ werden also bestimmte Folgen einer Handlung ausgezeichnet und damit wird der Handlung ein Sinn gegeben. Diese Unterscheidung erlaubt es uns auch, einen formalen oder syntaktischen Begründungsbegriff einzuführen: Man kann einen afinalen Imperativ damit begründen, daß die Handlung, zu der aufgefordert wird, einen Sachverhalt herbeiführt, der durch einen finalen Imperativ gefordert wird⁶⁾.

Anstelle der Behauptung, daß mit einem afinalen Imperativ die finale Aufforderung zur Herbeiführung eines Sachverhalts S verbunden ist, kann man auch sagen, mit der Handlung H wird der Zweck S verfolgt; wird durch die Handlung H tatsächlich S herbeigeführt, so kann man sagen, daß die Handlung H ein Mittel zur Herbeiführung von S ist. Bei den Termini "Zweck" und "Mittel" handelt es sich um dreistellige Prädikatoren (Die Situation S ist Zweck der von der Person P ausgeführten Handlung H, die Handlung H ist Mittel für die Person P zur Herstellung der Situation S), die sich nicht exemplarisch einführen lassen. Erst die begründungstheoretische Verknüpfung von Handlungen und Handlungsfolgen bzw. von afinalen und finalen Imperativen ermöglicht ihre Einführung. Nennen wir die Begründung eines afinalen Imperativs durch einen finalen eine Deutung - wir werden diesen Terminus später noch allgemeiner fassen -, so haben wir mit "Zweck" und "Mittel" die ersten Termini einer Deutungssprache. Wir können jetzt auch eine vorläufige Präzisierung des Konfliktbegriffs geben und sagen, daß ein Konflikt genau dann gegeben ist, wenn die in einem Handlungszusammenhang stehenden Personen oder Gruppen keine Handlungen vollziehen können, die es ihnen gestatten, alle ihre Zwecke zu verfolgen. Und zwar deswegen nicht, weil die Verwirklichung bestimmter Zwecke immer

die Aufgabe anderer Zwecke bedeutet⁷⁾. Dieser Definitionsvorschlag bringt nur eine vorläufige Präzisierung, weil bislang der Terminus "Handlung" stillschweigend als die Befolgung eines afinalen Imperativs aufgefaßt wurde und wir später noch auf Gründe stoßen werden, um diese Bestimmung zu erweitern.

Auf die Begründung einer Handlung durch eine Handlungsaufforderung bezogen, bedeutet nun die geforderte Generalisierung, daß man die Handlungsaufforderung als Anwendungsfall eines situationsbedingten Imperativs zeigen kann. Wir begründen die Regelmäßigkeit einer Handlung damit, daß wir auf einen solchen Imperativ verweisen und sagen: "Die Person P führt in der Situation S den Sachverhalt A herbei, weil P nach dem situationsbedingten Imperativ handelt: Immer wenn S, dann führe A herbei!" Die Generalisierung liegt also in der unbedingten Koppelung eines finalen oder afinalen Imperativs an das Vorliegen einer bestimmten Situation. Solche situationsbedingten Imperative sollen Regeln heißen und wir können afinale oder Handlungsregeln von finalen oder Situationsregeln unterscheiden. Später werden wir noch eine dritte Art von Regeln kennenlernen, nämlich die Ausführungsregeln, die zur Realisierung eines Handlungsschemas auffordern.

Bezüglich des Personenkreises, an den eine Regel adressiert ist, möchte ich Maximen und Normen unterscheiden. Eine Maxime ist dabei eine personenbezogene Regel. Der Schritt zur Universalisierung wird vollzogen, indem man eine Handlungsaufforderung als Anwendungsfall einer nicht personenbezogenen Regel zeigt. Derartig universelle Regeln werden Normen genannt. Allerdings braucht die Universalisierung keinen totalen Charakter zu haben, d.h. es ist nicht erforderlich, daß sich eine Regel an alle Menschen heute und in Zukunft richten muß, um als Norm bezeichnet zu werden. Es genügt, wenn eine Regel eine Gruppe als Adressat hat, wobei sich allerdings die Gruppenmitgliedschaft nominatorenfrei bestimmen lassen muß. Übrigens kann man auf der Universalisierungsebene analog zur Generalisierungsebene zwischen Handlungs-, Situations- und Ausführungsnormen unterscheiden.

Mit den uns jetzt zur Verfügung stehenden deutungssprachlichen Mitteln läßt sich auch das Problem einer gewaltfreien Konfliktbewältigung präziser ansprechen. Von generellen Konflikten sprechen wir, wenn zu den sich ausschließenden oder einander behindernden Zwecken durch Maximen oder gruppenspezifische Normen aufgefordert wird. Ein solcher Konflikt ist bewältigt, wenn es gelingt, die Maximen für die am Konflikt beteiligten Parteien zu universalisieren bzw. die gruppenspezifischen Normen gruppenübergreifend zu verallgemeinern oder durch eine gruppenübergreifende Norm zu ersetzen.

Um eine derartige Konfliktbewältigung in einer Beratung zu erreichen, läßt sich folgendes Begründungsprinzip aufstellen: Jeder soll die hinter seinen Zwecken stehenden Maximen (bzw. gruppenspezifischen Normen) als gruppenübergreifene Normen in die Beratung einbringen. Dieses Prinzip wird in der Literatur Transsubjektivitäts- oder Vernunftprinzip genannt⁸⁾. Das Vernunftprinzip stellt eine Rahmenregelung für Beratungen dar, es fordert dazu auf, die den Maximen und gruppenspezifischen Normen zugrunde liegenden Gründe zu universalisieren und damit einer allgemeinen Kritik auszusetzen. Über dieses Prinzip lassen sich jetzt einige Beurteilungstermini einführen. So läßt sich insbesondere sagen, daß eine diesem Prinzip gehorchende Beratung unvoreingenommen, zwanglos und nicht rhetorisch im schlechten Sinne geführt wird⁹⁾. Unvoreingenommen heißt eine Beratung, in der weder Personen noch Meinungen oder Zwecke von vorneherein ausgezeichnet werden¹⁰⁾. Zwanglos heißt sie, wenn nicht versucht wird, die Universalisierung durch Sanktionen zu erreichen. Nicht rhetorisch im schlechten Sinne ist eine Beratung schließlich, wenn keine Argumente wider besseres Wissen gebraucht werden.

Mit dem Transsubjektivitäts- oder Vernunftprinzip haben wir ein Kriterium, um Beratungen als eine ernsthafte Bemühung zur gewaltlosen Konfliktbewältigung beurteilen zu können. Die Frage bleibt aber an dieser Stelle noch, wann die Universalisierbarkeit einer Maxime bzw. einer gruppenspezifischen Norm nur behauptet und wann sie begründet ist.

O. Schwemmer wollte mit dem "Moralprinzip" einen Weg aufweisen, nach dem die konfligierenden Zwecke rational modifiziert werden können¹¹⁾. Er schlägt dazu vor, die konfligierenden Zwecke zunächst als Unterzwecke nachzuweisen, d.h. als Zwecke, die verfolgt werden, weil sie die Ausgangssituationen zur Verfolgung weiterer Zwecke, der sog. Oberzwecke bilden. Zwei Zwecke werden zweckrational äquivalent genannt, wenn sie abgeleitete Zwecke sind und für die Ableitungszusammenhänge, in denen sie stehen, durch einander ersetzbar sind. Die Ersetzung eines Zweckes durch einen zweckrational äquivalenten soll zweckrational invariante Substitution heißen. In der Fassung von F. Kambartel läßt sich das Moralprinzip dann folgendermaßen formulieren: Jedermann kann eine zweckrational äquivalente Substitution seiner bloß abgeleiteten Zwecke zugemutet werden¹²⁾. Wir werden auf dieses Prinzip später noch einmal zurückkommen.

Der Status des Moralprinzips ist übrigens auch im Lager der konstruktiven Philosophie umstritten. So schreibt z.B. F. Kambartel: "Jedoch läßt sich mit diesem Verfahren allein z.B. nicht gegen eine Ableitungsversuchen gegenüber unzugängliche partikuläre Bedürfnisbasis angehen; auch Verteilungsnormen für eine Situation, in der einem begründeten allgemeinen Bedürfnis knappe Mittel gegenüberstehen, lassen sich mit dem Schwemmer-schen Verfahren nicht rechtfertigen. Bei einer Gleichverteilungsnorm mit gerechtfertigten Ausnahmeklauseln etwa geht es ja nicht darum, zweckrational äquivalente Lösungen zu finden, sondern gerechte Abstriche z.B. bei der Befriedigung primärer Bedürfnisse festzulegen."¹³⁾

Natürlich könnte man gegen dieses Beispiel einwenden, daß durch die "Verteilungsnorm" nur der Output einer Produktion aufgeteilt wird, nicht dagegen die als Input zu erbringenden Leistungen. Insoweit ist schon die Begründetheit der Verteilungsnorm recht fragwürdig und damit auch der Status des Beispiels als Gegenargument. Auf der anderen Seite liegen aber zweifellos in der Ordnung der Zwecke zu einer Hierarchie von Ober- und Unterzwecken große Probleme begründet und es scheint fraglich, ob

man sich nur auf ein Moralprinzip als Kriterium für die Rationalität der Beratung beschränken soll oder ob es nicht sinnvoller wäre, nach Prinzipien zu suchen, die für bestimmte Problem- und Handlungsbereiche spezifisch sind. Ich möchte diese Gedankengänge hier nicht weiter verfolgen¹⁴⁾. Es ging mir in diesem Abschnitt nur darum, einige Termini der Deutungssprache wie "Zweck", "Mittel", "Konflikt" zu gewinnen und in groben Umrissen zu zeigen, wie Beurteilungstermini ("unvoreingenommen", "zwanglos", "rational") über Begründungsprinzipien eingeführt werden können. Nach diesen allgemeinen Vorleistungen möchte ich mich im folgenden Abschnitt der spezifisch ökonomischen Problemlage zuwenden.

III Die spezifische Aufgabenstellung der Ökonomie

1 Das ökonomische Grundproblem

Als Ausgangspunkt für unsere Überlegungen wählen wir das gängige Selbstverständnis der Ökonomen von ihrer Wissenschaft. Spätestens seit Robbins ist es offen ausgesprochen und weitgehend akzeptiert, daß sich die Ökonomie mit Problemen beschäftigt, die aus der Knappheit der Güter resultieren. Diese "Beschäftigung" fällt faktisch allerdings recht unterschiedlich aus. Sie kann einmal darauf abzielen, zu erklären und zu prognostizieren, wie die Menschen mit dem Problem der Knappheit versuchen fertig zu werden, zum anderen kann sie darin bestehen, Vorschläge zur effizienten Bewältigung solcher Situationen auszuarbeiten, wie dies vornehmlich - nicht ausschließlich - im Bereich der Betriebswirtschaftslehre geschieht. Auch der Gegenstand der Beschäftigung tritt in der Regel nicht sonderlich klar hervor. Wenn man nicht gerade auf gängige Marktwaren verweist, ist ansonsten unklar, was unter "knappen Gütern" verstanden werden soll. Gerade die Diskussionen um die Theorie der öffentlichen Güter, um die Umweltökonomie, um den property rights approach legen die Vermutung nahe, daß die Einigkeit bezüglich der Aufgabenstellung der Ökonomie nur vordergründig ist und noch gehö-

rige Arbeit am Begriff notwendig ist¹⁵⁾.

Ich möchte mich hier insbesondere mit den Vorschlägen F. Kambartels auseinandersetzen, die er in letzter Zeit in einer Reihe von Arbeiten unterbreitet hat¹⁶⁾. Beginnen wir hierzu mit einer Klärung der an die Termini "Bedürfnis" und "Gut" geknüpften Unterscheidungen. Kambartel definiert Bedürfnisbefriedigung als diejenige Praxis, die nicht nur um der Ermöglichung anschließender Praxis willen geschieht. Bedürfnisbefriedigung schließt seiner Meinung nach zwei Fälle ein: 1) unmittelbare Herbeiführung von Situationen, die "um ihrer selbst willen" erstrebt werden, 2) Praxis, die "um ihrer selbst willen" eingegangen wird¹⁷⁾. Diese Fallunterscheidung scheint mir allerdings nicht sehr hilfreich zu sein. Man sagt zwar, daß man ißt, um satt zu werden. Dies ist aber nicht als die Behauptung einer Handlung-Handlungsfolgen-Beziehung zu verstehen. Man verzehrt nicht eine Mahlzeit und wird anschließend satt, sondern während man ißt, verliert man seinen Hunger. Man ist satt, wenn man genug gegessen hat. Ich sehe keinen entscheidenden Unterschied etwa zu der Rede, daß man zum eigenen Vergnügen Klavier spielt: mit dem Spielen befriedigt man sein Bedürfnis und man hört auf, wenn man "genug Spaß" hatte. Ich möchte deshalb vorschlagen, diese Fallunterscheidung nicht zu treffen, und zunächst nur festzuhalten, daß bedürfnisbefriedigende Handlungen jedenfalls zweckfreie Handlungen sind. Ein Bedürfnis hat man dann an der Ausführung solcher Handlungen¹⁸⁾. Um zu einer weiteren Präzisierung des Bedürfnisbegriffs zu kommen, müssen wir noch einige terminologische Unterscheidungen treffen.

Die Befriedigung von Bedürfnissen ist in der Regel an das Vorliegen bestimmter Bedingungen geknüpft, die durch eine Situationsbeschreibung erfaßt werden. Wird behauptet, daß die durch die Situationsbeschreibung S erfaßten Bedingungen die Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses erlauben, und kann man die Situationsbeschreibung S durch eine Beschreibung S' ersetzen, ohne daß sich der Wahrheitsgehalt der Behauptung ändert, so spricht man von einer zur Bedürfnisbefriedigung geeigneten

Situation, kürzer, von einer bedürfnisrelevanten Situation. Damit ist der bislang umgangssprachliche Gebrauch von "Situation" präzisiert. Mit Blick auf M. Friedman sei hier noch bemerkt, daß die Einführung des Abstraktors "Situation" weder etwas mit "Abstraktion von der Wirklichkeit" noch mit der Unterscheidung "realistisch" - "unrealistisch" zu tun hat. Bedürfnisrelevante Situationen lassen sich als Zwecke von Handlungen deuten, man ist allerdings auch dann auf die Realisierung oder das Fortbestehen solcher Situationen bedacht, wenn man gerade nicht über die geeigneten Mittel zu ihrer Herstellung verfügt oder diese Mittel nicht einsetzen will, weil das Bedürfnis momentan befriedigt ist. Wir wollen in diesen Fällen sagen, daß man ein Interesse an einer bedürfnisrelevanten Situation hat¹⁹⁾. D.h., von einem Interesse an einer Situation spricht man, wenn man die Strategien zur Herstellung dieser Situation ausdrücklich außer Betracht läßt. Man kann Interessen nicht in gleicher Weise wie Zwecke strukturieren, weil der Grund für eine Über- und Unterordnungsrelation von Zwecken gerade darin liegen kann, daß die als Unterzweck herzustellende Situation S Bedingung ist für die Ausführung einer Handlung H, die als Folge den Oberzweck S' hat. Von Interessen spricht man aber gerade in Absehung solcher Handlung-Handlungsfolgen-Beziehungen. Der Interessenbegriff ermöglicht es, in unkomplizierter Weise über Situationen zu sprechen, für die die Strategien zu ihrer Verwirklichung erst noch entworfen werden müssen.

An dieser Stelle können wir wieder unmittelbar zur Diskussion des Bedürfnisbegriffs zurückkehren. Hätten wir uns mit einer Definition von bedürfnisbefriedigenden Handlungen als lediglich zweckfreien Handlungen begnügt, so würden wir auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Schließlich werden viele Handlungen gewohnheitsmäßig ausgeführt, manche Menschen kratzen sich in bestimmten Situationen am Kopf oder zupfen sich an der Nase, wir alle begrüßen in der Regel Bekannte, die uns auf der Straße begegnen. Mit solchen Handlungen verfolgt man keine Zwecke, sie allein deshalb aber schon als Bedürfnisse bezeichnen zu wollen, scheint recht künstlich zu sein. Deshalb ist die angesprochene

Präzisierung erforderlich.

Unter diesem Aspekt soll zunächst ein Vorschlag von Schwemmer untersucht werden. Er möchte als Bedürfnis diejenigen Handlungsweisen auszeichnen, die Bedingung unseres Lebens sind²⁰⁾. Mit "Bedingung unseres Lebens" ist dabei die biologische und anthropologische Grundlage unseres Daseins gemeint, wobei Schwemmer nicht nur die physiologischen Bedingungen unseres Lebens im Auge hat, sondern auch kommunikative, soweit sie jedenfalls nicht gedeutet werden können. Bei näherem Hinsehen ergeben sich bei diesem Vorschlag große Bedenken. Gibt es denn tatsächlich Handlungsweisen, die Bedingung unseres Lebens sind? Man wird vielleicht an Essen und Trinken denken. Aber Essen und Trinken bedeuten in diesem Zusammenhang nicht Formen des aktiven Verzehr einer Mahlzeit oder eines Getränks, als Bedingung des Lebens bedeuten sie nur Nahrungszufuhr, gleichgültig, ob durch aktiven Verzehr, durch Füttern oder durch eine Infusion. Auf der anderen Seite kann man eine Handlung nicht ohne weiteres als Bedürfnisbefriedigend im Schwemmerschen Sinne auszeichnen: Jemand kann essen, weil er Hunger hat, oder bloß, weil es ihm gut schmeckt.

Bedingungen unseres Lebens sind also nicht bestimmte Handlungsweisen als vielmehr bestimmte Situationen, in denen wir Bedürfnisbefriedigende Handlungen ausführen können, so daß wir den Bezug zu den Bedingungen unseres Lebens nicht über den Bedürfnisbegriff, wohl aber über den Interessenbegriff herstellen können: Man hat ein Interesse daran, daß bestimmte Situationen gegeben sind, z.B. genügend Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum zur Verfügung stehen.

Zu der notwendigen Präzisierung der Definition kommt man, wenn man sich überlegt, wie eine zweckfreie Handlung begründet werden kann. Vorgreifend auf das nächste Kapitel möchte ich hier schon festhalten, daß zweckfreie Handlungen entweder durch Verweis auf eine Handlungsnorm (z.B. Regeln der Höflichkeit) aber auch durch Verweis auf eine situationsbedingte Befugnis begrün-

det werden können. Durch eine Befugnis wird festgestellt, daß eine Handlung weder geboten noch verboten, sie also freigestellt ist. Befugnisse bilden gewissermaßen das Reich der Freiheit des einzelnen in der Gesellschaft. Sie schaffen den Raum, innerhalb dessen sich der einzelne Maximen zur Verfolgung bestimmter Zwecke oder zur Ausführung bestimmter Handlungen selbst setzen kann. Man kann auch sagen, daß bei Befugnissen der gesellschaftliche Ort erreicht ist, an dem die Ebene der Begründung gewechselt wird: An die Stelle der universellen und in diesem Sinne gesellschaftlichen Begründung durch Normen tritt die individuelle Begründung durch Maximen. Häufig sind Befugnisse in einer Gesellschaft explizit formuliert, ansonsten müssen sie über die Kenntnis der (personen- oder gruppenbezogenen) Gebote oder Verbote rekonstruiert werden. Mein Vorschlag ist, von bedürfnisbefriedigenden Handlungen dann zu sprechen, wenn es sich um zweckfreie Handlungen dreht, für die sich eine situationsbedingte Befugnis angeben läßt. Durch diese Definition wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Bedürfnisbefriedigung nicht in einem ahistorischen und kulturfreien Raum erfolgt; man kann demnach auch nicht von bedürfnisbefriedigenden Handlungen als solchen sprechen: um eine Handlung als bedürfnisbefriedigend bezeichnen zu können, müssen die Handlungssituation und der gesellschaftliche Kontext, in dem diese Handlungssituation steht, mit bedacht werden²¹⁾.

Hat eine Person P ein Interesse an einer bedürfnisrelevanten Situation S, so soll S ein Gut für P heißen²²⁾. Diese Definition mag für Ökonomen etwas ungewohnt klingen; denn nach diesem Vorschlag spricht man nicht davon, daß ein bestimmter Gegenstand ein Gut sei, sondern seine Verfügbarkeit für eine bestimmte Person. Auf Gegenstände bezogen scheint dies übergenu zu sein, und ich will auch weiterhin von Gegenständen abkürzend als Gütern reden. Auf der anderen Seite ermöglicht es gerade diese Definition zwanglos, auch in bezug auf Dienst- und Verkehrsleistungen oder auf Rechtstitel (Patente, Nutzungsrechte) von Gütern zu sprechen. Mit dieser Definition wird auch nicht auf die ausschließliche Verfügbarkeit eines Gegenstandes für eine

Person abgestellt, so daß damit der Weg für weitere Unterscheidungen, insbesondere zwischen privaten und öffentlichen Gütern, völlig offen ist.

Handlungen, die der Herstellung von Gütern dienen, werden Produktion, solche, die Güter unmittelbar zur Bedürfnisbefriedigung verwenden, werden Konsumtion genannt. Produktion im engen Sinne werden solche Handlungen genannt, die zur Herstellung von Gütern technisch notwendig sind. Produktion im weiteren Sinne umfaßt auch noch solche Tätigkeiten, die den Einsatz technisch notwendiger Handlungen planen, organisieren und kontrollieren.

Güter können quantitativ und qualitativ in solchem Maße vorhanden sein, daß jeder sein Bedürfnis nach diesen Gütern ungehemmt befriedigen kann. Solche Güter werden üblicherweise freie Güter genannt und als Standardbeispiel gilt - bislang wenigstens - die Luft. An Gütern kann aber auch auf eine spezifische Weise Mangel herrschen, nämlich dann, wenn wir keine Mittel kennen, sie zu vermehren oder durch Äquivalente zu ersetzen. Solche Güter wollen wir unersetzlich nennen. Beispiele hierfür sind Briefmarken, Alte Meister, einmalige Wohnlagen, aber auch Rohstoffe und relativ zur heutigen Weltbevölkerung der landwirtschaftlich nutzbare Boden. Etwas vorgreifend möchte ich an dieser Stelle festhalten, daß unersetzliche Güter eine entscheidende Rolle für das wirtschaftliche Handeln spielen und zwar in zweifacher Weise. Einmal werden durch die unersetzlichen Güter die constraints für jegliche produktive und konsumtive Tätigkeit gesetzt, zum anderen kann die Überwindung einer momentanen Unersetzlichkeit selbst zum Gegenstand wirtschaftlichen Handelns werden (etwa durch Bereitstellung von Mitteln für die Forschung)²³⁾. Die Unersetzlichkeit von Gütern ist in manchen Fällen ein naturgegebenes Faktum, das wir einfach hinnehmen müssen, in manchen Fällen ein technisches Problem und häufig auch der Quell praktischer Schwierigkeiten. Letzteres immer dann, wenn einzelne oder Gruppen über unersetzliche Güter verfügen und sich die Frage der Nutzung dieser Güter durch andere stellt.

In gewisser Weise ist auch das gesamtwirtschaftlich verfügbare Arbeitsreservoir ein unersetzliches Gut. Allerdings läßt sich über den Einsatz nicht allein im Rahmen technischer Überlegungen entscheiden, schließlich werden dabei Forderungen an Menschen gestellt, Arbeitsleistungen zu erbringen. Daß es sich bei den Problemen, die sich bezüglich des Einsatzes von Arbeitsleistungen ergeben, um originär praktische Probleme handelt, liegt auf der Hand. Auch hier möchte ich zunächst auf die Überlegungen von Kambartel eingehen²⁴⁾.

Er unterscheidet zunächst zwischen Arbeit im weiteren Sinne, womit eine produktive Tätigkeit gemeint ist, die die Bedürfnisse des Arbeiters beeinträchtigt. Diese Bedürfnisbeeinträchtigung kann sich auf zweierlei Weise zeigen: 1) material, indem die Arbeitspraxis selbst (einschließlich ihrer Folgen für den Arbeitenden) die Befriedigung von Bedürfnissen verhindert. Arbeit kann insbesondere einen Menschen in seiner Leistungsfähigkeit überfordern und krank machen. 2) formal, indem die Arbeit Zeit beansprucht. Da alle Bedürfnisbefriedigung Zeit beansprucht, wird durch Arbeit die Basis der Bedürfnisbefriedigung geschmälert. Kambartel führt dann dazu näher aus: "Wenn Bedürfnisse zu ihrer Befriedigung Arbeit im engeren Sinne erfordern, führt dies zu einer Mangelsituation. Dann nämlich läßt sich die notwendige Güterproduktion nicht im Rahmen uneingeschränkter Bedürfnisbefriedigung vollziehen. Vielmehr muß auf Bedürfnisbefriedigung teilweise verzichtet werden, indem entweder Arbeit im engeren Sinne geleistet oder Bedürfnisse, welche dies notwendig machen, zurückgestellt werden. Bei Mangelsituationen dieser Art sei auch von Knappheit die Rede, in Abhebung etwa von dem Mangel, der sich nur durch einen nicht erzwingbaren Einfall beheben läßt. Knappheit liegt also nach der gegebenen Definition dann vor, wenn eine prinzipiell verfügbare Güterproduktion die Zurückstellung von Interessen erfordert: entweder indem der Güterkonsum eingeschränkt oder indem eine produktionsbedingte Beeinträchtigung der Lebens-, insbesondere der Arbeitslebensqualität in Kauf genommen wird"²⁵⁾.

Dieser Arbeitsbegriff und die damit verbundene Bestimmung von "Knappheit" scheint mir recht problematisch zu sein, insbesondere die Verknüpfung von Arbeit und Bedürfnisbeeinträchtigung. Arbeit ist produktive Tätigkeit, d.h. wenn sie unterbleibt, gibt es auch keine Güter, die zur Bedürfnisbefriedigung verwendet werden können. Die Rede von Arbeit als Beeinträchtigung der Bedürfnisbefriedigung ist nur dann sinnvoll, wenn die Alternative Arbeit oder Bedürfnisbefriedigung im allgemeinen gegeben wäre. Nun ist es in Gesellschaften mit Arbeitsteilung, in denen mehr als das absolute Existenzminimum produziert wird, durchaus die Regel, daß einige Mitglieder dieser Gesellschaften ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne zu arbeiten. Sei es, daß sie nicht arbeiten können und sich die Gesellschaft aus Barmherzigkeit ihrer annimmt, sei es, daß sie sich der Arbeit entziehen und andere für sich mitarbeiten lassen. Diese Entscheidungsmöglichkeit ist aber immer auf je einzelne beschränkt, sie ist nicht verallgemeinerbar. Arbeit stellt sich also zunächst als ein notwendiges Mittel zur Bedürfnisbefriedigung dar, und es erscheint wenig sinnvoll, von einem notwendigen Mittel zur Bedürfnisbefriedigung als bedürfnisbeeinträchtigend zu sprechen. Allerdings kann eine bestimmte Arbeit relativ zum technischen Kenntnisstand eine unnötige Belastung mit sich bringen oder sie kann in gewissem Umfang unnütz sein, weil die zu produzierenden Güter schlecht zur Bedürfnisbefriedigung geeignet sind oder im Überschuß produziert werden. Soweit diese Fälle gegeben sind, kann man von Arbeit als bedürfnisbeeinträchtigend sprechen, weil durch eine technische Änderung des Arbeitsablaufs oder eine Reduzierung der Arbeitszeit ein Mehr an Bedürfnisbefriedigung möglich ist, ohne daß bislang befriedigte Bedürfnisse der Art oder dem Umfang nach geändert werden müssen. Dieses Urteil kann aber erst nach einer Situationsanalyse getroffen werden.

Auf der anderen Seite ist es so, daß die als Belastungen empfundenen Nebenwirkungen der Arbeit über den hier verwendeten Bedürfnisbegriff nur unzureichend erfaßt werden können. Bedürfnisbeeinträchtigend sind solche Nebenwirkungen dem Vorschlag

von Kambartel zufolge nur, wenn dadurch die außerhalb der Arbeit stattfindende Bedürfnisbefriedigung verhindert oder erschwert wird. Anstrengung, Lärm, Streß usw. sind also nur dann erfaßbar, wenn sie den Arbeiter erschöpfen oder krank machen. Die nur während der Arbeit spürbaren Unannehmlichkeiten werden bei dem Arbeitsbegriff nicht berücksichtigt.

Schließlich müßte man, um eine Tätigkeit als Arbeit im engeren Sinne bestimmen und damit über knappe Güter reden zu können, das Ausmaß der Bedürfnisbeeinträchtigung positiv feststellen, was bei den individuellen Verschiedenheiten der Menschen und bei den unterschiedlichen kulturellen Verhältnissen, unter denen sie ihrer Arbeit nachgehen, große Schwierigkeiten mit sich bringt.

Ich möchte vorschlagen, es bei der Bestimmung von Arbeit als Produktion im weiteren Sinne zu belassen. Natürlich ist diese Definition sehr weit gefaßt, was schon in dem weitgefaßten Produktionsbegriff begründet ist. Es geht hier aber nur um eine erste Orientierung, präzisere Fragestellungen werden weitere und genauere Unterscheidungen erfordern²⁶⁾. Die unangenehmen und nachteiligen Nebenwirkungen produktiven Handelns werden jetzt nicht mehr allein als Bedürfnisbeeinträchtigung erfaßt. Wir wollen vielmehr sagen, daß Arbeit das Interesse an körperlicher und seelischer Unversehrtheit²⁷⁾ verletzen kann: man empfindet Lärm und Schmutz als unangenehm bis unerträglich, starke körperliche und geistige Anstrengung kann zur Erschöpfung führen, ein schlechtes Betriebsklima stellt eine psychische Belastung dar. Diese Verletzung der seelischen und körperlichen Unversehrtheit kann wiederum dazu führen, daß man manche Bedürfnisse nicht mehr richtig befriedigen kann (z.B. wegen Schlafstörungen, Gastritis) oder das Interesse an der Befriedigung von Bedürfnissen verliert (man "stumpft ab"). Inwieweit durch Arbeit die körperliche und seelische Unversehrtheit verletzt und Bedürfnisse tangiert werden, ist ein wichtiges Thema für die Humanwissenschaften, wobei ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, daß es letztlich ein praktisches Problem bleibt,

welche Arbeitsbelastungen die Menschen im einzelnen ertragen wollen und wie ihr Arbeitsfeld zu gestalten ist²⁸⁾.

Als knappe Güter können wir jetzt unersetzliche Güter bestimmen und solche, die nur unter Einsatz von Arbeit vermehrt werden können. Als das ökonomische Grundproblem läßt sich dann formulieren: Welche Bedürfnisse sollen in welcher Reihenfolge mit den vorhandenen Ressourcen (unersetzlichen Gütern und Arbeitsreservoir) befriedigt werden? In dieser Fragestellung steckt ein doppeltes Verteilungsproblem, das allerdings nicht getrennt angegangen werden kann. Zum einen stellt sich das Problem wie die zur Bedürfnisbefriedigung produzierten Güter personell und zeitlich verteilt werden sollen, d.h. welchen Anteil am gesamtwirtschaftlichen Output der einzelne erhält und in welcher zeitlichen Reihenfolge die einzelnen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Mit letzterem ist gemeint, daß man in allen Volkswirtschaften bestimmte Güter nicht sofort erwerben kann, sondern auf ihren Erwerb hin sparen, einen Kredit aufnehmen oder sich auf eine Warteliste setzen lassen muß. Simultan zu diesem Problem stellt sich die Frage, wie die zur Produktion notwendige Arbeit sowohl nach ihrem Charakter als auch nach dem Zeitaufwand zu verteilen ist.

2 Ökonomie als wissenschaftliche Konfliktbewältigung?

Die Einsicht, daß es sich bei dem ökonomischen Grundproblem um ein praktisch-politisches Problem handelt, das auch als solches zu behandeln ist, hat heute weite Kreise der Öffentlichkeit erfaßt. Man ist längst nicht mehr bereit, sein Leben in selbstverständlicher Weise ökonomischen "Gesetzmäßigkeiten" zu unterwerfen. Die Diskussion um den Nord-Süd-Konflikt oder um die Wachstumsproblematik zeigt, daß man in geringerem Maße als früher die Regelung lebenswichtiger Fragen einfach dem freien Spiel ökonomischer Kräfte überlassen will, man will sie vielmehr politisch gestalten.

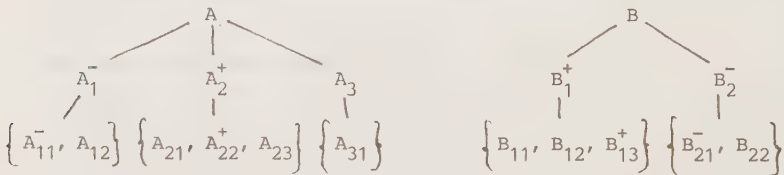
Unverkennbar scheint mir auch die Tendenz zu sein, wenigstens zu versuchen, ökonomische Konflikte gewaltlos zu bewältigen. So wird häufig im Rahmen politischer Prozesse darüber entschieden, welche Produkte als Güter zur Bedürfnisbefriedigung in Frage kommen, zumindest welche unabdingbaren Eigenschaften sie besitzen müssen. Die Marktmacht der Produzenten kann sich so zügellos nicht mehr austoben. Der Kampf um die Verteilung des erwirtschafteten oder noch zu erwirtschaftenden Sozialprodukts findet zunächst immer im Saale statt; vor Streik und Aussperung versucht man, eine akzeptable Lösung, d.h. eine Lösung, die nicht nur im Hinblick auf die Androhung von Gewalt gebilligt wird, zu finden. Und schließlich haben wir in der Bundesrepublik einen umfangreichen gesetzlichen Katalog von Maßnahmen, um Fehlentscheidungen zu korrigieren, die sich bei der "ständigen dynamischen Volksabstimmung"²⁹⁾ auf dem Markt zu der Frage, welche Bedürfnisse wann und zu welchem Preis befriedigt werden können, ergeben können.

Die Frage ist allerdings, ob solche Ansätze zur gewaltlosen Konfliktbewältigung vernünftig sind, ob also zumindest die beiden oben genannten Begründungsprinzipien Beachtung finden. Bei manchen Versuchen zur Bewältigung ökonomischer Konflikte kann man auf den ersten Blick feststellen, daß sie nicht einmal den doch recht allgemeinen Prinzipien folgen, bei anderen fällt einem eine Entscheidung schwer. Man könnte deshalb versucht sein, der Ökonomie als Aufgabe die vernünftige Bewältigung ökonomischer Probleme zuzuweisen. Diese Aufgabenstellung ist in Analogie zu der Aufgabenstellung der Naturwissenschaften formuliert. Dort werden ja im Rahmen der den "reinen" Naturwissenschaften wie Physik und Chemie zugeordneten angewandten Ingenieurwissenschaften technische Probleme gelöst, d.h. es werden Gesetze aufgestellt, die in trivialer Weise in Imperative umzuformulieren sind, welche dann nur noch in einer technischen Praxis zu befolgen sind.

Für die Ökonomie würde diese Aufgabenstellung bedeuten, daß der Ausgang einer vernünftigen Beratung über ökonomische Konflikte

im Rahmen der Wissenschaft zu antizipieren sei, d.h. eine Beratung müßte dann gar nicht mehr stattfinden, man könnte die Lösung des Konflikts theoretisch erarbeiten.

In manchen Arbeiten konstruktiver Wissenschaftstheoretiker wird dies tatsächlich als Teilaufgabenstellung der Sozialwissenschaften postuliert, oder doch wenigstens angedeutet³⁰⁾. Man glaubt, diese Aufgabe durch eine deduktive Anwendung des Moralprinzips lösen zu können. Dazu müßte man in einem ersten Schritt die Struktur der faktisch befolgten Normen- bzw. Maximensysteme der konfligierenden Gruppen (Personen) rekonstruieren, d.h. man müßte die Über- und Unterordnungsbeziehung von Normen- (Maximen)systemen feststellen. In einem zweiten Schritt müßte man dann von konfligierenden Unterzwecken aufsteigend nach vertraglichen Oberzwecken suchen. Hat man diese Oberzwecke gefunden, so sind in einem letzten Schritt in absteigender Weise vertragliche Sequenzen von Unterzwecken zu konstruieren, d.h. man sucht auf jeder Stufe der Ober-Unterzweck-Beziehung unter den faktischen Alternativen die miteinander vertraglichen Zwecke aus, bis man am Ende zu Zwecken kommt, die den ursprünglich konfligierenden Zwecken äquivalent sind, aber miteinander vertraglich sind. An einer kleinen Graphik mag dieses Verfahren verdeutlicht werden:



A sei Oberzweck, A_i seien die Unterzwecke, deren alternative Realisation Bedingung für die Verfolgung von A ist. A_{ij} sind entsprechende Unterzwecke zu A_i . Entsprechendes gilt für die Zweckstruktur $B - B_i - B_{ij}$. Die Unterzwecke A_{11}^- und B_{21}^- seien die ursprünglich miteinander konfligierenden Zwecke. Von dort aufsteigend seien A und B vertragliche Oberzwecke. Man sucht dann auf der Stufe A_i, B_i nach vertraglichen Zwecken, in unserem Beispiel sind das die Zwecke A_2^+, B_1^+ und im nächsten Schritt

auf der Stufe A_{ij} , B_{ij} entsprechend nach verträglichen Unterzwecken zu A_2^+ , B_1^+ , im Beispiel sind es die Zwecke A_{22}^+ , B_{13}^+ . Die Ober-Unterzweck-Beziehung A , A_1^- , A_{11}^- ist äquivalent zu A , A_2^+ , A_{22}^+ , also kann die Substitution von A , A_1^- , A_{11}^- durch A , A_2^+ , A_{22}^+ nach dem Moralprinzip verlangt werden. Entsprechendes gilt für die andere Zweckstruktur.

Ein solches Verfahren führt aber nicht zu der vernünftigen Lösung des Konflikts. Nichts hindert nämlich die Kontrahenten in einem Konflikt, die bislang befolgten Normen bzw. Maximen aufzugeben und nach einer Neuorientierung der bisherigen Praxis zu suchen, d.h. entweder zu verträglichen Oberzwecken neue, faktisch bislang noch nicht existierende verträgliche Oberzweck-Unterzwecksequenzen zu bilden oder aber überhaupt neue gemeinsame Oberzwecke zu entwickeln. Solche "neuen Lebensformen" sind aber nicht antizipierbar, weil ja gerade den traditionellen Rahmen sprengend. Gelingt es also über das Moralprinzip zu Zwecken zu kommen, die verträglich miteinander sind, so hat der Vorschlag, diesen Zwecken zu folgen, kein größeres Gewicht als der Vorschlag, eine bestimmte neue Form der Praxis einzugehen.

Die Vorstellung, daß Konflikte theoretisch bewältigt werden können, setzt also voraus, daß die Konfliktpartner in jedem Fall an einem bestimmten gemeinsamen Bestand von Normen festhalten werden. Diese Voraussetzung ist aber nicht zwingend, so daß die allgemeine Forderung nach einer wissenschaftlichen Konfliktbewältigung nicht berechtigt ist³¹⁾.

Den Sozialwissenschaften kommt also bezüglich der praktischen Schwierigkeiten eine fundamental andere Aufgabe zu als den Natur- und Ingenieurwissenschaften bezüglich der technischen Schwierigkeiten. Nicht Bewältigung der Schwierigkeiten ist ihre Aufgabe, sondern die Aufbereitung praktischer Schwierigkeiten zur Bewältigungsreife³²⁾.

Diese Aufgabenstellung umfaßt zwei Aspekte. Zum einen geht es darum, faktisch ablaufende, politisch-wirtschaftliche Prozesse

kritisch zu beurteilen, d.h. zu prüfen, ob sie den Beurteilungsprinzipien entsprechen. Dies ist der normative Aspekt. Hier wäre die Frage nach problemspezifischen Begründungsprinzipien zu erörtern, speziell von Prinzipien einer Theorie der distributiven Gerechtigkeit. Diese Probleme, die zur Grundlegung einer neuen Wohlfahrtsökonomie gehören, möchte ich an dieser Stelle nicht weiterverfolgen und mich auf eine Bemerkung zur Klarstellung beschränken. Wenn hier von einer normativen Ökonomie gesprochen wird, so ist damit nicht gemeint, daß im Rahmen dieser Ökonomie bestimmte Bedürfnisse als "schlecht" oder "gut" beurteilt werden sollen, es geht überhaupt nicht um eine unmittelbare Beurteilung materialer Zwecke. Eine normative Ökonomie ist keine normativistische. Die Beurteilung im Rahmen der normativen Ökonomie setzt bei der Frage ein, ob bei institutionalisierten Entscheidungsprozessen, die die Produktion und Verteilung von Gütern betreffen, auch die von den Entscheidungen Betroffenen eine Chance haben, ihre Vorstellungen mit einzubringen bzw., ob bestimmte materiale Zwecksetzungen zur Folge haben, daß Teilnahmebedingungen an solchen Entscheidungsprozessen verzerrt sind. Zur Erörterung solcher Fragen sind die Beurteilungsprinzipien gedacht³³⁾. Die Beurteilung wirtschaftlicher Verhältnisse setzt ihre korrekte Erfassung voraus. Damit sind wir bei dem zweiten, dem empirischen Aspekt.

IV Die Aufgabenstellung einer empirischen Ökonomie

Aus der Konfliktorientierung der Ökonomie läßt sich eine spezifische Aufgabenstellung für ihren empirischen Teil ableiten. Im wesentlichen lassen sich vier Bereiche angeben, die allerdings nicht völlig getrennt von einander behandelt werden können. Zunächst sind die Beteiligten an einem Konflikt zu erfassen. Dies sind nicht immer diejenigen, die konfliktierende Zwecke artikulieren, die Betroffenheit kann vorgetäuscht sein und häufig genug werden sich Menschen außerstande sehen, die Be- oder Verhinderung ihrer Zwecke an bestimmten Personen oder Gruppen festzumachen. Dazu kommt, daß es uns ja nicht um die indi-

viduelle Verstrickung von Personen in allerlei wirtschaftliche Streitigkeiten geht. Die Forderung nach Generalisierung und Universalisierung bedingt die Erfassung lediglich solcher Konflikte, die dadurch entstehen, daß verschiedenen Gruppen der Gesellschaft die Verfolgung konfligierender Zwecke geboten oder freigestellt wird. In diesem Sinn geht es um gesellschaftliche Konflikte, die durch die Wirtschaftsordnung angelegt sind und die insoweit systembedingt sind.

Des weiteren sind Gründe und Folgen von Konflikten festzustellen. Man kann sich dazu nicht, wie häufig in der Ökonomie, mit der Feststellung begnügen, daß bestimmte Handlungsfolgen die Ausführung anderer Handlungen verhindern und deshalb diese Handlungsfolgen als Grund für die Nichtausführbarkeit bestimmter Handlungen bezeichnen. Die Konfliktorientierung erfordert es, daß wir als Gründe für Handlungen neben anderem vor allem Zwecke erfassen und zwar nicht als individuelle Motivationen, sondern als situations- und gruppenbezogene Zwecke. Dazu muß man die Über- und Unterordnungsbeziehungen der Normen und Maximen rekonstruieren, die sich an die wirtschaftlich Handelnden richten. Diese Rekonstruktion des wirtschaftlichen Normensystems und der sich hierin einfügenden Maximensysteme und ihrer Zuordnung zu Handlungen stellt das Herzstück der empirischen Ökonomie dar. Wir können über das wirtschaftliche Normensystem Gründe für Handlungen angeben, die Betroffenen der Handlungen ermitteln und schließlich auch bestimmte Situationen als durch bestimmte Handlungen herbeigeführt verstehen.

Mit Kenntnis des wirtschaftlichen Normensystems läßt sich auch etwas über noch zu erwartende Handlungsfolgen und damit über etwaige bevorstehende Konflikte sagen. Dieser Punkt ist von besonderer Wichtigkeit, da wirtschaftliche Handlungen - man denke etwa an Investitionen - ihre Folgen oft erst nach längerer Zeit zeigen. Allerdings lassen sie sich nicht so ohne weiteres in einem strengen naturwissenschaftlichen Sinne prognostizieren. Ihre Vorhersage geschieht zunächst unter der Prämisse, daß die Normen, die wirtschaftliches Handeln regeln, selbst befolgt und

nicht geändert werden. Eine solche bedingte Prognose wird üblicherweise Projektion genannt. Projektionen sind analytische Folgerungen aus Normensystemen, die als gültig behauptet werden. Sie sind empirisch nicht falsifizierbar. Kann man zeigen, daß das Normensystem, welches der Projektion zugrunde liegt, zum Zeitpunkt der Projektion keine Gültigkeit besitzt, so ist die Projektion zwar nicht falsch, aber irrelevant. Wird dagegen ein Konflikt projiziert, so hat sich die Projektion in einem pragmatischen Sinn bewährt, wenn durch sie veranlaßt Maßnahmen getroffen werden, die das Eintreten des Konflikts verhindern. Wenn überhaupt, so kann man von Prognose höchstens dann sprechen, wenn man Gründe dafür anführen kann, daß die Adressaten der Normen sich tatsächlich an diese halten werden.

Als letztes Problem stellt sich für eine empirische Ökonomie die Trennung von Konflikten und Scheinkonflikten. Von Scheinkonflikten soll gesprochen werden, wenn an sich vorhandene Mittel nicht oder nicht richtig eingesetzt werden. Dies ist keineswegs eine triviale Aufgabe. Man denke z.B. an das Inflationsphänomen. Inflation kann Folge sein des ungeschickten Umgangs mit der Notenpresse, sie kann Folge sein des Verteilungskampfes von Unternehmern und Arbeitnehmern oder Folge sein von beidem, von internationalen Verwicklungen einmal ganz abgesehen.

Dieser kurze Abriß der Aufgaben einer empirischen Ökonomie läßt schon ihre spezifischen Methodenprobleme erkennen: Wann kann die Zuordnung einer Norm zu einer Handlung als Begründung gelten? Wie sind derartige Deutungsbehauptungen zu überprüfen? Wie ist im einzelnen das Verhältnis von Prognose und Projektion in der Ökonomie? Bevor wir diesen Fragen nachgehen, möchte ich unter dem Aspekt der hier entwickelten Aufgabenstellung einen Blick auf die faktische Lage der Ökonomie werfen.

Dabei läßt sich schon vorab feststellen, daß der normative Aspekt keine explizite Beachtung findet, obwohl in keiner anderen Sozialwissenschaft der Zusammenhang von Politik und Theorie so stark betont wird. Man ist allerdings bemüht, diesen Zusammen-

hang nur unter sozialtechnischen Gesichtspunkten zu sehen, wenngleich es unverkennbar ist, daß diese Bemühungen von Vorstellungen über eine "vernünftige", "gerechte" oder "effiziente" Wirtschaftsordnung geleitet werden. Spätestens seit J.St. Mill und Max Weber gilt jedoch eine Diskussion über solche Leitvorstellungen als irrational und wird folglich auch nicht offiziell geführt.

Schwieriger ist die Beurteilung von ökonomischen Theorien, mit denen ein empirischer Anspruch erhoben wird. Wenn wir uns z.B. zunächst der Makroökonomie zuwenden, so müssen wir feststellen, daß sich hier auf den ersten Blick kaum Anhaltspunkte zu einer ökonomischen Konfliktanalyse finden lassen. In der Makroökonomie werden Behauptungen über den funktionalen Zusammenhang von Zuständen aufgestellt und getestet. In unserer Terminologie gesprochen heißt das, daß man versucht, regelmäßige Beziehungen zwischen Handlungsfolgen zu finden. Dabei ist für die Makroökonomie charakteristisch, daß sie keine Annahmen über die Motivationen und Zielvorstellungen ökonomisch Handelnder enthält, also keine Theoriestücke, die in irgendeiner Weise als Angaben über Zwecke oder sonstige Gründe von Handelnden zu interpretieren wären (und etwa vergleichbar mit einer Gewinnmaximierungsannahme in der Mikroökonomie wären). Dieser Umstand scheint mir in der Tat den entscheidenden Unterschied zwischen Makro- und Mikroökonomie zu bilden; daß die Variablen in den makroökonomischen Modellen sich nur auf aggregierte Größen beziehen, ist unter methodologischem Aspekt demgegenüber nur von sekundärer Bedeutung³⁴⁾.

Nehmen wir zur Verdeutlichung als einfaches Beispiel die Habit-Persistence-Hypothese aus der Konsumtionstheorie³⁵⁾. Unter der Habit-Persistence-Hypothese versteht man, daß der private Konsum der Periode t (C_t) linear vom Einkommen dieser Periode (Y_t) und vom Konsum der Vorperiode (C_{t-1}) abhängt:

$$C_t = a + bY_t + cC_{t-1}$$

Bei a , b , c handelt es sich um Parameter. Die Haushalte reagieren dieser Hypothese zufolge "im Schnitt" nur verzögert auf

Einkommensänderungen, sie sind bestrebt, das in der Vorperiode erreichte Konsumniveau beizubehalten.

Die Aufgabe des ökonomischen Modellkonstruktors liegt nun - grob skizziert - darin, zunächst die Parameter a , b , c numerisch so zu bestimmen, daß die (geschätzten) Funktionswerte eine minimale Durchschnittsabweichung von den tatsächlichen Werten aus der Wirtschaftsstatistik annehmen. Sodann ist zu entscheiden, ob die Korrelation zwischen endogenen Variablen (Y_t , C_{t-1}) und exogenen Variablen (C_t) hoch genug ist, um die Hypothese als bestätigt zu akzeptieren³⁶⁾. Im strengen Sinne ist damit die Arbeit des empirisch arbeitenden Makroökonomen beendet. Insbesondere muß er nicht offiziell dazu Stellung nehmen, ob es sich bei einer derartigen Hypothese um eine gesellschaftlich anerkannte Norm vernünftiger Haushaltsführung handelt, und welche Gründe die Haushaltungen im einzelnen haben, ihr zu folgen. Makroökonomen sind in der Regel die schärfsten Verfechter eines empiristischen Methodenideals. Für sie ist nur die Ökonomie vernünftig, die aus vorhandenen "empirischen" Daten in der angedeuteten Weise Gesetzhypothesen konstruiert und diese Hypothesen einem statistischen Test unterwirft. Natürlich spricht man auch in diesen Kreisen darüber, warum wohl Produzenten oder Konsumenten eine bestimmte Reaktionsweise gezeigt haben, aber solche Überlegungen finden genau genommen außerhalb der Theorie statt. Sie dienen bestenfalls dazu, bestimmte Hypothesen "interessant" oder "plausibel" zu machen und nicht dazu, sie zu begründen.

Von unserer Aufgabenstellung her läßt sich also keine unmittelbare Verknüpfung zur faktisch betriebenen Makroökonomie herstellen. Makroökonomische Modelle lassen sich als Situationsangaben verstehen, als die Erfassung von wirtschaftlichen Handlungen und ihren Folgen sowie ihren regressiven oder korrelativen Zusammenhängen³⁷⁾. Wir können deshalb makroökonomische Modelle bestenfalls als ersten Schritt in Richtung auf eine konfliktorientierte Ökonomie ansehen, insoweit nämlich durch sie die erklärungsbedürftigen Sachverhalte klargelegt werden. Dort, wo der

Makroökonom seine Arbeit als beendet ansieht, stellt sich für uns erst die entscheidende Frage nach den Gründen, die zu solchen Situationen geführt haben.

Unter dem Schlagwort "Mikrofundierung der Makroökonomie" hat man in den letzten Jahren begonnen, die völlige Abkapselung der Makroökonomie von einer Diskussion um die Zielvorstellungen der wirtschaftlich Handelnden zu durchbrechen. Für diese Entwicklung waren im wesentlichen innertheoretische Überlegungen maßgebend. Man empfand das beziehungslose Nebeneinander von Mikro- und Makroökonomie als unbefriedigend, dazu kam, daß manche der bislang außerhalb der Theorie gemachten ad-hoc-Überlegungen zur Mikrofundierung der Makroökonomie zu wesentlich anderen Annahmen führten, als sie in der Mikroökonomie üblich sind. Schließlich brachte auch eine Rückbesinnung auf Keynes, der ja als Vater der modernen Makroökonomie gilt, gewisse Zweifel daran, ob man sich auf dem richtigen Wege befinde. Für Keynes stand es nämlich außer Zweifel, daß die Ökonomie wirtschaftliche Sachverhalte aus den Zwecken der Wirtschaftssubjekte zu erklären habe und sich nicht in der Erfassung korrelativer Beziehungen erschöpfen kann. Bislang stecken die Entwicklungen zur Mikrofundierung allerdings noch im Experimentierstadium³⁸⁾, so daß sich von unserer Seite aus wenig Abgesichertes dazu sagen läßt, eine erfolgreiche Anbindung an die traditionelle Mikroökonomie steht jedenfalls noch aus und wie wir gleich sehen werden, wäre eine solche Verschmelzung aus unserer Sicht auch nicht unbedingt als großer Fortschritt zu betrachten.

Wenn wir uns auch eines Urteils über die inhaltliche Angemessenheit der Annahmen aus den mikroökonomischen Modellen enthalten, so legt doch die dort überall anzutreffende Gleichgewichtsvorstellung zunächst die Interpretation nahe, daß man sich um eine Erfassung faktischer Prozesse zur Bewältigung ökonomischer Konflikte bemüht: Ausgehend von einer unvereinbaren Angebots- und Nachfragekonstellation führt über eine wechselseitige Anpassung der Preis- und Mengenvorstellungen ein Einigungsprozeß zu einem Gleichgewichtspreis als Lösung des Konflikts. Manchmal wird die

neoklassische Mikroökonomie auch in diesem Sinne verstanden, d.h. einige Ökonomen gehen davon aus, daß in der Neoklassik eine Konfliktorientierung, wenn auch nur schwach ausgeprägt, so doch wenigstens grundsätzlich intendiert sei³⁹⁾. Allerdings hat die vorherrschende technizistische Grundeinstellung nicht nur bei den Makroökonomien kaum ernsthafte Bestrebungen in Richtung auf eine ökonomische Konfliktanalyse in Gang kommen lassen. Man spricht lieber von "Kräften", die "Prozesse" in Gang bringen, von "stabilen" bzw. "instabilen Zuständen", von "Wirkungen" und "Gegenwirkungen". Zunehmend wird auch das Vokabular aus Systemtheorie und Informationstheorie übernommen. Dies wäre eigentlich harmlos, wenn mit der Übernahme der Terminologie nur auf die mathematische Strukturgleichheit von Modellen in der Ökonomie und etwa der Elektrotechnik hingewiesen werden sollte. Tatsächlich verbirgt sich aber dahinter häufig die Meinung, soziale Prozesse seien auch in einem technischen Sinne steuerbar und man könne eine Theorie der Wirtschaftspolitik als Theorie der optimalen Steuerung wirtschaftlicher Prozesse betreiben.

Es bleibt an dieser Stelle die Frage, ob man solche technizistischen Redeweisen nicht schon aus empiristischer Sicht als unzulässige Interpretationen der mathematischen Modelle ablehnen kann, gewissermaßen als Auswüchse einer fehlgegangenen kulturellen Entwicklung. Schließlich sind ja die theoretischen Begriffe in den Modellen nach empiristischem Verständnis zunächst überhaupt nicht interpretiert, also auch nicht auf eine technizistische Interpretation festgelegt. Wir haben nun gezeigt, daß Termini wie "Bedürfnis", "Arbeit", "Gut" als Elemente einer Deutungssprache eingeführt werden können und nicht als uninterpretierte Termini zu behandeln sind. Der Gedanke liegt eigentlich nahe, ob nicht den ökonomischen Theorien damit ein "gesundes" terminologisches Fundament nachgeliefert werden könnte, so daß die Modelle in ihrer formalen Gestalt gerettet wären. Eine endgültige Antwort auf diese Frage kann an dieser Stelle schon deswegen nicht gegeben werden, weil ein Teil der Terminologie der ökonomischen Theorien, die sog. quantitativen Begriffe

(Nutzen, Preis, Kosten), bislang auf seinen methodischen Status überhaupt noch nicht untersucht worden ist. Allerdings läßt sich jetzt schon ein schwerwiegendes Bedenken gegen eine solche angedeutete "Rettungsmaßnahme" vorbringen.

Selbst wenn man gewillt ist, die Einbrüche einer physikalistischen Sprechweise als gelegentliche literarische Mißgriffe zu übergehen, so ist in jedem Falle festzuhalten, daß die ansonsten übliche Interpretation der Begriffe "Bedürfnis", "Gut", "Arbeit" im Rahmen der neoklassischen Ökonomie wesentlich enger ist, als es durch unsere Einführung dieser Termini intendiert ist. So wird die (exemplarische) Rede von Bedürfnissen in der Theorie gewöhnlich schnell auf die Rede vom Bedarf beschränkt, weil man diesen glaubt leichter operationalisieren zu können.

Mit Bedarf sind Bedürfnisse nach marktfähigen Gütern gemeint und marktfähige Güter sind solche, die, zum Verkauf angeboten, auf eine zahlungskräftige Nachfrage stoßen. Entsprechend beschränkt man die Rede von Arbeit auf die Rede von Lohnarbeit. Will man dieses Vorgehen rekonstruieren, so könnte man sagen, daß in der traditionellen Ökonomie die Deutungstermini "Bedürfnis", "Gut", "Arbeit" letzten Endes über die Handlungsprädikatoren "anbieten", "nachfragen", "tauschen" eingeführt werden⁴⁰⁾.

Wir können dieser terminologischen Einschränkung nicht folgen, auch nicht mit dem Argument, daß man sich zunächst lediglich um die Erfassung von Marktkonflikten kümmern soll. Die Konzentration auf das Marktgeschehen wäre nur sinnvoll, wenn man zeigen könnte, daß Bedürfnisse nach nicht marktfähigen Gütern auch keinen Einfluß auf das Marktgeschehen haben, bzw. das Marktgeschehen nicht auf die Strukturierung unserer Bedürfnisse an nicht marktfähigen Gütern einwirkt. Nur unter dieser Prämisse wären dann Marktkonflikte als isolierte und nicht bloß abgeleitete Konflikte zu behandeln. Die Isolation von Marktkonflikten läßt sich jedoch allgemein nicht durchführen, darauf hat auch F. Kambartel in seinen Beiträgen mit Recht immer wieder hingewiesen. Er schreibt: "Verzerrt (bis zur Unkenntlichkeit) ist

der Zusammenhang zwischen Nachfrage und Bedürfnissen ferner dadurch, daß die ökonomischen Subjekte ihre Nachfrageentscheidungen im Regelfall auf bestimmte Alternativen beschränken. Dabei geht im rationalen Falle ein Wissen oder Vermuten über den Spielraum ein, den ihre soziale und biographische Situation läßt. Bedürfnisse, denen im Rahmen dieses Spielraumes keine Chance der Befriedigung eingeräumt wird, fallen damit von vorneherein weg, andere werden auf das "Mögliche" reduziert. Diese Beschneidung der eigentlichen menschlichen Bedürfnisse kann durch Erziehung so früh eingeübt werden, daß ein aufgeklärtes Bewußtsein davon verloren geht."⁴¹⁾

Kambartel meint damit, daß die gesellschaftlichen Befugnisse, welche Güter zur Bedürfnisbefriedigung verwendet werden dürfen, im wesentlichen durch das volkswirtschaftliche Angebot festgelegt werden und Interessen an der Verfügung über Güter, die nicht Bestandteil dieses Angebots sind, kaum eine Chance haben, realisiert zu werden. Dieser Prozeß der Anpassung des Wirtschaftssubjekts an die "Realitäten des Marktes", den Kambartel hier treffend charakterisiert hat, bedeutet, daß potentielle Konflikte zwischen Personen und Gruppen zurückgenommen werden auf das Niveau innerer Konflikte: Man fordert nicht andere zu wirtschaftlichem Handeln auf, sondern beschneidet seine eigenen Interessen. Durch die Reduzierung der Rede von der Bedürfnisbefriedigung auf die von der Bedarfsdeckung kann die traditionelle Ökonomie dieses Konfliktpotential nicht aufzeigen.

Die wirtschaftlichen Folgen davon, daß bestimmte Bedürfnisse nicht über den Markt befriedigt, sie also nicht zum Bedarf werden können, können in der Ökonomie nur recht hilflos als "exogene Störungen" verzeichnet werden. Als eine weitere gravierende Schwäche ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu erwähnen, daß es bislang in der Ökonomie keine Theorie gibt, die eine Verbindung zwischen Marktgeschehen und den Aktivitäten der öffentlichen Haushalte herstellt, etwa in dem Sinne, daß Nachfrageänderungen nach öffentlichen Gütern (und damit Änderungen der Staatsausgaben) als Folgen von Entwicklungen auf dem Markt dargestellt werden könnten. Staatsausgaben werden in der Ökonomie

immer nur als "autonome" Ausgaben behandelt, d.h. als Ausgaben, die keiner weiteren ökonomischen Begründung fähig sind; und dies nicht zuletzt deshalb, weil man bis heute keinen marktunabhängigen Bedürfnis- und Güterbegriff entwickelt hat.

Das enge Bedürfnis- und Nachfragekonzept ist im Laufe der Zeit immer wieder kritisiert worden⁴²⁾, und ich möchte es nicht unterlassen, wenigstens zwei weiterführende Ansätze, die Theorie der externen Effekte und die Unterscheidung von geplanter und effektiver Nachfrage, zu erwähnen. Letzterer Ansatz spielt bei der schon erwähnten Mikrofundierung der Makroökonomie eine gewichtige Rolle.

Mit "externe Effekte" sind solche Effekte gemeint, die von Produktion oder Konsumtion ausgehen und die Nutzen- bzw. Kosten- seite beeinflussen, bei denen aber die Beeinflussung nicht über den Markt läuft. Als Beispiel mag der Fall dienen, daß eine von der Produktion ausgehende Umweltbelastung eine solche Bedürfnis- beeinträchtigung herbeiführt, die zu einem Anstieg der Nachfrage nach Medikamenten führt. Allerdings werden bislang externe Effekte nur insoweit erfaßt, als sie die Kostenseite betreffen, Veränderungen auf der Nutzenseite können im üblichen ökonomischen Kalkül nur erfaßt werden, soweit sie sich in einer Änderung der Nachfrage nach Marktgütern niederschlagen. So wird in unserem Beispiel nicht die eigentliche Nutzeneinbuße, die durch die Umweltverschmutzung verursacht wird, erfaßt, sondern lediglich deren meist unvollständige Kompensation.

Die Unterscheidung von effektiver und geplanter Nachfrage beruht auf folgenden Überlegungen. Angenommen, ein Wirtschaftssubjekt P möchte vom Gut A die Menge Q_A und vom Gut B die Menge Q_B kaufen (geplante Nachfrage). Es geht bei seiner Planung davon aus, daß ihm ein entsprechendes Einkommen aus dem Verkauf der Warenmenge Q_C zur Verfügung stehen wird. Weiter angenommen, die Verhältnisse auf dem Markt für C-Güter lassen den Verkauf der Menge Q_C nicht zu und P kann nur die geringere Menge Q'_C verkaufen. Aufgrund seines geringeren Einkommens muß er auch seine

Einkaufspläne Q_A und Q_B reduzieren (effektive Nachfrage). Waren die Einkaufspläne schon in Form von Aufträgen oder Bestellungen konkretisiert, so hat die Reduktion der Pläne eine Störung der Marktverhältnisse für die Güter A und B zufolge⁴³⁾.

Beide Konzepte sind noch ganz auf die Analyse des Marktgeschehens hin angelegt, sie erweitern insoweit den traditionellen Rahmen, sprengen ihn aber nicht. Methodisch interessant sind sie denn auch aus einem anderen Grund. Nach Ansicht der Empiristen unter den Ökonomen kann der "theoretische" Begriff "Bedarf" dadurch operationalisiert werden, daß Ware - bildlich gesprochen - über den Ladentisch geschoben wird. Der Vorgang des Besitzerwechsels der Ware liefert, wenn man es nicht genau nimmt, so etwas ähnliches wie ein Sinnesdatum. Für den Terminus "geplante Nachfrage" ist eine solche primitive Operationalisierung nicht mehr möglich. Man versucht in diesem Fall eine "Operationalisierung" über Aufträge, Bestellungen u.ä.. Aufträge und Bestellungen können aber auch bei oberflächlicher Betrachtungsweise nicht mehr als empirische Daten behandelt werden. Eine Handlung kann als Auftrag nicht durch Beobachtung, sondern allein durch die Anwendung rechtlicher Vorschriften identifiziert werden, d.h. wir deuten einen Brief oder einen Anruf durch die Normen unseres Rechtssystems als Auftrag. Übrigens ist man in der empirischen Wirtschaftsforschung, insbesondere bei der Wirtschaftsstatistik auch bei sog. "realen" Wirtschaftsvorgängen, also z.B. bei der Erfassung von Produktionszahlen, geleisteten Arbeitsstunden, bebauter Fläche usw. auf die Auswertung und Interpretation von Dokumenten angewiesen, dies sollte auch den Makroökonom zu mindest ein schlechtes Gewissen bereiten.

Die knappe Skizze von der gegenwärtigen Lage der Ökonomie hat ein in mehrerer Hinsicht ambivalentes Bild ergeben. Da sind zunächst gewisse Unstimmigkeiten bezüglich der Auffassung über die Aufgaben ökonomischer Theorien bei Makro- und Mikroökonom festzustellen. Während bei den Makroökonom allein die Feststellung korrelativer Beziehungen von aggregierten Größen als Aufgabenstellung akzeptiert wird, lassen sich in der Mikroöko-

nomie schwache Tendenzen zu einer Konfliktorientierung ausmachen; oder noch vorsichtiger formuliert: mikroökonomische Theorien bieten im Gegensatz zu makroökonomischen die Chance zu einer solchen Interpretation. Ein Bruch zeigte sich auch in dem Verhältnis von Methodenverständnis und faktischer Arbeit. Die problematischen Elemente in der täglichen Arbeit des Ökonomen, sein Umgang mit "empirischen Daten", konnten wir als die Deutungsproblematik thematisieren. Den empiristischen Volkswirt hindert jedoch seine methodologische Überzeugung, diesen Problembereich überhaupt richtig zu erkennen: Er macht Umfragen und Interviews, wertet Statistiken aus, die das Ergebnis von Umfragen und Erhebungen sind, und nennt die Ergebnisse dieser Tätigkeit dann "empirische Daten". Dies kann man machen, wenn man damit den Gegensatz dieser Tätigkeit etwa zur reinen Mathematik betonen will; es ist aber Selbsttäuschung, wenn man glaubt, auf diese Weise "Sinnesdaten" im Sinne des modernen Empirismus erhalten zu haben. Ich hoffe, daß es deutlich geworden ist, daß eine Überwindung des Bruches von Methodenverständnis und konkreter wissenschaftlicher Arbeit durch eine Umorientierung des Methodenverständnisses auf eine Deutungsmethode hin auch und zuerst eine Umorientierung des Aufgabenverständnisses von der Ökonomie erfordert.

Anmerkungen

- 1) Vgl. O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, München 1976, S. 19 ff.
- 2) Natürlich sind die unmittelbaren theoretischen Anwendungen solchermaßen charakterisierter Wissenschaften - etwa Astronomie, Ingenieurwissenschaften, Teile der Medizin - ebenfalls wissenschaftlich zu nennen. Hier ergeben sich jedoch durch den Bezug auf Einzelfälle eine Reihe zusätzlicher Probleme, die ich allerdings hier nicht weiterverfolgen muß.
- 3) Vgl. O. Schwemmer, Praktische Vernunft und Normbegründung, in: D. Mieth/F. Compagnoni (Hrsg.), Ethik im Kontext des Glaubens, Freiburg i.Br. 1978, S. 150.
- 4) A.a.O., S. 149.
- 5) A. Beckermann, Eine neue Theorie kulturwissenschaftlicher Erklärung? Zu Oswald Schwemmers Theorie der rationalen Erklärung, Z. f. Phil. Forschung 32 (1978), S. 398 - 404.
- 6) Bei finalen Imperativen dürfen die herzustellenden Sachverhalte natürlich keine analytischen Folgen aus der Beschreibung von Handlungen sein. Daß man einen afinalen Imperativ durch einen finalen Imperativ begründen kann, bedeutet übrigens nicht, daß jeder afinale Imperativ, dem kein finaler begründet zugeordnet wird, sinnlos ist.
- 7) Zu Einzelheiten dieses Konfliktbegriffs s. E. Gerum/R. Köster, Bemerkungen zur Behandlung von Konflikten in der Ökonomie, in: G. Dlugos (Hrsg.), Unternehmensbezogene Konfliktforschung, Stgt. 1979, S. 177 - 191.
- 8) Dieses Prinzip wurde zuerst aufgestellt und diskutiert bei P. Lorenzen, Normative Logic and Ethics, Mannheim u.a. 1969; ders., Das Problem des Szientismus, in: 9. Dt. Kongreß für Philosophie (Düsseldorf 1969), hrsg. v. L. Landgrebe, Meisenheim am Glan 1972, S. 19 - 34; und O. Schwemmer, Philosophie der Praxis, Ffm. 1971. Vgl. auch O. Schwemmer, Grundlagen einer normativen Ethik, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft,

Ffm. 1973, S. 73 - 95; ders., Praktische Vernunft und Normbegründung, in: D. Mieth/F. Compagnoni (Hrsg.), Ethik im Kontext des Glaubens, Freiburg i.Br. 1978, S. 138 - 156.
F. Kambartel, Moralisches Argumentieren - Methodische Analysen zur Ethik, in: F. Kambartel (Hrsg.), Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm. 1974, S. 54 - 72.

- 9) Vgl. F. Kambartel, Moralisches Argumentieren, a.a.O., S. 66 f.
- 10) Die Forderung nach Unvoreingenommenheit beinhaltet letzten Endes auch, daß die in der Beratung gemachten Vorschläge genetisch reflektiert werden. Wenn über konfligierende Zwecke beraten wird, so geschieht dies ja vor dem Hintergrund einer durch Normen festgefügtten Praxis. Es wäre nun willkürlich, wenn man zwar vor den Teilnehmern an einer Beratung Unvoreingenommenheit bezüglich ihrer Maximen verlangen würde, die übrigen Normen in der Gesellschaft, die nicht unmittelbar zur Diskussion stehen, aber als feststehende Daten zu behandeln wären. Deshalb ist zu untersuchen, welchen historischen Entwicklungen sich der fragliche Konflikt verdankt. Eine solche rationale Heuristik bewahrt davor, daß die anstehende Korrektur des Bestehenden hinter bereits entwickelte vernünftige Verhältnisse wieder zurück fällt, bzw. daß man bei bloßen Folgekorrekturen einer unverstandenen vorgängigen Fehlentwicklung stehen bleibt.
- 11) Vgl. O. Schwemmer, Philosophie der Praxis, Ffm. 1971, Kap. 4; ders., Grundlagen einer normativen Ethik, a.a.O.
- 12) F. Kambartel, Wie ist praktische Philosophie konstruktiv möglich?, in: F. Kambartel (Hrsg.), Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm. 1974, S. 15.
- 13) Ebd.
- 14) Die Absicht, ethische Fragestellungen wieder mehr auf bestimmte Handlungs- und Problembereiche zu relativieren, wird in den neueren Arbeiten Schwemmers deutlich, s. z.B. O. Schwemmer, Praxis, Methode und Vernunft, in: Neues Jahrbuch 4 (1978), S. 233 - 259.

- 15) In den ökonomischen Lehrbüchern macht man sich mit der Einführung der Begriffe "Bedürfnis", "Gut" und "Knappheit" in der Regel wenig Mühe. Zumeist begnügt man sich mit einer Veranschaulichung anhand von Beispielen, vgl. z.B. A. Heertje, Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre, Berlin u.a. 1970, S. 2; M. Neumann, Theoretische Volkswirtschaftslehre, Heidelberg 1973, S. 2; P.A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, Köln 1975⁶, S. 37 ff.; M. Morishima, The economic theory of modern society, Cambridge u.a. 1976, S. 33.

Wo man um größere Genauigkeit bemüht ist und deshalb versucht, Definitionen zu geben, tut man dies nicht immer mit glücklicher Hand. So schreibt z.B. R.G. Lipsey in seinem weitverbreiteten Lehrbuch "Einführung in die positive Ökonomie", Köln 1971, S. 75: "Die Dinge, die produziert werden, heißen Güter." Und wenig später, nachdem er die Güter in Sachgüter und Dienstleistungen unterteilt hat, definiert er auf S. 76: "Die Tätigkeit, Sachgüter und Dienstleistungen herzustellen, nennt der Ökonom Produktion, ...". Ein ähnlich hübsches Beispiel für zirkelhaftes Vorgehen findet sich bei E. Helmstädter, Wirtschaftstheorie I, München 1974. Er definiert zunächst auf S. 2: "Wirtschaften heißt: rationale Disposition über knappe Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen und Wünschen." Und im Vollzug der von ihm selbst geforderten genauen Erläuterung der Definition schreibt er auf S. 3: "Bedürfnisse und Wünsche sind die letzten Zwecke, auf die hingewirtschaftet wird." Im Grunde genommen haben die meisten Ökonomen heute noch die gleiche Einstellung zu begrifflichen Anstrengungen, wie sie von v. Zwiedineck vor über 30 Jahren offen ausgesprochen worden ist: "Der Begriff "Bedürfnis" ist nicht ohne weiteres in seinem Inhalt gesichert, aber für die wirtschaftswissenschaftliche Arbeit kommt die Ungeklärtheit des Begriffs nicht weiter zur Bedeutung. Alles, was Gegenstand der Zwecksetzung eines vernünftigen Menschen geworden ist, fällt unter den Begriff des Begehrens, des Bedürfnisses.", O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin u.a. 1948, S. 1.

- 16) F. Kambartel, Bemerkungen zum normativen Fundament der Öko-

nomie, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 107 - 125; ders., Zur Überwindung des Szientismus und Modellplatonismus in der Ökonomie, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 132 - 143; ders., Ist rationale Ökonomie als empirisch-quantitative Wissenschaft möglich?, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 299 - 319.

- 18) Kambartel hat früher den Bedürfnisbegriff über den Interessenbegriff eingeführt, vgl. F. Kambartel, Moralisches Argumentieren, in: ders. (Hrsg.), Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm. 1974, S. 62: "Interessen, die sich bei einer Person oder Gruppe dagegen nicht nur von anderen Interessen ableiten, mögen auch deren Bedürfnisse heißen."
- 19) Näheres zum Interessenbegriff findet sich bei J. Mittelstraß, Über Interessen, in: ders. (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 126 - 159.
- 20) Vgl. O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, München 1976, S. 202. Schwemmer bezeichnet Bedürfnisse, die Bedingung unseres Lebens sind, als primäre Bedürfnisse. Da die sekundären Bedürfnisse aber auf die primären zurückführbar sein müssen, spielt diese Unterscheidung für unseren Zusammenhang keine Rolle.

Lorenzen und Kamlah bezeichnen Bedürfnisse als gerechtfertigte Begehungen. Bedürfnis ist hier also kein Terminus der Deutungssprache, sondern der Beurteilungssprache. Dieser Vorschlag bringt aber nur eine Problemverschiebung mit sich. Die Probleme, die wir mit dem Bedürfnisbegriff haben, stellen sich dort eben für den Begehungsbegriff, vgl. P. Lorenzen, Grundlagen der praktischen Philosophie, in: ders., Konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm. 1974, S. 33 f.; W. Kamlah, Philosophische Anthropologie, Mannheim u.a. 1973², S. 52 ff.

- 21) Die gleiche Handlung kann unter verschiedenen Bedingungen

verschiedenen Charakter tragen: Ein Arbeitessen ist zweckgerichtet, bei einem Essen unter Freunden mag der kommunikative Gesichtspunkt im Vordergrund stehen, ein Essen bei Maître Witzigmann dient allein dem kulinarischen Genuß. Interessant ist vielleicht auch, daß viele Werbestrategien der Industrie darauf hinauslaufen, situationsbedingte Befugnisse in situationsbedingte Gebote umzuwandeln: Die Gesellschaft soll dahin gebracht werden, daß sich die Sitte oder der Brauch bildet, in bestimmten Situationen zu rauchen, zu trinken, Sport zu treiben usw.

- 22) Vgl. F. Kambartel, Zum normativen Fundament der Ökonomie, a.a.O., S. 111.
- 23) Zu diesem Punkt hat sich Kambartel recht unglücklich geäußert. Er schreibt: "Ich möchte daher vorschlagen, Probleme des vernünftigen Einsatzes von unersetzlichen seltenen Gütern bei der Güterproduktion und beim Gütergebrauch mengenwirtschaftliche Probleme zu nennen, dagegen sei der Terminus "ökonomisch" im engeren Sinne für ebensolche Probleme beim Einsatz von Arbeit im engeren Sinne reserviert. Entsprechend sind dann mengenwirtschaftliche Aussagen nicht wesentlicher Inhalt der Ökonomie im engeren Sinne." F. Kambartel, Zum normativen Fundament der Ökonomie, a.a.O., S. 115.

Diese Unterscheidung suggeriert, wenn auch nicht beabsichtigt, daß sich die Ökonomie "eigentlich" nicht um mengenwirtschaftliche Probleme zu kümmern braucht. In diesem Punkt scheint mir die Kritik von Kirchgäßner verständlich zu sein, s. G. Kirchgäßner, Ein neues Fundament der Ökonomie?, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 123. Daß Kambartel einen Zusammenhang zwischen ökonomischen Problemen im engeren als auch im weiteren Sinn sieht, wird sowohl aus der Formulierung seiner Grundnorm für eine vernünftig verstandene Ökonomie deutlich (Zum normativen Fundament der Ökonomie, a.a.O., S. 117), als auch aus seiner Replik auf Kirchgäßner (F. Kambartel, Zur Überwindung des Szientismus und Modellplatonismus in der Ökonomie, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 135). Es scheint mir allerdings sinnvoller

zu sein, die Verknüpfung mengenwirtschaftlicher und ökonomischer Probleme im engeren Sinn zu betonen als ihre prinzipielle Trennbarkeit bei speziellen Fragestellungen.

- 24) Die folgenden Unterscheidungen finden sich bei F. Kambartel, Zum normativen Fundament der Ökonomie, a.a.O., S. 113 f. und ders., Ist rationale Ökonomie als empirisch-quantitative Wissenschaft möglich?, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 305 f.
- 25) S. F. Kambartel, Ist Ökonomie als empirisch-quantitative Wissenschaft möglich?, a.a.O., S. 305 f.
- 26) Mit den hier gemachten Definitionsvorschlägen zu den Begriffen "Produktion" und "Arbeit" ist der Bereich, in dem diese Unterscheidungen angesiedelt sind, nicht erschöpfend abgegrenzt. Von hier aus könnte man weitere Überlegungen etwa zu den bekannten Unterscheidungen Produktionsweise, Produktionsverhältnisse oder produktive und unproduktive Arbeit anschließen. Allerdings sind hierzu präzisere materiale Fragestellungen notwendig, als sie im Rahmen einer methodologischen Arbeit entwickelt werden können. Wie ich im nächsten Kapitel zeigen werde, gehören zu den begrifflichen Grundlagen der Produktionstheorie allerdings keine quantitativen Begriffe wie Kapital, Lohnarbeit, Kosten etc.
- 27) Es gibt nach unserem Sprachgebrauch (und wohl auch nach dem gewöhnlichen) kein "Bedürfnis nach Lärmfreiheit", wir können aber dank des Interessenbegriffs von einem "Interesse an geringer Lärmbelastung" sprechen.
- 28) Einen Überblick zu der gerade in den letzten Jahren stark angewachsenen Literatur sowie eine systematische Behandlung dieser Fragen findet sich bei E. Gerum, Grundfragen der Arbeitsgestaltungspolitik, Diss. Nürnberg 1979.
- 29) Der Ausdruck stammt von F. Kambartel, Zur Überwindung des Szientismus und Modellplatonismus in der Ökonomie, a.a.O., S. 138.
- 30) Vor allem in den früheren Arbeiten von O. Schwemmer, s. z.B.

O. Schwemmer, Philosophie der Praxis, Ffm. 1971, Kap. 10; ders., Theorie der rationalen Erklärung, München 1976, insbes. S. 19 ff.; P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975², Kap. III 4; s. aber auch H. Steinmann/H. Böhm/W. Braun/E. Gerum/G. Schreyögg, BWL in praktischer Absicht, Arbeitspapier, Nürnberg 1975.

- 31) Wie bereits erwähnt, nahm Schwemmer ursprünglich die Befriedigung der sog. primären Bedürfnisse als das gemeinsame Fundament an. Alle anderen Zwecke sollten sich als Unterzwecke dazu darstellen lassen. Damit verneinte er eine Eigenständigkeit kultureller Zwecke, was in dieser Rigorosität dogmatisch ist. Mit dem Aufgreifen der auf Aristoteles zurückgehenden Unterscheidung von Poiesis und Praxis ist er in jüngster Zeit von dieser Position abgerückt, vgl. O. Schwemmer, Praxis, Methode und Vernunft, Neues Jahrbuch 4 (1978), S. 255 ff.
- 32) Diese Aufgabe der Sozialwissenschaften als Politikberatung betont besonders P. Lorenzen, s. z.B. P. Lorenzen, Autonomie und empirische Sozialforschung, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 244 - 265; ders., Wissenschaftstheorie und Politikberatung, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 140 - 164; ähnlich auch P. Janich/F. Kambartel/J. Mittelstraß, Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik, Ffm. 1974, S. 115 ff.
- 33) Dies kann am Beispiel des Transsubjektivitätsprinzips verdeutlicht werden. Beurteilung durch das Transsubjektivitätsprinzip heißt nicht, daß es unmittelbar auf politisch-wirtschaftliche Beratungsprozesse angewandt werden kann. Es ist trivial, daß nicht alle Menschen an allen sie in irgendeiner Weise betreffenden Entscheidungen unmittelbar mitwirken können. Deshalb müssen immer Entscheidungsbefugnisse delegiert werden. Bei der Frage, wie solche Beratungsorganisationen beschaffen sein sollen, dient das Transsubjektivitätsprinzip als Leitidee: es erlaubt uns, von mehr oder weniger gerech-

ten Verfahren zu sprechen. Sodann sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Beurteilung durch das Transsubjektivitätsprinzip immer eine historische Dimension umfaßt; es muß sichergestellt sein, daß nicht erst Anschlußprobleme an eine ungerechte Ausgangssituation auf "gerechte" Weise behandelt werden.

- 34) In der Literatur wird gerade auf den hohen Aggregationsgrad in der Makroökonomie zur Unterscheidung von der Mikroökonomie abgestellt, vgl. z.B. R.G.D. Allen, *Macro-Economic Theory*, London 1967, S. 1: "The term "macro-economics", introduced by Ragnar Frisch in 1933, applies to the study of relations between broad economic aggregates, as opposed to the decision-taking processes of individuals and firms which is the subject-matter of micro-economics" oder D.J. Ott/A.F. Ott/J.H. Yoo, *Macroeconomic Theory*, Tokyo u.a. 1975, S. 4: "Macroeconomics is concerned with economics" in the large" ... that is, with the behavior of the most aggregate variables such as nation's output, the general price level, and the overall unemployment rate. Microeconomics, on the other hand, concerns itself with similar variables at a lower level of aggregation. For example, it deals with output and prices for an industry rather than for the economy as a whole". Solche groben Skizzierungen sind nicht ganz richtig: weder beschäftigt man sich in der Mikroökonomie mit der Preisgestaltung bestimmter Unternehmungen, noch verzichtet man auf hohe Aggregation.
- 35) Zur Habit-Persistence-Hypothese s. T.M. Brown, *Habit Persistence and Lags in Consumer Behavior*, *Econometrica* 20 (1952), S. 355 - 371.
- 36) Natürlich ist die ökonometrische Prozedur des Bildens und Testens von Hypothesen etwas komplizierter als hier angedeutet. Auf technische Einzelheiten kommt es aber hier auch nicht an.
- 37) Allerdings müssen hier noch einige Vorbehalte gemacht werden, die die Verwendung des statistischen Instrumentariums betreffen.

- 38) In einem relativ unbekannten Aufsatz, der gegen den Vater der Ökonometrie, Jan Tinbergen, gerichtet ist, hat sich Keynes sehr kritisch mit den modernen statistischen Verfahren in der Ökonomie auseinandergesetzt. Seine Kritik ist heute noch von großer Aktualität, besonders in den Teilen, in denen er die Willkürlichkeit der Ökonometriker angreift, mit der sie ihre Meßprobleme durch die Konstruktion von Indices und Koeffizienten zu lösen versuchen, und unter dem Aspekt, daß die damalige scharfe Trennung zwischen Theorie und bloß überprüfender Ökonometrie heute in der Makroökonomie weitgehend aufgehoben ist. Vgl. J.M. Keynes, Professor Tinbergen's Method, Econ. J. 49 (1939), S. 558 - 568.

Einen Überblick über die doch recht unterschiedlichen Ansätze zur Mikrofundierung kann man sich z.B. verschaffen bei E.S. Phelps e.a., Microeconomic Foundations of Employment and Inflation Theory, London 1970; G.C. Harcourt (Hrsg.), The microeconomic foundations of macroeconomics, London 1977; E.R. Weintraub, Microfoundations, N.Y. 1979.

- 39) Der amerikanische Ökonom K.E. Boulding definiert z.B. Konflikt als eine Konkurrenzsituation, in der die beteiligten Parteien um die Unvereinbarkeit von möglichen zukünftigen Positionen wissen und in der jede Partei eine Position einzunehmen wünscht, die mit den Wünschen der anderen unvereinbar ist, s. K.E. Boulding, Conflict and Defense, N.Y. 1963, S. 5. Durch seine Bezugnahme auf eine Konkurrenzsituation verweist er gleichzeitig auf die allgemeine Gleichgewichtstheorie, die allerdings nur in einem sehr eingeschränkten Sinne als Konfliktanalyse angesehen werden kann. Wenn hier überhaupt etwas "konfligiert", so sind es Vorstellungen mit bestimmten Marktdaten, deren Zustandekommen im Dunkeln bleibt. Handlungen, die der Durchsetzung von Zielvorstellungen dienen, werden im Modell nicht betrachtet. Ebenso kann nicht von einer Konfliktbewältigung die Rede sein; Vorstellungen und Daten passen sich mechanistisch an. Diese Mängel werden weithin erkannt und häufig kritisch vermerkt. So schreibt etwa O. Morgenstern: "Competition means struggle, fight, maneuvering, bluff, hiding of information - and pre-

cisely that word is used to describe a situation in which no one has any influence on anything, where there is ni gain, ni perte, where everyone faces fixed conditions, given prices, and has only to adapt himself to them so as to attain an individual maximum which may even be zero as in the case of profits. ... My quarrel is, however, not primarily with the word "competition", but rather with the concentration on that largely irrelevant subject matter, whatever name is given to it". O. Morgenstern, Thirteen Critical Points in Contemporary Economic Theory, J. Econ. Lit. 10 (1972), S. 1171. Weitere Einzelheiten zu diesem Thema finden sich bei R. Kötter, Zu einigen methodologischen Problemen der mikroökonomischen Gleichgewichtstheorie, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 409 - 438 und ders./E. Gerum, Bemerkungen zur Behandlung von Konflikten in der Ökonomie, in: G. Dlugos (Hrsg.), Unternehmensbezogene Konfliktforschung, Stgt. 1979, S. 177 - 191.

- 40) Wenn wir sagen können, "die Person P fragt bei der Person X die Ware (= marktfähiges Gut) G nach", so deuten wir die Handlung "nachfragen" als Bedarfsdeckung, wird die Ware konsumiert, so dient die Bedarfsdeckung der Bedürfnisbefriedigung.
- 41) F. Kambartel, Zur Überwindung des Szientismus und Modellplatonismus in der Ökonomie, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 137.
- 42) Die immanente Kritik am Stand der Ökonomie hat gerade in den letzten Jahren an Umfang und Heftigkeit zugenommen. Fast immer ist das simple Nachfragekonzept der Neoklassik davon betroffen. Diesen Eindruck bekommt man zumindest bei der Lektüre der Präsidenschaftsadressen namhafter ökonomischer Vereinigungen und ähnlicher Festvorträge, so z.B.: E.H. Phelps Brown, The Underdevelopment of Economics, Econ. J. 82 (1972), S. 9 - 20; N. Kaldor, The Irrelevance of Equilibrium Economics, Econ. J. 82 (1972), S. 1237 - 1255; W. Leontief, Theoretical Assumptions and Non-observed Facts,

AER 61 (1971), S. 1 - 7; J. Robinson, The Second Crisis of Economic Theory, AER 62 (1972), Pap. + Proc., S. 1 - 10; G.D.N. Worswick, Is Progress in Economic Science Possible?, Econ. J. 82 (1972), S. 73 - 86. Was methodische Fragen betrifft, so fordert man eigentlich weniger ein Überdenken der alten Positionen, sondern meist mehr Strenge im empiristischen Sinne. Zu dem recht heterogenen Stand der diesbezüglichen Kritik vgl.: P.T. Bauer/A.A. Walters, The State of Economics, J. Law + Ec. 18 (1975), S. 1 - 23; R. Clower, Reflections on Science ... and Economics, Intermountain Rev. 5 (1974), S. 1 - 12; G. Destanne de Bernis, Les limites de l'Analyse en Termes d'Equilibre economique general, Revue Economique 26 (1975), S. 884 - 930; R.K. Hunt, Economic Scholasticism and capitalistic Ideology, in: ders./J.G. Schwartz (Hrsg.), A Critique of Economic Theory, Hammonds-worth 1973, S. 186 - 194; J. Lesoune, Un Programme pour la Science economique, Revue Economique 26 (1975), S. 931 - 945; O. Morgenstern, 13 Critical Points in Contemporary Economic Theory: An Interpretation, J. Econ. Lit. 10 (1972), S. 1163 - 1189; W. Vogt, Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie, in: ders. (Hrsg.), Politische Ökonomie, Ffm. 1973, S. 179 - 204.

Die Arbeiten von Hunt und Vogt sind die einzigen, die eine Abkehr vom gängigen Methodenverständnis fordern, wenn auf der anderen Seite auch nicht recht klar wird, wohin man sich dann zu wenden hat.

- 43) Die Unterscheidung von effektiver und geplanter Nachfrage geht letzten Endes auf Keynes zurück. In der hier angedeuteten Weise wurde sie im wesentlichen von D. Patinkin, Money, Interest and Prices, N.Y. 1965, Chap. 14 und R. Clower, The Keynesian Counterrevolution: A Theoretical Appraisal, in: F.H. Hahn/R.P.R. Brechling (Eds.), The Theory of Interest Rates, London 1965, S. 103 - 125 entwickelt.

Kapitel IV: PROTOTHEORIE DER EMPIRISCHEN ÖKONOMIE II:
DIE HANDLUNGSTHEORETISCHEN GRUNDLAGEN

A Der Handlungsbegriff

I Definition des Handlungsbegriffs

Bei den Überlegungen zum Aufbau einer Deutungssprache blieb bislang eine ausführliche Diskussion um den Handlungsbegriff ausgespart. Wir haben "Handeln" nur vorläufig als Tun bestimmt, mit dem afinale Imperative befolgt werden, wobei wir sogar noch offengelassen haben, ob es sich bei dieser Bestimmung um eine Definition oder eine exemplarische Einführung handelt¹⁾. Die Diskussion um den Handlungsbegriff soll hier nachgeholt werden.

Dazu möchte ich zunächst noch einmal die Problemlage in Erinnerung rufen, von der aus sich die Aufgabenstellung der Ökonomie bestimmen ließ. Wir gingen von den lebensweltlichen Konflikterfahrung und der Entscheidung zu einer gewaltfreien Bewältigung solcher Konflikte aus. Von diesem Ansatzpunkt aus trat die Frage nach den Gründen im Gegensatz zu den Ursachen unseres Tuns in den Mittelpunkt der Betrachtung. Mit dieser Unterscheidung sollte deutlich gemacht werden, daß es für die gewaltfreie Bewältigung von Konfliktsituationen nicht so entscheidend ist, zu wissen, was überhaupt die Handlung determiniert hat, sondern welche Determinanten der Handlung Gegenstand der Beratung werden können, welche also allein mit sprachlichen Mitteln, mit Argumenten verändert werden können. Ob Argumente tatsächlich zu einer Änderung von Handlungen führen, ist eine Frage, die erst im Verlauf einer Beratung beantwortet werden kann. Damit aber überhaupt eine Beratung in Gang kommt, muß man eine Tätigkeit als zumindest mit Argumenten verknüpfbar ansehen (die Determinanten des Tuns eines Anfall- oder Suchtkranken können durch Argumente allein nicht verändert werden, hier möchte ich von Ursachen sprechen, die behandelt werden müssen). Vor dem Hintergrund dieser Problemlage soll Handeln

als argumentationszugängliches Tun definiert werden²⁾. Mit "Tun" oder "Tätigkeit" meine ich dabei ganz allgemein vom Menschen hervorgebrachte Sachverhalte, seien es nun Bewegungen, Lautäußerungen oder "statische" Tätigkeiten wie z.B. warten.

Natürlich ergibt sich hier die Frage, was als Argumentation anzusehen ist. Zunächst können Argumentationen negativ so abgegrenzt werden, daß damit keine Reden gemeint sind, die Gewaltanwendung ankündigen oder die in Verbindung mit Gewaltanwendung vorgebracht werden. Argumentationen sollen allein mit sprachlichen Mitteln die Befolgung eines Vorschlags herbeiführen, indem sie zur Bildung eines Willens oder einer Meinung beitragen.

Eine positive Bestimmung dessen, was in einer bestimmten Situation und Gruppe als Argument für eine bestimmte Handlung gilt, läßt sich selbstverständlich nicht geben. Allerdings läßt sich die syntaktische Form der Argumente allgemein bestimmen. So können wir vier Argumentationstypen unterscheiden, die den formalen Rahmen zur Begründung von Handlungen bilden. Sie sollen hier kurz aufgeführt, im folgenden dann ausführlich erörtert werden³⁾.

(1) Handlungen können begründet werden durch die Angabe eines Zwecks, wobei das Ergebnis einer Handlung in den Folgen der Handlung gesehen wird. Als "theoretisches " Problem stellt sich hierbei die Zuordnung von Handlungen und relevanten Handlungsfolgen sowie das Verhältnis von subjektiven und objektiven Zwecken. Die Begründung von Handlungen durch die Angabe von Zwecken und die damit zusammenhängende Klärung des Verhältnisses von finalen und afinalen Imperativen bzw. Situations- und Handlungsregeln wurden im letzten Kapitel schon erörtert.

(2) Als zweite Möglichkeit bietet sich die Begründung einer Handlung allein durch die Angabe einer Handlungsregel. Eine solche Regel fordert bekanntlich dazu auf, in einer Situation S die Handlung H auszuführen, und das Handlungsergebnis liegt in der Ausführung der Handlung selbst. Die Folgen, die eine solche Handlung haben kann, spielen für die Begründung der

Handlung keine oder keine unmittelbare Rolle. Als Beispiele kann man an Handlungen nach den Regeln der Höflichkeit denken. Das Problem bei der Begründung liegt in der Erfassung einer bestimmten Situation und in der Zuordnung einer Handlungsregel zu dieser Situation.

(3) Handlungen können des weiteren als Aktualisierungen von Handlungsschemata begründet werden. Ein Handlungsschema legt den Ablauf einer Handlung bis in Einzelheiten fest. Bei der Begründung einer Handlung als Aktualisierung eines Handlungsschemas spielen weder die Folgen einer Handlung noch die Situation, in der gehandelt wird, eine Rolle, es kommt lediglich auf die richtige Ausführung der Handlung an (z.B. ein Wort richtig aussprechen, eine Bewegung (Tanzen) richtig ausführen, einen Scheck, Schuldschein, Wechsel richtig ausstellen usw.). Regeln, die eine bestimmte Aktualisierung eines Handlungsschemas festlegen, werden Ausführungsregeln genannt, die entsprechenden Normen heißen Ausführungsnormen.

(4) Schließlich möchte ich noch auf einen Begründungstyp zu sprechen kommen, den ich anlässlich der Einführung des Bedürfnisbegriffs schon erwähnt habe, nämlich die Begründung durch Verweis auf eine Befugnis. Durch eine Befugnis wird festgelegt, daß in einer bestimmten Situation S die Verfolgung eines Zweckes S' bzw. die Ausführung einer Handlung H weder geboten noch verboten ist, formalisiert heißt das: $\neg(S \rightarrow !S') \wedge \neg(S \rightarrow !S')$ bzw. $\neg(S \rightarrow !H) \wedge \neg(S \rightarrow !H)$. Wir sagen auch, daß die Verfolgung des Zweckes S' bzw. die Ausführung der Handlung H freigestellt ist.

Dieser Begründungstyp unterscheidet sich deutlich von den drei anderen Typen. Durch Befugnisse werden keine Handlungen oder Zwecke festgelegt, sie erfüllen vielmehr eine negative Begründungsfunktion, da man durch sie einer gesellschaftlichen Begründungspflicht enthoben wird. Insoweit zeigen Befugnisse einen Wechsel bezüglich der Universalisierung der Begründung an: Freigestellte Handlungen und Zwecke lassen sich nur individuell begründen.

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Bemerkung zur logischen Struktur von Normen und Befugnissen machen⁴⁾. Beide lassen sich mit der deontischen Basismodalität " Δ " (geboten) darstellen, deren Einführung sich folgendermaßen skizzieren läßt. Wir gehen aus von einem System allgemeiner und bedingter Imperative, welches sich also an alle Mitglieder p einer Gruppe G wendet: $\bigwedge p \in G: S_1 \rightarrow !A_1, \dots, S_n \rightarrow !A_n$. Ist S_i gegeben, so ist an p der unbedingte Imperativ $!A_i$ gerichtet, allgemein gesprochen heißt das, daß in jeder Situation S_i , $i \in \{1, \dots, n\}$ ein bestimmtes System $!Z$ von unbedingten Imperativen an $p \in G$ gerichtet ist. Mit Z wird das indikative Pendant zu $!Z$ bezeichnet, Z ist also ein System von indikativen Zukunftsätzen. Man kann jetzt einen Imperativ $!A$, für den A logisch aus Z folgt, als "geboten relativ zu $!Z$ " bezeichnen, d.h. man definiert:

$$\Delta_Z !A \S Z \prec A$$

Danach sind insbesondere die $!A_i$ aus dem System $!Z$ geboten, d.h. um von einem allgemeinen unbedingten Imperativ als von einem Gebot sprechen zu können, bedarf es keines besonderen Systems von Basisimperativen. Wir können also von unseren Normen sagen, daß sie geboten sind. Verfügt man über die Modalität Δ , so kann man definieren:

$$\begin{array}{ll} \Delta !A \S \Delta !^7 A & (\text{verboten}) \\ \nabla !A \S \nabla !^7 A & (\text{unverboten oder erlaubt}) \\ \nabla !A \S ^7 \Delta !A & (\text{ungeboten}) \\ \exists !A \S ^7 \Delta !^7 A \wedge ^7 \Delta !A & (\text{freigestellt}) \end{array}$$

Ich habe in unserem Zusammenhang Urteile der Form $\exists !A$ "Befugnisse" genannt und nicht etwa "Freistellungen", weil ich durch das Wort "Befugnis" andeuten wollte, daß für die Ökonomie und andere Sozialwissenschaften besonders solche freigestellten Sachverhalte von konfliktrelevantem Interesse sind, die nicht für alle Mitglieder einer Gruppe freigestellt sind, sondern nur für Teilgruppen (nach dem Motto "quod licet Iovi, non licet bovi").

Auf welchen dieser Argumentationstypen zur Begründung einer

Handlung zurückgegriffen wird, ist situations- und problemabhängig. Handlungen lassen sich durchaus unter verschiedenen Argumentationsgesichtspunkten analysieren. Bei einem Fußballtraining geht es z.B. darum, daß Handlungsschemata möglichst genau aktualisiert werden, im Spiel selbst werden dann die gleichen Handlungen unter (Handlungs-)Regelgesichtspunkten betrachtet und sind die Fußballspieler Profis, so hat das Spiel für sie letztlich Zweckcharakter. Handlungsbegründungen sind also nicht handlungsspezifisch, sondern problem- bzw. situationsspezifisch.

II Abgrenzung und Diskussion

Ich möchte an dieser Stelle das Verhältnis des neuen Definitionsvorschlags zu zwei naheliegenden Alternativen erörtern. Der eine alternative Vorschlag ergibt sich daraus, daß man die früher angesprochene Einführung von Handeln als Befolgung eines afinalen Imperativs als Definition auffaßt, der andere geht auf Kamlah zurück, der Handeln als bewußtes Tun definiert⁵⁾. Letzterer Vorschlag ist uns ja in ähnlicher Form schon bei der Diskussion der Handlungstheorie von v. Mises begegnet⁶⁾.

Mit dem Vorschlag, "Handeln" als Befolgung eines afinalen Imperativs zu definieren, wird zunächst auf Situationen verwiesen, in denen das Wort "Handeln" in unproblematischer Weise gebraucht werden kann. Für jede bestimmte Handlung läßt sich eine Situationsbeschreibung und eine explizite Formulierung des Imperativs angeben, sodaß wir eine Beschreibung einer Lernsituation erhalten. Tatsächlich lernen wir viele Handlungen, indem uns jemand die Handlung vormacht und uns auffordert, sie nachzumachen und entsprechend lassen sich die dazugehörigen Handlungsprädikatoren wie "laufen", "werfen", "springen" usw. nur exemplarisch in solchen Lernsituationen (oder anhand von Berichten über solche Lernsituationen) einführen. Der Definitionsvorschlag zielt aber nicht nur auf die Erfassung von Situ-

ationen, in denen jemand durch einen anderen aufgefordert wird, vielmehr ist auch an die Situationen gedacht, in denen man sich selbst zu einer Handlung entschlossen, d.h. sich selbst zur Ausführung dieser Handlung aufgefordert hat; in jedem Fall bindet aber die Definition "Handeln" an eine explizite Aufforderung.

Zur Diskussion des Vorschlags von Kamlah gehen wir zunächst davon aus, "bewußtes Tun" als "redegeleitetes Tun" zu interpretieren, wie wir dies schon bei v. Mises getan haben⁷⁾. Damit ist gemeint, daß eine Handlung das Ergebnis einer Beratung mit sich selbst oder mit anderen darstellt, sie also argumentativ vorbereitet ist. Erst am Ende eines solchen Beratungsprozesses steht dann eine Aufforderung zur Ausführung einer bestimmten Handlung. Da Kamlah also die einer Aufforderung vorgängigen Argumentationen mit in seine Definition aufnimmt, ist sein Vorschlag enger gefaßt als der vorhergehende. Der Vorschlag, Handeln als argumentationszugängliches Tun zu definieren, deckt die von den Alternativvorschlägen erfaßten Fälle, er reicht aber in wenigstens einem wichtigen Punkt weiter.

Bei vielen Handlungen, die wir alltäglich ausführen, überlegen wir uns nichts oder nur wenig. Wir tun etwas in einer bestimmten Situation, ohne daß uns dazu jemand auffordern müßte. Dieses gewohnheitsmäßige Tun wäre nach den Alternativvorschlägen nicht mehr als "Handeln" zu bezeichnen. Allerdings konnte gewohnheitsmäßiges Handeln, bevor es zur Gewohnheit wurde, durchaus argumentationsvorbereitet gewesen sein. Man kann in einer Beratung um dieses Handeln die Argumente sich wieder vergegenwärtigen und einbringen und man kann diese Handlung zukünftig unterlassen, wenn gute Gründe dagegen vorgebracht werden. Unter dem Gesichtspunkt der Lösung praktischer Probleme spielt es also unmittelbar keine Rolle, ob Handlungen bewußt oder gewohnheitsmäßig ausgeführt werden, es gibt keine besondere Art von Argumentation bei gewohnheitsmäßigem Handeln. Deshalb wird bei dem hier gemachten Vorschlag auf die Argumentationszugänglichkeit abgestellt und nicht darauf, daß Handlungen explizit argumentationsvorbereitet sind.

Schließlich muß noch die Unterscheidung Handeln - Verhalten angesprochen werden. Jeder Mensch führt - wie auch jedes Tier - zahlreiche Bewegungen aus, die vollständig mit physikalischem oder chemischem Wissen erklärt werden können (z.B. die Herz- oder Atemtätigkeit oder die Tätigkeit der glatten Muskulatur). Zwar können wir willkürlich Situationen herbeiführen, in denen eine unwillkürliche Tätigkeit in Gang kommt oder sich ihr Ablauf ändert, zur Erklärung der Änderung der unwillkürlichen Tätigkeit sind aber nur bestimmte physikalische oder chemische Aspekte der willkürlichen Tätigkeit von Bedeutung. Will ich etwa eine Erhöhung der Pulsfrequenz beim schnelleren Laufen erklären, so muß ich nur etwas über den erhöhten Energiebedarf der Laufmuskulatur aussagen, was mich dagegen zum schnelleren Laufen veranlaßt hat, ist uninteressant. Bewegungen, die nicht allein mit physikalischer oder chemischer Terminologie erklärbar sind, dennoch aber Verlaufsgesetzen folgen, sollen Regungen genannt werden⁸⁾. Man sagt, daß ein Lebewesen auf eine Situationsänderung (einen Reiz) mit einer Regung reagiert, wobei bei der Beschreibung der Situationsänderung neben physikalischen und chemischen Termini noch biologische Termini (z.B. Bezeichnungen für Artgenossen oder Beutetiere) notwendig sind. Solche Regungen können angeboren sein, sie können aber auch im Laufe der Zeit erlernt worden sein. Erlernte Regungen wollen wir Verhalten nennen⁹⁾.

Die Unterscheidung von Handlung und Verhalten mag im Einzelfall recht schwierig sein, gerade gewohnheitsmäßiges Handeln kann u.U. Verhaltenscharakter bekommen. Entscheidend ist hier, ob eine Handlung allein aufgrund der Einsicht in eine Argumentation ausgeführt oder unterlassen werden kann. Wobei es, wie gesagt, zunächst nicht darauf ankommt, ob der Handelnde sich Argumenten gegenüber zugänglich erweist, sondern lediglich darauf, daß die Tätigkeit sich als etwas erweist, mit dem überhaupt Argumente verknüpft werden können. Wir können bestimmte Tätigkeiten also nur dann zum Beratungsgegenstand machen, wenn wir prinzipiell Gründe für sie finden können, über Tätigkeiten, von denen man weiß, daß sie nicht durch Argumente beeinflussbar sind (Regungen) in eine praktische Beratung einzutreten, wäre

schlicht unsinnig. Ob der Handelnde im Einzelfall tatsächlich Argumenten gegenüber offen ist, kann sich nur in der Beratung selbst herausstellen. Deshalb kann die Behauptung, eine bestimmte Tätigkeit einer Person sei Verhalten nur über die Durchführung eines Beratungsprozesses überprüft werden; sie ist zu recht aufgestellt, wenn sich die Person Argumenten gegenüber als unzugänglich erweist. Der Tätigkeitsbereich, auf den der Verhaltensbegriff angewandt werden kann, ergibt sich so gewissermaßen als Restbereich¹⁰⁾.

B Deutungstheorie

I Die Deutung von Handlungen durch Zwecke: Zweckrationalität und technisches Handeln

1 Deutung als rationale Rekonstruktion

Wir können ganz allgemein gesprochen die Erklärung einer Handlung durch die Angabe der Gründe, die zu ihrer Ausführung geführt haben, eine Deutung nennen. Liegen die Gründe einer Handlung in bestimmten Folgen der Handlung, so soll der Sachverhalt, der sich aus der Beschreibung dieser Handlungsfolgen ergibt, der Zweck der Handlung genannt werden. Eine Handlung wird dann z.B. gedeutet, indem sie als Mittel zu einem Zweck dargestellt wird. Die Deutung einer Handlung als Mittel zum Zweck wurde im Rahmen der analytischen Philosophie - soweit sie nicht streng empiristisch ansgerichtet ist - zum sog. "praktischen Schluß" schematisiert¹¹⁾:

P will den Sachverhalt S_1

P meint, daß er S_1 nur erreicht, wenn er in der Situation S_0 die Handlung H ausführt

S_0 ist gegeben

Darum: P führt H aus.

Man deutet nach diesem Vorschlag eine Handlung, indem man die ihr zugehörigen Prämissen des praktischen Schlusses angibt. Das eigentliche Problem bei der Deutung nach diesem Schema liegt nun darin, die Zuordnung von Handlung, Wille und Meinung einer Person zu begründen. In der empirischen Sozialforschung nimmt man idR. die sprachlichen Auskünfte einer Person über ihren Willen und ihren Meinungsstand, ihre Selbstdeutung also, als empirisches Datum. Ein praktischer Schluß ist dann korrekt gebildet, wenn seine Prämisse den subjektiven Zweck und Meinungsstand beinhaltet. Die Verwendung von Selbstdeutungen als empirisches Datum ist jedoch äußerst problematisch. Ein Grund liegt zunächst darin, daß man sich entweder schlicht irren kann und deshalb eine falsche Selbstdeutung gibt oder aber bewußt die Unwahrheit sagt. In diesen Fällen erhebt der Sozialforscher also ein "falsches Datum". Dies hat nichts damit zu tun, daß man auch in den Naturwissenschaften sich bei der Erhebung empirischer Daten täuschen kann. Liegt im letzten Fall die Täuschung allein beim Wissenschaftler und steht es folglich auch allein in seiner Macht, sich vor solchen Täuschungen im Wiederholungsfall zu schützen, so liegt im ersteren Fall die Täuschung beim "Objekt" der Forschung und es gibt prinzipiell keine Möglichkeiten, diese Täuschungen auch im Wiederholungsfall zu verhindern.

Grundsätzlicher ist jedoch das Bedenken, daß eine Selbstdeutung keine Beschreibung eines "inneren Zustandes" im Sinne der Beschreibung eines beobachtungssprachlich erfaßbaren Sachverhalts ist. Die Selbstdeutung ist - wie Schwemmer feststellt¹²⁾ - eine geistige Leistung des Handelnden, eingebettet in seine allgemeine kulturelle Erfahrung und Entwicklung. Jemand wird als 15-jähriger seine Handlungen anders deuten wie als 30-jähriger, und dies nicht nur, weil er inzwischen vieles vergessen hat. Unsere Handlungsdeutungen hängen von unserer Wissens- und Verständnisbildung ab, sie sind keine kulturinvarianten Aussagen, wie etwa die Sätze der Naturwissenschaften. Es ist bei sozialwissenschaftlichen Interviews, in denen nach Zwecken von Handlungen gefragt wird, eine gefürchtete heikle Situation, wenn

die interviewte Person durch die Frage den Anstoß zum Nachdenken bekommt und sie die zunächst gegebene Antwort revidiert. Z.B., weil sie erkannt hat, daß der Zweck, den sie zunächst genannt hat, eigentlich nicht "ihr" Zweck war, sondern ein Zweck, den "man" eben üblicherweise nennt, und sie im Grunde genommen keinen eigenen Zweck mit der Handlung verfolgt (sie handelt so, weil "alle" es tun) oder einen anderen, als den zuerst genannten. In diesen Fällen wird dann das Dilemma deutlich, welchen der genannten Zwecke man als "empirisches" Datum zu behandeln hat.

Im Alltagsleben haben wir meist keine Schwierigkeiten, mit den Selbsteutungen anderer zurecht zu kommen. Über Enttäuschungen und Bestätigungen haben wir ein Gespür entwickelt, wie Zweckangaben anderer Personen zu beurteilen sind, und im Umgang mit ihnen können wir gewissermaßen automatisch ihre Angaben überprüfen. Schwierigkeiten ergeben sich jedoch, wenn wir mit unseren Mitmenschen in keinem oder nur in flüchtigem Kontakt stehen und folglich die über unsere Menschenkenntnis vermittelte lebensweltliche Kontrolle nicht möglich ist. Wo wir nicht mit Menschen zusammen handeln und gemeinsam über ihre und unsere Zwecke sprechen können, wo wir also über die Zwecke und Handlungen anderer aus der Distanz sprechen, stellt sich die Deutungsproblematik in voller Schärfe. Es sind aber genau diese, durch die Auflösung des unmittelbaren Zusammenhangs von Miteinanderhandeln und Miteinanderreden gekennzeichneten Umstände, die ein eigenes und allgemeines Bemühen erforderlich machen, Beratungsprozesse über praktische Schwierigkeiten überhaupt wieder in Gang zu bringen.

Die Bedeutung subjektiver Zwecke zur Handlungserklärung wird also stark abgewertet, weil einmal gewohnheitsmäßiges Handeln so nicht als Handeln zu identifizieren ist, und zum anderen die Distanz zum Handelnden eine Überprüfung seiner Angaben zur Glückssache macht. Dadurch muß allerdings unser Deutungsprogramm nicht scheitern. Wir sind ja von der Aufgabenstellung der Sozialwissenschaften nicht so sehr daran interessiert, wa-

rum eine Handlung überhaupt ausgeführt wird, sondern warum sie regelmäßig so ausgeführt wird. Und diese Regelmäßigkeit wird uns über Regeln (auf der Generalisierungsebene) und Normen (auf der Universalisierungsebene) vermittelt. Kennen wir solche Regelungen, so verfügen wir über Argumente für Handlungen, ohne auf die subjektiven Zweckangaben angewiesen zu sein. Wir deuten ein Tun dadurch, daß wir ihm eine Maxime oder Norm zuordnen, die jedenfalls als Begründung gilt, und haben die Tätigkeit damit als Handlung ausgewiesen. Auf zweckrationales Handeln bezogen, besagt dies folgendes: Man deutet eine Handlung H durch einen Zweck A oder - wie man auch sagen kann - trägt für die Handlung eine rationale Rekonstruktion vor, wenn man für die Handlung (a) eine Norm angeben kann, die fordert, in der Situation S den Sachverhalt A herzustellen, (b) sich die handelnde Person in der Situation S befindet und (c) man die Handlung H als hinreichendes Mittel zur Herbeiführung von A kennt. Im Unterschied zu den subjektiven Zwecken, die auf Befragung genannt werden, werden die durch rationale Rekonstruktion gewonnenen Zwecke objektive Zwecke genannt¹³⁾.

Die Konzentration auf die regelmäßigen Handlungen bringt selbstverständlich eine Beschränkung des Bereichs an Tätigkeiten mit sich, die sich überhaupt als Handlungen deuten lassen. So kann man keine Handlungen aus der Distanz deuten, die neuen, bislang nicht verfolgten Zwecken dienen. Was jemand in historisch oder biographisch einmaligen Situationen, in Extrem- oder Ausnahmesituationen tut, läßt sich ebenfalls nicht deuten und damit nicht unmittelbar verstehen. Wir können den Versuch machen, uns in die Lage eines Menschen in solchen Situationen hineinzusetzen, um zu ergründen, ob wir vielleicht auch so gehandelt hätten. Damit versuchen wir gewissermaßen durch Simulation in einem ersten Schritt (Ausdehnung auf zwei Fälle) die für die Deutung notwendige situationsbezogene Regelmäßigkeit herzustellen. Aber die Erkenntnis, die wir dabei gewinnen können, ist eben doch nur der ahnungsvolle Nachvollzug von Erfahrungen und Handlungen¹⁴⁾. Dies ist die Folge davon, daß wir uns in Distanz zu den Handelnden befinden. Wo diese Distanz

nicht gegeben ist, können wir im Umgang mit den Handelnden sie verstehen lernen¹⁵⁾.

Ich möchte den Zusammenhang der verschiedenen Argumentationstypen zur Handlungsbegründung und insbesondere die Probleme der Überprüfung von Deutungsbehauptungen zunächst für den Bereich des technischen Handelns erläutern.

2 Die Überprüfung von Deutungsbehauptungen bei technischem Handeln

Technisches Handeln liegt dann vor, wenn sich sowohl der Zweck der Handlung als auch die Situation, in der gehandelt wird, und schließlich die Handlung selbst allein mit Prädikatoren beschreiben lassen, die im Wege elementarer Prädikation eingeführt werden oder zur naturwissenschaftlichen Terminologie gehören. Bei der Deutung technischen Handelns stellen sich drei Fragen: Zunächst die, wie sich die Angemessenheit einer Handlungsbeschreibung begründen läßt, so dann nach welchen Kriterien sich aus den Folgen der Handlung solche auswählen lassen, die als bezweckter Sachverhalt behauptet werden, und schließlich, wie sich die Angemessenheit einer Situationsbeschreibung begründen läßt.

Die Angemessenheit einer Handlungsbeschreibung zeigt man dadurch, daß man die fragliche Handlung als Aktualisierung eines Handlungsschemas nachweist¹⁶⁾. Ein Handlungsschema lernt man zu beherrschen, indem die Handlung vorgemacht wird und man versucht, sie möglichst genau nachzumachen, und man lernt eine Handlung als Aktualisierung eines Handlungsschemas zu erkennen, indem man unter kundiger Anleitung immer wieder richtige und weniger richtige Aktualisierungen beobachtet. Dabei wird in der Regel als Handlung immer ein ganzer Tätigkeitsablauf erfaßt, lediglich bei sehr komplizierten Bewegungsabläufen oder unter arbeitswissenschaftlichen Gesichtspunkten ist es sinnvoll, sich eine Handlung aus verschiedenen Bewegungsabläufen zusammenge-

setzt zu denken¹⁷⁾. Wenn man also jemanden mit einer Feile an einem in einem Schraubstock eingespannten Metallstück arbeiten sieht, so gilt es als erstes zu entscheiden, ob die betreffende Person feilt, wie es sich gehört (= das Handlungsschema "Feilen" aktualisiert) oder nur so an dem Werkstück herumkratzt; oder man sieht einen Fernstehtecher an einem Fernsehapparat mit seinen Meßgeräten hantieren, so ist ebenfalls zu entscheiden, ob der Techniker eine Messung vornimmt oder nur etwas "herumfummelt" (etwa um den unkundigen Kunden eine höhere Rechnung präsentieren zu können). Der erste Schritt bei einer Handlungsdeutung besteht also in der Begründung der Handlung als Aktualisierung eines Schemas.

Die Frage nach der Angemessenheit der Beschreibung der Situation, in der die Handlung ausgeführt wird, ist etwas schwieriger zu beantworten. Zunächst ist allgemein festzustellen, daß die Beschreibung einer Situation S, bei Ausführung der Handlung H dann angemessen ist, wenn sie zu der in der Situationsnorm $S \rightarrow !S'$ oder Handlungsnorm $S \rightarrow !H$ formulierten Beschreibung S äquivalent ist, also den gleichen Sachverhalt darstellt. Bei der Beschreibung einer Handlungssituation ergeben sich natürlich Informationsprobleme. Schließlich können die relevanten Sachverhalte schon lange zurückliegen oder überhaupt nicht mehr unmittelbar erhebbar sein. Diese Informationslücke läßt sich beim technischen Handeln über unser technisch-naturwissenschaftliches Wissen schließen. Aufgrund dieses Wissens können wir sagen, welche Bedingungen erfüllt gewesen sein müssen, um die Handlung überhaupt ausführen zu können. Die Angaben dieser, im naturwissenschaftlichen Sinne notwendigen Bedingungen muß allerdings nicht äquivalent sein zu der Situationsbeschreibung in der Norm; und zwar aus folgendem Grund. Handlungen stehen meist derart in Beziehung zu anderen Handlungen, daß die Folgen einer Handlung zusammen mit anderen Gegebenheiten Bedingung für die Ausführung weiterer Handlungen sind. Sind solche Handlungszusammenhänge, wie in der Technik üblich, normiert, so will ich von einem Verfahren sprechen. Ein Verfahren ist eine normierte und abgeschlossene Sequenz von Handlungsnormen, d.h.

durch ein Verfahren wird genau geregelt, was, wann und wo zu tun ist. Die in den Handlungsnormen eines Verfahrens vorkommenden Situationsbeschreibungen umfassen nicht nur die Bedingungen, die allein notwendig sind, um eine bestimmte Handlung ausführen zu können, sondern auch diejenigen, die bei Ausführung dieser Handlung notwendig vorliegen müssen, damit weitere, durch das Verfahren festgelegte Handlungen durchführbar werden. Im Unterschied zur Notwendigkeit, die sich auf die Ableitbarkeit aus Verlaufsgesetzen bezieht, soll die Notwendigkeit, die sich auf die Ableitbarkeit aus einem technischen Verfahren bezieht und damit auf Regelungen, deren Gültigkeit kraft Vereinbarung besteht, pragmatische Notwendigkeit genannt werden.

Ich möchte zur Verdeutlichung ein kleines Beispiel anführen. Um Verputzarbeiten an einem Rohbau sachgerecht durchführen zu können, ist es zunächst aus physikalischen und chemischen Gründen notwendig, daß einmal der Rohbau genügend ausgetrocknet ist und zum anderen eine gewisse Mindesttemperatur herrscht. Es ist aber, bezogen auf das Verfahren der Fertigstellung eines Gebäudes, auch notwendig, daß die Installationsarbeiten abgeschlossen sind, weil Leitungen eben sachgerecht unter Putz verlegt werden. Sachgerecht heißt hier übrigens, daß ein bestimmtes handwerkliches Handlungsschema genau aktualisiert wird.

Weiß man, daß eine bestimmte Handlung H in ein Verfahren gehört, so begründet dies eine Vermutung, daß auch die pragmatisch notwendigen Bedingungen vor Ausführung der Handlung H gegeben waren. Zur Gewißheit wird diese Vermutung natürlich erst, wenn die Handlungen, die H zeitlich nachgeordnet sind, und für die die - bezogen auf H - pragmatisch notwendigen Bedingungen auch notwendig im naturwissenschaftlichen Sinne sind, ausgeführt werden konnten. Auf diese Weise erlauben es also unser naturwissenschaftliches Wissen und die Kenntnis technischer Verfahren, Handlungssituationen zu rekonstruieren.

Um schließlich die Handlung H über die Norm $S \rightarrow !S'$ als Mittel zum (objektiven) Zweck S' deuten zu können, gibt es zwei Möglich-

keiten. Zunächst kann man die Folgen der Handlung abwarten. Läßt sich von bestimmten Folgen von H eine zu dem Sachverhalt S' äquivalente Beschreibung geben, so ist die Aufgabe gelöst. Die zweite Möglichkeit ist dann gegeben, wenn durch die Handlung H ein Vorgang V ausgelöst wird, und wir ein Verlaufsgesetz $S_{t+\delta} = V(S_t)$ kennen, das uns angibt, daß in der Situation S durch den Vorgang V die Situation $S_{t+\delta} = S'$ herbeigeführt wird. In diesem Fall müssen wir die Folgen der Handlung nicht abwarten, wir können die Behauptung, H sei ein hinreichendes Mittel zur Herstellung von S', mit dem Hinweis auf das Verlaufsgesetz verteidigen.

Es ist allerdings unbefriedigend, daß bislang durch das Deutungsverfahren nur bestimmte unmittelbare Folgen von Handlungen als Zwecke erfaßt werden können. Wenn man den Arbeitern in einer Baugrube zusieht und fragt, was da gemacht wird, dann möchte man erfahren, ob ein Einfamilienhaus, ein Büro- oder Miets- haus gebaut wird und nicht, was mit den einzelnen Spatenstichen bezweckt wird. Hier hilft ebenfalls der Umstand weiter, daß technische Handlungszusammenhänge durch Verfahren normiert sind.

Kann man nämlich eine Handlung als Aktualisierung eines Handlungsschemas identifizieren, das in eindeutiger Weise einem Verfahren zugeordnet werden kann, so kann man der Handlung sofort die Situation, die den Abschluß des Verfahrens bildet, als Oberzweck zuordnen. Normalerweise wird ein Handlungsschema Bestandteil zahlreicher Regeln in verschiedenen Verfahren sein. Um zu einer eindeutigen Zuordnung zu kommen, muß man in diesen Fällen weitere Handlungen beobachten, bis diese Reihe von Handlungen dann als Teilsequenz in eindeutiger Weise in ein Verfahren eingeordnet werden kann. Hier wird wieder deutlich, welche entscheidende Bedeutung der Identifizierung einer Handlung als Aktualisierung eines Handlungsschemas zukommt.

Mit der Zuordnung eines Oberzwecks zu einer Handlung verbindet sich die Frage, wann eine Handlungsdeutung als abgeschlossen

gelten kann, d.h. ihr "oberster" Zweck ermittelt ist. Diese Frage läßt sich in voller Allgemeinheit nicht beantworten, da es von der Problemlage, in der gedeutet wird, abhängt, welcher Oberzweck als sinnvolles Deutungsergebnis zu akzeptieren ist. Als "natürliche" Kandidaten für Oberzwecke, die als sinnvoller Abschluß einer Deutung anzusehen sind, kommen jedenfalls solche Situationen in Betracht, die als erfolgreicher Abschluß eines Verfahrens festgelegt sind (wobei zu berücksichtigen ist, daß Verfahren selbst wieder in einer normierten Über- und Unterordnungsbeziehung stehen können).

Mit den bislang getroffenen Unterscheidungen haben wir das methodische Werkzeug zur Verfügung, mit dem wir den technischen (im engen Sinne) Teil der ökonomischen Theorie rekonstruieren können. Es läßt sich so verstehen, wie ein Produktionsablaufplan, ein Netzplan oder eine mikroökonomische Produktionsfunktion eingesetzt werden und wie dadurch Verfahren und Regeln festgesetzt bzw. wiedergegeben werden.

So versucht man z.B. durch mikroökonomische Produktionsfunktionen allgemeine Charakteristika technischer Verfahren zu erfassen, wobei sich diese Charakteristika auf die Art und Weise beziehen, in der sich das Input-Output-Verhältnis bei Variation einiger oder aller Inputfaktoren ändert. Die technisch-naturwissenschaftlichen Möglichkeiten, die sich hier bieten, führen zu der bekannten Typologie der Produktionsfunktionen. Die konkreten Verfahren zur Herstellung bestimmter Güter werden dagegen über Netzpläne und Produktionsablaufpläne erfaßt und dargestellt. Allerdings können wir mit diesen terminologischen Mitteln Zwecke, die sich auf Kosten- und Verteilungsgesichtspunkte beziehen, nicht erfassen. Auch der Konsumtionsbereich bleibt uns weitgehend verschlossen und damit kann auch idR. die Frage, warum Güter und Dienstleistungen produziert werden, nicht beantwortet werden. Allerdings gibt es hier Ausnahmefälle.

Schwemmer hat versucht, die Abgeschlossenheit einer Deutung dann als begründet anzunehmen, wenn man als oberste Zwecke die

Befriedigung sog. primärer Bedürfnisse erhält¹⁸⁾. Wie wir im letzten Kapitel schon erwähnt haben, bezeichnet Schwemmer als primäre Bedürfnisse solche Handlungsweisen, die in der jeweiligen Umwelt Bedingung des eigenen Lebens sind, wobei "Leben" in einem weiteren biologischen und anthropologischen Sinn zu verstehen ist. Der Katalog der primären Bedürfnisse umfaßt solche Handlungsweisen, die relativ zum gegenwärtigen Wissensstand einer Deutung nicht zugänglich sind. Über sie läßt sich reden, ohne daß der bisherige terminologische Rahmen gesprengt werden müßte. Und es liegt folglich nahe, den produzierten Gütern und Dienstleistungen primäre Bedürfnisse als oberste Zwecke ihrer Produktion zuordnen zu wollen. Dabei ergeben sich jedoch grundlegende Schwierigkeiten, wie wir schon festgestellt haben. Der Haupteinwand - ich möchte ihn kurz in Erinnerung rufen - leitet sich daraus her, daß die Befriedigung primärer Bedürfnisse immer in einem kulturellen Kontext erfolgt. Es geht uns dabei nicht nur um die Erhaltung unseres Lebens, sondern auch um das "gute" Leben, um Kommunikation, so daß sich unter normalen Umständen gar nicht klar entscheiden läßt, ob eine Handlung nun Befriedigung eines primären oder eines kommunikativen Bedürfnisses ist. Wenn auch die primären Bedürfnisse eine ausgezeichnete Rolle für unser Leben spielen, wäre es dogmatisch, alle Zwecke auf diese primären Bedürfnisse als Oberzwecke zurückführen zu wollen. Die Zuordnung der Produktion zur Befriedigung primärer Bedürfnisse würde den kulturellen Kontext immer ausblenden und damit die ökonomisch und politisch relevanten Fragen von Aneignung und Verteilung unbeantwortet lassen. Lediglich dort, wo Menschen auf das absolute Existenzminimum beschränkt sind, wo ihnen keine Zeit bleibt und die Mittel fehlen, um sich selbst Zwecke zu setzen, und sie nur zur Lebenserhaltung in der Lage sind, würde ich es für begründet halten, die Produktion allein durch die Befriedigung primärer Bedürfnisse zu deuten¹⁹⁾.

Wenn wir unsere bisherigen Überlegungen zur Deutung technischen Handelns kurz zusammenfassen wollen, so ist festzuhalten: In einem ersten Schritt wird eine Handlung als Aktualisierung

eines Handlungsschemas erfaßt, dann wird die Handlung als Befolgung einer Handlungsnorm, genauer einer Herstellungs- oder Fertigungsanweisung begründet; bestimmte Folgen der Handlung werden dann über die Angabe einer Situationsnorm als Zwecke ausgezeichnet. Schließlich lassen sich Oberzwecke zu einer Handlung finden, wenn sich die Norm, der die Handlung folgt, in ein Verfahren einordnen läßt. Als entscheidend bei der Überprüfung von Deutungsbehauptungen, die technisches Handeln betreffen, erwies sich das naturwissenschaftliche Wissen. Es erlaubt uns in den Fällen, in denen wir zunächst die zur Deutung einer Tätigkeit notwendigen Handlungs- und Situationsnormen nicht kennen, ihre Rekonstruktion. So konnte man sich z.B. im Rahmen der experimentellen Archäologie aufgrund der Funde von Werkzeugen und Gebrauchsgegenständen eine recht gute Vorstellung über die Herstellungsprozesse in frühgeschichtlichen Zeiten machen.

II Die Deutung sozialer Handlungen

1 Soziale Handlungen im Unterschied zu technischen

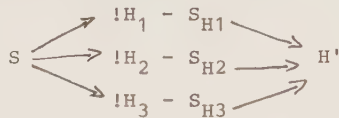
Mit der relativ ausführlichen Erörterung der Deutungsproblematik beim technischen Handeln sollte an einem überschaubaren Handlungsbereich das Zusammenspiel der verschiedenen Argumentationstypen demonstriert werden. Komplizierter zu erfassen sind für uns jedoch die Handlungsbereiche, bei denen nicht die Natur (und der Mensch als Bestandteil der Natur) Adressat der Handlungen ist, sondern der Mensch als verständiges Lebewesen. So sprechen wir z.B. auch davon, daß wir im Umgang mit anderen Menschen Zwecke verfolgen. Diese Zwecke bestehen darin, bei anderen bestimmte Meinungen hervorzurufen oder sie zu bestimmten Handlungen zu veranlassen. Handlungen können sich aber auch an Menschen richten, ohne daß damit Zwecke verfolgt werden. F. Kambartel nennt solche Handlungen, die sich allgemein an andere Menschen richten und die ich wegen des Gegensatzes zu den technischer "soziale Handlungen" nennen möchte, symbolische Handlungen.

gen und definiert: "Eine symbolische (soziale in meinem Sinn, R.K.) Handlung s wird dadurch konstituiert, daß bestimmte notwendige Bedingungen oder pragmatische Konsequenzen für die Aktualisierung anderer Handlungen festgelegt werden."²⁰⁾ Mit "notwendiger Bedingung" ist hier gemeint, daß die Handlung s Bestandteil einer Situationsbeschreibung S in einer Handlungsnorm $S \rightarrow !H$ oder einer Situationsnorm $S \rightarrow !S'$ ist, in meiner Terminologie ist also von einer pragmatischen Notwendigkeit die Rede. Soziale Handlungen sind also in jedem Falle solche Handlungen, die für andere einen Grund zum eigenen Handeln bilden. Es gibt allerdings auch soziale Handlungen, die keinen Grund für eigenes Handeln darstellen, jedenfalls nicht unmittelbar, wir werden gleich auf sie zu sprechen kommen.

Für die Deutung sozialer Handlungen ergeben sich, verglichen mit der Deutung technischer Handlungen, zwei besondere Problem-bereiche. Einmal gewinnt die Deutung einer Handlung durch die Angabe einer Regel oder Befugnis eine ganz neue Bedeutung. Zum anderen ergibt sich eine Schwierigkeit für die Deutung daraus, daß wir nicht auf unser technisch-naturwissenschaftliches Wissen zurückgreifen können, um bestimmte Handlungsfolgen als relevant, eine Situationsbeschreibung als angemessen oder eine Handlung als zu einem bestimmten Verfahren gehörig bestimmen zu können. Aber beginnen wir zunächst mit einer Gemeinsamkeit.

Soziale Handlungen sind ebenso wie technische Handlungen Aktualisierungen von Handlungsschemata: Wir lernen Wörter richtig auszusprechen oder hinzuschreiben, Sätze grammatikalisch richtig zu bilden, zu bitten und zu danken, zu grüßen, Verträge zu schließen usw.; und wie beim technischen Handeln lernen wir die Beherrschung von Handlungsschemata im Vor- und Nachmachen und in der Gegenüberstellung von mehr und weniger gelungenen Aktualisierungen. Bei den sozialen Handlungen muß man jedoch unterscheiden zwischen den sozialen Handlungen selbst und bestimmten, durch Abstraktion aus ihnen gewonnenen abstrakten Handlungsschemata. Haben wir etwa zu einer Situation S eine Reihe von Handlungsnormen $S \rightarrow !H_1, \dots, S \rightarrow !H_n$ und haben die

Handlungen $H_1, \dots, H_n$ die gleichen pragmatischen Konsequenzen, d.h. gibt es eine Menge von n Handlungsnormen $S_{H_1} \rightarrow !H', S_{H_2} \rightarrow !H', \dots, S_{H_n} \rightarrow !H'$ mit H_1 als Bestandteil der Situationsbeschreibung S_{H_1} , H_2 als Bestandteil von S_{H_2} usw., so können wir durch Abstraktion zu einem neuen Handlungsschema $\bar{H}$ kommen: Dieses Handlungsschema $\bar{H}$ wird aktualisiert, wenn eine der normierten Handlungen ausgeführt wird, ohne daß es dabei darauf ankommt, daß es gerade diese ist, vielmehr an ihrer Stelle jede andere Handlung mit den gleichen pragmatischen Konsequenzen hätte ausgeführt werden können. Zur Verdeutlichung mag die kleine Graphik dienen:



Die dem abstrakten Handlungsschema $\bar{H}$ zugrunde liegenden sozialen Handlungen $H_1, \dots, H_n$ nennt Kambartel Trägerhandlungen²¹⁾. Diese Unterscheidung ist z.B. intendiert, wenn man von einer Begrüßung spricht, ohne dabei mitzuteilen, ob sie durch Handschlag, Kopfnicken, Winken usw. vollzogen wird, oder von einem Vertragsschluß und von der Form des Vertrages absieht.

Technische und soziale Handlungsschemata unterscheiden sich bezüglich der Frage, welche Gründe für eine möglichst genaue Aktualisierung der Schemata sprechen. Wenn man ein technisches Handlungsschema lernt zu beherrschen, so sprechen wieder zweckrationale Gründe dafür, die Handlung möglichst exakt auszuführen, etwa weil dann der Kraft- und Zeitaufwand minimiert wird. Daß durch die exakte Aktualisierung eines Handlungsschemas die Identifizierung der Tätigkeit als einer bestimmten Handlung erleichtert wird, ist in der Regel kein Grund (lediglich ein für die Deutung willkommener Nebeneffekt). Bei sozialen Handlungen ist dies anders. Hier sichert die exakte Aktualisierung eines Handlungsschemas die Identifizierung der Tätigkeit und ist somit Bedingung ihrer Verständlichkeit. Dies geht soweit, daß man bei sozialen Handlungen mit besonders weitreichenden pragmatischen Konsequenzen gar keine Abstufungen von mehr oder

weniger gelungenen Aktualisierungen zuläßt: Eine Tätigkeit stellt entweder eine exakte Aktualisierung eines Handlungsschemas dar oder sie kann überhaupt nicht als Aktualisierung erkannt werden.

Für die Ökonomie ist dieser Umstand von größter Bedeutung, weil gerade im Bereich des wirtschaftlichen Handelns die Handlungsschemata durch juristische Formvorschriften oder durch den Handelsbrauch derart fixiert sind: Ein Wechsel, auf dem die Unterschrift des Ausstellers fehlt, ist keine ungenaue Aktualisierung des Handlungsschemas "Wechselausstellen", sondern überhaupt keine, und ein Grundstückskaufvertrag, der nicht notariell beglaubigt ist, ist kein "schlampiger" Vertrag, sondern gar kein Vertrag.

Das Erlernen sozialer Handlungen ist in der Regel wesentlich komplizierter als das technischer Handlungen. Das liegt daran, daß die Situationen, deren Vorliegen Bedingung für das Ausführen der Handlungen ist, nicht so ohne weiteres als isolierte und abgeschlossene "Lehr- und Lernsituationen" dargestellt werden können. Gerade die angeführten Beispiele machen deutlich, daß man schon vieles aus unserem sozialen Leben begriffen haben muß, um etwa das neue Handlungsschema "Wechselausstellen" beherrschen zu lernen. Durch das bloße Abschreiben von einem Muster lernt man allein nicht, einen Wechsel richtig auszustellen. Man muß die wirtschaftlichen und rechtlichen Zusammenhänge kennen, um "in der Praxis" jemanden auch richtig als Remittent oder Aussteller auf einem Wechsel einzutragen.

Wie selbstverständlich uns die Ordnung unserer sozialen Welt durch die Fixierung solcher Handlungsschemata häufig schon geworden ist, haben wir daran gesehen, daß viele Ökonomen solche Handlungen als empirische Daten betrachten im Sinne von Verhalten, das durch bloße Beobachtungen erfaßt werden kann. Sie übersehen dabei regelmäßig, daß ihnen ihre "Beobachtungen" nur möglich sind, weil sie gelernt haben, die Handlungsschemata zu beherrschen. Etwas überspitzt läßt sich sagen, daß man bestimm-

te Tätigkeiten als Kaufakte, Preisfestsetzungen, Entlassungen, Einstellungen usw. nicht nur durch genaue Beobachtung identifizieren kann, sondern nach sorgfältiger Lektüre der einschlägigen Gesetzestexte (BGB, HGB, WG usw.), in denen die Handlungsschemata festgelegt sind. Die strenge Schematisierung sozialer Handlungen ist Bedingung für eine erfolgreiche Orientierung in unserer sozialen Welt.

Ein gravierender Unterschied zwischen technischen und sozialen Handlungen läßt sich, wie gesagt, bezüglich der Bedeutung von Handlungsnormen zur Deutung der Handlungen feststellen. Beim technischen Handeln kommt diesen Normen bei der Handlungsdeutung im Grunde genommen keine eigenständige Bedeutung zu. Die Deutung einer Handlung durch die Angabe einer Handlungsnorm ermöglicht die Einordnung dieser Handlung in ein Verfahren und auf diese Weise kommt man zu dem Oberzweck der Handlung. Natürlich gibt es Situationen, in denen die Deutung einer technischen Handlung durch eine Handlungsnorm eine hervorragende Stellung einnimmt, etwa wenn es darum geht zu entscheiden, ob ein Dammbruch die Folge höherer Gewalt oder die Folge von Baufehlern ist. Aber selbst hier geht es letztlich um Zwecke, genauer um Gründe, warum Zwecke nicht erreicht werden konnten.

Bei sozialen Handlungen ist es aber durchaus möglich, daß sich die Deutung in der Angabe einer Handlungsnorm erschöpft. Hier auf hat erst vor kurzem G.H.v. Wright aufmerksam gemacht²²⁾. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, etwas näher auf seinen Ansatz einzugehen.

G.H.v. Wright ist in seinen jüngsten Arbeiten davon abgerückt, das Schema des praktischen Schlusses als das einzige Erklärungsschema für Handlungen anzusehen, vielmehr möchte er verschiedene Bestimmungsgründe zur Handlungserklärung heranziehen. So unterscheidet er zunächst innere und äußere Determinanten des Handelns²³⁾. Die intern determinierten Handlungen sind die durch das intentionalistische Erklärungsschema (eben den praktischen Schluß) erfaßbaren Handlungen. Extern determiniert sind

sind Handlungen, die einer symbolischen Aufforderung oder einer Regelung folgen, sie sollen durch ein imperativisches bzw. normativisches Erklärungsmodell erfaßt werden²⁴⁾. Handlungen, die einer symbolischen Aufforderung folgen, liegen z.B. vor, wenn man jemanden auf der Straße grüßt, auf eine Bitte hin das Salzfaßchen über den Tisch reicht oder ähnliche Höflichkeitshandlungen ausführt. Solche Handlungen sind gedeutet, wenn man auf die entsprechenden Höflichkeits- und Umgangsformen verweisen kann. Man kann und braucht in der Regel keine weiteren Gründe anführen, insbesondere keine Zwecke, um eine vollständige Deutung der Handlung zu geben. Das imperativische Erklärungsschema entspricht in etwa unserer Handlungsdeutung durch die Angabe von Handlungsnormen. Allerdings legt v. Wright vor allem Gewicht auf das Gewohnheitsmäßige des Handelns: Das intentionalistische Erklärungsschema ist ihm zufolge bei Handlungen unangemessen, die lediglich eine gewohnheitsmäßige Reaktion auf Bitten, Aufforderungen, Verkehrs- oder sonstige Signale darstellen.

Mit dem normativischen Erklärungsmodell sollen Handlungen gedeutet werden, die nicht nur eine Reaktion auf bestimmte symbolische Aufforderungen sind, gleichwohl aber extern bestimmt sind. v. Wright denkt hier insbesondere daran, daß der einzelne in einer Gesellschaft Träger verschiedener Rollen ist, wodurch ihm für bestimmte Situationen sein Handeln und die Zwecke, die er verfolgen soll, vorgegeben sind²⁵⁾. In unserer Terminologie gesprochen, stellt hier v. Wright auf Handlungs- und Situationsnormen ab, die spezifisch für Teilgruppen einer Gesellschaft sind (im Gegensatz zu den symbolischen Aufforderungen, die solche Normen sind, welche sich an alle Mitglieder einer Gesellschaft richten).

Ich halte die Unterscheidung vom imperativischen und normativischen Erklärungsmodell nicht für sehr glücklich. Einmal tauchen hier gewisse Abgrenzungsprobleme auf, weil schließlich gerade durch die Rolle, die jemand in einer Gesellschaft zu spielen hat, auch bestimmte gewohnheitsmäßige Reaktionen indu-

ziert werden. Zum anderen ist nicht recht klar, wie die Kenntnis der Normen, die eine gesellschaftliche Rolle bestimmen, erworben wird: ist sie intuitiv erworben oder das Produkt einer Konstruktion? v. Wright hat mehrfach betont, daß seine Ausführungen nur als Skizze oder Entwürfe zu verstehen sind, so daß eine weitere Detailkritik nicht angebracht ist. Ich möchte mich deshalb auf die Diskussion eines grundsätzlichen Problems beschränken.

Die Lektüre von v. Wright wird dadurch erschwert, daß das "Leitmotiv", welches ihn zu seinen Unterscheidungen und verschiedenen Erklärungsmodellen geführt hat, nicht deutlich wird. Selbst wenn man seine Kritik am intentionalistischen Erklärungsschema teilt, ist allein hieraus noch nicht ersichtlich, wann die alternativen Erklärungsmodelle zum Zuge kommen sollen. Ich denke, daß sein Generalthema die Frage ist, welche subjektiven Angaben außer Zweckangaben wir von Handelnden als Gründe für ihr Handeln akzeptieren sollen. So diskutiert er wiederholt den Fall, daß jemand nach den Gründen seines Handelns befragt, antwortet, er habe so gehandelt, weil es die Norm gebietet²⁶⁾. Ist dies eine vollständige Erklärung oder muß man hier noch, getreu dem intentionalistischen Schema, nach weiteren Gründen forschen? Die Antwort, die v. Wright gibt, ist recht vage: manchmal muß man nach weiteren Gründen suchen, manchmal nicht²⁷⁾. Meiner Meinung nach ist diese unbefriedigende Vagheit, die sich bei v. Wright an dieser (und vielen anderen) Stellen ergibt, in zwei Versäumnissen begründet.

Das erste Versäumnis liegt darin, daß v. Wright nicht genau analysiert, wann das Problem einer Handlungserklärung sich überhaupt stellt. Er hat zweifellos damit recht, daß das intentionalistische Erklärungsschema nichts zum Verständnis der Frage beiträgt, warum jemand auf eine Bitte hin das Salzfaß über den Tisch reicht. Aber ist deswegen schon ein anderes Erklärungsschema erforderlich? Wir üben solche Handlungen als Bestandteile eines uns seit unserer Kindheit vertrauten "sozialen Spiels" aus - um einen Ausdruck von v. Wright zu gebrauchen²⁸⁾ -

- und normalerweise gibt die Frage nach dem "Warum" keinen rechten Sinn. Erst wenn dieses "Spiel" nicht mehr zur Zufriedenheit aller funktioniert, wird diese Frage akut. Entscheidend war aus unserer Sicht insbesondere der Umstand, daß der Kontakt der Handelnden untereinander nur noch so lose ist, daß ein unmittelbares Verständnis der Handlungen und eine ebenso unmittelbare Überprüfung dieses Verständnisses nicht mehr gegeben ist.

Mit dem Problem, wann sich überhaupt die Frage nach einer Handlungserklärung stellt, hängt eng der zweite Punkt zusammen, der bei v. Wright kritisch anzumerken ist, nämlich die Frage, wann wir eine Theorie der Handlungserklärung brauchen. Soll eine Theorie der Handlungserklärung überhaupt erst den Zugang zum Verständnis bestimmter Handlungen öffnen oder soll sie eine Reflexion darstellen auf etwas, was wir längst schon können? Hier gibt v. Wright ebenfalls keine klare Antwort. Unserer Meinung nach sollte eine Handlungstheorie eine bestimmte Weise des Verstehens von Handlungen ermöglichen. Handlungen werden erfaßt, soweit sie dem gesellschaftlich Üblichen entsprechen oder bei Teilgruppen und Einzelpersonen auch, soweit sie vom gesellschaftlich Üblichen in regelmäßiger Weise abweichen. Auf die Gefahr ermüdender Wiederholung hin möchte ich hier noch einmal betonen, daß damit Tätigkeiten aus nicht normierten Bereichen unseres Lebens nicht ihren Handlungscharakter verlieren. Sie sind nur nicht mehr "aus der Distanz" deutbar. Die Unklarheiten, die sich aus einer Mischung von subjektiven und "objektiven" (Normen) Erklärungsgründen bei v. Wright ergeben, lassen sich durch eine Anbindung der Handlungstheorie an bestimmte Problembereiche vermeiden.

Um zu dem Problem der systematischen Eigenständigkeit der Handlungsdeutung durch Handlungsnormen zurückzukommen, möchte ich zwei Fälle betrachten. Zunächst können durch Handlungsnormen Handlungen als bestimmte Mittel zu normierten Zwecken festgelegt werden. D.h., dadurch, daß in einer bestimmten Situation eine bestimmte Handlung gefordert wird, soll garantiert werden,

daß sich die als Zweck ausgezeichneten Handlungsfolgen auch einstellen. Normen dieser Art können wie die Handlungsnormen eines technischen Verfahrens behandelt werden. Fast alle Normen, die in Gesetzen, Verordnungen oder durch den Handelsbrauch festgelegt sind, haben diesen "sozialtechnischen" Charakter.

Neben diesen "sozialtechnischen" Normen kennen wir aber auch Normen, die sich keinen Zwecken zuordnen lassen. Das schon oft erwähnte Beispiel hierfür sind die Regeln der Höflichkeit. Mit sozialen Handlungen können wir unsere Haltung gegenüber anderen Menschen ausdrücken, etwa unsere Wertschätzung, Anerkennung oder Ablehnung. D.h., solche Handlungen teilen mit, welche Disposition man gegenüber anderen Menschen, ihren Zwecken und Handlungen einnehmen will. Meist ist uns dieser Gehalt der Handlungen gar nicht recht bewußt. Man handelt so aus Gewohnheit, lediglich bei Normverstößen wird die Bedeutung solcher Handlungen als Ausdruck einer bestimmten Haltung schlagartig ins Bewußtsein gebracht.

Schon bei dem einfachen Beispiel der Höflichkeitsregeln läßt sich übrigens schön zeigen, welche Bedeutung der Frage nach der Argumentationszugänglichkeit von Tätigkeiten für die eigene Orientierung in der sozialen Welt zukommt. Angenommen, man trifft einen Bekannten auf der Straße, der graßlos an einem vorbeigeht. Man weiß, daß dies eine Situation war, in der der Bekannte eigentlich hätte grüßen müssen. Die Frage stellt sich, hat er einen übersehen oder wollte er einen absichtlich schneiden? Diese Frage kann Anlaß zu einem klärenden Gespräch geben. Würde man sich in einem fremden Kulturkreis befinden und mit dessen Höflichkeitsregeln nicht vertraut sein, so würde sich auch ein solches Problem nicht ergeben. Da man nicht weiß, wie und wann hier begrüßt wird, kann man natürlich auch kein Unterlassen einer Grußhandlung feststellen, das wiederum Anlaß zur Frage nach Intentionen geben kann. Hieran sollte auch ein hartgesottener Intentionalist erkennen können, daß erst die "objektive" Vermittlung von Handlungsgründen über Schemata, Handlungs- und Situationsnormen den Anstoß zur Frage nach Intentionen

nen geben kann.

Die Probleme, die mit Haltungen und den sozialen Handlungen, die sie zum Ausdruck bringen, zusammenhängen, sind recht kompliziert. Glücklicherweise spielen sie in ökonomischen Zusammenhängen keine unmittelbare Rolle, so daß ich nicht weiter auf sie eingehen muß. Es genügt, auf die grundsätzlich neuen Problembereiche, die sich bei der Deutung sozialer Handlungen ergeben, hingewiesen zu haben.

Bei der Deutung sozialer Handlungen durch Situationsnormen ergeben sich gegenüber der Deutung technischer Handlungen keine besonderen Fragenkomplexe. Der entscheidende Unterschied besteht eben darin, daß bei Normen für soziale Handlungen in den Situationsbeschreibungen Prädikatoren für soziale Handlungen vorkommen können.

Als ein sozialen Handlungen eigenes Begründungsschema haben wir schließlich die Befugnis kennengelernt. Die Rolle, die Befugnisse zur Deutung von Handlungen spielen, wird weitgehend unterschätzt, obwohl gerade durch sie das konkrete Reich der Freiheit in einer Gesellschaft festgelegt wird. Ein Grund für die geringe Aufmerksamkeit, die man den Befugnissen entgegenbringt, mag darin liegen, daß man den Bereich der Befugnisse gewissermaßen als unendliche Komplementärmenge zu der Menge der gebotenen bzw. verbotenen Handlungen ansieht. Die besondere Bedeutung der Befugnisse liegt dort, wo sie explizit als Angebot zur Wahl verschiedener Handlungsalternativen ausgesprochen sind. Handlungen und Zwecke, deren Ausführung und Verfolgung freigestellt sind, stellen das Reservoir für die Bildung von Maximen dar und damit ein entscheidendes Element der Persönlichkeitsbildung.

Ein wichtige Rolle spielte der Begriff der Befugnis bei der Einführung des Bedürfnisbegriffs. Es mag zwar prima facie etwas gekünstelt erscheinen, auch im Zusammenhang mit sog. natürlichen Bedürfnissen von freigestellten Handlungen zu sprechen.

Denn in der Tat ist es ja biologisch notwendig, daß man in bestimmten Zeitintervallen eine Mindestmenge an Nahrungsmitteln und Flüssigkeit zu sich nimmt. Normalerweise ist es jedoch freigestellt, zu welchen Zeiten und in welcher Weise man die erforderliche Nahrung zu sich nimmt, also wann man wieviel und was verzehrt. Von der konkreten bedürfnisbefriedigenden Handlung, die eigentlich gedeutet werden soll, läßt sich nicht von einer notwendigen Handlung sprechen. Dies gilt übrigens nur beschränkt in Gefängnissen, Krankenhäusern oder Klöstern, wo man eben in den Möglichkeiten seiner Bedürfnisbefriedigung stark eingeschränkt ist. Die bedürfnisbefriedigenden Handlungen selbst können übrigens streng schematisiert sein.

Eine genaue Kenntnis gesellschaftlicher Befugnisse ist bei der Beurteilung einer Gesellschaft bezüglich sozialer und ökonomischer Ungleichheit erforderlich. Man kann sich in dieser Hinsicht kein genaues Bild über den Zustand einer Gesellschaft verschaffen, wenn man nur die monetäre Seite der Verteilung kennt und nicht die materiale Seite, d.h. die schichtspezifische Verteilung des Konsumgüterangebots. Die Kenntnis des letzteren wird aber über die Kenntnis von Befugnissen vermittelt.

Von besonderem ökonomischen Interesse sind zwei Aspekte der Deutung von Handlungen durch Befugnisse. Und zwar ist man an der Herausbildung von Maximenstrukturen sowohl auf der Konsumtions- wie auf der Produktionsseite interessiert. Die Maximen, die sich im Rahmen der Befugnisse bei den Konsumenten bilden, bestimmen einen nicht unwesentlichen Teil der Nachfrage. Die Bildung der Nachfrage läßt sich ja teilweise durch Handlungs- und Situationsnormen deuten. Dies ist z.B. trivial, wenn es sich bei bestimmten Einkäufen um Folgelasten früherer Anschaffungen handelt, es ist weniger trivial, wenn die Anschaffung durch sozialen Druck induziert wird. Daneben gibt es aber einen Bereich, in dem man durchaus eigene Zwecksetzungen verwirklichen kann und wo man mit einigem Recht von der Konsumentensouveränität sprechen könnte. Ökonomen verwenden den Ausdruck "Konsumentensouveränität" meist im Sinne einer unbeschränkten Konsumfreiheit. Da sie die gesellschaftliche Vermittlung der

Handlungsalternativen durch Befugnisse nicht sehen oder nicht sehen wollen, erhält die Rede von der Konsumentensouveränität häufig einen ideologischen Charakter²⁹⁾.

Der zweite Aspekt, der an dieser Stelle zu erwähnen ist, betrifft die Maximenstrukturen auf der Produktions- oder Unternehmensseite. Diese Maximen können qualitativer Art sein und sich auf das Produkt und den technischen Prozeß seiner Fertigung beziehen oder quantitativer Art sein und die Gestaltung von Gewinn, Umsatz und Kosten betreffen. Obwohl auf der Unternehmerseite die Bereiche, die normiert sind, sich von den Bereichen, die durch Befugnisse ausgegrenzt sind, wegen der hohen Verrechtlichung relativ leicht trennen lassen, erfuhr das Verhältnis von "Ökonomie und Recht", um das zutreffende Schlagwort zu gebrauchen, bislang viel zu wenig Beachtung.

2 Die Überprüfung von Deutungsbehauptungen für soziale Handlungen

Die speziellen Probleme, die sich bei der Überprüfung von Deutungsbehauptungen sozialer Handlungen ergeben, lassen sich in drei Fragenkomplexen zusammenfassen:

- (a) Wie erhält man die zur Deutung erforderlichen Normen, Maximen und Befugnisse?
- (b) Wann ist die Zuordnung einer Norm, Befugnis oder Maxime - im folgenden kurz Regelung genannt - zu einer Handlung korrekt erfolgt?
- (c) Welche Forderungen ergeben sich aus den besonderen Bedingungen der Deutung sozialer Handlungen für die Prognosefähigkeit von Handlungen?

a) Der Kenntniserwerb von Regelungen

Die erste Frage mag in diesem Zusammenhang etwas überraschen.

Prima facie sieht es ja so aus, daß man eine Handlung feststellt sowie eine Situation, in der gehandelt wird, und die Verbindung von Handlungssituationen und Handlung bzw. Handlungsfolgen über eine Regelung herstellt. Man könnte dabei an eine Analogie zur Erklärung von Naturvorgängen durch die Angabe eines Verlaufsgesetzes denken, wobei die Frage, wie man auf die Verlaufsgesetze kommt, auch keine Frage der Methodologie ist. Dieser erste Eindruck trägt jedoch. In den Naturwissenschaften gibt ein Verlaufsgesetz eine in der Regel mathematische Verknüpfung von Meßdaten wieder. Bei der Frage nach der formalen Gestalt des Verlaufsgesetzes entscheidet man sich für die mathematische Formulierung, die sich den Meßergebnissen am besten anpaßt, wobei bei dieser "Optimierungsaufgabe" noch heuristische Randbedingungen - z.B. der Gesichtspunkt der Einfachheit - eine Rolle spielen. Verlaufsgesetze sind also Erfindungen der Naturwissenschaftler, keine der Natur abgelauschten Geheimnisse, oder welche Metapher man hier auch verwenden will³⁰⁾. Die Regelungen, die zur Deutung einer Handlung dieser zugeordnet werden sollen, sind dagegen keine eigenen Konstrukte. Eine Norm ist eben nicht die bloße Konstatierung eines korrelativen Zusammenhangs; darauf haben wir schon wiederholt hingewiesen. Sie hat vielmehr in der Gruppe, welcher die Person angehört, deren Handlung gedeutet wird, eine faktische Begründungsfunktion.

Im wesentlichen gibt es zwei Arten, wie man sich die Kenntnis gesellschaftlich relevanter Regelungen verschaffen kann. Einmal lernt man einen Teil dieser Regelungen als Mitglied der Gesellschaft und verschiedener ihrer Teilgruppen in der alltäglichen Lebenspraxis. Durch Erziehung, Schule, Berufsausbildung werden wir mit den einschlägigen Regelungen unseres Lebensbereiches vertraut gemacht. Wir lernen ihre Relevanz beurteilen über das Gelingen und Mißlingen unserer eigenen Lebenspraxis. Häufig sind uns viele Regelungen so selbstverständlich geworden, daß wir sie gar nicht mehr explizit im Kopfe haben. G.H.v. Wright drückt dies treffend aus: "Externe Handlungs determinanten sind uns wie Stimuli gegeben, auf die wir reagieren. Solche Reaktio-

nen müssen erlernt werden - gerade wie bedingte Reflexe. Die Aneignung institutionalisierter Verhaltensformen ist mit charakteristischen Motivationen verknüpft. Ich werde diesen motivationalen Mechanismus normativen Druck nennen.

Eine mangelnde Anpassung an rechtliche, moralische oder sonstige Regeln des Verhaltens und guten Benehmens hat für den Handelnden gewöhnlich unerfreuliche Folgen."³¹⁾

Allerdings kann man es bei dieser Feststellung nicht bewenden lassen. Aufgabe der Sozialwissenschaften ist es häufig, gerade solche, schon so selbstverständlich gewordenen Beziehungen explizit zu machen. Die Explikation erfordert neben der Systematisierung von Sätzen und Imperativen aus der Lebenspraxis nach syntaktischen Kriterien in Regeln, Normen, Maximen usw. und nach strukturellen Eigenschaften der Über- und Unterordnung, insbesondere die Untersuchung von Sozialisationsprozessen daraufhin, an welcher Stelle die heutigen Selbstverständlichkeiten einmal explizit als Regelungen eingeführt worden sind. Der letztere Aspekt mag besonders im Hinblick auf Teile der modernen Soziologie (z.B. Interaktionsforschung) von Interesse sein, im wirtschaftlichen Bereich sind die Regelungen jedoch meist explizit gegeben, so daß das Aufspüren durch die Analyse von Sozialisationsprozessen keine große Rolle spielen dürfte.

Die Kenntnisse von Regelungen aus Handlungsbereichen, die nicht zum eigenen Handlungsbereich gehören, erwirbt man sich durch Mitteilungen. Wegen der starken Verrechtlichung des Wirtschaftslebens spielen dabei vor allem Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen eine große Rolle. Derartige explizite Mitteilungen sind wegen deren Öffentlichkeit besonders einfach zu erhalten. Daneben besteht auch ein großer Teil der sog. "theoretischen" Berufsausbildung eines Ökonomen, etwa während des Studiums, in der Mitteilung von Regelungen aus bestimmten wirtschaftlichen Handlungsbereichen. Besonders deutlich ist das bei der Ausbildung von Betriebswirten, wo z.B. die Vermittlung von derartigen Regelungen durch "Case-Studies"

eine große Rolle spielt. Die Case-Studies sind nicht lediglich besondere didaktische Hilfsmittel, sie vermitteln vielmehr in paradigmatischer Weise, wie in bestimmten Situationen ein "guter" Manager zu handeln hat. Mitteilungen über Regelungen sind in unterschiedlicher Weise zugänglich. Manche Regelungen sind öffentlich publik gemacht, andere - etwa die Kalkulationsverfahren großer Konzerne - werden nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten mitgeteilt, und es bedarf in diesen Fällen schon detektivischer Arbeit, sie zu ermitteln.

Mitteilungen über Regelungen sind für die Formulierung von Deutungsphyothesen zunächst von Interesse, wenn sie von einem statistisch signifikanten Teil der Gruppe, für die die Regelungen Geltung beanspruchen, akzeptiert werden. Die verbale Akzeptierung einer Regelung ist ein erstes Indiz für ihre Begründungsfunktion in der Gruppe³²⁾. Da die verbale Akzeptierung schließlich durch Befragung eingeholt werden muß, stoßen wir hier wieder auf manche Probleme, die wir schon bei der Diskussion um die subjektiven Zwecke kennengelernt haben. So mag im Einzelfall der Interviewte sich irren oder lügen. Der fundamentale Unterschied zwischen solchen Fehlangaben und solchen, die subjektive Zwecke betreffen, liegt darin, daß im ersten Fall der Irrtum einzelner durch die Auskunft anderer korrigiert werden kann. Schließlich ist man nur daran interessiert, was in der Gruppe als Begründung gilt. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Gruppenmitglieder in ihrer Mehrheit bei der verbalen Akzeptierung falsche Angaben machen. Häufig konkurrieren verschiedene Regelungen in einer Gruppe und wenn die "offizielle" Regelung sanktionsbewehrt ist, so wird niemand zugeben, gegen sie zu verstoßen. Man wird in solchen Fällen dann Regelungen kennen, aber keine ihnen entsprechenden Handlungen, umgekehrt wird man auf Handlungen stoßen, für die es zunächst keine Regelungen zu geben scheint. Ob eine Norm aus Einsicht oder aus Furcht vor Sanktionen akzeptiert und befolgt wird, läßt sich erst aufgrund von Deutungsleistungen feststellen. Es ist deshalb nicht sinnvoll, die Frage der Gültigkeit von Normen daran festzumachen, ob sie sanktionsbewehrt sind

oder nicht. Dies führt uns schon zur eigentlichen Frage nach der Überprüfung von Deutungsbehauptungen. Zuvor aber noch eine Bemerkung.

Die ausführliche Darstellung der Art und Weise, wie wir Kenntnis von Regelungen erhalten, sollte deutlich machen, daß solche Kenntnis letzten Endes immer nur lebensweltlich erworben werden kann, d.h. die Regelungen und ihre Relevanz lernt man im redenden und handelnden Umgang mit Mitgliedern einer Gruppe. Wo dieser primäre Zugang zu Regelungen nicht gegeben ist, eröffnet sich über sprachliche Mitteilungen ein sekundärer Zugang. Letzteres setzt allerdings voraus, daß es für den Mitteilenden und den Empfänger der Mitteilung einen gemeinsamen Fundus an Situationsverständnis gibt, d.h. der Empfänger muß die sprachlichen Unterscheidungen, die der Mitteilende verwendet, kennen oder nachvollziehen können. Ist ihm dies nicht möglich, so bleibt nur der primäre Zugang zu den Regelungen einer Gruppe und er muß sich dazu in die Gruppe "einleben".

b) Die Überprüfung von Deutungsbehauptungen

Um nun eine Regelung als ungeeignet zur Deutung von Handlungen bzw. Handlungsfolgen zurückzuweisen, sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten gegeben. Angenommen, wir erkennen eine Handlung H mit den Folgen S', außerdem kennen wir eine Situationsnorm $S \rightarrow !S'$ (bzw. eine Handlungsnorm $S \rightarrow !H$). Läßt sich nun feststellen, daß ein statistisch signifikanter³³⁾ Teil der Adressaten der Regelung die Situation S' herbeiführt bzw. die Handlung H ausführt, ohne daß die im Antecedens der Regelung angegebene Situation S gegeben war, so ist die Regelung zur Deutung der Handlung nicht geeignet. Auf ihre Gültigkeit kann jedoch damit kein Rückschluß gezogen werden. Stellen wir nun umgekehrt fest, daß die im Antecedens einer Regelung angegebene Situation S gegeben ist, jedoch ein statistisch signifikanter Teil der Adressaten die geforderte Situation S' nicht herstellt bzw. die Handlung H nicht ausführt, so ist zunächst zu prüfen, ob

nicht eine Ausnahmeregelung gegeben ist. Eine Ausnahmeregelung umfaßt im Antecedens neben der Situationsbeschreibung S noch zusätzliche Situationsmerkmale und fordert zu anderer Zweckverfolgung (Handlungsausführung) auf. Ist die Ausnahmesituation nicht gegeben, so ist die Regelung nicht gültig. Da die Regelung nicht zur Deutung herangezogen werden kann, bleibt das ursprüngliche Deutungsproblem bestehen und u.U. erhebt sich noch die Forderung, die Unterlassung der Verfolgung von S' bzw. der Ausführung von H zu deuten. Dies jedenfalls dann, wenn es sich um eine Regelung handelt, die von einem statistisch signifikanten Teil einer Gruppe verbal akzeptiert wird. Von Unterlassungen als Handlungen kann man überhaupt nur reden in bezug auf Handlungs- oder Situationsnormen, weil durch diese die Erwartung der Ausführung einer Handlung begründet ist. Dadurch, daß diese Erwartung, die in der Kenntnis der Regelung begründet ist, enttäuscht wird, wird auch erst der Umstand, daß eine Handlung nicht stattfindet, registrierbar.

Die beiden grundsätzlichen Möglichkeiten, Deutungsbehauptungen zu widerlegen, klingen zunächst recht trivial. Die erste Schwierigkeit tritt auf bei der Erfassung der Antecedens-Bedingung einer Norm. Wie schon bei der Erläuterung der Deutung technischer Handlungen klar wurde, ist es leicht möglich, daß sich das Vorliegen von S bei der Ausführung von H oder der Herstellung von S' nicht mehr feststellen läßt. Beim technischen Handeln ließen sich jedoch wesentliche Bestandteile von S über die Kenntnis von Verlaufsgesetzen als im naturwissenschaftlichen Sinn notwendige Bedingungen rekonstruieren. Bei sozialen Handlungen haben wir es lediglich mit pragmatischen Notwendigkeiten zu tun. Diese begründen bestenfalls die Vermutung, daß S vor der Ausführung der festgestellten Handlung gegeben war. Diese Vermutung wird noch weiter abgeschwächt, wenn es verschiedene sozialtechnische Verfahren bzw. Normstrukturen gibt, zu deren Bestandteil die fragliche Handlung (bzw. Handlungsfolge) gehört. Es bleibt in diesen Fällen nur die Vermutung, daß einer von alternativen Gründen vorlag. Ähnlich wie beim technischen Handeln können durch die Feststellung einer

Sequenz von Handlungen oder Handlungsfolgen die Deutungsalternativen reduziert werden, ohne daß allerdings Gewißheit im naturwissenschaftlichen Sinne erreicht werden kann.

Diese Schwierigkeit bei der Rekonstruktion der Antecedens-Bedingung ergibt sich natürlich nicht nur bei der Arbeit des Sozialwissenschaftlers, sie ergibt sich ständig bei der Deutung sozialer Handlungen im alltäglichen Leben. Schon bei der Schematisierung von Handlungen kann diesem Problem Rechnung getragen werden. Die strenge Schematisierung mancher Handlungen durch unser Rechtswesen hat nicht nur Bedeutung für die Identifikation der Handlung, durch sie werden auch Indizien für das Vorliegen von bestimmten Situationen geschaffen. Gibt es für ein abstraktes Handlungsschema (z.B. "Vertragschließen") Trägerhandlungen unterschiedlicher Form, so wird durch Regeln festgelegt, wann welche Trägerhandlung zum Zuge kommt. Ein kleines Beispiel: Im Zivilrecht herrscht bei uns der Grundsatz der Privatautonomie, d.h. von bestimmten Ausnahmen abgesehen steht es den Vertragspartnern frei, wie sie ihr Rechtsverhältnis gestalten wollen. Wir kennen es aber als eine Regel, die wirtschaftlicher Klugheit entspricht, daß man einen Kaufvertrag über einen Gegenstand von besonderem Wert oder mit einem unzuverlässigen Vertragspartner in schriftlicher und nicht in mündlicher Form abschließt. Dadurch wird kein eigener Zweck verfolgt, d.h. es wird keine Situation hergestellt, die nicht auch bei einem mündlichen Vertrag bestehen würde. Mit der Befolgung von Formvorschriften verleihen wir sozialen Handlungen lediglich eine gewisse Dauerhaftigkeit und dadurch wird in Streitfällen die Deutung unseres Handelns erleichtert.

Die zweite Schwierigkeit bei der Deutung sozialer Handlungen ergibt sich speziell bei der Deutung durch Situationsnormen. Wird in einem Einzelfall von einem Handelnden die Situation S' nicht realisiert, obwohl die Ausgangssituation S gegeben war, so kann man dies dann nicht als deutungsbedürftige Unterlassung interpretieren, wenn der Adressat der Handlung diese nicht verstanden oder wahrgenommen hat und deshalb sich S'

nicht einstellt. In diesen Fällen hat der Handelnde ein normalerweise taugliches Mittel gewählt, das aber in diesem Fall nicht "angekommen" ist. Um dies genauer verstehen zu können, müssen wir klären, was es eigentlich heißt, eine soziale Handlung sei ein Mittel zum Zweck. Angenommen, wir haben eine Situationsnorm N: "Für alle Mitglieder $i \in G$ gilt, wenn S, dann stelle S' her!" und eine Handlungsnorm R: "Für alle Mitglieder $i \in G$ gilt, wenn S gegeben und N befolgt werden soll (also keine Ausnahmeregelung zum Zuge kommt), dann führe die Handlung H aus!" sowie eine zweite Handlungsnorm R': "Für alle Mitglieder $i \in G$ gilt, wenn S gegeben und i die Handlung H ausgeführt hat, wobei $i \neq j$, dann führe H' aus!". Sind nun die Ausführung von H' bzw. analytische Folgen aus der Beschreibung von H' Bestandteile der Situationsbeschreibung S', so soll H Mittel zur Erreichung von S' heißen. Eine soziale Handlung wird also als Mittel zu einem Zweck allein durch eine Handlungsnorm bestimmt, genauer durch ein Paar von Handlungsnormen (einer Ausführungsnorm und einer Reaktionsnorm). Führt unter diesen Bedingungen jemand die Handlung H aus, so können wir darauf schließen, daß er den durch die Norm festgelegten objektiven Zweck S' verfolgt, selbst wenn die Situation S' nicht eintritt, weil H von anderen nicht oder falsch verstanden bzw. nicht beachtet wurde.

Damit haben wir bislang drei sinnstiftende Funktionen von Handlungsnormen kennengelernt: Solche Normen können den Ausdruck von Haltungen festlegen, sie können der Schaffung von Indizien für das Vorliegen von Situationen dienen und sie können schließlich bestimmte soziale Handlungen als Mittel zu Zwecken auszeichnen.

Als letzte Schwierigkeit soll schließlich noch der Vollständigkeit halber die Diskrepanz in der Situationserfassung von Handelndem und "Beobachter" erwähnt werden. Stellt jemand fest, daß sich die Person P in der Situation S befindet, sie aber nicht die geforderte Handlung H ausführt, so kann das daran liegen, daß P der Meinung ist, nicht S, sondern S' liege vor. Die Gefahr von Mißdeutungen, die in der trivialen Tatsache ih-

ren Ursprung hat, daß Irren menschlich ist, kann durch methodologische Überlegungen nicht völlig ausgeschlossen werden, und alle Deutungen sind ihr ausgesetzt. Tritt diese Diskrepanz jedoch nicht nur sporadisch, sondern regelmäßig auf, so kann angenommen werden, daß auf der einen oder anderen Seite situationsspezifische Informationsmängel vorliegen, die selbst wieder als Folge bestimmter, deutungsbedürftiger Handlungen zu begreifen sind.

Wir haben in diesem Abschnitt wieder gesehen, wie eng das Zusammenspiel der verschiedenen Begründungstypen bei der Überprüfung von Deutungsbehauptungen ist: Zunächst müssen wir eine Tätigkeit überhaupt erst als Realisierung eines Handlungsschemas identifizieren, wir müssen dann Handlungsnormen kennen und ihren Sinn, um feststellen zu können, ob die Handlung als ein Mittel zu einem Zweck bestimmt ist oder ob sie andere Funktionen zu erfüllen hat. Vor allem wurde klar, daß die Kenntnis der Bedeutung sozialer Handlungen anders wie bei technischen Handlungen nicht im "Labor" erworben werden kann, sondern letzten Endes im Umgang mit den Mitgliedern einer Gruppe. Schließlich haben wir noch einige Schwierigkeiten abgehandelt, die für die Deutung sozialer Handlungen spezifisch sind. Als letzte Frage stellt sich nun, wie die Überlegungen zur Deutung bereits ausgeführter Handlungen bzw. verwirklichter Zwecke zur Prognose von Handlungen benutzt werden können.

C Das Prognoseproblem

Wir wie wir gesehen haben, ist die prognostische Relevanz für die Empiristen - aber auch für die kritischen Rationalisten - von ganz entscheidender methodologischer Bedeutung: nur solche empirischen Hypothesen sollen als bestätigt akzeptiert werden, die sich zur Prognose bewährt haben. Dieser Gedanke wurde natürlich zuerst im Hinblick auf die Physik und andere Naturwissenschaften formuliert, wir wollen deshalb unsere Erörterungen mit einem kurzen Seitenblick auf die Physik beginnen.

In der Physik haben wir es mit Verlaufsgesetzen der Form $S_{t+\delta} = F(S_t)$ zu tun, wobei S_t bzw. $S_{t+\delta}$ Situationsbeschreibungen zur Zeit t bzw. $t+\delta$ sind und F eine Transformationsgruppe, die für jedes δ angibt, wie S_t sich in $S_{t+\delta}$ ändert. Stellt G ein anerkanntes System solcher Verlaufsgesetze dar und S_0 eine als wahr anerkannte Situationsbeschreibung aus Vergangenheit und Gegenwart, so können wir für zukünftige Zeitpunkte t aus $G \wedge S_0$ Zukunftsaussagen A_t ableiten. Wird A_t aus $G \wedge S_0$ impliziert, so sagen wir, daß A_t "notwendig relativ zu $G \wedge S_0$ " ist. Da sich die Implikation auf Verlaufsgesetze bezieht, haben wir auch von Notwendigkeit im naturwissenschaftlichen Sinne gesprochen. Daß A_t notwendig relativ zu $G \wedge S_0$ ist, garantiert natürlich nicht, daß es auch eintreten wird. Wenn wir in unserem technischen Handeln dennoch auf das Eintreffen von A_t vertrauen, dann deshalb, weil dieses Vertrauen in der Vergangenheit noch nie enttäuscht worden ist³⁴⁾.

Nach unseren bisherigen Ausführungen liegt es auf der Hand, daß sich in der Ökonomie derartige Zukunftsaussagen nicht gewinnen lassen. Trotzdem ist es auch hier möglich, Zukunftsaussagen abzuleiten. Dazu müssen zunächst die Regelungen eines Handlungsbereichs³⁵⁾ systematisiert und strukturiert werden. Bei der Analyse des technischen Handelns haben wir schon gezeigt, daß die Strukturierung von Handlungs- und Situationsnormen nicht nur ihre Über- und Unterordnungsbeziehungen im Sinne einer Zweckhierarchie wiedergibt, sondern darüber hinaus auch die pragmatischen Notwendigkeiten aufzeigt, die zwischen bestimmten Handlungen bzw. Handlungsfolgen bestehen, d.h. man kann einem strukturierten System von Regelungen entnehmen, welche Handlungen einer bestimmten Handlung vorausgegangen sein müssen. Man denke hier, wie gesagt, am besten an eine Netzplandarstellung. Fügt man diesem strukturierten System von Regelungen die Behauptung hinzu, daß die Anfangssituation S_0 des Systems gegeben ist, und stellt man das Ganze unter die Prämisse, daß die Adressaten der Regelungen die geforderten Zwecke verfolgen bzw. die geforderten Handlungen ausführen, so lassen sich aus diesem Satzsystem Zukunftsaussagen S_n ableiten, die

sich auf auszuführende Handlungen und deren zukünftige Folgen beziehen. Solche Ableitungen können wegen der reichhaltigen logischen Struktur (zur Aussagenlogik kommen noch mellontische und deontische Modalitäten hinzu) des Satzsystems recht kompliziert werden, insbesondere kann das Vorkommen von Befugnissen im Regelungssystem, durch das verschiedene Handlungsalternativen zur Wahl freigestellt werden, Fallunterscheidungen erfordern. Auf diese mehr technischen Einzelheiten möchte ich hier jedoch nicht eingehen³⁶⁾.

Solche bedingten Zukunftsaussagen werden Projektionen genannt³⁷⁾. Sie stehen bei analytischen Wissenschaftstheoretikern in geringem Ansehen. Der Grund dafür ist offensichtlich, denn schließlich ist ja die Prämisse, daß alle Adressaten der Regelungen diese auch befolgen, nicht aus Verlaufsgesetzen abgeleitet, noch stellt sie selbst ein Verlaufsgesetz dar, sie ist in den Augen der Analytiker eine bloße ad-hoc-Annahme und damit sind die abgeleiteten Zukunftsaussagen letztlich unwissenschaftlich. Nicht weniger offensichtlich ist aber auch, daß bis heute in den Sozialwissenschaften und speziell in der Ökonomie noch kein einziges Verlaufsgesetz gefunden worden ist, was ja wohl auch kein empiristischer oder kritisch-rationaler Wissenschaftstheoretiker bestreiten würde³⁸⁾. Das heißt aber auch, daß alle "Prognosen" in der Ökonomie bislang eben nur Projektionen, Prophetie o.ä. sind, bei denen lediglich aufgrund ihres mathematischen Aufbaus die "ad-hoc-Annahmen" offen dargelegt und klar zu erkennen sind. Wer also die prognostische Relevanz von ökonomischen Hypothesen zu einem Kriterium der "Wissenschaftlichkeit" der Ökonomie macht, muß gleichzeitig auch zugeben, daß die Ökonomie heute weit davon entfernt ist, das Stadium einer Wissenschaft zu erreichen.

Wenn wir auch zeigen konnten, daß es mit den uns zur Verfügung stehenden methodologischen Mitteln möglich ist, Projektionen zu erstellen, so stellt sich - nicht zuletzt unter dem Eindruck der Kritik aus Kreisen der analytischen Wissenschaftstheoretiker - die Frage, ob ihre Erstellung auch sinnvoll ist.

Für die Systematisierung und Strukturierung von Regelungen des durch die ökonomische Aufgabenstellung charakterisierten Handlungsbereichs zu Deutungszwecken ist das Interesse an einer Bewältigung ökonomischer Konflikte durch Beratung leitend. Und unter diesem Interesse erweisen sich auch Projektionen als durchaus sinnvoll. Eine Projektion gibt die soziale Entwicklung so wieder, wie sie sein soll, d.h. wie sie den Regelungen entspricht. Die Prämisse ist dabei nicht als eine Behauptung über das faktische Handeln der Betroffenen zu verstehen. Sie bringt lediglich zum Ausdruck, daß der Sinn von Regelungen in ihrer Befolgung besteht, und expliziert damit die Ordnungs- und Orientierungsfunktion von Regelungen. Mit der Prämisse wird die notwendige Bedingung der Deutung von Handlungen angegeben. Wenn man bestehende Regelungen beurteilen will, so immer unter der Annahme, daß sie von den Adressaten verstanden und befolgt werden, und jeder Vorschlag einer Regelungsänderung, der in einer Beratung gemacht wird, muß sich nach den Konsequenzen beurteilen lassen, die sich aus seiner allgemeinen Befolgung ergeben würden. Durch eine Projektion wird also der Beratungsgegenstand festgelegt, d.h., mit ihr wird keine Auskunft darüber gegeben, was sein wird, sondern was zur Disposition steht, was also eintreffen wird, wenn es in der Beratung so beschlossen wird (man es will) und man entsprechend dem Beschluß handelt. Jedes Argument für oder gegen ein bestehendes System von Regelungen wird sich auf die analytischen Folgerungen beziehen müssen, die sich aus diesem System durch eine Projektion ableiten lassen.

Von dieser Funktion in der Beratung aus ergibt sich auch ein Bewährungskriterium für Projektionen, das gänzlich anderer Art ist wie das für Prognosen. Ergibt eine Projektion, daß aufgrund bestehender Regelungen Konflikte zu erwarten sind, so wollen wir sagen, sie hat sich bewährt, wenn die Beratung zu einer Änderung dieser Regelungen führte, mit dem Ergebnis, daß die projizierten Konflikte nicht eintreten³⁹⁾. Nun könnte man gegen dieses Bewährungskriterium einwenden, es sei eben durch nichts

bewiesen, daß sich ein projizierter Konflikt bei Unterlassen von Gegenmaßnahmen tatsächlich einstellen würde. Schließlich ist es denkbar, daß bislang unberücksichtigte Faktoren das Eintreten des Konflikts auch ohne Gegenmaßnahmen ausschließen würden. Dieses, in politischen Zusammenhängen gegen Reformbestrebungen häufig vorgebrachte Argument ist jedoch so global nicht stichhaltig.

Es ist trivial, daß das einer Projektion zugrunde liegende System von Regelungen unvollständig sein kann, genauso wie es trivial ist, daß zumindest einige Adressaten der Regelungen sich nicht an diese halten. Aber auch bei einem Verlaufsgesetz rührt unser Vertrauen auf das Eintreffen prognostischer Ereignisse von der Kenntnis der Bewährung in der Vergangenheit her, niemand kann Faktoren ausschließen, die das Zutreffen einer bislang bewährten Hypothese ausschließen. Es ist ein minimales Erfordernis der Rationalität, daß wir unserem Planen und Handeln das zugrunde legen, was wir wissen. Eine Handlung, die sich unserem Wissen nach begründen läßt, mit dem Hinweis zu unterlassen, ein vielleicht eintretender und uns bislang unbekannter Umstand könnte die Handlung überflüssig machen, ist irrational. Da man über soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge nicht mehr weiß, als in einer sorgfältig erstellten Projektion steckt, kann man in einer vernünftigen Beratung auch nur dieses seinen Vorschlägen und Beurteilungen zugrunde legen, und weil unser Wissen nicht abschließbar ist, wird auch unsere Zukunft ungewiß bleiben müssen. Neben diesem globalen Verweis auf die Beschränktheit unseres Wissens steckt in dem Einwand aber noch ein Hinweis auf eine spezifische Unsicherheit, die sich nur in sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen ergibt, der ernster zu nehmen ist.

Bei Beratungen wird es in der Regel nicht möglich sein, alle, deren Handlungen für den Gang der Beratung von Bedeutung sind oder die von zu beschließenden Handlungen betroffen werden können, in die Beratung mit einzubeziehen. D.h., daß wir bei der eigenen Handlungsplanung die Handlungen anderer als nicht zur

zur gemeinsamen Disposition stehend berücksichtigen müssen. In Projektionen gehen Annahmen über solche Handlungen, genauer über die Regelungen, die solchen Handlungen zugrunde liegen, als Rahmenbedingungen ein. Das Problematische an diesen Annahmen liegt nun nicht darin, daß man davon ausgeht, die Handelnden folgten den für sie relevanten Regelungen, sondern daß man unterstellen muß, daß diese Regelungen in einem bestimmten Zeitraum auch nicht geändert werden. Bezüglich solcher Regelungen hat man also durchaus ein "prognostisches" Interesse, d.h. man möchte wissen, ob mit ihrer Beibehaltung oder Änderung zu rechnen ist, unabhängig davon, wie man die Handlungen und ihre Folgen beurteilt. Gibt es also Gründe, die die Erwartung stützen, daß Regelungen nicht geändert werden? Die Antwort lautet, daß es solche Gründe lediglich für eine Teilklasse von Regelungen, den institutionalisierten Regelungen, wie ich sie nennen möchte, gibt. Zur Begründung dieser These möchte ich zunächst kurz auf die soziale Funktion von Regelungen eingehen.

Wie wohl inzwischen hinlänglich deutlich geworden ist, sind Regelungen die Bedingungen zwischenmenschlicher Verständigung überall dort, wo ein alles Handeln umfassender enger Lebenszusammenhang nicht gegeben ist. Wir können eine Handlung verstehen, weil wir wissen, daß man in einer solchen Situation, in der sich der Handelnde befindet, diese Handlung ausführt bzw. bestimmte Handlungsfolgen als Zweck verfolgt. Regelungen schaffen eine Ordnung der sozialen Welt und ermöglichen dadurch die Orientierung in ihr und zwar in dem Sinne, daß sie die sprachliche Verständigung gewährleisten und die Verständlichkeit von sozialen Handlungen sichern. Bedingung dafür ist, daß einmal der Kreis der Adressaten, an den sich eine Regelung wendet, deutlich bestimmt ist und daß zum anderen die Regelung über einen längeren Zeitraum hin Gültigkeit beansprucht. Ohne ein "Gesetz" hier formulieren zu wollen, kann man sagen, daß in dem Maße, in dem sich der Zeitraum zwischen Regelungsänderungen verringert, ihre Orientierungsfunktion verloren geht, d.h. die Unsicherheit unter den Betroffenen wächst. Dies gilt

ganz besonders für Regelungen, die an der Spitze eines strukturierten Regelungssystems zu finden sind, weil hier eine Änderung auch die Änderung der untergeordneten Regelungen erforderlich macht und damit die Unsicherheit vermehrt. Das Auftreten solcher Desorientierungen wird dann vermieden, wenn bestimmte Regelungen als nicht weiter begründungsbedürftig gelten und als selbstverständlich hingenommen werden. Damit, daß eine Norm nicht begründungsbedürftig sei, meine ich, daß entweder überhaupt keine weiteren Begründungen dazu angegeben werden oder aber die Situation, zu deren Herbeiführung aufgefordert wird, sich als unmittelbares Mittel zur Ausführung solcher bedürfnisbefriedigender Handlungen darstellt, die gesellschaftlich akzeptiert sind⁴⁰⁾. Solche Regelungen sollen Begründungsbasis genannt werden. Man kann es den Regelungen oder ihrer Stellung im strukturierten Regelungssystem natürlich nicht ansehen, ob sie als begründungsbedürftig gelten oder nicht. Die Begründungsbedürftigkeit von Regelungen läßt sich nur ergründen, indem man an Diskursen, die in einen bestimmten Handlungsbereich gehören, teilnimmt oder diese zumindest verfolgt. Man kann dann feststellen, an welchen Stellen üblicherweise keine weiteren Begründungsaufforderungen an Diskursteilnehmer gestellt werden und damit der Diskurs endet. Zu beachten ist, daß es hier um die faktische Begründungsbedürftigkeit von Regelungen geht, d.h. die allgemeine Zustimmung zu bestimmten Regelungen braucht nicht unbedingt der Überzeugung zu entspringen, diese Regelungen seien keiner weiteren Begründung - etwa im Sinne des Vernunftprinzips - fähig. Es genügt, daß z.B. durch Sanktionen Kritik und ein damit verbundenes Änderungsverlangen an bestimmten Regelungen untersagt ist.

Diese Selbstverständlichkeit, mit der in einer Gesellschaft heute bestimmte Regelungen als Begründungsbasis akzeptiert werden, kann natürlich morgen schon verloren gehen. Die Orientierungskraft solcher zu einem bestimmten Zeitpunkt als fundamental eingeschätzten Regelungen kann man nun dadurch versuchen zu sichern, daß man ihre Änderung formal regelt, d.h. indem ein Verfahren festgelegt wird, innerhalb dessen eine Änderung

beraten und beschlossen werden muß. Damit wird die Verbindlichkeit einer Regelung bis zum Abschluß eines solchen Verfahrens auch für den Fall gesichert, daß die Regelung selbst in ihrer Begründungsfunktion von der Mehrzahl der Adressaten nicht mehr akzeptiert wird. Regelungen, die (a) in einem bestimmten Handlungsbereich als Begründungsbasis dienen und (b) deren Änderung nur unter Beachtung eines Verfahrens erfolgen kann, möchte ich institutionalisierte Regelungen nennen.

Ich möchte auf eine Gegenüberstellung meines Institutionalisierungsbegriffs mit solchen aus der Literatur verzichten⁴¹⁾, weil eine adäquate Diskussion zu weit vom eigentlichen Thema abführen würde und lediglich eine Bemerkung zu einem Vorschlag von C.F. Gethmann machen, der ebenfalls vor dem Hintergrund einer konstruktiven Handlungstheorie gemacht worden ist⁴²⁾. Gethmann versteht unter Institutionen im weiteren Sinn solche Regelungen, auf die man sich in Diskurskontexten in nicht mehr begründungsverpflichtender Weise berufen kann, und unter Institutionen im engeren Sinn diejenigen Regelungen, deren Befolgung durch soziale Sanktionen gesichert wird⁴³⁾. Einigkeit besteht nun mit Gethmann dahingehend, daß Institutionen eine ausgezeichnete Begründungsfunktion in Diskurskontexten haben, allerdings bin ich nicht der Meinung, daß allein die Androhung von Sanktionen die Befolgung von Regelungen sichert. Zunächst ist zu bedenken, daß derjenige, der gegen eine Regelung verstößt, damit rechnen muß, in seinem Handeln nicht verstanden zu werden. Durch Handeln, das nicht regelkonform ist, erschwert oder verunmöglicht man eine Deutung seines Handelns und damit wird es häufig auch erfolglos bleiben. Wer etwa in einem Kaufhaus versucht, seinen alten Mantel gegen ein Paar neuer Schuhe einzutauschen, der wird nicht verstanden werden, und er wird die begehrten Schuhe nicht bekommen, auch ohne daß Sanktionen ergriffen werden⁴⁴⁾. Faktisch ist es so, daß häufig nur einige bestimmte Abweichungen von einer Regelung mit Sanktionen bedroht sind und nicht alle. So zieht der Versuch, etwas gegen eine zum Verkauf angebotene Ware einzutauschen, keine Sanktionen nach sich, wohl aber der Versuch, sie zu stehlen. Durch die

Anbindung der Gültigkeit einer Regelung an ein Verfahren wird gewährleistet, daß sich jeder bis zu ihrer formellen Änderung in begründender Weise auf sie berufen kann. Zur Verdeutlichung möchte ich noch hinzufügen, daß es faktisch Regelungen gibt, die zwar eine Begründungsbasis bilden, trotzdem aber nicht institutionalisiert sind. Schließlich muß die Einsetzung wenigstens einiger Institutionen auf einem Konsens beruhen, der selbst nicht wieder institutionell gesichert sein kann (von dem Fall der Einsetzung von Institutionen durch Gewalt abgesehen). Ist dieser "Grundkonsens" in einer Gruppe nicht mehr gegeben, so ist die Gruppe vom Zerfall bedroht, weil die den Gruppenzusammenhang stiftenden Regelungen nicht mehr länger ihre Orientierungsfunktion erfüllen können. Auf der anderen Seite gibt es natürlich zahlreiche Regelungen, die als Gesetze, Verordnungen, Satzungen u.ä. formell geregelt sind, ohne daß sie als Begründungsbasis in Diskursen verwendet werden. So werden z.B. in rechts- und wirtschaftspolitischen Diskussionen die Einzelheiten des Kaufvertragsrechts als "technische" und damit zur Disposition stehende Einzelheiten behandelt, als Begründungsbasis wird dagegen der Grundsatz der Privatautonomie behandelt, so wie er in den §§ 241, 305 BGB seinen Niederschlag gefunden hat.

Ich möchte an dieser Stelle einen kleinen Exkurs einschieben über die Beziehung, die sich zwischen diesem Institutionenbegriff und der Aufgabenstellung der Sozialwissenschaften, insbesondere der Ökonomie herstellen läßt. Und zwar knüpfe ich dazu an eine Bemerkung von Gethmann an. Er schreibt: "Es wäre nun gerade ein Widerspruch, und zwar ein pragmatischer, wollte man Institutionen so zur Disposition stellen, daß ständig Institutionenkritik getrieben werden soll. Die handlungsentlastende Funktion von Institutionen wäre dadurch gerade depotenziert. Andererseits würde es dem instrumentellen Sinn von Institutionen widersprechen, sollte man sie - nachdem sie einmal begründeter- oder unbegründeterweise entstanden sind - für argumentationsunzugänglich erklären. Es liegt daher nahe, das Geschäft der Kritik von Institutionen, die ja eine Kritik prä-

diskursiver Einverständnisse ist, Experten für solche Einverständnisse zu übertragen. Zu solchen waren in den vorhergehenden Überlegungen die Philosophierenden erklärt worden."⁴⁵⁾

Wenig später heißt es: "Philosophie ist institutionalisierte Institutionenkritik kraft Kritikdelegation."⁴⁶⁾ Der Philosophie eine derartig allgemeine Aufgabe zuzuweisen, halte ich für verfehlt. Auch kann ich im Gegensatz zu Gethmann in der Geschichte der Philosophie keine Anhaltspunkte dafür finden, daß diese Aufgabe faktisch von ihr wahrgenommen wäre. Richtig ist, daß sich die praktische Philosophie - jedenfalls in weiten Teilen - mit dem Problem der Rechtfertigung menschlichen Handelns und seit Kant präziser mit der Rechtfertigung von Normen beschäftigt. Die praktische Philosophie befindet sich auf der Suche nach Begründungsprinzipien, welche die Bedingung zur Institutionalisierung von Normen bilden können. Philosophie nimmt insoweit auch eine kritische Funktion ein, als sie sich mit den in einer Gesellschaft faktisch akzeptierten Begründungsprinzipien auseinandersetzt. Solche Prinzipien sind aber gerade keine Institutionen, auch nicht im Sinne Gethmanns. Mit einer Institutionenkritik im eigentlichen und strengen Sinne scheint mir die Philosophie deutlich überfordert zu sein, setzt dies doch eine genaue Kenntnis aller institutionalisierten Normen und ihres Zusammenhangs voraus. Philosophie müßte also, um ihrer kritischen Aufgabe in vollem Umfang gerecht zu werden, die gesamten Sozialwissenschaften umfassen. Dies ist eine zumindest ungewöhnliche Ortsbestimmung praktischer Philosophie, für die ich in der Geschichte eigentlich auch keinen Vorläufer erkennen kann. Mir scheint es vernünftiger zu sein - gerade unter dem Aspekt der Institutionalisierung von Kritik -, die Arbeitsteilung zwischen Philosophie und Sozialwissenschaften so zu gestalten, daß auf die Sozialwissenschaften die Institutionenkritik entfällt, wobei, wie oben ausgeführt, das Fundament für diese Kritik in den Begründungsprinzipien der praktischen Philosophie liegt.

Kehren wir nun an dieser Stelle wieder zu unserer Ausgangspro-

blematik zurück. Wir können festhalten, daß die Erwartung von Handlungen bzw. Handlungsfolgen, die sich aus institutionalisierten Regelungen ergeben, besser begründet ist als die Erwartung solcher Handlungen, zu denen nicht-institutionalisierte Regelungen auffordern, weil wir im ersten Fall etwas über die üblichen Bedingungen der Änderung von Regelungen wissen und dadurch sich ein minimaler Zeitraum angeben läßt, für den die institutionalisierten Regelungen - jedenfalls unter "normalen" Bedingungen - Gültigkeit besitzen werden. Man kann natürlich nicht ausschließen, daß durch Katastrophen, Krieg, Revolution und ähnliche krisenhafte Entwicklungen institutionalisierte Regelungen auch ohne Einhaltung eines Verfahrensweiges geändert werden, deshalb beziehe ich mich auch auf "normale" Zustände. Und deshalb möchte ich auch von Erwartungen, die sich auf institutionalisierte Regelungen beziehen, nicht als "Prognosen" sprechen, sondern lieber von Erwartungen im Rahmen einer "rationalen Heuristik", um einen Ausdruck von F. Kambar-tel zu gebrauchen⁴⁷⁾. Mit "rationaler Heuristik" möchte ich ein Verfahren bezeichnen, für dessen Anwendung sich zwar Gründe finden lassen, allerdings keine derartigen, die für jeden Fall die Angemessenheit der Anwendung zweifelsfrei beurteilen lassen. Allerdings muß man bedenken, daß in anormalen Zeiten, d.h. unter chaotischen Verhältnissen der Planungshorizont für unser Handeln sowieso so stark schrumpft, daß sich das Problem von Projektion und Prognose gar nicht erst stellt.

Anmerkungen

- 1) Die Einführung des Handlungsbegriffs unterlag innerhalb der konstruktiven Philosophie manchem Wandel. Ursprünglich sollte der Handlungsbegriff wohl definiert werden, s. z.B. O. Schwemmer, Grundlagen einer normativen Ethik, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Ffm. 1973, S. 164 oder P. Lorenzen, Grundlagen der praktischen Philosophie, in: ders., Konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm. 1974, S. 26. In dieser frühen Arbeit zur praktischen Philosophie (sie stammt aus dem Jahre 1970) definiert Lorenzen Handlung als personales Verhalten, wobei dann das "Personale" am Verhalten durch sprachliche Aufforderungen gebildet wird. In späteren Arbeiten soll der Handlungsbegriff dann exemplarisch eingeführt werden: Die auf bestimmte Aufforderungen hin ausgeführten bestimmten Handlungen sind Beispiele für den Prädikator "Handeln", vgl. z.B. P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim u.a. 1975², S. 152; P. Lorenzen, Konstruktive Wissenschaftstheorie und praktische Vernunft, in: H. Heimann (Hrsg.), Dialog statt Dogmatismus, Köln 1978, S. 57; O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, München 1976, S. 250.
- 2) Diese Definition wurde zuerst von O. Schwemmer in seinem Aufsatz "Praktische Begründung, rationale Rekonstruktion und methodische Überprüfung", in: H. Lenk (Hrsg.), Handlungstheorien interdisziplinär, Bd. 2.2, München 1979, S. 541 gegeben, vgl. auch ders., Praxis, Methode und Vernunft, in: Perspektiven der Philosophie, Neues Jahrbuch 4 (1978), S. 233 - 259 und ders., Verstehen als Methode, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 13 - 45. In "Theorie der rationalen Erklärung", München 1976, S. 150 glaubt Schwemmer noch die Argumentationszugänglichkeit von "Handeln" zeigen zu können, weil "Handeln" hier noch über das Befolgen von Aufforderungen eingeführt wird.
- 3) Die Punkte (1), (2) und (4) der Typologie wurden von Schwemmer vorgeschlagen, vgl. O. Schwemmer, Praxis, Methode und

Vernunft, a.a.O., S. 343 ff.

- 4) S. hierzu P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975², S. 123 ff. und P. Lorenzen, Praktische und theoretische Modalitäten, Phil. Nat. 17 (1979) S. 267 ff.
- 5) W. Kamlah, Philosophische Anthropologie, Mannheim u.a. 1972, S. 32.
- 6) S. S. 33.
- 7) S. S. 33.
- 8) P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim u.a. 1975², S. 172.
- 9) A.a.O., S. 174.
- 10) Dieser Umstand ist beim Aufbau einer menschlichen Verhaltenswissenschaft unbedingt zu berücksichtigen. Die "klassische" Verhaltenswissenschaft ist ursprünglich nur für Tiere konzipiert gewesen. Hier gibt es nur "Verhalten" und "Regungen" zu unterscheiden. Deshalb ist einer Übertragung des methodischen Rahmens dieser Verhaltenswissenschaft auf eine Verhaltenswissenschaft vom Menschen mit großem Vorbehalt zu begegnen.
- 11) Ausführlich erläutert wird dieses Schema bei G.H. v. Wright, Erklären und Verstehen, Ffm. 1974, Kap. III, sowie bei O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, München 1976, S. 112 ff. und ders., Verstehen als Methode, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 13 - 45. Kritische Auseinandersetzungen mit dem Ansatz von v. Wright finden sich bei J. Manninen/R. Tuomela (Hrsg.), Essays on Explanation and Understanding, Dordrecht 1976 (ein Teil dieser Arbeiten findet sich ins Deutsche übersetzt bei K.-O. Apel/J. Manninen/R. Tuomela (Hrsg.), Neue Beiträge zur Erklärungs-Verstehen-Kontroverse, Ffm. 1978).
- 12) Vgl. O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, a.a.O., S. 142 ff., insbesondere S. 145 und ders., Verstehen als Methode, a.a.O., S. 26 f.

- 13) Vgl. O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, a.a.O., S. 147.
- 14) Daß die Diskussion um eine verstehende Methode in den Ge-
schichtswissenschaften (und davon ausstrahlend in den So-
zialwissenschaften) einen solch unglücklichen Verlauf genom-
men hat, liegt m.E. nicht zuletzt daran, daß sich die tra-
ditionelle politische Geschichtsschreibung wenig um das Re-
gelmäßige, das Alltägliche, so wie es uns aus der Sozial-
und Wirtschaftsgeschichte entgegentritt, gekümmert hat. Im
Mittelpunkt der traditionellen Geschichtsschreibung stehen
die "großen" Ereignisse, die "Stern- und Schicksalsstunden
der Nationen", Kriege, Vernichtung, Zusammenbruch oder Ent-
stehung von Staaten und Nationen. Die in solchen Situatio-
nen Handelnden standen wohl in der Tat in historischen und
biographischen Ausnahmesituationen und ihr Handeln deutend
zu erfassen scheint mir mehr als schwierig.
- 15) In der Literatur hat vor allem P. Winch die Regelmäßigkeit
des Handelns als Bedingung seiner Verständlichkeit betont,
P. Winch, Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhält-
nis zur Philosophie, Ffm. 1966, insbes. Kap. 2. Ich denke
deutlich gemacht zu haben, daß die Regelmäßigkeit des Han-
delns nur unter der Bedingung der Distanz zum Handelnden
auch Bedingung der Verständlichkeit ist und nicht schlecht-
hin. Eine interessante Auseinandersetzung mit Winch hat F.
Koppe jüngst vorgelegt in dem Aufsatz: "Hermeneutik der Le-
bensformen - Hermeneutik als Lebensform, in: J. Mittelstraß
(Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesell-
schaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 223 - 272.
- 16) Näheres zum Handlungsschema findet sich bei W. Kamlah/P. Lo-
renzen, Logische Propädeutik, Mannheim u.a. 1967, Kap. II
und W. Kamlah, Philosophische Anthropologie, Mannheim 1972,
Teil I.
- 17) Welche Bewegungsabläufe in einem Handlungsschema zusammen-
gefaßt sind, ergibt sich aus dem Problembereich, in dem die
Handlung angesiedelt ist. "Handlungsschema" ist eine pragma-
tische Kategorie und keine deskriptive. Bei der Festlegung

von Handlungsschemata geht es insbesondere nicht um die Erfassung von "basic actions" oder "simple actions", aus denen kompliziertere Handlungsabläufe dann aufgebaut werden können.

- 18) Vgl. O. Schwemmer, Theorie der rationalen Erklärung, München 1976, Kap. 5; s.a. P. Lorenzen/O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1975²; S. 278 ff. insbes. 287.
- 19) Ich denke, daß diese Möglichkeit selbst bei den ärmsten Völkern eher Ausnahme als Regel bilden wird.
- 20) S. F. Kambartel, Symbolische Handlungen, Überlegungen zu den Grundlagen einer pragmatischen Theorie der Sprache, in: J. Mittelstraß/M. Riedel (Hrsg.), Vernünftiges Denken, Berlin u.a. 1978, S. 7; dem Sinne nach ähnlich auch G.H.v. Wright, Determinismus in den Geschichts- und Sozialwissenschaften. Ein Entwurf, in: ders., Handlung, Norm und Intention, Berlin 1977, S. 134 f.
- 21) Vgl. F. Kambartel, Symbolische Handlungen, a.a.O., S. 9.
- 22) Vgl. G.H.v. Wright, Determinismus in den Geschichts- und Sozialwissenschaften. Ein Entwurf, in: ders., Handlung, Norm und Intention, Berlin 1977, S. 131 - 152; ders., Das menschliche Handeln im Lichte seiner Ursachen und Gründe, in: H. Lenk (Hrsg.), Handlungstheorien - interdisziplinär, Bd. 2.2, München 1979, S. 417 - 430.
- 23) Vgl. G.H. v. Wright, Determinismus ..., a.a.O., S. 135.
- 24) Ders., Handeln ..., a.a.O., S. 419 f.
- 25) Ders., Determinismus ..., a.a.O., S. 145 ff.; ders., Handeln ..., a.a.O., S. 421 f.
- 26) S. z.B. ders., Determinismus ..., S. 134; ders., Handeln ..., S. 426 f.
- 27) Vgl. ders., Handeln ..., S. 427.
- 28) Ders., Handeln ..., S. 419.
- 29) Man kennt in der Mikroökonomie eine ganze Reihe von sog. Effekten (Veblen-, Snob-, Bandwagoneffekt), durch die die

gesellschaftliche Bezogenheit von Konsumentenentscheidungen berücksichtigt werden soll. Allerdings werden diese Effekte nur am Rande erörtert, in der Hauptsache geht man noch von dem Axiom der Unabhängigkeit der Konsumentenentscheidung aus.

- 30) Eine ausführliche Begründung dieser Gedanken findet sich bei H. Tetens, *Bewegungsformen und ihre Realisierungen*, Diss. Erlangen 1977, Kap. IV und V.
- 31) S. G.H.v. Wright, *Determinismus ...*, S. 135 f.
Interessant ist, daß hier v. Wright letztlich doch im Rahmen des intentionalistischen Deutungsschemas verbleibt: Grund für die Befolgung einer Norm ist die unbestimmte Intention, Nachteile und Leid zu vermeiden.
- 32) Eine Maxime muß von einer Person über längere Zeit hinweg verbal akzeptiert werden, um für Deutungsbehauptungen verwendet werden zu können.
- 33) Die Festlegung von statistischen Signifikanzgrenzen ist eine problemabhängige und damit eine wissenschaftsimmanente, keine methodologische Frage.
- 34) Für Einzelheiten vgl. P. Lorenzen/O. Schwemmer, *Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie*, Mannheim u.a. 1975², S. 110 ff.
- 35) Ein Handlungsbereich ist durch eine bestimmte Aufgabenstellung ausgegrenzt.
- 36) Näheres siehe z.B. bei P. Lorenzen/O. Schwemmer, *Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie*, Mannheim u.a. 1975², S. 123 f. und P. Lorenzen, *Praktische und theoretische Modalitäten*, *Phil. Nat.* 17 (1979), S. 261 - 279, wo die Grundzüge einer deontischen Modallogik erläutert werden.
- 37) Bezüglich der Verwendung des Terminus "Projektion" besteht in der Literatur keine Einigkeit. Manche Autoren meinen damit lediglich die Extrapolation einer Zeitreihe auf zukünftige Zeitpunkte, so z.B. K.W. Rothschild, *Wirtschaftsprognose*, Heidelberg u.a. 1969, S. 20 ff. H. Albert verwendet

den Terminus etwas allgemeiner. Er schreibt: "Ich möchte es [das Wort "Projektion", R.K.] hier auf die Ableitung von Voraussagen ohne ausreichende theoretische Fundierung anwenden, wobei unter theoretischer Fundierung die Verwendung einer Theorie im oben charakterisierten Sinne des Wortes zu verstehen ist, also eines Systems von nomologischen Hypothesen.", s. H. Albert, Probleme der Theoriebildung, in: L. Czayka (Hrsg.), Erkenntnisprobleme der Ökonometrie, Meisenheim a.Gl. 1978, S. 46. Henschel schließlich spricht von einer Projektion, wenn eine prognostizierte Entwicklung von vorneherein als die angestrebte Entwicklung deklariert wird, s. H. Henschel, Wirtschaftsprognosen, München 1979, S. 12. Wir knüpfen an den Albert'schen Sprachgebrauch an.

- 38) Dies führt manchmal zu dem grotesken Vorgehen, daß zunächst die methodologischen Grundlagen für Verlaufsgesetze aus der Sicht des Empirismus oder kritischen Rationalismus erläutert werden, dann bedauernd festgestellt wird, daß solche Gesetze nicht oder noch nicht in der Ökonomie zu finden sind, um dann trotzdem die Methodologie der Verlaufsgesetze auch für die Ökonomie für verbindlich zu erklären. Recht schön ist dies z.B. bei Hujer/Cremer zu sehen. Sie stellen zunächst fest, daß für die Wirtschaftswissenschaften allein der kritische Rationalismus als methodologische Grundlage in Frage kommt, und schreiben dann: "Der "Kritische Rationalismus" erkennt zwar, daß in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften heute lediglich Quasitheorien entwickelt werden können, doch er bleibt dem Ziel wissenschaftlicher Analyse verpflichtet, allgemeine Theorien mit raumzeitlich unbeschränktem Geltungsbereich aufzustellen.", R. Hujer/R. Cremer, Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung, München 1978, S. 10.
- 39) Welche Unsicherheiten sich aus dem gängigen Wissenschaftsverständnis bezüglich Prognosen ergeben, läßt sich der jährlichen Diskussion um das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entnehmen. Zum einen wird von diesem Gutachten Aufschluß über die tatsächliche Entwicklung (Prognose) erwartet, gleichzeitig soll, falls die Prgnose zu unerwünschten

Ergebnissen führt, das Gutachten auch die Bedingungen seiner eigenen Falsifikation angeben.

- 40) Läßt sich die Deutung einer symbolischen Handlung bis auf eine Befugnis zurückführen, so soll die Deutung abgeschlossen genannt werden. Übrigens ist es möglich, daß ganze Ketten von Über- und Unterordnungsbeziehungen zwischen Normen und Regeln als nicht begründungsbedürftig angesehen werden.
- 41) Hier wäre vor allem auf den Ansatz von N. Luhmann einzugehen, der ebenfalls das wesentliche an der Institutionalisierung in der Stabilisierung eines Konsenses sieht, vgl. N. Luhmann, Normen in soziologischer Perspektive, Soziale Welt 20 (1969), S. 28 - 48; ders., Institutionalisierung - Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft, in: H. Schelsky (Hrsg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1973², S. 27 - 41. Einen Überblick über weitere Entwicklungen in der Literatur geben z.B. H. Schelsky, Zur soziologischen Theorie der Institution, ebd., S. 9 - 26 und E.E. Lau, Interaktion und Institution, Berlin 1978.
- 42) Vgl. C.F. Gethmann, Zur normativen Genese wissenschaftlicher Institutionen, in: C. Burrichter (Hrsg.), Probleme der Wissenschaftsforschung, Erlangen 1978, S. 69 - 91; ders., Ist Philosophie als Institution nötig?, in: H. Lübke (Hrsg.), Wozu Philosophie? Berlin 1978, S. 287 - 312; ders., Rechtfertigung und Inkraftsetzung von Normen, in: W. Oelmüller (Hrsg.), Normenbegründung - Normendurchsetzung, Paderborn 1978, S. 140 - 153.
- 43) C.F. Gethmann, Ist Philosophie als Institution nötig?, a.a. O., S. 305.
- 44) Ich möchte den Terminus "Sanktion" auf solche Regelungen beschränken, die explizit zu einem Handeln infolge einer Norm- oder Regelverletzung auffordern. Nicht für sinnvoll halte ich es, schon allein das Unverständnis, auf das jemand stößt, der in regelungsverletzender Weise handelt, als "gesellschaftliche Sanktion" zu bezeichnen, weil hierbei eben die Verständnis bildende Funktion von Regelungen übersehen wird.

- 45) S. C.F. Gethmann, Ist Philosophie als Institution nötig?,
a.a.O., S. 306.
- 46) Ebd.
- 47) Kambartel hat diesen Ausdruck ursprünglich in einem anderen
Zusammenhang geprägt, vgl. F. Kambartel, Wie ist praktische
Philosophie konstruktiv möglich?, in: ders., Praktische
Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm.
1974, S. 22.

Kapitel V: PROTOÖKONOMIE III: DAS PROBLEM DER QUANTITATIVEN BEGRIFFE IN DER ÖKONOMIE

I Quantitative Begriffe und ihre Behandlung in der empiri- stischen Wissenschaftstheorie

Wenn wir unsere bisherigen Überlegungen zusammenfassen wollen, so können wir sagen, die Ökonomie hat ihren Ursprung als eigenständige theoretische Bemühung in dem Umstand, daß wir faktisch nicht in der Lage sind, alle uns berührenden Lebensbereiche gemeinsam mit anderen zu gestalten und auftretende praktische Schwierigkeiten, insbesondere Konflikte, unmittelbar durch miteinander Reden und Handeln zu bewältigen. Erst die Distanz, in der man sich zu den anderen befindet, macht es erforderlich, ihre Handlungen zu deuten. Als Aufgabe der empirischen Ökonomie haben wir dabei die systematische Erfassung solcher Handlungsdeutungen im wirtschaftlichen Bereich bestimmt. Offen blieb dabei bislang die Behandlung des quantitativen Aspekts der Ökonomie, dem wir uns jetzt zuwenden wollen.

Im zweiten Kapitel wurde die Einführung der metrischen Begriffe in eine Wissenschaft aus empiristischer Sicht nur kurz gestreift. Ich möchte hier noch etwas ausführlicher auf diese Vorstellungen eingehen, weil dann die für manchen doch recht überraschende Überzeugung empiristischer Ökonomen, daß ihre Wissenschaft eine metrische Wissenschaft sei, verständlicher wird. Wir werden dabei wieder sehen, auf welche Irrwege ein undifferenzierter Erfahrungsbegriff führt.

Wie wir schon gesehen haben, werden metrische Begriffe bei den Empiristen als theoretische Begriffe behandelt und zunächst über eine formale Theorie, die Meßtheorie, eingeführt¹⁾. Im Mittelpunkt steht dabei das Repräsentationsproblem, das die Frage der Darstellung von Ordnungsbegriffen durch metrische Skalen beinhaltet. Beginnen wir zunächst mit einigen Definitionen.

- Def. 1. Ein Relationensystem $RS: \langle A, R_1, \dots, R_m \rangle$ besteht aus einer Menge A und m Relationen, die auf A definiert sind. Ist A die Menge der reellen Zahlen, so liegt ein numerisches RS (NRS) vor, sind die Elemente aus A jedoch empirische Objekte, so spricht man von einem empirischen RS (ERS).
- Def. 2. Eine n -dimensionale Skala ist ein Homomorphismus von einem ERS $\langle A, S_1, \dots, S_m \rangle$ in ein NRS $\langle \mathbb{R}^n, T_1, \dots, T_m \rangle$, wobei die Relationen S_i und T_i jeweils die gleiche Stellenzahl besitzen.
- Def. 3. Sei μ eine eindimensionale Skala von $\langle A, S_1, \dots, S_m \rangle$ in $\langle \mathbb{R}, T_1, \dots, T_m \rangle$ und sei G die Menge der zulässigen Transformationen von μ . μ ist eine
- (a) Nominalskala, wenn G die Menge aller eindeutigen Abbildungen von $\mathbb{R}$ in $\mathbb{R}$ ist,
 - (b) Ordinalskala, wenn G die Menge aller monoton steigenden und stetigen Abbildungen von $\mathbb{R}$ in $\mathbb{R}$ ist,
 - (c) Intervallskala, wenn G die Menge aller positiven linearen Transformationen von μ ist,
 - (d) Differenzskala, wenn G die Menge aller Transformationen ist, die sich von μ durch eine additive Konstante unterscheiden,
 - (e) Verhältnisskala, wenn G die Menge aller Transformationen ist, die sich von μ durch eine positive multiplikative Konstante unterscheiden,
 - (f) absolute Skala, wenn G nur die Identitätsabbildung enthält.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen nur solche RS, die eine Quasiordnung (Präordnung) bilden.

- Def. 4. Eine Quasiordnung ist ein RS $\langle A, Q \rangle$ mit der zweistelligen Relation Q , die folgenden Annahmen genügt:

(a) $\bigwedge x, y \in A: yQx \vee yQx$ (Vollständigkeit)

(b) $\bigwedge x \in A: xQx$ (Reflexivität)

(c) $\bigwedge x, y, z \in A: xQy \wedge yQz \rightarrow xQz$ (Transitivität)

Mit Q lassen sich zwei weitere wichtige Relationen definieren: $xQy \wedge \neg yQx \leq xPy$ (Vorgängerrelation) und $xQy \wedge yQx \leq xIy$ (Äquivalenzrelation).

Ist $\langle A, Q \rangle$ ein empirische RS, so stellt sich für dieses System das Repräsentationsproblem folgendermaßen: Gibt es für $\langle A, Q \rangle$ eine Skala μ , die $\langle A, Q \rangle$ auf die reellen Zahlen abbildet, wobei folgende Bedingungen erfüllt sein sollen: $\bigwedge x, y \in A: xPy \rightarrow \mu(x) < \mu(y)$ und $\bigwedge x, y \in A: xIy \rightarrow \mu(x) = \mu(y)$. Daran anschließend stellt sich dann die Frage nach den zulässigen Transformationen der Skala μ . Für die Physik sind von besonderer Bedeutung Metrisierungen durch eine Verhältnis- oder Intervallskala. Die Metrisierung zu einer Verhältnisskala wird durch folgenden Satz gezeigt²⁾:

Satz 1: Wenn $\langle A, Q, \square \rangle$ ein extensives ERS ist und $\langle \mathbb{R}, \leq, + \rangle$ ein extensives NRS, dann gibt es einen Homomorphismus $\mu: A \rightarrow \mathbb{R}$. Alle NRS, die homomorph zu $\langle A, Q, \square \rangle$ sind, lassen sich durch positive Transformationen ineinander überführen, μ ist also eine Verhältnisskala.

Zu definieren ist dabei noch, was unter einem extensiven RS zu verstehen ist.

Def. 5: Ein extensives RS $\langle A, Q, \square \rangle$ ist ein RS mit der zweistelligen Relation Q und der zweistelligen Operation $\square$, für die folgende Annahmen gelten:

(a) Durch die zweistellige Relation Q ist eine Quasiordnung auf A definiert,

(b) $\bigwedge x, y, z \in A: x\square(y\square z) = (x\square y)\square z$

(c) $\bigwedge x, y, z \in A: xQy \rightarrow (x\square z)Q(y\square z)$

$$(d) \bigwedge x, y \in A: \neg xQyQx$$

$$(e) \bigwedge x, y \in A \bigvee z \in A: \neg xQy \rightarrow xQ(yQz) \wedge (yQz)Qx$$

(oder wenn man die Definition von I bedenkt:

$$\neg xQy \rightarrow xI(yQz)$$

$$(f) \bigwedge x, y \in A: xQy \rightarrow yQ(xQ, \dots, Qx)$$

Man kann die Relation Q umgangssprachlich interpretieren z.B. als "nicht schwerer als" oder "nicht länger als" und die Operation Q als sog. Kombinationshandlung. Kombinationshandlungen sind z.B. das Zulegen von Gewichten zu den bereits sich in einer Waagschale befindlichen oder das Anlegen eines Körpers an einen anderen, sodaß die Kanten beider Körper eine Gerade bilden. Die Annahmen (b) und (c) drücken aus, daß für die Kombinationshandlung das Prinzip der Additivität gelten soll, und (d), (f) beinhalten das Prinzip der Kommensurabilität. Letzteres bedeutet folgendes: Angenommen, man hat einen Maßstab, der in n gleiche Strecken von der Einheitslänge s unterteilt ist. Legt man diesen Maßstab an ein Meßobjekt, so ist entweder dieses Meßobjekt ebenfalls ein Vielfaches von s oder es bleibt nach n -maligem Anlegen ein Rest. Im zweiten Fall soll es dann möglich sein, durch eine feinere Unterteilung der Meßplatte eine Strecke s' so zu bestimmen, daß nach m -maligen Anlegen des Maßstabes kein Rest übrigbleibt.

Der Schritt von den formalen Überlegungen im Rahmen der Meßtheorie zum Aufbau eines konkreten physikalischen Maßsystems wird nach Ansicht der Empiristen durch eine Interpretation des ERS mittels einiger empirischer Annahmen und durch eine Reihe von Festsetzungen vollzogen. Als empirische Behauptungen werden dabei die Annahmen bezüglich der Relation Q , die Annahmen bezüglich der Operation als Meßvorschriften interpretiert. Letzteres bedeutet z.B., daß ein Meßgerät und eine Maßeinheit ausgewählt werden und festgelegt wird, daß zwei Gegenstände $a_1, a_2 \in A$, für die $a_1 a_2$ gilt, den gleichen Wert hinsichtlich der Meßgröße haben sollen. Wie z.B. das Prinzip der Kommensurabilität als Meßvorschrift zu interpretieren ist, habe ich ja gerade für die Längenmessung beispielhaft geschildert³⁾. Die Interpreta-

tionen durch Meßvorschriften sind im Grunde genommen unproblematisch, problematisch ist dagegen die Interpretation der Annahmen bezüglich Q als empirisch genereller Sätze.

Es ist natürlich richtig, daß eine Meßpraxis auf Erfahrung beruht. Man muß den Umgang mit Gegenständen - z.B. ihr genaues Aneinanderlegen zur Längenmessung - gelernt haben und man muß in der Lage sein, genügend harte Gegenstände, die als Meßgerät dienen können, zu finden und zu bearbeiten. Im Rahmen einer solchen lebensweltlichen, d.h. vortheoretischen Praxis lernt man auch die Verwendung von Prädikatoren wie "länger als", "schwerer als", "gleichlang" oder "gleichschwer". Solche Kenntnisse und Fähigkeiten sind Bedingung jeglicher technischer Praxis und damit insbesondere der Meßpraxis. Dagegen benötigt man zum Aufbau einer physikalischen Meßpraxis keine generellen empirischen Hypothesen, etwa über die Existenz von starren Körpern ⁴⁾, die nach Ansicht der Empiristen überhaupt erst die Behauptung, Körper seien gleichlang, erlauben würden.

Wie wir im zweiten Kapitel gesehen haben, wird die Längengleichheit nicht über den Begriff des starren Körpers definiert, sondern sie wird durch ein beliebiges Streckenrealisat festgesetzt. Für die Längenmessung werden dann hinreichend starre Körper hergestellt, die eine zu dieser "Einheitsstrecke" gleichlange gerade Meßkante aufweisen, wobei Parallel- und Spiegelungskongruenz als geometrische Kriterien zur Bestimmung der Starrheit dienen ⁵⁾.

Hier wird also nochmals die oft kritisierte mangelnde Unterscheidung von lebensweltlicher Erfahrung und messender Empirie deutlich. Dieser Mangel kann für die Physik durch den Aufbau der Protophysik, in deren Rahmen die fundamentalen Meßtheorien ausgearbeitet werden, geheilt werden. Formale Meßtheorien, wie wir sie eben kurz skizziert haben, werden durch die Protophysik nicht sinnlos, jedoch erhalten sie eine völlig andere Stelle in der methodischen Ordnung des Aufbaus einer Wissenschaft: Durch sie werden Meßsysteme nicht erst eingeführt und festge-

legt, sie stellenvielmehr eine nachträgliche formale Systematisierung von protophysikalisch aufgebauten Meßsystemen dar.

II Die fundamentale Metrisierung in der Ökonomie durch die Nutzentheorie

Die fundamentale Metrisierung in der Ökonomie soll durch die Nutzentheorie geleistet werden. Als Repräsentationsproblem ergibt sich dabei, wie Präferenzentscheidungen über Güter durch eine numerische Nutzenfunktion wiedergegeben werden können. Zur Lösung dieses Problems wird der folgende Satz der Meßtheorie als von entscheidender Wichtigkeit angesehen:

Satz 2: Sei $\langle A, Q \rangle$ ein ERS, wobei durch die zweistellige Relation Q eine Quasiordnung auf A definiert ist. $\langle A, Q \rangle$ kann durch eine ordinale eindimensionale und stetige Skala μ repräsentiert werden dann und nur dann, wenn die Menge A eine abzählbare Basis besitzt⁶⁾.

Für diesen Satz wird dann folgendes ökonomisches Modell angegeben: In der Ökonomie E möge es l Güter (Gegenstände und Dienstleistungen) geben, von denen jedes durch seine physischen Eigenschaften, den Ort und die Zeit seiner Verfügbarkeit bestimmt wird. Die Güter werden als beliebig teilbar angenommen, so daß die Menge v_i des Gutes i mit $i \in \{1, \dots, l\}$ durch eine reelle Zahl repräsentiert wird. Als Güterraum erhält man den $\mathbb{R}^l$ und die Punkte $v = (v_1, \dots, v_l)$ in diesem Raum werden Güterbündel genannt.

Mit M bezeichnen wir die Menge der Konsumenten. Jeder Konsument $m \in M$ entwirft einen Konsumtionsplan X_m für die Zukunft, wobei dieser Plan eine Entscheidung über Input und Output angibt und als Vektor im $\mathbb{R}^l$ dargestellt wird. Üblicherweise ist vereinbart, daß die Inputgüter (das sind die zur Konsumtion bestimmten) positives Vorzeichen erhalten. Die Konsumtionsmenge $X_m \subset \mathbb{R}^l$

umfaßt die Bedürfnisse des Konsumenten m nach Gütern, die auf dieser Teilmenge des $\mathcal{R}^l$ definierte Quasiordnung, $\lesssim_m^4$ gibt die Präferenzen des Konsumenten m wieder und wird Präferenzordnung genannt. An dieser Stelle kann man übrigens sehen, wie die Gleichsetzung von Bedürfnis und Bedarf in der Theorie vollzogen wird. Der Güterraum umfaßt nämlich nur solche Güter, für die es auch Preise gibt, und dies bedeutet eben, daß nur marktfähige Güter überhaupt in Betracht kommen. Durch die Zuordnung einer Teilmenge des $\mathcal{R}^l$ zu jedem Konsumenten wird die Reduktion von Bedürfnis auf Bedarf durchgeführt. " $\lesssim_m$ " wird umgangssprachlich interpretiert als "ist mindestens so begehrt wie" (den Index " m " von $\lesssim_m$ lasse ich aus Vereinfachungsgründen weg). Es wird analog zu Def. 4 definiert: $\bigwedge x_m, x'_m \in X_m: x_m \lesssim x'_m \wedge x'_m \lesssim x_m \Leftrightarrow x_m \sim x'_m$ (Indifferenz) und $\bigwedge x_m, x'_m \in X_m: x_m \lesssim x'_m \wedge x'_m \not\lesssim x_m \Leftrightarrow x_m \prec x'_m$ (strenge Präferenz). Über X_m und die Präferenzordnung $\lesssim$ werden folgende Annahmen gemacht:

- (1) X_m ist konvex, abgeschlossen und nach unten beschränkt. Diese Annahme bedeutet zunächst, daß, sind x_m und x'_m zwei mögliche Konsumtionspläne, auch deren gewichtetes Mittel $tx_m + (1-t)x'_m$ ein möglicher Konsumtionsplan ist ($0 \leq t \leq 1$); sodann daß es zu jedem $x_m \in X_m$ in beliebig kleiner Umgebung einen weiteren möglichen Konsumtionsplan x'_m gibt; und schließlich daß einmal dem Arbeitseinsatz eine natürliche Grenze gesetzt ist und zum anderen der Verbrauch nicht unter null sinken kann.
- (2) Zu jedem $x \in X_m$ gibt es ein $x' \in X_m$ mit: $x \prec x'$. Diese Annahme drückt die Unersättlichkeit der Bedürfnisse aus.
- (3) Für alle $x, x' \in X_m$ sind die Mengen $\{x \in X_m \mid x \not\prec x'\}$ und $\{x \in X_m \mid x \prec x'\}$ abgeschlossen. Diese Annahme bedeutet die Stetigkeit der Präferenzen, d.h. daß die strenge Präferenz zwischen zwei Güterbündeln bestehen bleibt, wenn man die Güterbündel nur um genügend kleine Beträge verändert.

Es läßt sich folgender Satz beweisen:

Satz 3: Sei X_m eine durch die Quasiordnung $\lesssim$ geordnete Menge

Genügen X_m und $\preceq$ den Annahmen (1) - (3), so kann die Präferenzordnung durch eine stetige und reellwertige Funktion repräsentiert werden. Diese Funktion heißt Nutzenfunktion⁷⁾.

Mit der Metrisierung einer Quasireihe durch eine Nutzenfunktion ist die Grenze zu einer im engeren Sinne metrischen Struktur (damit ist Intervall-, Verhältnis- und Differenzskala gemeint) erreicht und rein formal gesehen sieht es so aus, als hätte man damit den Anschluß an die im "forgeschrrittenen" Stadium sich befindenden Wissenschaften erreicht. Leider trägt der Schein, wie sich schnell zeigen läßt.

Die Aufstellung einer Nutzenfunktion für einen Konsumenten beruht auf dessen Angaben über seine Präferenzen. Selbst wenn die in der Subjektivität der Angaben liegende Problematik außer Acht bleibt, so bleibt das Problem, daß im Grunde genommen zu jedem Zeitpunkt t von einem Konsumenten eine andere Präferenzordnung angegeben werden kann. Dies ist meßtheoretisch nicht ausgeschlossen, es wird ja nur gefordert, daß der Konsument zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehrere Präferenzordnungen anbieten darf. Nimmt man noch dazu, daß jeder Konsument eine andere Präferenzordnung angeben kann, so fragt man sich natürlich, was es unter diesen Umständen heißen soll, man "mißt" den Nutzen eines Gutes. Der Grundgedanke des Messens, einen Vergleich zwischen einem Meßobjekt und einem standardisierten Meßgerät durchzuführen, würde es zumindest erfordern, daß bei einem Konsumenten die Präferenzordnung eine gewisse zeitliche Konstanz aufweist und während dieser Zeit gleiche Güter den selben Rang auf der subjektiven Wertskala einnehmen. Schließlich ist auch der Grundgedanke, daß Konsumenten überhaupt eine vollständige und transitive Präferenzordnung aufbauen, selbst äußerst fragwürdig. Woher sollen sie die Informationen nehmen, um eine vollständige Ordnung entwerfen zu können, und warum sollen sie an der Transitivität festhalten?

Einen hartgesottenen Empiristen werden diese Einwände vielleicht

wenig beeindrucken. Von seinem Standpunkt müßte er argumentieren, daß, so wie der Aufbau eines physikalischen Meßsystems auf der empirischen Hypothese der Existenz starrer Körper beruhe, der Aufbau einer Nutzenskala eben auf der empirischen Hypothese der zeitlichen Konstanz von Präferenzordnungen bei den Konsumenten beruhe. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Menschen ihre Wertvorstellungen nicht ständig ändern, sondern bestrebt sind, sie möglichst lange beizubehalten, weil nur so die handlungsorientierende Funktion dieser Vorstellungen erhalten bleibt. Und genauso handle es sich bei den Annahmen über die Eigenschaften der Präferenzrelation um empirische Hypothesen (die allerdings auf recht schwachen Füßen stehen). Kurz: die empirische Fundierung einer Meßtheorie für die Ökonomie sei keine spezifische Schwäche dieser Wissenschaft, sondern eine Notwendigkeit, die sie mit allen anderen messenden empirischen Wissenschaften teile.

Ich glaube, daß wir deutlich genug zeigen konnten, daß diese Argumentation nicht stichhaltig ist. Wenn man unbedingt eine Analogie zur Physik ziehen will, so kann man sagen, daß man ähnlich wie man die lebensweltlichen Unterscheidungen von mehr oder weniger harten Körpern und den Umgang mit ihnen gelernt hat, auch lernt, Präferenzen anzugeben. Schon als kleines Kind lernt man, was es heißt, einen Gegenstand vorzuziehen, und es wird einem - manchmal auch schmerzlich - beigebracht, daß es ratsam sei, eine gewisse Konstanz in seinen Präferenzen beizubehalten. D.h. auf einen kurzen Nenner gebracht, daß wir sowohl die Verwendung von Prädikatoren als auch die von noologischen Termini - wie wir nach einem Vorschlag von Lorenzen⁸⁾ Wörter wie "wollen", "begehren", "lieber begehren" usw. nennen - in einem lebensweltlichen Rede- und Handlungsvollzug lernen ohne Bezug auf theoretische Erkenntnisse. Damit ist dann aber die Analogie auch schon zu Ende. Denn z.B. für den entscheidenden Schritt bei der physikalischen Längenmessung von der Rede über harte zu der Rede über starre Körper, die sich Kriterien aus einer nicht empirischen Wissenschaft, der Geometrie, bedient, gibt es in der Ökonomie kein Pendant.

Man kann sich natürlich Gedanken machen über die Prinzipien, denen eine vernünftige Beratung über wirtschaftliche Fragen gehorchen soll. Im dritten Kapitel haben wir das Transsubjektivitätsprinzip als ein solches Prinzip erwähnt. Im Rahmen solcher Überlegungen wird man auch über Präferenzordnungen als normative Beratungsbestandteile und ihre Eigenschaften nachdenken müssen. In welchem Umfang und ob dabei Fragen der Vollständigkeit und Transitivität eine Rolle spielen werden möchte ich offen lassen, in jedem Falle aber wird man aufgrund solcher Überlegungen nicht in der Lage sein, einen "rationalen Konsumenten" herzustellen, so wie die Geometrie dazu befähigt, ein Urmeter herzustellen. Mit "rationaler Konsument" meine ich damit eine generelle "vernünftige" Präferenzordnung, mit der jeder seine eigene subjektive Präferenzordnung vergleichen könnte. Solche normativen Überlegungen könnten bestenfalls dazu führen, eine - um im Bild zu bleiben - nominale Skala für wirtschaftliche Beratungen zu entwerfen: nämlich deren Unterscheidung in vernünftige und unvernünftige. Der politische Prozeß der Beratung selbst und damit die konkrete Präferenzordnung als Ergebnis der Beratung können apriori nicht antizipiert werden. Zusammenfassend kann man also mit Kambartel sagen: "Stellen wir uns noch einmal die Frage: Wie unterscheidet sich die Ökonomie, was das Fundierungsproblem für quantitative Überlegungen angeht, von der Physik? - Die für ökonomische Aussagen spezifischen Kosten- und Nutzenabwägungen sind, wenn sie ein rationales Fundament haben sollen, abhängig von aus rationaler Beratung hervorgegangenen materialen Zwecksetzungen und Handlungsregeln für die Produktion und Konsumtion der (Mit-)glieder des betrachteten Handlungszusammenhanges (des jeweiligen "ökonomischen Universums"). Diese Normen können nicht nur regeln, welche Güter überhaupt und auf welche Weise produziert werden, sondern vor allem auch die Verteilung der Güter bestimmen. Materiale Orientierungen dieser Art können nicht als ein System wohl bestimmter technikleitender Normen ein für allemal vorweg genommen werden, wie dies bei der protophyikalischen Begründung idealer Orientierungen für die Herstellung und Verwendung physikalischer Meßgeräte der Fall ist."⁹⁾

III Der Terminus "Präferenz" im System einer deutenden Ökonomie

1 Die Einführung des noologischen Terminus "Präferenz"

Das Facit der vorangegangenen Überlegungen ist also, daß sich für die Ökonomie keine apriorische fundamentale Meßtheorie angeben läßt. Die Ökonomie kann nicht als eine quantitative, der Physik vergleichbare Wissenschaft rekonstruiert werden. Da wir den Terminus "Präferenz" ("vorziehen") bislang lediglich im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Quasireihe verwendet haben, stellt sich jetzt die Frage, ob die Ablehnung einer Meßtheorie auch bedeutet, daß man überhaupt von dem Terminus "Präferenz" als einem Element der empirischen Ökonomie Abschied nehmen muß. Dies wäre in der Tat recht unerfreulich, da schließlich das ökonomische Problem der Knappheit ständig zu einer Abwägung von Handlungsalternativen zwingt und die empirische Ökonomie ja gerade zeigen soll, wie die Mitglieder einer Gesellschaft dieses Problem faktisch angehen.

Wenn schon üblicherweise in der Ökonomie auf eine explizite Einführung des Terminus "vorziehen" verzichtet wird - die Ausnahme in der Theorie der offenbarten Präferenzen soll noch erörtert werden -, so ist dennoch klar, daß man ihn im Sinne eines Terminus gebraucht, mit dem über die subjektive Vorstellungswelt eines Menschen gesprochen wird. Solche Termini nennen wir noologische Termini, im Unterschied zu den psychologischen Termini, mit denen man über die Emotionen eines Menschen spricht. Zur Einführung des Terminus "vorziehen" möchte ich folgenden Vorschlag machen.

Stellen wir uns eine Beratung vor, in der unterschiedliche Vorschläge gemacht werden, auf welche Weise ein gemeinsamer Oberzweck Z erreicht werden soll. Die Teilnehmer schlagen also vor, man solle die Zwecke Z_1 oder Z_2 oder ... oder Z_n als Unterzwecke zu Z verfolgen. Angenommen, die Beratung ergibt, daß von den n vorgeschlagenen Zwecken m Zwecke tatsächlich geeignet sind, als Unterzwecke zu Z zu dienen. Jedoch mag durch

die Verwirklichung der $Z_1, \dots, Z_m$ die Erreichung unterschiedlicher anderer Zwecke beeinträchtigt bzw. gefördert werden. Argumentiert in diesem Stadium der Beratung ein Teilnehmer T, daß sowohl der Oberzweck Z als auch ein Oberzweck Z' verwirklicht werden sollen, allerdings Z zeitlich vor Z', und daß als Unterzweck zu Z man $Z_i \in \{Z_1, \dots, Z_m\}$ verfolgen solle, weil Z_i nicht wie $Z_j \in \{Z_1, \dots, Z_m\}$ die Erreichung des Oberzwecks Z' behindere (bzw. weil Z_i dem Oberzweck Z' förderlich ist), so wollen wir sagen, daß (a) T den Oberzweck Z gegenüber dem Oberzweck Z' zeitlich vorzieht (präferiert) und (b) er den Unterzweck Z_i dem Unterzweck Z_j als Mittel vorzieht.

"Vorziehen" oder "präferieren" kann nach diesem Vorschlag in doppelter Weise verwendet werden. Einmal im Sinne der Mittelwahl und zum anderen im Sinne der Festlegung einer zeitlichen Reihenfolge. Letzteres spielt vor allem im Hinblick auf Bedürfnisse eine Rolle. Da es nicht sinnvoll ist zu sagen, man ziehe die Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses der eines anderen Bedürfnisses vor, welches man gar nicht verspürt, bleibt hier allein die Festlegung der Reihenfolge, in der bestehende Bedürfnisse befriedigt werden.

Wichtig ist mir an dieser Einführung, daß die Verwendung des Terminus "vorziehen" nur sinnvoll ist in argumentativen Zusammenhängen: Man zieht einen Zweck einem anderen vor, weil es dafür Gründe gibt. Dies ist der entscheidende Unterschied zu der üblichen behavioristischen Art, "vorziehen" einzuführen. Aus der Beobachtung des Verhaltens eines Menschen oder Tieres in Situationen, in denen mehrere Verhaltensweisen ausgeführt werden können, läßt sich nichts entnehmen, was als Grund zur Einführung eines neuen Terminus dienen könnte. Wenn man eine Katze vor zwei Schalen mit unterschiedlichem Futter setzt und beobachtet, daß sie eine davon leer frißt, die andere unangerührt stehen läßt, so ist es sinnlos, davon zu sprechen, die Katze ziehe das Futter A dem Futter B vor. Dieser Satz hat nicht mehr Informationsgehalt als der Satz "die Katze frißt Futter A", es sei denn, man schiebt Erklärungen der Art "die Katze zieht Fut-

ter A dem Futter B vor, weil es besser schmeckt" nach. Meist handelt es sich dabei jedoch um Pseudoerklärungen, weil lediglich eigene Empfindungen auf andere Lebewesen in analoger Weise übertragen werden. In jedem Fall wird aber mehr benutzt als aus bloßer Beobachtung hervorgeht.

Der Bezug auf einen argumentativen Zusammenhang erfordert darüberhinaus auch das Vorliegen einer wohlbestimmten Wahlsituation. Eine solche Situation ist gegeben, wenn sich verschiedene geeignete Handlungen mit bekannten Handlungsfolgen als Mittel zu einem Zweck anbieten oder wenn es um die Reihenfolge der Ausführung bedürfnisbefriedigender Handlungen geht. Weiß man über Handlungsfolgen nicht genau Bescheid, handelt es sich also um eine "Entscheidung unter Unsicherheit", wie man zu sagen pflegt, so werden verschiedene, als möglich erachtete Handlungsfolgen betrachtet und gewichtet (man bildet z.B. den Erwartungswert eines möglichen Gewinns). In einer Beratung geht es dann nicht mehr um die Beurteilung der als sicher angenommenen Handlungsfolgen, sondern um die Gewichtung der als möglich erachteten Handlungsfolgen und um die Frage, in welcher Weise die Gewichtung entscheidungsrelevant sein soll. Die Fragen einer vernünftigen Entscheidung unter Unsicherheit gehören in den Bereich der (normativen) Entscheidungstheorie. Wir brauchen sie glücklicherweise hier nicht zu erörtern, da es für unsere Belange nur darauf ankommt, die Regeln zu erfahren, nach denen sich Personen oder Gremien faktisch in Situationen mit Unsicherheit entscheiden.

Wie auch immer man den Terminus "Präferenz" im einzelnen üblicherweise in der Ökonomie auffaßt, eines ist jedenfalls klar, daß man keinen Wert darauf legt, den Begriff "Präferenz" an bestimmte argumentative Zusammenhänge zu binden. Dem Ökonomen ist es gleichgültig, was zu einer Präferenzordnung geführt hat, ob man sich die Reihenfolge an den Knöpfen abgezählt oder sie sorgfältig begründet hat. Was sich jedoch auf den ersten Blick als großzügige Geste ausnehmen mag, erweist sich schnell als hinderlich für jede weitere, auch bloß plausible Interpretation.

So kann nicht gesagt werden, welche Konsequenzen sich aus einer Präferenzliste insgesamt (und nicht nur aus dem Umstand, daß ein bestimmter Konsumtionsplan an erster Stelle steht) für das ökonomische Handeln ergeben. Was bedeutet es, daß ein Güterbündel an n-ter Stelle der Liste steht, d.h. unter welchen Umständen wird dies handlungsrelevant? Und schon ein intuitives Verständnis zeigt, daß es nur ganz außergewöhnliche Gründe sein können, die dazu führen, eine vollständige und transitive Präferenzordnung aufzustellen. In der Kritik der modernen Nutzentheorie wird auch gerade die Forderung nach Vollständigkeit und Transitivität immer besonders angesprochen, wenn auch häufig von einem methodologisch ebenfalls angreifbaren Fundament aus¹⁰⁾. Man meint, die Forderungen widersprächen der "empirischen Vernunft" und verweist auf Experimente, die gezeigt haben, daß Menschen in der Regel keine vollständigen oder transitiven Ordnungen in Wahlsituation aufbauen. Man kann der Rede von der "empirischen Vernunft" einen Sinn geben, wenn man sie von dem behavioristischen Beiwerk befreit und sagt, damit sei gemeint, daß die Menschen faktisch anderen Entscheidungsregeln folgen als die Ökonomen in der Theorie annehmen, womit wir dann bei einem der im vorigen Kapitel angesprochenen Probleme zu der Deutungstheorie wären.

2 Die Deutung von Wahlhandlungen als Manifestierung von Präferenzen

Mit der Einführung von "vorziehen" ist zwar ein Vorschlag zur Verwendung des Terminus gemacht worden. Das Problem für die empirische Ökonomie besteht jedoch darin, wie man die Kenntnis von den Präferenzen erhält, d.h. ob sich aus Handlungen nicht nur ein Zweck erdeuten läßt, sondern darüber hinaus auch, daß dieser Zweck einem anderen vorgezogen wird.

Zur Klärung dieser Frage müssen wir zunächst darüber Aufschluß erhalten, ob sich jemand in einer Wahlsituation befindet. Wahlsituationen sind Spezialfälle solcher Situationen, die als An-

tedens in Befugnissen fungieren. Und zwar deshalb, weil von einer Befugnis auch im Hinblick auf die Ausübung einer Handlung gesprochen werden kann (man darf die Handlung ausführen oder nicht), das Vorliegen einer Wahlsituation jedoch die Auswahlmöglichkeit unter verschiedenen Handlungsalternativen erfordert. Befugnisse, die wir hier meinen, haben etwa die Form: "Wird in der Situation S der Oberzweck Z verfolgt, so ist es freigestellt, die Unterzwecke Z_1 , Z_2 ... zu verfolgen."

Erfordert die Verfolgung eines Unterzwecks ein Mitwirken anderer Personen, so ist es natürlich unerlässlich, diese von der eigenen Entscheidung in Kenntnis zu setzen (das gleiche gilt auch bei der Festsetzung der Reihenfolge von Bedürfnissen). Die Handlungen, die unter diesem Aspekt der Informationsübertragung ausgeführt werden, möchte ich Wahlhandlungen nennen. Wahlhandlungen sind also soziale Handlungen, die für andere einen Grund bilden, selbst Handlungen auszuführen, deren Beschreibung wiederum Bestandteil der Situationsbeschreibung Z_1 , Z_2 , ... ist. Wahlhandlungen werden durch Ausführungs- und Handlungsnormen geregelt.

Von Wahlhandlungen oder Wahlakten wird auch häufig in der Ökonomie gesprochen. Allerdings ist der Sprachgebrauch anders und meist recht ungenau. "Wahlhandlung" wird synonym verwendet mit "Entscheidung", manchmal versteht man unter "Wahlhandlungen" auch solche Handlungen, deren Ausführung durch die Präferenzordnung geregelt wird¹¹⁾. Als Beispiele für Wahlhandlungen werden dann meist Kaufakte erwähnt. Jedenfalls wird der Unterschied zwischen Handlungen, die Gegenstand einer Präferenzordnung sind, und Handlungen, die der Mitteilung der Präferenzen dienen, nicht wahrgenommen.

Wenn man nach Beispielen für Wahlhandlungen sucht, wird man als erstes natürlich den Kauf nennen müssen, weil er in ökonomischen Zusammenhängen als Wahlhandlung eine äußerst wichtige Rolle spielt, obwohl sich hier auch sofort die Notwendigkeit zur Differenzierung ergibt. Dies deshalb, weil Kaufhandlungen

eine Doppelfunktion haben. Zum einen wird durch den Kauf eine Präferenz ausgedrückt: das gekaufte Gut wird anderen, für einen bestimmten Zweck in gleicher Weise geeigneten Gütern, die angeboten werden, vorgezogen (dient das Gut der unmittelbaren Konsumtion, so wird zum Ausdruck gebracht, daß das durch die Konsumtion zu befriedigende Bedürfnis Vorrang vor anderen hat). Zum anderen ist der Kauf Mittel zum Zweck der Eigentumsübertragung und damit Bedingung für die Verfügung über das Gut. Diese Funktionen können manchmal auseinanderfallen. Wer im Supermarkt einkauft, führt eine Wahlhandlung dadurch aus, daß er eine Ware in den Einkaufskorb legt, womit z.B. das Personal schon daran gehindert ist - von Ausnahmen abgesehen -, die Ware einfach gegen andere auszutauschen. Der Kaufakt an der Kasse ist dann bloß noch Mittel zum Zweck¹²⁾. Als zweites Beispiel sei noch der Fall erwähnt, daß jemand sich in der Wahlsituation befindet, ob er eine Strecke mit dem Omnibus fahren oder zu Fuß laufen soll. Er bringt seine Präferenz für den Bus dadurch zum Ausdruck, daß er einsteigt, nicht erst durch den Kauf der Fahrkarte. Der Kaufakt ist also weder ausschließlich als Wahlhandlung deutbar, noch ist er die einzige Wahlhandlung, die ökonomisch von Bedeutung ist. Schließlich haben z.B. Streik-, Boykott- oder Protestmaßnahmen häufig nicht den Sinn, unmittelbar bestimmte erwünschte Situationen herbeizuführen. Vielmehr sollen sie in besonders nachdrücklicher Weise bestimmte Präferenzen zum Ausdruck bringen, deren Berücksichtigung in anderen Handlungszusammenhängen (z.B. Tarifverhandlungen) erstrebt wird.

Wir können sagen, daß Wahlhandlungen Trägerhandlungen sind für das abstrakte Handlungsschema "wählen". Die über die Ausführung von Wahlhandlungen erdeuteten manifestierten Präferenzen haben einen ähnlichen methodologischen Status wie die objektiven Zwecke. Kann man feststellen, daß sich jemand in einer bestimmten Wahlsituation befindet und eine bestimmte Wahlhandlung ausführt, kennt man außerdem seine Oberzwecke (wenigstens einige von ihnen), so verfügt man über Argumente, die als Gründe für die Präferenz eines bestimmten Zweckes gegenüber anderen

dienen können. Ähnlich wie bei den objektiven Zwecken kommt es dabei auf die subjektiven Vorstellungen des Handelnden zunächst gar nicht an. Der Betreffende mag eine begründete Wahl getroffen haben, er mag aber auch aus reiner Gewohnheit oder aus einer plötzlichen Eingebung heraus gehandelt haben. Aus der Distanz, in der sich der empirische Wirtschaftswissenschaftler zu dem Handelnden befindet, läßt sich dies nicht feststellen. Wie schon bei der Diskussion um die objektiven Zwecke betont, kommt es lediglich darauf an, eine Tätigkeit (die Ausführung einer Wahlhandlung) als Handlung zu verstehen und das heißt, durch die Angabe möglicher Gründe als argumentationszugänglich auszuweisen. Um die Reichweite der hier gemachten Vorschläge noch zu verdeutlichen, möchte ich noch zwei Bemerkungen anfügen.

Zunächst ist mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß sich manifestierte Präferenzen faktisch nur unter großen Schwierigkeiten erdeuten lassen werden. Dies liegt einfach daran, daß man zwar unschwer die Ausübung einer Wahlhandlung feststellen kann, und damit auch, für welchen Zweck die Entscheidung gefallen ist, aber nur unter besonderen Umständen, in welcher Wahlsituation sich der Handelnde befindet. Dadurch bleibt dann offen, welchen Alternativen der Zweck vorgezogen wird. Dies gilt ganz besonders im Konsumtionsbereich, also ironischerweise in dem Bereich, für den die Präferenz- und Nutzentheorie entwickelt worden ist. Die Oberzwecke, die ja zur genauen Bestimmung einer Wahlsituation bekannt sein müssen, lassen sich hier nur schwer erdeuten, weil sie entweder freigestellt sind und auch die individuelle Ordnung durch Maximen nur schwach ausgeprägt ist, oder ihre gesellschaftliche Determination durch Normen recht kompliziert ist. Es ist also aus unserer Sicht nur allzu verständlich, wenn die Konsumententheorie bis auf den heutigen Tag nicht so recht vorangekommen ist, obwohl ihre theoretischen Grundlagen weit in die Geschichte der Ökonomie zurückreichen. Und selbst von einer Neuorientierung auf methodologischem Gebiet sind keine großen Fortschritte zu erwarten. Wesentlich günstiger liegen dagegen die Dinge im Unternehmens-

bereich. Hier sind die Oberzwecke viel klarer festgelegt, zum Teil institutionalisiert, und folglich auch die Wahlsituationen leichter zu rekonstruieren.

Schließlich muß noch einmal daran erinnert werden, daß über Wahlhandlungen in jedem Fall nur ein Teil unserer Präferenzentscheidungen erdeutet werden kann, weil Wahlhandlungen ja nur dort ausgeführt werden, wo die Mitwirkung anderer bei der Verfolgung von Zwecken erforderlich ist. Wo diese Mitwirkung nicht erforderlich ist und folglich keine Wahlhandlungen ausgeführt werden, gibt es einen Zugang zu den Präferenzen des Handelnden nur, wenn man die Distanz zu ihm durchbricht, indem man sich in ein beratendes Gespräch mit ihm begibt.

IV Exkurs zur Revealed Preference Theory und zum Preissystem

1 Die Revealed Preference Theory

In den letzten Abschnitten haben sich wiederholt einige Berührungspunkte zur Revealed Preference Theory (Theorie der offenbarten Präferenzen), die ich hier etwas ausführlicher darstellen möchte, ergeben. Während üblicherweise der Präferenzbegriff in der Ökonomie als theoretischer Begriff behandelt wird, dessen Operationalisierung im Dunkeln bleibt, wollte P.A. Samuelson¹⁴⁾, der als der Begründer der Revealed Preference Theory gelten kann, einen operationalen Präferenzbegriff in die Ökonomie einführen. Die Grundgedanken dieses Ansatzes lassen sich folgendermaßen zusammenfassen.

Wir betrachten einen Konsumenten, der über ein bestimmtes Budget w verfügt und als Käufer auf ein Güterangebot X stößt. Dieses Güterangebot setzt sich aus Güterbündeln x zusammen, X bildet eine Teilmenge des Güterraumes $\mathbb{R}^L$. Mit P wird die Menge der normierten Preisvektoren bezeichnet, $P = \{p \in \mathbb{R}^L \mid \|p\| = 1\}$. Wählt der Konsument ein $x_0 \in X$ mit $px_0 \leq w$ und hätte er auch x_1 mit $px_1 \leq w$ wählen können, so wird gesagt, der Konsument hätte

direkt offenbart, daß er x_0 dem x_1 vorzieht. Diese Relation wird mit $x_0 W x_1$ bezeichnet. Dagegen spricht man davon, der Konsument offenbare indirekt, daß er x_0 dem x_m vorziehe, wenn es m Güterbündel $x_1, \dots, x_m$ gibt und gilt $x_0 W x_1, x_1 W x_2, \dots, x_m W x_m$. Diese Relation bezeichnet man mit $x_0 S x_m$.

Die Grundlage der Revealed Preference Theory bilden zwei sog. Axiome, (a) das schwache Axiom der offenbarten Präferenzen: $\bigwedge_{i \neq j} x_i, x_j \in X: x_i W x_j \rightarrow \neg x_j W x_i$, und (b) das starke Axiom der offenbarten Präferenzen: $\bigwedge_{i \neq j} x_i, x_j \in X: x_i S x_j \rightarrow \neg x_j S x_i$. Ist h die Nachfragefunktion des Konsumenten, $h: (P, w) \rightarrow X$, d.h. gibt h die Nachfrage des Konsumenten bei unterschiedlichen Preis-Budgetkonstellationen an und gilt das starke Axiom, so kann man zeigen, daß dieser Nachfragefunktion eine Nutzenfunktion (und damit eine Präferenzordnung) zugrunde liegt, womit dann die Verbindung zwischen den "beobachtbaren" Marktdaten und der Präferenzordnung hergestellt wäre.

Die Fragwürdigkeit, bezüglich von Preis-Budgetkonstellationen und von Kaufakten als von beobachtbaren Daten zu sprechen, habe ich schon an anderer Stelle deutlich gemacht. Ich möchte mich hier in der kritischen Auseinandersetzung nur auf drei Punkte konzentrieren.

(a) Zunächst wirft das starke Axiom schier unüberwindliche Schwierigkeiten in praktischer Hinsicht auf. Durch dieses Axiom wird ja gefordert, daß sich die Kaufentscheidungen in eine azyklische Ordnung bringen lassen, wobei als einziges Mittel zur Rekonstruktion der offenbarten Präferenz nur die Wertgleichheit von Güterbündeln zur Verfügung steht. Unter diesen Umständen wird sich nur feststellen lassen, daß ein Güterbündel einer beliebig großen Menge von anderen Güterbündeln vorgezogen wird, eine Entscheidungssituation lediglich zwischen zwei Güterbündeln ist eine völlig unrealistische Forderung.

(b) Bei dem Rückschluß von der Nachfragefunktion auf die Präferenzordnung wird die zeitliche Konstanz der Präferenzordnung und ihre Unabhängigkeit von unterschiedlichen Preis-Budgetkonstellationen unterstellt, eine Annahme, deren Unbegründetheit

wir schon weiter oben herausgestellt haben.

(c) Der methodisch schwerwiegendste Mangel liegt jedoch in der fehlenden Unterscheidung von der Einführung eines Terminus und der Überprüfung von Sätzen mit diesem Terminus begründet. Durch die Revealed Preference Theory werden die Wörter "Präferenz" oder "Nutzen" nicht als noologische Termini, also als Termini, die etwas mit der subjektiven Vorstellungswelt eines Menschen zu tun haben, eingeführt. Was man allein zeigen kann ist, daß sich unter bestimmten Bedingungen aus einer Nachfragefunktion allein mit mathematischen Mitteln eine andere Funktion ableiten läßt, der wiederum bestimmte Ordnungseigenschaften zugrunde liegen. Daß diese Ordnungseigenschaften etwas mit den Ordnungsvorstellungen des Konsumenten zu tun haben, ist eine uneingelöste Behauptung.

Hat man dagegen den Terminus "Präferenz" als noologischen Terminus eingeführt, und behauptet jemand, er ziehe x_0 dem x_1 vor, so ist es durchaus sinnvoll zur Überprüfung dieser Behauptung zu untersuchen, ob er beim Kauf - vorausgesetzt $px_0 \leq w$, $px_1 \leq w$ - sich auch tatsächlich für x_0 entscheidet. Insoweit könnte man die Revealed Preference Theory - mit einigen Einschränkungen und jedenfalls ohne das starke Axiom¹⁵⁾ - als ein Verfahren zur Überprüfung von Behauptungen über Präferenzen im Konsumtionsbereich ansehen. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß wir Zugang zu solchen Behauptungen über Präferenzordnungen haben. Der in aller Regel mangelnde Zugang zu solchen Behauptungen ist nun gerade das Problem, das wir unseren Überlegungen zu den manifestierten Präferenzen zugrunde gelegt haben, wobei wir eben gerade nicht den Versuch machten, die durch Wahlhandlungen manifestierten Präferenzen als Operationalisierungen subjektiver Vorstellungen aufzufassen, sondern als das Ergebnis von Handlungsdeutungen.

2 Das Preissystem

Das Preissystem bildet im wirtschaftlichen Alltag das eigentlich relevante Orientierungssystem für wirtschaftliche Entscheidungen. Für die Ökonomie besteht ein Problem mit dem Preissystem darin, daß man es nicht als ein fundamentales, sondern als ein abgeleitetes Meßsystem betrachtet. Um in der Sprache der Meßtheorie zu bleiben, handelt es sich bei einem Preissystem um ein extensives ERS $\langle G, w, h \rangle$, wobei G die Menge der marktfähigen Güter bedeutet (in der Theorie wird der Einfachheit halber meist unterstellt, Güter seien beliebig teilbar), w die Relation "wertvoller als", durch die auf G eine Quasiordnung definiert ist, und h die Kombinationshandlung "Güter zu einem Güterbündel hinzufügen". Wie jeder weiß, bildet das Preissystem eine Verhältnisskala.

Das Problem der Ableitung des Preissystems sieht man nun darin, daß der Aufbau der Quasiordnung auf G durch die Relation w selbst wieder auf Beziehungen zurückgeführt werden soll, in denen bereits quantitative Begriffe vorkommen. In der "bürgerlichen" Ökonomie versucht man, das Preissystem über die Nutzentheorie aufzubauen, in der marxistischen Ökonomie verwendet man als fundamentales Meßsystem die Arbeitswertlehre. Obwohl bei letzterem Vorschlag als die fundamentale Maßeinheit für den Wert eines Gutes die in ihm steckende Arbeitszeit angenommen wird, das fundamentale Meßsystem also eine Verhältnisskala bildet, ist auch hier der Übergang vom Wertsystem zum Preissystem (das berühmte Transformationsproblem) alles andere als unproblematisch¹⁶⁾. Daß eine Zurückführung des Preissystems auf die Nutzentheorie kein sinnvolles Unterfangen darstellt, dürfte nach den bisherigen Ausführungen auf der Hand liegen.

Mir scheint, daß die Schwierigkeiten aus einer bewußten oder unbewußten Anlehnung an den meßtheoretischen Aufbau der Physik herrühren. In der Physik ist es nämlich in der Tat sinnvoll, zwischen fundamentalen und abgeleiteten Meßsystemen zu unterscheiden. Die fundamentalen Meßsysteme werden im Rahmen der

Protophysik begründet, die abgeleiteten beruhen auf Definitionen, deren Begründung sich aus pragmatischen Zusammenhängen herleitet. Können in der Ökonomie schon keine fundamentalen Meßsysteme aufgebaut werden, so ist es erst recht sinnlos zu versuchen, abgeleitete Meßsysteme zu definieren.

Das eigentliche ökonomische Problem, das durch die unglücklichen Reduzierungsversuche mehr verschüttet als klargelegt ist, bildet der Fragenkomplex der Funktionsweise eines monetären Wirtschaftssystems: Was bedeutet es, daß ein Gut einen Preis besitzt, d.h. in welchem Sinne ist der Preis eines Gutes handlungsrelevant? Damit ist die monetäre Wirtschaftsverfassung eines Gesellschaftssystems angesprochen. Bezüglich der monetären Wirtschaftsverfassung können wir unterscheiden zwischen der Wirtschaftsverfassung im weiteren und im engeren Sinne: Die monetäre Wirtschaftsverfassung im weiteren Sinne umfaßt die Rahmenregelungen eines monetären Wirtschaftssystems. Dies sind institutionalisierte Normen, die sich an alle Mitglieder einer Gesellschaft wenden und regeln, wie der Austausch von Gütern gegen Geld zu vollziehen ist, was Geld überhaupt ist, wie die Geldschöpfung vor sich geht, wie die Verteilung von Geld erfolgt (Organisation eines Bankensystems) u.ä.

Die monetäre Wirtschaftsverfassung im engeren Sinn umfaßt die Regelungen, nach denen Wirtschaftlichkeitsentscheidungen in einem bestimmten System mit einer monetären Wirtschaftsverfassung i.w.S. zu treffen sind. Solche Regelungen betreffen Fragen, wer befugt ist, für Güter Preise festzusetzen, wie sich die Höhe der Preise bestimmt und unter welchen Umständen Preise geändert werden.

Ich möchte nun nicht den Eindruck erwecken, als würden Fragen der monetären Wirtschaftsverfassung im weiteren und engeren Sinne in der Ökonomie überhaupt nicht erörtert. An zahlreichen Stellen der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre werden Erkenntnisse über den Aufbau der Wirtschaftsverfassung zusammengefaßt. Allerdings wendet man sich dem institutionalisierten

sierten Teil unserer Wirtschaftsordnung meist unter sehr speziellen Aspekten zu und ohne Interesse an einem systematischen Überblick. Es fehlt fast völlig an Versuchen, die Kenntnisse über unsere wirtschaftlichen Institutionen in den Korpus der Mikroökonomie einzufügen¹⁷⁾. Solange man das Preissystem unter meßtheoretischen Aspekten betrachtet und auf einer Ableitung im Rahmen der traditionellen Mikroökonomie beharrt, werden sich für das Verständnis unseres Wirtschaftssystems keine Fortschritte erzielen lassen. Eine derart "theoretische" Ökonomie vermittelt insbesondere keine Erkenntnisse, die zur Deutung wirtschaftlicher Handlungen geeignet wären.

V Prototheorie der empirischen Ökonomie und Praxeologie:

Ein Facit

Mit der Erklärung der Frage nach der Metrisierbarkeit haben wir die Behandlung der wichtigsten Probleme des methodischen Aufbaus der Ökonomie abgeschlossen. Ich möchte deshalb abschließend noch auf das Verhältnis Prototheorie und Rationalismus - genauer Praxeologie - zurückkommen.

Beginnen wir mit der Feststellung einer Gemeinsamkeit. Es besteht grundsätzliche Übereinstimmung mit v. Mises darüber, daß die Ökonomie auf einem apriorischen Fundament beruht. Allerdings können wir präziser zwischen einem doppelten Apriori unterscheiden: dem lebensweltlichen Apriori, das uns die Problemstellung für die Ökonomie liefert, und dem prototheoretischen Apriori, welches die problemspezifische Handlungs- und Deutungstheorie umfaßt. Letztere kann deshalb apriorisch genannt werden, weil alle ihre Bestimmungen ohne Rückgriff auf Normen unserer Wirtschaftsordnung getroffen werden können. Der empirische Teil der Ökonomie beinhaltet also in der Tat mehr als v. Wieser mit seinem Verweis auf die wirtschaftliche Alltagserfahrung gemeint hat, und dies hat v. Mises insoweit zu recht reklamiert.

Um die entscheidenden Unterschiede zu dem Ansatz von v. Mises festhalten zu können, sei seine Position noch einmal durch zwei

Zitate ins Gedächtnis gerufen: "Alles Handeln ist auf den Erfolg gerichtet, empfängt Sinn nur in der Ausrichtung auf den Erfolg. Das Vorziehen und Zurückstellen, das in ihm hervortritt, nimmt zum Richtmaß die Bedeutung des erwarteten Erfolgs für die Wohlfahrt des Handelnden. Was unmittelbar der Wohlfahrt dient, wird ohne Schwierigkeit der Wichtigkeit gemäß geordnet und gibt so die Rangordnung, in der die Ziele des Handelns im gegebenen Ausgeblicke stehen."¹⁸⁾ "Alles bewußte Verhalten von Menschen stellt sich als Vorziehen eines a einem b gegenüber dar. Es ist ein Wählen zwischen sich bietenden Möglichkeiten. Diese Wahlakte allein, diese in die Außenwelt hinauswirkenden inneren Entscheidungen sind uns gegeben. Wir erfassen ihren Sinn, indem wir den Begriff der Wichtigkeit setzen. Wenn ein Individuum a dem b vorzieht, dann sagen wir, daß ihm im Augenblick des Wahlaktes a wichtiger (wertvoller, begehrenswerter) erschien als b."¹⁹⁾

Zunächst muß v. Mises darin widersprochen werden, daß die Tätigkeiten eines Menschen das einzige sind, was uns Aufschluß über seine Vorstellungswelt geben kann. Wir haben in einigen Fällen gezeigt, wie noologische Termini eingeführt werden können, mit deren Hilfe man über die Vorstellungen der Menschen reden kann, und daß wir uns in gemeinsamer Beratung über unsere Zwecke, Präferenzen, Vorstellungen und Pläne verständigen können. Von einer Tätigkeit als einem deutungsbedürftigen Tun ist erst dort die Rede, wo eine solche Beratungssituation nicht gegeben ist, wo wir uns aus der Distanz heraus eine Meinung über Zwecke und Präferenzen von Personen bilden müssen, um überhaupt erst eine Beratung über konfliktrelevante Zwecke und Interessen in Gang zu bringen. Solche Distanzsituationen sind zwar konstituierend für die Sozialwissenschaften, sie bilden jedoch nicht schlechthin den Ausgangspunkt für unser Reden über Zwecke, Handlungen und Präferenzen.

Liegt eine Distanzsituation vor, so ordnen wir dem Tun einer Person nach Möglichkeit Argumente zu. D.h., daß uns eine Tätigkeit verständlich ("rational") erscheint, ist das Ergebnis ei-

ner Deutungsleistung, durch die sie als argumentationszugänglich ausgewiesen wird. In dieser Zuordnungsarbeit und der dazugehörigen Systematisierung gesellschaftlicher Regelungen besteht der eigentliche Aufgabenbereich empirischer Sozialwissenschaft. Wenn v. Mises immer wieder betont, daß alles Handeln rational sei, so ist dies nicht ganz richtig. Eine Tätigkeit kann aus Gewohnheit oder Gedankenlosigkeit erfolgen oder es kann ihr ein Irrtum zugrunde liegen, Handlungscharakter (Rationalität) wird ihr durch die Deutung verliehen. Die noch weiter gehende Behauptung, daß alles Handeln immer wirtschaftliches Handeln sei, können wir bestenfalls so interpretieren, daß er nur das Deutungsschema der Zweckrationalität akzeptieren würde, eine Einschränkung, für die es weder apriori noch aposteriori Gründe gibt.

Damit sind wir an einem entscheidenden Punkt der Kritik an v. Mises (und seinen Nachfolgern) angelangt, nämlich der mangelnden Unterscheidung zwischen der Sprache, in der Deutungen formuliert werden, und der Sprache, mit der man über Deutungen spricht (Deutungssprache). Um dies zu verdeutlichen, sei ein kleines Beispiel gebracht. Wie bei den Mitgliedern der österreichischen Schule üblich, definiert v. Mises Kosten als die nächstwichtigsten, nicht mehr zur Befriedigung gelangenden Bedürfnisse²⁰⁾. Formal gesehen (die inhaltliche Angemessenheit soll außer Betracht bleiben) gehört diese Definition zur Deutungstheorie. v. Mises wendet aber diesen Begriff unmittelbar auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse an und schreibt, um dies zu verdeutlichen: "Daß jede Produktion abgeschlossen wird, wo sie aufhört, rentabel zu sein, bedeutet, daß nur soweit produziert wird, als die für die Produktion erforderlichen Güter höherer Ordnung und Arbeitsleistungen nicht für eine andere Produktion dringender benötigt werden"²¹⁾. Hier bezieht also v. Mises seinen Kostenbegriff auf die betriebswirtschaftliche Rentabilitätsrechnung. Kosten im betriebswirtschaftlichen Sinne sind jedoch durch den Kostenkalkül festgelegt und beruhen auf einer Bewertung von Gütern zu Marktpreisen oder betriebsinterner Verrechnungsgrößen, sie sind in jedem Falle kulturkovariant

festgelegt und keine apriorischen Bestimmungen. Diese mangelnde Unterscheidung verschiedener Sprachebenen führt eben zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß gerade die im Zusammenhang mit einer kaum zweihundertjährigen Wirtschaftspraxis entstandene und an ihren Problemen orientierte Ökonomie apriorischen Charakter tragen soll.

Schließlich sei noch als letztes die Gleichsetzung von Handlung und Wahlhandlung kritisch vermerkt. Daß jede Handlung das Vorziehen eines a einem b gegenüber bedeute, ist entweder eine belanglose Trivialität oder eine so nicht haltbare Behauptung. Eine belanglose Trivialität wäre dieser Satz, wenn damit gemeint wäre, daß, wer a tut, nicht an dessen Stelle gleichzeitig etwas anderes tun kann. Sollte jedoch damit eine jeweils bestimmte Alternative oder Reihenfolge gemeint sein, so ist dieser Satz unhaltbar, weil er implizieren würde, daß aus jeder Handlung apriori auf eine ihr zugrunde liegende Wahlsituation geschlossen werden könnte, über die die Handlungsalternativen erst genau bestimmbar wären.

Wie alle Rationalisten knüpfte v. Mises mit seinen Überlegungen nur an den faktisch gegebenen Corpus ökonomischer Theorien an, aus dem er wenigstens einige auf ein solides methodisches Fundament stellen wollte. Er mußte an dieser Aufgabe scheitern, weil er versäumt hat, das für eine erfolgreiche prototheoretische Bemühung erforderliche lebensweltliche Apriori und damit die praktische Aufgabenstellung der Ökonomie zu entwickeln.

Anmerkungen

- 1) Über die Grundlagen der modernen Meßtheorie informieren ausführlich z.B. P. Suppes/J.L. Zinnes, Basic Measurement Theory, in: R.D. Luce/R.R. Bush/E. Galanter (Eds.), Handbook of Mathematical Psychology, Vol. I, N.Y. 1963, S. 1 - 76; J. Pfanzagl, Theory of Measurement, N.Y. 1968; F.v. Kutschera, Wissenschaftstheorie I, München 1972, Kap. I.
- 2) Vgl. z.B. P. Suppes/J.L. Zinnes, a.a.O., S. 42 ff., oder F.v. Kutschera, Wissenschaftstheorie II, München 1972, S. 510 ff. Zu einer Metrisierung, die eindeutig bis auf lineare Transformation ist (Intervallskala), kommt man durch die Konstruktion eines Differenzsystems. Dies ist ein $RS\langle A, Q, D \rangle$, wobei D eine vierstellige Relation auf A darstellt, für die gilt: $\bigwedge u, v, w, x, y, z \in A$: (a) $uPv \leftrightarrow uvDuu$, (b) $uIv \leftrightarrow uvDvu \wedge vuDuv$, (c) $uvDwx \wedge wxDyz \rightarrow uvDyz$, (d) $\neg(uvDwx \wedge wxDuv)$, (e) $uvDwx \rightarrow uwDvx$. Für die Relation P und I in (a) und (b) vgl. Def. (4). Man kann $uvDwx$ umgangssprachlich interpretieren als: "Die Differenz zwischen u und v ist mindestens so groß wie die Differenz zwischen w und x."
- 3) Zu weiteren Einzelheiten vgl. H. Tetens, Bewegungsformen und ihre Realisierungen, Diss. Erlangen 1977, S. 61 ff.
- 4) So stellt z.B. Stegmüller fest, "... daß nur eine große Klasse von Körpern existiert, die relativ zueinander starr sind. Diese Objekte mögen z.B. aus Metall, aus Stein oder getrocknetem Holz bestehen. Da wir nicht alle Körper überprüfen können, ist auch diesmal wieder dasjenige, was wir Erfahrungstatsache nennen, streng genommen eine empirische Hypothese ...", s. W. Stegmüller, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. II, Berlin u.a. 1970, S. 86.
- 5) Vgl. zu den Einzelheiten die im zweiten Kapitel genannten Arbeiten von Lorenzen, Janich, Inhetveen und insbesondere H. Tetens, Bewegungsformen ..., a.a.O., Kap. 1 und 3.
- 6) Dieser Satz wurde m.W. zuerst von G. Debreu bewiesen, vgl. G. Debreu, Representation of a preference ordering by a

numerical function, in: R.M. Thrall/C.H. Coombs/R.L. Davis (Eds.), *Decision Processes*, N.Y. 1954, S. 159 - 165, wobei der entscheidende mathematische Gedanke von S. Eilenberg stammt, vgl. seinen Aufsatz: *Ordered Topological Spaces*, *Am. J. Math.* 63 (1941), S. 39 - 45.

- 7) Vgl. für einen Beweis z.B. G. Debreu, *Theory of Value*, N.Y. 1959, S. 56 ff.
- 8) Vgl. z.B. P. Lorenzen, *Regeln vernünftigen Argumentierens*, in: ders., *Theorie der technischen und politischen Vernunft*, Sttgt. 1978, S. 50 ff.
- 9) S. F. Kambartel, *Ist rationale Ökonomie als empirisch-quantitative Wissenschaft möglich?*, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), *Methodenprobleme der Wissenschaft vom gesellschaftlichen Handeln*, Ffm. 1979, S. 317 f.
- 10) Vgl. z.B. K.O. May, *Intransitivity, utility, and aggregation in preference patterns*, *Econometrica* 22 (1954), S. 1 - 13; D. Braybrooke/C.E. Lindblom, *A Strategy of Decision*, London u.a. 1967².
- 11) Vgl. z.B. G. Gäfgen, *Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung*, Tübingen 1974³, Kap. I. In diesem immerhin über 500 Seiten starken Buch habe ich übrigens keine Definition des Terminus "Wahlhandlung" gefunden, genausowenig wie Definitionen der Termini "Präferenz" oder "Nutzen".
- 12) Im deutschen Zivilrecht wird der Unterscheidung zwischen Wahlhandlung und Kaufhandlung in diesem Beispiel auf rechtlicher Ebene entsprochen durch die Unterscheidung Besitzerwerb (durch das Legen der Ware in den Korb) und Eigentums-erwerb (durch die Aushändigung der Ware nach Bezahlung).
- 13) Der Ausdruck stammt von G. Gäfgen und wird von ihm im Zusammenhang mit der "revealed preference theory" gebraucht, vgl. G. Gäfgen, *Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung*, a.a.O., S. 251. Ich verwende den Ausdruck in einer abweichenden Bedeutung.
- 14) Seine bis in die dreißiger Jahre zurückreichenden Bemühun-

gen zur Revealed Preference Theory hat Samuelson systematisch in seinen 1947 veröffentlichten "Foundations" niedergelegt, vgl. P.A. Samuelson, Foundations of Economic Analysis, N.Y. 1971³. Entscheidend wurde der Ansatz von Houthakker weiterentwickelt, von dem auch der Name "Revealed Preference" stammt, vgl. H. Houthakker, Revealed Preference and the Utility Function, *Economica* NS 17 (1950), S. 159 - 174. Eine moderne und formal anspruchsvolle Darstellung findet sich bei M.K. Richter, Revealed Preference Theory, *Econometrica* 34 (1966), S. 635 - 645.

- 15) Daß das recht uneinsichtige starke Axiom in der Revealed Preference Theory eine so gewichtige Rolle spielt, liegt daran, daß man bis vor kurzem glaubte, die ganze Mikroökonomie würde zusammenbrechen, wenn man auf eine vollständige und transitive Präferenzordnung bei den Konsumenten verzichten würde. Nun haben vor einiger Zeit A. Mas-Collel und D. Gale gezeigt, daß sich das Herzstück der Mikroökonomie, die Existenz des Marktgleichgewichts, beweisen läßt unter der Annahme einer Präferenzrelation, die weder vollständig noch transitiv, sondern lediglich irreflexiv ist (genau wie unsere Relation der manifestierten Präferenz), vgl. A. Mas-Collel, An Equilibrium Existence Theorem without Complete or Transitive Preferences, *J. Math. Ec.* 1 (1974), S. 237 - 246; D. Gale/A. Mas-Collel, An Equilibrium Existence Theorem for a General Model without Ordered Preferences, *J. Math. Ec.* 2 (1975), S. 9 - 15. Mit diesen Arbeiten glaube ich, daß sich die ständigen Diskussionen um die Konsumentenrationalität und den "homo oeconomicus", die ja letztlich bei den Forderungen nach Transitivität und Vollständigkeit ansetzten, erledigt haben.
- 16) Wenn bei Marxisten übrigens von einer "Ableitung" des monetären Systems die Rede ist, so ist damit schon mehr als eine meßtheoretische Reduzierung gemeint. Ich verstehe diese Redeweise so, daß es dabei um die Erstellung einer faktischen Genese des monetären Wirtschaftssystems geht, d.h. um die ihrer historischen Zufälligkeit entkleideten Gründe, die zum Aufbau eines solchen Systems geführt haben.

- 17) Im Zusammenhang mit der Mikrofundierung der Makroökonomie wird in letzter Zeit wiederholt die Notwendigkeit betont, sich dem institutionellen Teil unserer Wirtschaftsordnung zuzuwenden, vgl. z.B. M. Shubik, A Theory of Money and Financial Institutions, Econ. Appl. 31 (1978), S. 61 - 78, F. Haslinger, Zur mikroökonomischen Fundierung der Geldtheorie, in: E. Helmstädter (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften, Schr. d. V. f. Socialpol. N.F. 98, Berlin 1978, S. 275 - 292.
- 18) S. L.v. Mises, Vom Weg der subjektivistischen Wertlehre, in: L.v. Mises/A. Spiethoff (Hrsg.), Probleme der Wertlehre, 1. Teil, Schr. d. V. f. Socialpol. 183/1, München u.a. 1931, S. 84.
- 19) Ebd., S. 77.
- 20) Vgl. z.B. ebed., S. 91.
- 21) Ebd., S. 92.

LITERATUR

- Achinstein, P., Theoretical Terms and Partial Interpretation, Br. J. Phil. Sc. 14 (1963), S. 89 - 105.
- Achinstein, P., The Problem of Theoretical Terms, Am. Phil. Quart. 2 (1965), S. 475 - 510
- Albert, H., Modell-Platonismus: Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Betrachtung, in: ders., Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied u.a. 1967, S. 331 - 367
- Albert, H., Probleme der Theoriebildung, in: L. Czayka (Hrsg.), Erkenntnisprobleme der Ökonometrie, Meisenheim a.Gl. 1978, S. 1 - 53
- Apel, K.-O./J. Manninen/R. Tuomela (Hrsg.), Neue Beiträge zur Erklärung-Verstehen-Kontroverse, Ffm. 1978
- Basman, R.L., Modern Logic and the Suppositious Weakness of the Empirical Foundations of Economic Science, Schweiz. Z. f. Volksw. u. Stat. 111 (1975), S. 153 - 176
- Bauer, P.T./A.A. Walters, The State of Economics, J. Law and Ec. 18 (1975), S. 1 - 23
- Bear, D.T.V./D. Orr, Logic and Expediency in Economic Theorizing, J. Pol. Ec. 75 (1967), S. 188 - 196
- Beckermann, A., Eine neue Theorie kulturwissenschaftlicher Erklärung? Zu Oswald Schwemmers Theorie der rationalen Erklärung, Z. f. phil. Forschung 32 (1978), S. 398 - 404
- Benassy, J.P., Neo-Keynesian Disequilibrium Theory in a Monetary Economy, Rev. Econ. Stud. 42 (1975), S. 503 - 523
- Benassy, J.P., The Disequilibrium Approach to Monopolistic Price Setting and General Monopolistic Equilibrium, Rev. Econ. Stud. 43 (1976), S. 69 - 81

- Block, W., A Comment on "The Extraordinary Claim of Praxeology"
by Professor Gutiérrez, Theory and Decision 3 (1973),
S. 377 - 387
- Boland, L.A., A Critique of Friedman's Critics, J. Econ. Lit.
17 (1979), S. 503 - 522
- Boulding, K.E., Conflict and Defense, N.Y. 1963
- Braybrooke, D./C.E. Lindblom, A Strategy of Decision, London
u.a. 1967²
- Brown, T.M., Habit Persistence and Lags in Consumer Behavior,
Econometrica 20 (1952), S. 355 - 371
- Brunner, K., "Assumptions" and the Cognitive Quality of Theo-
ries, Synthese 20 (1969), S. 501 - 525
- Cairnes, J.E., The Character and Logical Method of Political
Economy, London 1875
- Campbell, N.R., Physics: The Elements, Cambridge 1920 (Nach-
druck unter dem Titel: Foundations of Science, N.Y. 1957)
- Carnap, R., Über die Aufgabe der Physik und die Anwendung des
Grundsatzes der Einfachstheit, Kant-Studien 28 (1923),
S. 90 - 107
- Carnap, R., Überwindung der Metaphysik durch logische Analyse
der Sprache, Erkenntnis 2 (1931), S. 219 - 241
- Carnap, R., Die physikalische Sprache als Universalsprache der
Wissenschaft, Erkenntnis 2 (1931), S. 432 - 465
- Carnap, R., Über Protokollsätze, Erkenntnis 3 (1932/33), S.
215 - 228
- Carnap, R., Testability and Meaning, Phil. Sc. 3 (1936), S.
420 - 471 und 4 (1937), S. 2 - 40
- Carnap, R., The Methodological Character of Theoretical Con-
cepts, in: H. Feigl/M. Scriven (Hrsg.), Minnesota Studies
in the Philosophy of Science, Bd. 1, Minneapolis 1956,
S. 38 - 76
- Carnap, R., Der logische Aufbau der Welt, Hamburg 1961²

- Carnap, R., *Philosophical Foundations of Physics*, N.Y. 1966
- Cherniss, H., *Aristotle's Criticism of Presocratic Philosophy*, Baltimore 1935
- Chipman, J.S./L. Hurwicz/M.K. Richter/H.F. Sonnenschein, *Preferences, Utility and Demand*, N.Y. u.a. 1971
- Chisholm, R., *The Contrary to Fact Conditional*, *Mind* 55 (1946), S. 289 - 307
- Clower, R., *The Keynesian Counterrevolution: A Theoretical Appraisal*, in: F.H. Hahn/R.P.R. Brechling (Hrsg.), *The Theory of Interest Rates*, London 1965, S. 103 - 125
- Clower, R., *Reflections on Science ... and Economics*, *Intermountain Rev.* 5 (1974), S. 1 - 12
- Clower, R., *Reflections on the Keynesian Perplex*, *Z. f. Natök.* 35 (1975), S. 1 - 24
- Czayka, L., *Methodologische Bemerkungen zum Prognoseproblem*, in: ders. (Hrsg.), *Erkenntnisprobleme der Ökonometrie*, Meisenheim a.Gl. 1978, S. 54 - 72
- Debreu, G., *Representation of a preference ordering by a numerical function*, in: R.M. Thrall/C.H. Coombs/R.L. Davis (Eds.), *Decision Processes*, N.Y. 1954, S. 159 - 165
- Debreu, G., *Theory of Value*, N.Y. 1959
- Destanne de Bernis, G., *Les Limites de l'Analyse en Termes d'Equilibre economique general*, *Revue Economique* 26 (1975), S. 884 - 930
- Eilenberg, S., *Ordered Topological Spaces*, *Am. J. Math.* 63 (1941), S. 39 - 45
- Ekelund, Jr. R.B./E.S. Olsen, Comte, Mill, and Cairnes: *The Positivist-Empiricist Interlude in Late Classical Economics*, *J. Econ. Issues* 7 (1973), S. 383 - 416
- Emmer, R.E., *Economic Analysis and Scientific Philosophy*, London 1967
- Feyerabend, P.K., *Bemerkungen zur Geschichte und Systematik*

- des Empirismus, in: P. Weingartner (Hrsg.), Grundfragen der Wissenschaften und ihre Wurzeln in der Metaphysik, Salzburg 1967, S. 136 - 180
- Feyerabend, P.K., Against Method: Outline of an Anarchistic Theory of Knowledge, in: M. Radner/St. Winokur (Hrsg.), Minnesota Studies in the Philosophy of Science, Bd. IV, Minneapolis 1970, S. 17 - 130
- Frank, J., Kritische Ökonomie, Reinbek 1976
- Friedman, M., The Methodology of Positive Economics, in: ders., Essays in Positive Economics, Chicago 1953, S. 3 - 43
- Gale, D./A. Mas-Colell, An Equilibrium Existence Theorem for a General Model without Ordered Preferences, J. Math. Ec. 2 (1975), S. 9 - 15
- Gäpfen, G., Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, Tübingen 1974³
- Gethmann, C.F., Zur normativen Genese wissenschaftlicher Institutionen, in: C. Burrichter (Hrsg.), Probleme der Wissenschaftsforschung, Erlangen 1978, S. 69 - 91
- Gethmann, C.F., Ist Philosophie als Institution nötig?, in: H. Lübke (Hrsg.), Wozu Philosophie?, Berlin 1978, S. 287 - 312
- Gethmann, C.F., Rechtfertigung und Inkraftsetzung von Normen, in: W. Oelmüller (Hrsg.), Normenbegründung - Normendurchsetzung, Paderborn 1978, S. 140 - 153
- Goodman, N., The Problem of Counterfactual Conditionals, J. Phil. 44 (1947), S. 113 - 128
- Green, H.A.J., Aggregation Problems of Macroeconomics, in: G.C. Harcourt (Hrsg.), The microeconomic foundations of macroeconomics, London 1977, S. 179 - 194
- Gutiérrez, C., The Extraordinary Claim of Praxeology, Theory and Decision 1 (1970/71), S. 327 - 336
- Hanson, N.R., Patterns of Discovery, Cambridge 1958
- Harcourt, G.C. (Hrsg.), The Microeconomic Foundation of Macroeconomics, London 1977

- Heertje, A., Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre, Berlin u.a. 1970
- Helmstädter, E., Wirtschaftstheorie I, München 1974
- Hempel, C.G., Fundamentals of Concept Formation in Empirical Science, Chicago 1952 (dt.: Grundzüge der Begriffsbildung in der empirischen Wissenschaft, Düsseldorf 1974)
- Hempel, C.G., Empiricist Criteria of Cognitive Significance: Problems and Changes, in: ders., Aspects of Scientific Explanation, N.Y. u.a. 1965, S. 101 - 122
- Hempel, C.G., The Theoretician's Dilemma, in: ders., Aspects of Scientific Explanation, N.Y. 1965, S. 173 - 226
- Hempel, C.G., On the Standard Conception of Scientific Theories, in: M. Radner/St. Winokur (Hrsg.), Minnesota Studies in the Philosophy of Science, Bd. IV, Minneapolis 1970, S. 142 - 163
- Hempel, C.G., Formulation and Formalization of Scientific Theories, in: F. Suppe (Hrsg.), The Structure of Science, Urbana u.a. 1974, S. 244 - 254
- Hempel, C.G., Aspects of Scientific Explanation and Other Essays in the Philosophy of Science, N.Y. u.a. 1965 (teilweise ins Deutsche übertragen unter dem Titel: Aspekte wissenschaftlicher Erklärung, Berlin 1977)
- Hempel, C.G., Die Wissenschaftstheorie des analytischen Empirismus im Lichte zeitgenössischer Kritik, in: G. Patzig/E. Scheibe/W. Wieland (Hrsg.), Logik, Ethik, Theorie der Geisteswissenschaften, XI. Dt. Kongr. f. Phil. 1975, Hamburg 1977, S. 20 - 34
- Henschel, H., Wirtschaftsprognosen, München 1979
- Houthakker, H., Revealed Preference and the Utility Function, Economica NS 17 (1950), S. 159 - 174
- Huier, R./R. Cremer, Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung, München 1978
- Hunt, R.K., Economic Scholasticism and Capitalistic Ideology,

- in: ders./J.G. Schwartz (Hrsg.), *A Critique of Economic Theory*, Hammondsworth 1973, S. 186 - 194
- Hutchison, T.W., *The Significance and Basic Postulates of Economic Theory*, London 1938 (Nachdruck mit einem neuen Vorwort, N.Y. 1960)
- Inheteven, R., *Die Dinge des dritten Systems*, in: K. Lorenz (Hrsg.), *Konstruktionen versus Positionen*, Bd. 1, Berlin 1979, S. 266 - 277
- Janich, P., *Protophysik der Zeit*, Mannheim 1969
- Janich, P., *Wie empirisch ist die Physik?*, *Phil. Naturalis* 11 (1969), S. 291 - 303
- Janich, P., *Eindeutigkeit, Konsistenz und methodische Ordnung*, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), *Zum normativen Fundament der Wissenschaft*, Ffm. 1973, S. 131 - 158
- Janich, P./F. Kambartel/J. Mittelstraß, *Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik*, Ffm. 1974
- Janich, P., *Zur Protophysik des Raumes*, in: G. Böhme (Hrsg.), *Protophysik*, Ffm. 1976, S. 83 - 130
- Janich, P., *Ist Masse ein "theoretischer Begriff"?*, *Z. f. allg. Wissenschaftsth.* 8 (1977), S. 302 - 314
- Kaldor, N., *The Irrelevance of Equilibrium Economics*, *Econ. J.* 82 (1972), S. 1237 - 1255
- Kambartel, F., *Erfahrung und Struktur*, Ffm. 1968
- Kambartel, F., *Wie ist praktische Philosophie konstruktiv möglich?*, in: F. Kambartel (Hrsg.), *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*, Ffm. 1974, S. 9 - 33
- Kambartel, F., *Moralisches Argumentieren - Methodische Analysen zur Ethik*, in: F. Kambartel (Hrsg.), *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*, Ffm. 1974, S. 54 - 72
- Kambartel, F., *Zum Fundierungszusammenhang apriorischer und empirischer Elemente der Wissenschaft*, in: R.E. Vente (Hrsg.), *Erfahrung und Erfahrungswissenschaft*, Stgt. 1974, S. 154 - 167

- Kambartel, F., Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 107 - 125
- Kambartel, F., Zur Überwindung des Szientismus und Modellplatonismus in der Ökonomie, Z. f. allg. Wissenschaftsth. 8 (1977), S. 132 - 143
- Kambartel, F., Symbolische Handlungen, Überlegungen zu den Grundlagen einer pragmatischen Theorie der Sprache, in: J. Mittelstraß/M. Riedel (Hrsg.), Vernünftiges Denken, Berlin u.a. 1978, S.
- Kambartel, F., Ist rationale Ökonomie als empirisch-quantitative Wissenschaft möglich?, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 299 - 319
- Kamlah, W., Philosophische Anthropologie, Mannheim u.a. 1972
- Kamlah, W./P. Lorenzen, Logische Propädeutik, Mannheim u.a. 1973²
- Kant, I., Werke in 10 Bden (Hrsg. v. W. Weischedel), Darmstadt 1968
- Keil, G., Praktische Philosophie und Kulturwissenschaften, Diss. Erlangen 1976
- Keynes, J.M., Professor Tinbergen's Method, Econ. J. 49 (1939), S. 558 - 568
- Keynes, J.N., The Scope and Method of Political Economy, London 1917⁴ (Nachdruck: N.Y. 1963)
- Kirchgäßner, G., Ein neues Fundament der Ökonomie?, Z. f. allg. Wissenschaftstheorie 8 (1977), S. 118 - 131
- Kirzner, I.M., The Economic Point of View, Princeton 1960
- Kötter, R., Zu einigen methodologischen Problemen der mikroökonomischen Gleichgewichtstheorie, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 409 - 438

- Kötter, R./E. Gerum, Bemerkungen zur Behandlung von Konflikten in der Ökonomie, in: G. Dlugos (Hrsg.), Unternehmensbezogene Konfliktforschung, Stgtg. 1979, S. 177 - 191
- Koo, A.Y.-C., An empirical test of revealed preference theory, *Econometrica* 31 (1963), S. 646 - 664
- Koopmans, T.C., Three Essays on the State of Economic Science, N.Y. 1957
- Koppe, F., Hermeneutik der Lebensformen - Hermeneutik als Lebensform, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 223 - 272
- Kuhn, T.S., Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Ffm. 1967
- Kuhn, T.S., Second Thoughts on Pardigms, in: F. Suppe (Hrsg.), The Structure of Scientific Theories, Urbana u.a. 1974, S. 459 - 482
- Kutschera, F.v., Wissenschaftstheorie, 2 Bde., München 1972
- Lakatos, J./A. Musgrave (Hrsg.), Ciriticism and the Growth of Knowledge, Cambridge 1970
- Lange, O., Politische Ökonomie, 2 Bde., Ffm. 1968
- Lau, E.E., Interaktion und Institution, Berlin 1978
- Leontief, W., Theoretical Assumptions and Non-observed Facts, *AER* 61 (1971), S. 1 - 7
- Lesourne, J., Un Programme pour la Science economique, *Revue Economique* 26 (1975), S. 931 - 945
- Lévy-Bruhl, L. (Hrsg.), Lettres inédites de John Stuart Mill à Auguste Comte, Paris 1899
- Lipsey, R.G., Einführung in die positive Ökonomie, Köln 1971
- Lorenz, K., Elemente der Sprachkritik, Ffm. 1970
- Lorenzen, P., Differential und Integral, Ffm. 1965
- Lorenzen, P., Das Begründungsproblem der Geometrie als Wissenschaft der räumlichen Ordnung, in: ders., Methodisches Denken, Ffm. 1968, S. 120 - 141

- Lorenzen, P., Normative Logic and Ethics, Mannheim u.a. 1969
- Lorenzen, P., Das Problem des Szientismus, in: 9. Dt. Kongreß für Philosophie (Düsseldorf 1969), Hrsg. L. Landgrebe, Meisenheim am Glan 1972, S. 19 - 34
- Lorenzen, P., Semantisch normierte Orthosprachen, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Ffm. 1973, S. 231 - 249
- Lorenzen, P., Grundlagen der praktischen Philosophie, in: ders., Konstruktive Wissenschaftstheorie, Ffm. 1974, S. 22 - 46
- Lorenzen, P./O. Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim u.a. 1975²
- Lorenzen, P., Autonomie und empirische Sozialforschung, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 244 - 265
- Lorenzen, P., Zur Definition der vier fundamentalen Meßgrößen, Phil. Naturalis 16 (1976), S. 1 - 9
- Lorenzen, P., Relativistische Mechanik mit klassischer Geometrie und Kinematik, Math. Z. 155 (1977), S. 1 - 9
- Lorenzen, P., Konstruktive Wissenschaftstheorie und politische Vernunft, in: H. Heimann (Hrsg.), Dialog statt Dogmatismus, Köln 1978, S. 95 - 104
- Lorenzen, P., Regeln vernünftigen Argumentierens, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 4 - 57
- Lorenzen, P., Die drei mathematischen Grunddisziplinen der Physik, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 68 - 92
- Lorenzen, P., Eine Revision der Einsteinschen Revision, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 93 - 103
- Lorenzen, P., Wissenschaftstheorie und Politikberatung, in: ders., Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stgt. 1978, S. 140 - 164

- Lorenzen, P., Praktische und theoretische Modalitäten, Phil. Nat. 17 (1979), S. 261 - 279
- Luhmann, N., Normen in soziologischer Perspektive, Soziale Welt 20 (1969), S. 28 - 48
- Luhmann, N., Institutionalisierung - Funktion und Mechanismus im sozialen System, in: H. Schelsky (Hrsg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1973², S. 27 - 41
- Machlup, F., The Problem of Verification in Economics, Southern Econ. J. 22 (1955), S. 1 - 21
- Machlup, F., Operationalism and Pure Theory in Economics, in: S.R. Krupp (Hrsg.), The Structure of Economic Science, Englewood Cliffs 1966, S. 53 - 67
- Machlup, F., Methodology of Economics and other Social Sciences, N.Y. u.a. 1978
- Malinvaud, E./Y. Younès, Some New Concepts for the Microeconomic Foundations of Macroeconomics, in: G.C. Harcourt (Hrsg.), The Microeconomic Foundations of Macroeconomics, London 1977, S. 62 - 85
- Malinvaud, E., The Theory of Unemployment Reconsidered, Oxford 1977
- Manninen, J./R. Tuomela (Hrsg.), Essays on Explanation and Understanding, Dordrecht 1976
- Mas-Colell, A., An Equilibrium Existence Theorem without Complete or Transitive Preferences, J. Math. Ec. 1 (1974), S. 237 - 246
- May, K.O., Intransitivity, utility, and aggregation in preference patterns, Econometrica 22 (1954), S. 1 - 13
- Melitz, J., Friedman and Machlup on the Significance of Testing Economic Assumptions, J. Pol. Ec. 73 (1965), S. 37 - 60
- Mill, J.St., Collected Works, Ed. J.M. Robson, Toronto 1965 ff.
- Mises, L.v., Grundprobleme der Nationalökonomie, Jena 1923
- Mises, L.v., Vom Weg der subjektivistischen Wertlehre, in: L. Mises/A. Spiethoff (Hrsg.), Probleme der Wertlehre, Schr.

- d. V. f. Socialpol. 183/1, Berlin 1931, S. 78 - 93
- Mises, L.v., Nationalökonomie - Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940
- Mises, L.v. Human Action, New Haven 1949
- Mises, L.v., The Ultimate Foundation of Economic Science, Princeton 1962
- Mittelstraß, J., Aufklärung und Neuzeit, Berlin u.a. 1970
- Mittelstraß, J., Erfahrung und Begründung, in: ders., Die Möglichkeit von Wissenschaft, Ffm. 1974, S. 56 - 83
- Mittelstraß, J., Das normative Fundament der Sprache, in: ders., Die Möglichkeit von Wissenschaft, Ffm. 1974, S. 158 - 208
- Mittelstraß, J., Über Interessen, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, Ffm. 1975, S. 126 - 159
- Mittelstraß, J., Sozialwissenschaften im System der Wissenschaft, in: M. Timmermann (Hrsg.), Sozialwissenschaft, Konstanz 1978, S. 173 - 189
- Morgenstern, O., Thirteen Critical Points in Contemporary Economic Theory: An Interpretation, J. Econ. Lit. 10 (1972), S. 1163 - 1189
- Morishima, M., The economic theory of modern society, Cambridge u.a. 1976
- Nagel, E., The Structure of Science, N.Y. 1961
- Nagel, E., Assumptions in Economic Theory, AER, Pap. & Proc. 53 (1963), S. 211 - 219
- Neumann, M., Theoretische Volkswirtschaftslehre, Heidelberg 1973
- Neurath, O., Protokollsätze, Erkenntnis 3 (1932/33), S. 204 - 214
- Nozick, R., On Austrian Methodology, Synthese 36 (1977), S. 353 - 392
- Papandreou, A., Economics as a Science, Chicago u.a. 1958

- Patinkin, D., *Money, Interest and Prices*, N.Y. 1965
- Pfanzagl, J., *Theory of Measurement*, N.Y. 1968
- Phelps Brown, E.H., *The Underdevelopment of Economics*, Econ. J. 82 (1972), S. 9 - 20
- Popper, K.R., *Three Views Concerning Human Knowledge*, in: ders., *Conjectures and Refutations*, N.Y. 1963, S. 97 - 119
- Popper, K.R., *Logik der Forschung*, Tübingen 1969³
- Putnam, H., *What Theories are not*, in: E. Nagel/P. Suppes/A. Tarski (Hrsg.), *Methodology and Philosophy of Science - Proceedings of the 1960 Int. Congr. for Logic, Methodology and Philosophy of Science*, Stanford 1962, S. 240 - 251
- Rader, T., *Theory of Microeconomics*, N.Y. u.a. 1972
- Ramsey, F.P., *Theories* (1929), in: ders., *The Foundations of Mathematics*, London 1931, S. 212 - 236
- Richter, M., *Revealed Preference Theory*, *Econometrica* 34 (1966), S. 635 - 645
- Robbins, L., *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, London 1932
- Robinson, J., *The Second Crisis of Economic Theory*, *AER*, Pap. & Proc. 62 (1972), S. 1 - 10
- Rothbard, M.N., *In Defense of "Extreme Apriorism"*, *Southern Econ. J.* 23 (1956/57), S. 314 - 320
- Rothbard, M.N., *Man, Economy, and State: A Treatise on Economic Principles*, Princeton 1962
- Rothschild, K.W., *Wirtschaftsprognose - Methoden und Probleme*, Heidelberg u.a. 1969
- Rotwein, E., *The Methodology of Positive Economics*, *Quart. J. Ec.* 73 (1959), S. 554 - 575
- Rotwein, E., *Empiricism and Economic Method: Several Views Considered*, *J. Econ. Issues* 7 (1973), S. 361 - 382
- Sagol, P.T., *Epistemology of Economics*, *Z. f. allg. Wissenschaftstheorie* 8 (1977), S. 144 - 162

- Samuelson, P.A., Discussion, AER, Pap. & Proc. 53 (1963), S. 231 - 236
- Samuelson, P.A., Foundations of Economic Analysis, N.Y. 1971³
- Samuelson, P.A., Volkswirtschaftslehre, 2 Bde., Köln 1975⁶
- Schelsky, H., Zur soziologischen Theorie der Institution, in: ders. (Hrsg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1973², S. 9 - 26
- Schneider, H.J., Historische und systematische Untersuchungen zur Abstraktion, Diss. Erlangen 1970
- Schumpeter, J.H., Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen 1965
- Schwemmer, O., Philosophie der Praxis, Ffm. 1971
- Schwemmer, O., Grundlagen einer normativen Ethik, in: F. Kambartel/J. Mittelstraß (Hrsg.), Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Ffm. 1973, S. 73 - 95
- Schwemmer, W., Theorie der rationalen Erklärung, München 1976
- Schwemmer, O., Praktische Vernunft und Normbegründung, in: D. Mieth/F. Compagnoni (Hrsg.), Ethik im Kontext des Glaubens, Freiburg i.Br./Freiburg i.Ue. 1978, S. 138 - 156
- Schwemmer, O., Praxis, Methode und Vernunft, Neues Jb. 4 (1978), S. 233 - 259
- Schwemmer, O., Praktische Begründung, rationale Rekonstruktion und methodische Überprüfung, in: H. Lenk (Hrsg.), Handlungstheorien - interdisziplinär, Bd. 2.2., München 1979, S. 535 - 580
- Schwemmer, O., Verstehen als Methode, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln, Ffm. 1979, S. 13 - 45
- Senior, N.W., An Outline of the Science of Political Economy, London 1836 (Nachdruck, N.Y. 1965)
- Senior, N.W., Four Introductory Lectures on Political Economy, London 1852

- Stegmüller, W., Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie, Bd. II, Heidelberg u.a. 1970
- Suppe, F., On Partial Interpretation, J. Phil. 68 (1971), S. 57 - 76
- Suppe, F., What's Wrong with the Received View of the Structure of Scientific Theories?, Phil. Sc. 39 (1972), S. 1 - 19
- Suppe, F., The Search for Philosophic Understanding of Scientific Theories, in: ders. (Hrsg.), The Structure of Scientific Theories, Urbana u.a. 1974, S. 3 - 232
- Suppes, P./J.L. Zinnes, Basic Measurement Theory, in: R.D. Luce/R.R. Bush/E. Galanter (Eds.), Handbook of Mathematical Psychology, Vol. I, N.Y. 1963, S. 1 - 76
- Tetens, H., Bewegungsformen und ihre Realisierungen, Diss. Erlangen 1977
- Tuomela, R. (Hrsg.), Dispositions, Dordrecht 1978
- Vogt, W., Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie, in: ders. (Hrsg.), Politische Ökonomie, Ffm. 1973, S. 179 - 204
- Wieser, F. Frh. v., Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in: Grundriß der Sozialökonomie, 1. Abt., II. Teil, Tübingen 1924²
- Wilber, Ch.K./J.D. Wisman, The Chicago School: Positivism or Ideal Type, J. Econ. Issues 9 (1975), S. 665 - 679
- Winch, P., Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zur Philosophie, Ffm. 1966
- Wold, H.O., Mergers of Economics and Philosophy of Science, Synthese 20 (1969), S. 427 - 482
- Worswick, G.D.N., Is Progress in Economic Science Possible?, Econ. J. 82 (1972), S. 73 - 86
- Wright, G.H.v., Erklären und Verstehen, Ffm. 1974
- Wright, G.H.v., Determinismus in den Geschichts- und Sozialwissenschaften. Ein Entwurf, in: ders., Handlung, Norm und Intention, Berlin 1977, S. 131 - 152

- Wright, G.H.v., Das menschliche Handeln im Lichte seiner Ursachen und Gründe, in: H. Lenk (Hrsg.), Handlungstheorien - interdisziplinär, Bd. 2.2, München 1979, S. 417 - 430
- Zwiedineck-Südenhorst, O.v., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin u.a. 1948

LEBENS LAUF

Ich, Rudolf Kötter, wurde am 19. Januar 1947 als Kind der Eheleute Dr. Friedrich Kötter und Martha Kötter, geb. Trebes, in Hersbruck geboren. Nach vierjähriger Volksschulzeit besuchte ich das Gymnasium und legte im Jahre 1966 die Reifeprüfung ab.

Im gleichen Jahr begann ich das Studium der Rechtswissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen, das ich 1971 mit dem ersten juristischen Staatsexamen abschloß. Anschließend studierte ich ebenfalls an der Friedrich-Alexander-Universität Volkswirtschaftslehre und legte im Jahre 1975 die Prüfung zum Diplom-Volkswirt ab. Von 1968 bis 1976 studierte ich außerdem noch Philosophie.

In der Zeit von 1974 bis 1978 hatte ich einen Lehrauftrag am Institut für Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität, von 1976 bis 1979 arbeitete ich als wissenschaftlicher Angestellter im Rahmen eines von den Professoren P. Lorenzen, O. Schwemmer und H. Steinmann geleiteten Forschungsprojekts.

